

# INSPEKTIONSREISEN IN DER US-ZONE

SCHRIFTENREIHE  
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE  
NUMMER 26

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg  
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTTGART

WALTER L. DORN

INSPEKTIONSREISEN  
IN DER US-ZONE

Notizen, Denkschriften und Erinnerungen  
aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben  
von Lutz Niethammer

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTTGART

© 1973 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der  
Intertype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.  
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding. Bindearbeit:  
Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Printed in Germany.

ISBN 3 421 01636 4

## INHALT

EINLEITUNG . . . . .	7
A Zur Person . . . . .	8
B Zur Edition . . . . .	17
I. VORBEREITUNG UND ERSTE ERFAHRUNG DER MILITÄR- REGIERUNG . . . . .	21
1. Militärregierungsausbildung vor der Kapitulation (Erinnerungen) . .	24
2. Die Abteilung A1A1 (Erinnerungen) . . . . .	28
3. Erste Gespräche mit deutschen Repräsentanten (Notizen aus Krefeld) .	30
4. Das Nationalkomitee Freies Deutschland in Leipzig und seine Auflö- sung (Notizen – Erinnerungen) . . . . .	34
5. Die Bremer Enklave (Erinnerungen) . . . . .	39
6. Ein Kreiskönig in Garmisch (Erinnerungen) . . . . .	43
II. DIE MILITÄRGOUVERNEURE UND DER AUFBAU DER LÄNDER	46
1. Militärgouverneure und deutsche Verantwortung (Erinnerungen) . .	50
2. Exkurs: Stand der Verwaltung Anfang September 1945 (Denkschrift Pollocks) . . . . .	55
3. Reisen im Herbst und Winter 1945/46 . . . . .	60
1. Die Vereinigung Nordbadens mit Nordwürttemberg (Erinnerungen)	60
2. Gespräche in Baden (Notizen) . . . . .	62
3. Konsolidierungsprobleme der hessischen Regierung (Notizen) . . .	64
4. Vorbereitung der Kommunalwahlen in Franken (Notizen) . . . .	67
5. Die monarchistische Bewegung in Bayern (Notizen) . . . . .	68
6. Unordnung in Franken (Notizen) . . . . .	74
4. Aufklärung gegen Reaktion . . . . .	78
(Denkschrift vom 22. Mai 1946: Die antidemokratische Reaktion in Bayern und ein Vorschlag für einen Kulturrat) . . . . .	79
III. CLAYS ENTNAZIFIZIERUNGSBERATER 1946/47 . . . . .	88
1. Gespräche in der Bayerischen Regierung (Notizen) . . . . .	93
2. Der Aufbau des Spruchkammerapparats (Denkschrift, 22. Juli 1946) .	96
3. Inspektion der Spruchkammern nach einem Jahr (Notizen) . . . . .	102

4. Die Zukunft des Befreiungsgesetzes (Denkschrift, Mai 1947) . . . .	109
5. Grundprobleme der Entnazifizierung im Rückblick (Briefauszug) . .	119
IV. DER SCHRITT ZUM WESTSTAAT ALS KRISE . . . . .	124
Notizen während einer Reise durch die US-Zone . . . . .	132
ABKÜRZUNGEN . . . . .	171
PERSONENREGISTER . . . . .	173

## EINLEITUNG

Es liegt in der Natur der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die historischen Quellen und Darstellungen der Entwicklung des multinationalen Regierungssystems, das Deutschland unter der Regierung des Kontrollrats darstellte, überwiegend von einem jeweiligen nationalen Blickwinkel beherrscht werden. Dadurch wird jedoch tendenziell versäumt, was als das geschichtlich Wesentliche dieser Zeit erscheint: die Interaktion zwischen den Besetzten und den Besatzern<sup>1</sup>. Denn es ist für die alliierte Militärregierung in Deutschland – besonders in den Westzonen – charakteristisch, daß sie im Gegensatz zu früheren Besatzungszeiten keine nationale Polarisierung zwischen Siegern und Besiegten, sondern die Integration der Deutschen in die hemisphärischen Systeme der Hauptalliierten bewirkt hat. Gewiß gibt es dabei in Ursache und Wirkung Aspekte, die auch bei relativer Isolierung des nationalen Untersuchungsbereiches erfaßt werden können. Aber die Struktur der Integrationsvorgänge wird nur erforscht werden können, wenn hinreichende Quellen erschlossen werden, durch welche die Beziehungen zwischen den Alliierten und den Deutschen als Interaktionsprozeß greifbar werden. Dazu will die vorliegende Edition einen bescheidenen Beitrag leisten. Schrittmacher der Orientierung der Westdeutschen auf das westliche System – amerikanische Hegemonie, kapitalistische Produktionsverhältnisse, liberale Verfassungen – war die Ausbildung einer politischen Elite, die den Prozeß der Westintegration vorbereitete, legitimierte und vollzog. Dabei wanderten die „45er“ auf einem schmalen Grat zwischen dem demokratischen Protest der „Befreiten“ gegen die restaurativen Züge integrativer Rekonstruktion einerseits und der nationalen Reaktion der „Besiegten“ andererseits. Es wird oft verkannt, daß die neuen politischen Parteien in den ersten beiden Jahren – vor der zweiten Bizonenstufe – nur eine periphere Rolle in der Machtstruktur der Nachkriegsgesellschaft spielten, wie überhaupt die autochthone und demokratische Komponente der sog. Stunde Null in Deutschland häufig überschätzt wird. Die „45er“ haben vielmehr in ihrer Masse ihre Ausgangsstellungen in den Verwaltungen und Regierungen der Länder, Bezirke und Kommunen bezogen, d. h. sie wurden von den Besatzungsmächten eingesetzt. Der Ursprung dieser Elite ist bei den Leitern der sog. Auftragsverwaltungen auf der mittleren Ebene der Besatzungsdiktatur zu suchen, während die subsidiären Bereiche der Selbstverwaltung und des organisierten Pluralismus nur langsam an Einfluß gewannen.

Der für die BRD besonders kennzeichnende Rekrutierungsprozeß des Großteils ihrer politischen Elite ist in den Quellen schwer zu fassen, wird jedenfalls durch die gleichwohl notwendige quantitative Analyse von Namen, Positionen, Herkunftsmerk-

---

<sup>1</sup> Dies gilt z. B. für große Teile der parteigeschichtlichen Literatur über die Vorgeschichte der BRD, andererseits aber auch für die meisten Untersuchungen der Besetzung von alliierter Seite. Ein besonders deutliches Beispiel ist John D. Montgomery: *Forced to be Free*, Chicago 1957, der die amerikanische Besetzung in Deutschland und Japan in der Absicht vergleicht, aus diesen Erfahrungen Lehren zu ziehen, wie die Amerikaner in Zukunft besetzte Länder besser umstrukturieren können.

malen nicht hinreichend erklärt, weil damit das spezifische Verhalten und der Lernprozeß dieser politischen Führungsschicht in ihrer widerspruchsvollen Situation im mittleren Bereich der Liberalisierungsdiktatur der Westmächte nicht in den Blick gerät<sup>2</sup>. Für diese Fragestellung bietet sich vielmehr an, den konkreten Entscheidungsprozeß deutsch-allierter Politik in diesen Jahren an einzelnen Sachfragen zu analysieren, wozu zumindest für die amerikanische Zone viele Quellen zugänglich sind; dieser Forschungsprozeß wird jedoch mühsam und langwierig sein<sup>3</sup>. Hier sei einstweilen ein anderer Weg eingeschlagen, nämlich einen Beobachter zu Wort kommen zu lassen, der in der internen Vermittlung der deutsch-amerikanischen Beziehungen selbst tätig war. Da den Deutschen der Einblick in die alliierten Vorgänge weitgehend versperrt war<sup>4</sup>, sind für diese Aufgabe Vertreter der höheren Stäbe der Militärregierung prädestiniert. Nach Herkunft, Aufgabe und Quellenüberlieferung eignet sich Walter L. Dorn als kritischer Beobachter der Entstehung und des Verhaltens der politischen Nachkriegselite in der US-Zone. Dabei muß in Kauf genommen werden, daß auch er, wie jeder Beobachter, einer durch Herkunft und Ausbildung gefärbten Sicht unterlag, die außerdem durch sein Interesse und seine Stellung in der amerikanischen Militärregierung auf das politisch-administrative Gebiet begrenzt war. Eine Skizze seines Lebens soll diese besondere Sicht verdeutlichen und verständlich machen.

## A Zur Person

Walter L. Dorn wurde 1894 im mittleren Westen der USA als viertes in einer Reihe von acht Kindern einer deutsch-amerikanischen Pastorenfamilie geboren<sup>5</sup>. Im Jahr

<sup>2</sup> Vgl. dazu Lewis J. Edinger: *Post-Totalitarian Leadership*, in: *Americ. Pol. Science Review* 54 (1960), S. 58 ff.; Wolfgang Zapf: *Wandlungen der deutschen Elite*, 2. Aufl. München 1966.

<sup>3</sup> Ansätze dazu bieten Hans-Peter Schwarz: *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Berlin/Neuwied 1966, für den Bereich der außenpolitischen Orientierung und John D. Gimbel: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland, 1945–1949*, Frankfurt 1971. Solche Gesamtdarstellungen kommen aber der hier gestellten Frage nicht so nahe wie Einzel- und Lokaluntersuchungen wie z. B. John D. Gimbel: *Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945–1952*, Köln/Berlin 1964, und ders.: *American Military Government and the Education of a New German Leadership*, in: *Pol. Science Quart.* 83 (1968), S. 248 ff.; Wolfgang Rudzio: *Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone*, Stuttgart 1968; Karl-Ernst Bungenstab: *Umerziehung zur Demokratie*, Düsseldorf 1970; Lutz Niethammer: *Entnazifizierung in Bayern*, Frankfurt 1972; Rudolf Billerbeck: *Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946 bis 1951) und der Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1971. Vgl. neuerdings die Zusammenfassung der Verwaltungsgeschichte der US-Zone (bis 1947) bei Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau*, Stuttgart 1973. Frühe theoretische Beiträge hierzu waren vor allem Leonard Krieger: *The Interregnum in Germany: March–August 1945*, in: *Pol. Science Quart.* 64 (1949), S. 507 ff.; Carl E. Schorske: *The Dilemma in Germany*, in: *Virginia Quart. Review* 24 (1948), S. 29 ff.; Franz L. Neumann: *Die Umerziehung der Deutschen*, in: *Das Sozialistische Jahrhundert 2 (1946/47)*, S. 292 ff. und 329 ff.; ders.: *Military Government and the Revival of Democracy in Germany*, in: *Journal of intern. Affairs* 2 (1948), S. 3 ff.

<sup>4</sup> Gleichwohl gibt es für diese Frage auch ergiebige deutsche Memoiren wie aus der US-Zone z. B. Wilhelm Hoegner: *Der schwierige Außenseiter*, München 1959; Reinhold Maier: *Ein Grundstein wird gelegt*, Tübingen 1964. Vgl. Anm. 44.

<sup>5</sup> Die folgende Darstellung der Herkunft und Ausbildung Dorns stützt sich auf mündliche und schriftliche Auskünfte insbesondere von Dorns Tochter Ellen Dorn Warburton (Palo Alto Ca.)

1900 zog der Pfarrer mit seiner Familie aus einer kleinen Stadt in Illinois nach Fort Wayne in Indiana, wo er Professor für Naturwissenschaften, Geschichte, Griechisch und Deutsch am Concordia College, einer einem deutschen Gymnasium nachgeformten lutherischen Erziehungsanstalt, geworden war<sup>6</sup>. Diese Schule besuchte ab der Septima der Sohn Walter, der in dem geistlich-professoralen Haus streng religiös erzogen und mittels klassischer und hebräischer Sprachstudien auf das Theologiestudium vorbereitet wurde. Im Ersten Weltkrieg wurde er am Concordia Seminary in St. Louis/Missouri zum Pfarrer ausgebildet, erwarb 1917 den Bachelor of Divinity und tat anschließend einige Monate in der amerikanischen Armee Dienst als Feldgeistlicher. Er wurde jedoch im Frühjahr 1918 entlassen, um seinen Vater, der schwer erkrankt war und kurz darauf starb, am Concordia College zu vertreten, schließlich seinen Lehrauftrag zu übernehmen. Die historisch-kritische Bibelexegese hatte ihn jedoch mit religiösen Zweifeln zurückgelassen, und nach zwei Jahren einer schweren persönlichen und beruflichen Krisis kehrte der 26jährige Theologe mit der lutherischen Orthodoxie zugleich seiner Familie den Rücken, erklärte sich als überzeugten, wenn auch toleranten Atheisten und begann von neuem an der Universität Chicago zu studieren. Dort wurde Dorn vom Dekan der theologischen Fakultät Shailer N. Mathews, einem bekannten progressiven Baptisten und ehemaligen Historiker, unterstützt, dem er bei der Neuausgabe seines Buches über die französische Revolution half<sup>7</sup>. Nach anfänglichen Versuchen in Jurisprudenz studierte Dorn Geschichte, und zwar europäische, und spezialisierte sich (seit 1923 als Instructor) auf die preußische Geschichte des 18. Jahrhunderts. Die deutsche Prägung seiner häuslichen Erziehung und die freidenkerische und liberale Wissenschaftlichkeit seiner persönlichen Entwicklung wie seiner Umgebung an der Chicagoer Universität mögen ihn zu diesem Themenbereich geführt haben. 1925 promovierte er mit einer These über Friedrich d. Gr.<sup>8</sup>. Die Aufklärung als Forschungsgegenstand und persönliche Erfahrung wie auch ein progressiv

---

sowie von den Professoren Eugene Anderson (Santa Monica Ca.), Louis Gottschalk (Chicago Ill.) Hajo Holborn † (New Haven Conn.) und Robert Mathews (Austin, Texas). Über Dorns theologische Studien informierten Lorenz Wunderlich (Concordia Seminary, St. Louis Mo.) und Lando Otto (Concordia Senior College, Fort Wayne Ind.).

<sup>6</sup> Der Vater Louis B. Dorn (1863–1918) stammte aus einer deutsch-amerikanischen Familie in Missouri, war Pastor verschiedener lutherischer Gemeinden in Illinois und gab 22 Jahre lang das „Kinder- und Jugendblatt“ heraus; zugleich war er Mitarbeiter von „Homiletisches Magazin“ und „Der Lutheraner“. Die Mutter Marie Roeder Dorn stammte aus einer elsässischen Familie, die nach 1871 nach Canada ausgewandert war. Drei Brüder von Walter L. Dorn wurden ebenfalls Pastoren bzw. waren im kirchlichen Verlagswesen tätig.

<sup>7</sup> Es handelte sich um die Neuausgabe von Shailer N. Mathews: *French Revolution 1789–1815*, zuerst 1900, enl. ed. New York 1923. Mathews, 1908–1933 Dean der Divinity School, war einer der Führer des ‚Social Gospel Movement‘, einem sozialen und liberalen Flügel der Baptisten, und ein als Historiker, Theologe und Kirchenführer gleichermaßen fruchtbarer Schriftsteller. Der Einfluß und die Freundschaft mit Mathews (die sich später mit dessen Sohn Robert fortsetzen sollte), hat Dorn zum ‚Liberal‘ werden lassen. Aber auch die Verbindung mit Freidenkern und ein liberaler Freundeskreis, zu dem u. a. auch der Architekt Frank L. Wright gehörte, trugen zu seiner progressiven Entwicklung in Chicago bei.

<sup>8</sup> „The Conflict of Humanitarianism and Reasons of State under Frederic the Great“, University of Chicago 1925. Dorns akademischer Lehrer war offenbar vor allem Ferdinand Schevill, der in Deutschland studiert hatte. Schevill schrieb eine Reihe weitverbreiteter kultur- und später auch sozialgeschichtlich akzentuierter Lehrbücher zur europäischen und speziell deutschen und italienischen Geschichte. Im Ersten Weltkrieg versuchte er, durch Beiträge zur Deutschlanddiskussion zu deren Versachlichung beizutragen. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er noch in hohem Alter eine Austauschprofessur in Frankfurt wahr. Neben seinem Spe-

verstandener Jeffersonianism, der vermischt mit sozialistischen Einflüssen die intellektuelle Atmosphäre unter seinen Chicagoer Freunden bestimmte, hat die Ausbildung seines wissenschaftlichen und politischen Werthorizonts bleibend bestimmt.

1927 erhielt er ein zweijähriges Forschungsstipendium und reiste nach London und Berlin und sammelte weiteres Material über Friedrich d. Gr., das sich in den nächsten Jahren in einer Reihe von Aufsätzen über die preußisch-englischen Beziehungen und die preußische Bürokratie in der Mitte des 18. Jahrhunderts niederschlug<sup>9</sup>. Nach seiner Rückkehr wurde er Assistenzprofessor an der Staatsuniversität von Wisconsin, strebte jedoch eifrig zur Ostküste, weil er auf der Europareise eine New Yorker Schauspielerin kennengelernt und geheiratet hatte. Aber als ihm mit einer Professur an der Ohio State University in Columbus 1931 ein erster Schritt zur Annäherung an den Broadway gelang, starb seine Frau plötzlich<sup>10</sup>.

Tief betroffen stürzte er sich erneut in die Forschungsarbeit für einen Band über Absolutismus und Aufklärung in William Langers führender Reihe „The Rise of Modern Europe“, reiste 1932/33 wieder nach Deutschland, wo er in engere Beziehung zu Hintze und Dehio, Holborn, Kehr und Meinecke kam, mit dem zusammen er Sonntag morgens an einem Gelehrtenspaziergang im Grunewald teilzunehmen pflegte. In den dreißiger Jahren feilte er, neben seiner Lehrtätigkeit in Ohio State und der Wahrnehmung verschiedener Gastprofessuren, an seinem Buch „Competition for Empire, 1740–1763“, das 1940 endlich erschien<sup>11</sup>. Diese Arbeit sollte seine einzige große Publikation bleiben, da er in seinem Streben um darstellerische Vollendung andere Werke, insbesondere eine umfassende Würdigung Friedrichs d. Gr., an der er während seiner ganzen wissenschaftlichen Laufbahn arbeitete, wie auch später seine rückblickende Analyse der Entstehung und Durchführung der amerikanischen Säuberungspolitik im Nachkriegsdeutschland, nie vollendete. In „Competition for Empire“ gelang Dorn eine vergleichende Sozial-, Kultur-, Verfassungs-, Diplomatie- und Kriegsgeschichte der Mitte des 18. Jahrhunderts in Europa. Die ausgewogene Darstellung und eindringende Analyse der sozialen Triebkräfte, staatlichen Organisation und des diplomatischen Balance- und kriegerischen Wettbewerbssystems der absolutistischen Mächte wie auch die positive Nachzeichnung der aufklärerischen Bewegung ließen

---

zialgebiet Renaissance arbeitete er mehrfach auch auf zeitgeschichtlichem Gebiet, wobei ihm daran lag, langfristige Kulturtraditionen und Sozialentwicklungen in ihrer aktuellen Bedeutung aufzuzeigen. Für eine Würdigung vgl. *Americ. Hist. Review.* 60 (1954/55), S. 773 f.

<sup>9</sup> Walter L. Dorn: *Frederic the Great and Lord Bute*, in: *Journ. of Mod. Hist.* 1 (1929), S. 529 ff., und die Serie *Walter L. Dorn: The Prussian Bureaucracy in the Eighteenth Century*, in: *Pol. Science Quart.* 46 (1931), S. 402 ff.; 47 (1932), S. 75 ff. u. 259 ff.

<sup>10</sup> Aus der ersten Ehe mit der Schauspielerin Margaret Barnstead stammt die Tochter Ellen. Dorns zweite Ehe mit Mable Thyra Huggins (1936) wurde 1946 geschieden.

<sup>11</sup> *Walter L. Dorn: Competition for Empire 1740–1763* (in der Reihe *William L. Langer [Hrsg.]: The Rise of Modern Europe*), zuerst New York 1940, Paperbackausg. New York 1963. Dorn widmete sein magnum opus neben Ferdinand Schevill auch Otto Hintze, den er offenbar als seinen zweiten ‚Lehrer‘ empfand. In den 30er Jahren war Dorn Visiting Professor an der Western Reserve University (1937) und an der Columbia University in New York (1938 u. 1939/40). Als Professor hat er jedes Jahr einige Besprechungen meist zur *Americ. Hist. Rev.* beigetragen, die sein abgewogenes Urteil und seine nuancierte Ausdrucksweise zeigen. Vgl. z. B. seine sehr positiven Würdigungen von Wedgwood: 30jähriger Krieg (45, 1939/40, S. 627 f.) oder Flechtheim: KPD in der Weimarer Republik (55, 1949/50, S. 901 f.), seine kritische Auseinandersetzung mit der Neuauflage von Gerhart Ritter: *Friedrich der Große* (59, 1953/54, S. 1006 f.) und einige Verrisse wie 45 (1939/40), S. 963 oder 46 (1940/41), S. 453. Alle besprochenen Werke behandeln europäische, insbes. deutsche Geschichte der frühen Neuzeit.

Dorns Studie bis in jüngste Zeit das amerikanische Standardwerk über diesen Problembereich bleiben. Freilich hatte die im ganzen sehr positive Kritik dieses Buches nicht versäumt, auf die starke propreußische Neigung des Autors und seine weniger sorgfältige Behandlung etwa der englischen, spanischen und amerikanischen Geschichte zu verweisen. Dorn bewunderte Preußen sehr, schrieb z. B. die *American Historical Review* kurz vor dem Eintritt der USA in den Krieg gegen das Dritte Reich, er neige dazu, die Institutionen der anderen Staaten am preußischen Standard zu messen, und habe „fast eher einen teutonischen als einen amerikanischen Standpunkt“<sup>12</sup>.

Dieser Autor wurde zur selben Zeit in einen Stab von Europaspezialisten beim ‚Coordinator of Information‘, dem Vorläufer des nachmaligen US-Nachrichtendienstes ‚Office of Strategic Services‘ (OSS), nach Washington geholt. Nach dessen Gründung wurde er Leiter der Mitteleuropaabteilung des ‚OSS Research and Analysis Branch‘, der zentralen Auswertung der Feindinformationen. Hier versammelte sich alsbald eine intellektuelle Elite historisch-politischer Deutschlandkenner. Eugene N. Anderson, der mit Dorn in Berlin geforscht und später den Mitteleuropa-Teil der *American Historical Review* redigiert hatte, wurde sein Stellvertreter; Holborn, dem Dorn nach der Emigration in Amerika geholfen hatte, übernahm im OSS die Koordinierung der „Military Government Research“; Felix Gilbert, Herbert Marcuse, Franz L. Neumann, Carl Schorske u. a. bildeten den Mitarbeiterkreis. Geistiger Inspirator der Abteilung war Franz Neumann, dessen neomarxistische Nationalsozialismusinterpretation „Behemoth“ das Deutschlandbild eines großen Teils der Intellektuellen in den Washingtoner Stäben der Roosevelt Administration während des Krieges prägte. Es läßt sich nur schwer eine führende Geheimdienstabteilung in einem kriegführenden Staat vorstellen, die weniger Vorurteile gegenüber dem Feindland, bessere historisch-politische Kenntnisse und einen höheren Standard analytisch-theoretischer Bewältigung des Gegenstandes gehabt hätte. Die Mitteleuropaabteilung des OSS hat wesentlich dazu beigetragen, daß das Feindbild der Amerikaner im Zweiten Weltkrieg von den übersteigerten Verzerrungen der Anti-Hunnenpropaganda des Ersten freiblieb und manche amerikanischen Offiziere, als sie nach Deutschland kamen, über die innere Struktur des Dritten Reiches besser unterrichtet waren als ihre deutschen Gesprächspartner. Indessen bewährte sich Dorn als Leiter dieses Informationsstabes nicht und wurde 1944 durch Eugene Anderson abgelöst. Zwar waren in seinem Amt wertvolle Analysen entstanden, und das Diskussionsniveau mag manche Fakultät übertroffen haben, aber Dorn zeigte sich seiner organisatorischen Aufgabe nicht gewachsen, und seine Abteilung legte zu wenige fertige Informationsstudien vor. Der skrupulöse Historiker hatte die Weitergabe der meisten Studien blockiert, weil er sie für noch nicht hinreichend gesichert oder nicht abschließend formuliert hielt<sup>13</sup>.

---

<sup>12</sup> C. P. Higby in *Americ. Hist. Rev.* 46 (1940/41), S. 127 ff. (zit. S. 128); vgl. z. B. auch Theodore C. Pease in *Mississippi Valley Hist. Rev.* 27 (1940/41), S. 283 f.

<sup>13</sup> Auskünfte zur Tätigkeit in OSS vor allem von Eugene N. Anderson, Felix Gilbert und Hajo Holborn. Die Deutschland-Studien des OSS R. & A. Branch finden sich in der Library of Congress und in einem Sonderdepot des State Department in den National Archives, Washington D. C. Vgl. zu dieser Abteilung auch die Einleitungen von Herbert Marcuse und Helge Pross zu Franz Neumann: *Demokratischer und autoritärer Staat*, Frankfurt/Wien 1967, S. 6. u. 14 f. sowie von Leonard Krieger und Fritz Stern zur Gedächtnisschrift für Hajo Holborn „The Responsibility of Power“, Garden City N. Y. 1967, S. IX ff.; Gerald Stourzh: *Die deutschsprachige Emigration in den Vereinigten Staaten: Geschichtswissenschaft und politische Wissenschaft*, in: *Jb. f. Amerikastudien* 10 (1965), S. 59 ff.

Dorn wurde nach London transferiert, wo er wiederum führend im R. & A. Branch der OSS tätig war, bis er auch hier etwas „out of touch“ mit der Entwicklung in der Washingtoner Regierung kam. In der Folge konnten seine Fähigkeiten als einer der führenden OSS-Deutschlandspezialisten in den SHAEF-Planungsstäben und als Ausbilder in den Schulen für Militärregierungsoffiziere in Shrivenham und Manchester besser genutzt werden: eine breite Vorbildung in deutscher Geschichte, Kultur und Politik, akzentfreies Deutsch, eine lebhaftere pädagogische Begabung und eine ausgeprägte Kontaktfähigkeit. Dagegen mochte hier sein empfindlicher Mangel an Organisationstalent und seine geringe Anpassungsfähigkeit an praktische Bedürfnisse als lebenswürdiges Gegengewicht gegen den Amtsschimmel des „verwalteten Krieges“ erscheinen. Ein herzliches Verhältnis zu den höheren Berufsmilitärs, wie es manche seiner konservativeren Kollegen unter den Beratern anknüpften, hat sich freilich bei Dorn unter diesen Voraussetzungen nur selten ergeben. Nach der Invasion wurden die Militärregierungsschulen nach Frankreich verlegt. „Dr. Dorn“, wie er trotz seines Angleichungsdienstgrads eines Obersten und später eines Brigadegenerals allgemein genannt wurde, pendelte hier zwischen der Front und den Standquartieren der Division für europäische Zivilangelegenheiten (ECAD) in Troyes und Namur hin und her. Im befreiten Gebiet suchte er neue Informationen über die Verhältnisse in Deutschland, die er im Rahmen seiner historisch-politischen Ausbildungstätigkeit sogleich nutzbar machen wollte. Seine Hauptaufgabe bestand darin, das „Detachment A1A1“ zu beraten, das für die amerikanische Beteiligung an der Kommandantur Berlins vorgesehen war. Er trennte sich von dieser Einheit jedoch sogleich, als die Amerikaner an der Elbe haltmachten und den Russen die Besetzung Berlins überließen. Nach Einsätzen im Rheinland und in Sachsen half er beim Aufbau der Militärregierung in Bremen, wo die Amerikaner inmitten des britischen Besatzungsgebietes für ihren Nachschubhafen eine Enklave einrichteten. In der Folge reiste er durch die Tschechoslowakei und verbrachte einen Heimaturlaub in den USA<sup>14</sup>.

Nach seiner Rückkehr Anfang September 1945 wurde er zum persönlichen Berater von General Clarence L. Adcock bestellt, der in Eisenhowers Hauptquartier USFET in Frankfurt Chef G-5, d. h. der frühen Militärregierung in der US-Zone, geworden war. In der Zuordnung zum 3. Mann der amerikanischen Militärregierung nach Eisenhower und Clay<sup>15</sup> fand Dorn die Aufgabe, die am besten seinen Fähigkeiten entsprach. Er hatte Sonderaufträge zur Untersuchung der Verhältnisse in der Militärregierung und in den im Aufbau befindlichen deutschen Verwaltungen auszuführen,

---

<sup>14</sup> Zu seiner Tätigkeit während der Besetzung vgl. unten Kap. 1. Für seine Arbeit in OSS erhielt Dorn am 5. 11. 1945 die höchste zivile Auszeichnung der USA: „Medal of Freedom“.

<sup>15</sup> Clarence Lionel Adcock war ein Freund von Lucius Dubignon Clay aus der Kadettenschule. Er war G-4 (Stabschef für Logistik) des Alliierten Hauptquartiers im Italienfeldzug und dann G-4 der 6. Armeegruppe bei den Invasionsstreitkräften gewesen. Als Chef G-5 USFET oblag ihm die Stabsverantwortlichkeit für die Militärregierung der US-Armee. Clay befahl zunächst den Sonderstab USGrCC, die amerikanische Kontrollratsdelegation; beide vertraten insoweit den Oberkommandierenden Eisenhower. Seit Herbst 1945 wurde USGrCC unter der neuen Bezeichnung Office of Military Government for Germany (OMGUS) in Berlin als Kopf einer von der Generalstabsstruktur der Armee losgelösten Militärregierung schrittweise ausgebaut und hatte bis zum Frühsommer alle wichtigen Zuständigkeiten des G-5 USFET, der mittlerweile als OMG(US-Zone) firmierte, an sich gezogen. Clay entstammt einer Politiker-Familie der Südstaaten (sein Vater war Senator für Georgia) und machte als Armeeingenieur Karriere. Im Zweiten Weltkrieg wurde er Stellvertreter James F. Byrnes' als Direktor des War Mobilization Board und damit einer der wichtigsten Rüstungsmanager der USA.

Deutsche zu interviewen und mit ihnen zu verhandeln, um sie ohne formelle Befehle auf gütlichem Wege auf die amerikanische Linie zu bringen. Solche Inspiziententätigkeit wurde durch den desolaten Zustand der deutschen Verwaltung und die noch nicht konsolidierte Organisation der Amerikaner notwendig und ermöglichte ihm eine Tätigkeit, die er einst als besonders bedeutsam für die Effektivität der preußischen Verwaltung und den Kampf des „alten Fritz“ gegen die Korruption herausgestellt hatte. In direktem Kontakt mit den nachgeordneten Behörden und den Bürgern habe dieser „außerordentliche Informationsquellen erschlossen, die neben dem Dienstweg der Berichterstattung ihn mit allem vertraut machten, was er wirklich wissen wollte. Mochte er auch hier und da von bürokratischen Täuschungsversuchen geblendet werden, so entdeckte das Argusauge des Königs früher oder später doch fast alles“<sup>16</sup>.

Im Herbst 1945 stand er in dieser Funktion Pate bei der Konsolidierung der Regierungen der drei süddeutschen Länder und der Bildung des Länderrats, half dann die Schwierigkeiten beim Rückzug der Amerikaner auf „indirect rule“ durch die Stärkung der intermediären deutschen Verwaltung zu überwinden und warnte in der Folge eindringlich vor der Formierung der klerikalkonservativen Rechten, insbesondere in Bayern<sup>17</sup>. Seine Vermittlungstätigkeit, die er nach seiner Ernennung zu Clays persönlichem Berater für Entnazifizierungsfragen im Frühsommer 1946 ganz in den Vordergrund seiner Reisen und Verhandlungen stellte, war für ihn mehr als nur Schmieröl im Getriebe der amerikanisch-deutschen Auftragsverwaltungen. Er betrachtete sie auch nicht nur als einen Ausgleich zwischen den beiden Kulturkreisen, die seine persönliche Entwicklung bestimmt hatten, sondern sah in von gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit geprägten Beziehungen zwischen der Militärregierung und der erhofften liberalen Elite auf deutscher Seite eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der langfristigen Ziele amerikanischer Reformpolitik in Deutschland. Nur wenn die von den Amerikanern eingesetzte oder begünstigte deutsche Führungsschicht tatsächlich Verantwortung übernehmen könne und nicht den Makel der bloßen Auftragerfüllung oder der Kollaboration mit den Siegern aufgeladen bekomme, werde diese neue Führungsschicht sich in Deutschland durchsetzen und jenes liberaldemokratische Wertsystem zu einer glaubwürdigen Grundlage deutscher Politik machen können, das er als die wesentliche Alternative zu Faschismus, Klerikalkonservatismus und einem militärisch-bürokratischen Regiment verstand. Sozialdemokraten des rechten Flügels wie Wilhelm Hoegner oder Wilhelm Kaisen erschienen ihm als die rechten Bündnispartner<sup>18</sup>.

Die Aufgabe des Inspizienten und die Konzeption der internationalen Vermittlung im Rahmen des Besatzungsregimes<sup>19</sup> machten ihm jedoch, ungeachtet seiner liebenswür-

<sup>16</sup> Dorn, *Competition*, S. 56.

<sup>17</sup> Siehe hierzu Kap. 2.

<sup>18</sup> Siehe unten die Memos ‚Die Antidemokratische Reaktion in Bayern ...‘, S. 78 ff.; ‚Die Zukunft des Befreiungsgesetzes‘, S. 109 ff.; und Kap. 4, S. 154, 167 ff.

<sup>19</sup> Dorn verfolgte dieses Ziel der Vermittlung 1945/46 auch in bezug auf die amerikanisch-sowjetischen Spannungen. In einer Notiz für Clay „Comments on Walter Lippmann’s Articles in the Herald Tribune, May 6–10, 1946“ vom 17. 5. 1946 meinte er, die Charakterisierung der britischen Politik in Deutschland als Begünstigung eines sozialdemokratischen Preußen und die Identifizierung der SED mit der KPD seien Simplifikationen. Auf der anderen Seite sei das amerikanische Dezentralisierungsprogramm durch die Festlegung der Ostgrenze in Potsdam nicht mehr sehr aktuell, wenn auch als föderalistischer Beitrag wünschenswert. Die Amerikaner sollten versuchen, Russen und Briten von dieser Wünschbarkeit zu überzeugen, zumal die Briten sich zum Föderalismus bekannten und die Russen die zentralistische SED vor allem deshalb unterstützten, weil diese für sie ein Instrument zur Erlangung von Reparationen sei.

digen und spontanen, wengleich zur Ironie neigenden und von Arroganz nicht freien Persönlichkeit, wenig Freunde; vielmehr verschleiß er sich zwischen den Fronten und kam mehr als einmal zwischen die Stühle zu sitzen. Notorisch geschah dies in der Entnazifizierungsfrage, in der die unterschiedlichsten amerikanischen und deutschen politischen Positionen zu immer neuen Formelkompromissen verflochten wurden und sein Amt ihn zum allseits befehdeten Vermittler und zur Personifikation des Kompromisses machte. Die beiden sich in dieser Frage dauernd bekämpfenden OMGUS-Abteilungen für Recht und für Entnazifizierung (Special Branch) waren sich nur darin einig, daß der ihnen vorgesetzte Koordinator verrückt (>nuts<) sei, weil er sich weder auf einen perspektivenlosen Säuberungsschematismus einlassen noch dessen Ablösung durch rehabilitierende Massenbestrafungen vertreten wollte<sup>20</sup>. Da Dorn entschieden für die Autonomie der Deutschen bei der Durchführung des Befreiungsgesetzes eintrat und selbst fragwürdige Praktiken auf deutscher Seite deckte, erschien er Special Branch Offizieren als „Erzsaboteur“. Clay nannte seine große Denkschrift zur Anpassung des Gesetzes an die verfahrensrechtlichen Wünsche der süddeutschen Regierungen „die vernichtendste Kritik dessen, was wir hier zu tun versucht haben, die mir bisher untergekommen ist“<sup>21</sup>. Auf der anderen Seite wurde er in den Augen der Deutschen als unzuverlässiger Bundesgenosse diskreditiert, weil Special Branch mehrfach von ihm angeregte deutsche Maßnahmen blockierte<sup>22</sup> und weil Dorn im Entnazifizierungsausschuß des Länderrats auch diejenigen amerikanischen Positionen vertreten mußte, die er innerdienstlich bekämpfte. Nachdem Clay im Sommer 1947 dem Druck des ‚conservative swing‘ in USA weichen mußte und teilweise die von Dorn längst geforderten Verfahrenserleichterungen gewährte, konnte es deshalb auch einem gewöhnlich gutinformierten deutschen Beamten so erscheinen, als sei Dorn – der damals gerade in dem Bewußtsein, das Befreiungsgesetz durchführbar gemacht zu haben, zur Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit nach USA zurückkehrte – ausgebootet worden, weil er ein zu „scharfer“ Entnazifizierer gewesen sei<sup>23</sup>.

Und doch enthielt die – in dieser Sache falsche – Einschätzung ein Körnchen Wahrheit. Als redlicher Liberaler stellte sich Dorn der Ambivalenz antifaschistischer Demokratisierung – dem Bedürfnis nach eingreifenden, von der Besatzungsmacht verordneten Reformen auf der einen Seite und der Notwendigkeit auf der anderen, die Repräsentanten der Deutschen nicht zu übergehen. Clays technokratisches Management, worin beide Ziele nur relative Gültigkeit hatten, solange sie sich mit administrativer Effizienz und amerikanischen Interessen vereinbaren ließen, war ihm fremd. 1946/47 aber verschob sich das inneramerikanische und internationale Kräfteverhältnis und mit ihm auch Clays Linie. Die Reformen wurden nun abgebaut oder hintangestellt: nicht nur die Entnazifizierung, sondern auch die Dekartellisierung, die Verfassungs-

---

<sup>20</sup> Gespräche mit den Leitern des Special Branch bzw. der Legal Division OMGUS, M. Keith Wilson (Chicago) bzw. Charles Fahy (Washington D. C.).

<sup>21</sup> Vgl. William E. Griffith: *The Denazification Program in the United States Zone of Germany*, Ph. D. Diss. (MS) Harvard 1950 (zit. nach einer überarbeiteten Fassung im Privatbesitz von Prof. Griffith), S. 397; zu Clays Äußerung vgl. unten die Einleitung zur Denkschrift „Die Zukunft des Befreiungsgesetzes“, S. 109 f.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. Niethammer, *Entnazifizierung*, S. 385 f.

<sup>23</sup> Bericht Friedrich Glums über seine Reise nach Berlin (8.–18. 8. 1947) für die bayer. Staatskanzlei (Nachlaß Anton Pfeiffer). Dorn, *The Unfinished Purge*, MS. Kap. 11, S. 14, war dagegen der ebenfalls irrigen Meinung, die Abmilderung des Befreiungsgesetzes durch das erste Änderungsgesetz gehe im wesentlichen auf ihn zurück. Vgl. Niethammer, *Entnazifizierung*, S. 565 ff.

staatlichkeit der Länder, die Entscheidungsfreiheit der Deutschen über ihre wirtschaftliche und staatliche Ordnung, der Föderalismus<sup>24</sup>. Auf der anderen Seite wurden die ökonomisch-administrative Rekonstruktion in Deutschland und seine staatliche Konsolidierung im westlichen Verbund forciert. Dabei ging man häufig über die Wünsche der deutschen politischen Repräsentanten hinweg bzw. manövrierte diese in eine Lage, in der sie vorgängige amerikanische oder westalliierte Entscheidungen nur noch nachvollziehen konnten. In diesem Entwicklungsstadium brauchte man keinen Nachfolger für den Denazification Adviser, denn binnen weniger Monate wurde den deutschen Regierungen unmißverständlich klargemacht, daß sie – gegen ihren Wunsch – das gesamte Entnazifizierungsprogramm zu liquidieren hätten<sup>25</sup>.

Als Dorn in der Endphase der Arbeit des Parlamentarischen Rates und der direkten Besetzung nach Deutschland zurückkehrte, um bei der Fertigstellung der OMGUS-Geschichte und Clay'schen Memoiren zu helfen<sup>26</sup>, als einer der frühen Kenner der Besetzung Bilanz zu ziehen und Material für seine Analyse der Entnazifizierung zu sammeln, empfand er diesen Verlust autonomer Demokratie im Sog der Westintegration besonders deutlich. Er unternahm noch einmal eine – nunmehr anachronistische – Inspektionstour durch die Zone und war gleichermaßen von der geringen Nachwirkung der Reformpolitik der frühen Besetzung wie vom Zerfall der früheren kooperativen Kommunikation zwischen OMGUS und der deutschen politischen Elite irritiert<sup>27</sup>. Andererseits hatte sich auch Dorn wie die anderen Liberalen dem Einfluß des kalten Kriegs auf die öffentliche Meinung in den USA nicht entziehen können<sup>28</sup>. Die deutsche Frage erschien ihm nun nur noch als Alternative „zwischen der Freiheit eines demokratischen Europa und der Finsternis des Ostens“. Neutralismus und geistige Isolierung, Anti-Parteienaffekt und nationale Rivalitäten in Europa beunruhigten ihn

---

<sup>24</sup> Vgl. z. B. Gimbel, Besatzungspolitik, S. 132 ff., 171 ff. u. passim.; James Stewart Martin: All Honorable Men, Boston 1950, S. 238, 255 ff.; Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung, Frankfurt 1970, S. 150 ff.

<sup>25</sup> Zur Liquidierung des Entnazifizierungsprogramms vgl. Griffith, Dissertation, Kap. 14 ff.; Justus Fürstenau: Entnazifizierung, Neuwied/Berlin 1969, S. 87 ff.; Gimbel, Besatzungspolitik, S. 226 ff.; Niethammer, Entnazifizierung, S. 484 ff.

<sup>26</sup> Dorn war mit diesen Memoiren doppelt unglücklich. Einmal schienen sie ihm zahlreiche falsche Darstellungen, insbesondere auf dem Gebiet der Entnazifizierung, zu enthalten, zum anderen wurde Dorn im Gegensatz zu weniger hochgestellten Beratern darin nicht erwähnt. Vgl. ebd., S. 239. Dorn legte Clay einen Kommentar zu dessen Memoirentwurf vor (Dorn an Clay vom 11. 5. 1949, 14 S.), aus dem wir den Abschnitt über Entnazifizierung abdrucken (s. u. S. 119 ff.). Dorn kritisierte im übrigen, daß Clay dem Potsdamer Abkommen zu wenig Gewicht beimesse, die Fortdauer des Antisemitismus nicht erwähne, nicht klarstelle, daß die Westzonen tatsächlich, wie die Sowjets es den Amerikanern vorgeworfen hätten, überwiegend Rohstoffe exportierten; daß Clay nicht angebe, daß mehr als die Hälfte der Richter in der US-Zone NSDAP-Mitglieder seien; daß er die Humboldt-Universität unter die Viermächtekontrolle der Kommandantur ziehe, obwohl sich diese Auffassung nie durchgesetzt habe, die explosive politische Lage bei den Vertriebenen unterschätze und es zu wenig als Erfolg der Einwirkungen der Militärregierung herausstelle, daß die Kommunisten bei den Wahlen so schlecht abschnitten. Im ganzen seien die ‚innenpolitischen‘ Kapitel wesentlich weniger überzeugend als der Bericht über interalliierte Verhandlungen. Z. B. werde nicht klar, ob Clay tatsächlich die Mitbestimmung nur deshalb verboten habe, weil sie nur von einem einzelnen Land beschlossen worden sei, oder ob er darin eine zu weit gehende Änderung der wirtschaftlichen Grundordnung gesehen habe.

<sup>27</sup> Vgl. unten Kap. 4.

<sup>28</sup> Vgl. Les K. Adler u. Thomas G. Paterson: Red Fascism: The Merger of Nazi Germany and Soviet Russia in the American Image of Totalitarianism, 1930's–1950's., in: Americ. Hist. Rev. 75 (1970), S. 1046 ff.

ebenso wie die Gefahr, daß die Deutschen auch nach der Aufhebung „der unzähligen kleinlichen Vorschriften und Verordnungen“ der Militärregierung als „Kolonie“ diskriminiert werden und sich deshalb dem Osten zuwenden könnten, zumal die „Sowjetunion heute auf die antidemokratischen und nationalistischen Elemente Westdeutschlands“ eingehe<sup>29</sup>.

Nach dieser zweimonatigen Reise kehrte Dorn wieder zu seiner Lehrtätigkeit an der Ohio State University zurück. Mit ausführlichen Quellenstudien im State Department über die Deutschlandplanung der Jahre 1944/45<sup>30</sup> begann er eine breit angelegte Untersuchung der Gründe für das Scheitern der Entnazifizierungspolitik: Mangel an politischer Planung in den USA, unzureichende Zusammenarbeit der Alliierten, Abhängigkeit der Deutschlandpolitik der USA von der öffentlichen Meinung einerseits und dem militärischen Apparat andererseits. Da das Projekt einer Gesamtwürdigung Friedrichs d. Gr. aber immer noch nebenherlief, zog sich die Niederschrift auch dieser Untersuchung hin und blieb schließlich Fragment. Fertig stellte Dorn nur die ersten sechs Kapitel, die sich mit den interministeriellen und internationalen Konflikten der Planungsphase beschäftigen – der wesentliche Ertrag dieser Studien wurde 1957/58 in einem Aufsatz veröffentlicht<sup>31</sup>. Für die Phase, an der er selbst in Deutschland mitgewirkt hatte, entstanden nur Erinnerungsskizzen<sup>32</sup>. Das Hauptinteresse des begeisterten Pädagogen gehörte indessen seiner Lehrtätigkeit; mit 63 Jahren folgte er nach seiner Emeritierung in Columbus einem Ruf an die Columbia University nach New York und lehrte dort trotz eines schweren Herzleidens noch vier Jahre. Er starb am 16. 2. 1961, kurz nachdem seine Studenten mit einer fünfminütigen Ovation seine Energie gefeiert hatten, mit der er trotz einer kurz zuvor erfolgten Beinamputation seine Vorlesung fortgesetzt hatte<sup>33</sup>. In einem Nachruf schrieb einer seiner Kollegen an der Columbia University: „Ich mochte ihn außerordentlich wegen seiner Abneigungen . . . Er wußte, was es heißt, wenn einem das Gefühl suggeriert wird, jemand ohne Fernsehgerät sei ein vaterlandsloser Geselle . . . Weit besser als die meisten Ame-

---

<sup>29</sup> Walter L. Dorn: Im neuen Europa, in: Der Monat, Juni 1949, S. 4 ff. Vgl. aus ähnlicher Sicht zuvor schon Hans Speier: The Future of German Nationalism, in: Social Research (1948), S. 421 ff.

<sup>30</sup> Exzerpte aus den Akten des State Department im Nachlaß.

<sup>31</sup> Walter L. Dorn: The Debate over American Occupation Policy in Germany in 1944–1945, in: Pol. Science Quart. 72 (1957), S. 481 ff.; dt. in VfZG 6 (1958), S. 60 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Anm. 36. Mit seinen Erinnerungen hat Dorn auch diejenigen anderer Mithandelnder der früheren Besatzungszeit zu korrigieren versucht. Vgl. seinen Kommentar zu Ludwig Bergsträssers Erinnerung an die Wiederanfänge im Regierungsbezirk Starkenburg (Letter to the Editor, in: VfZG 6 [1958], S. 191 f.) und seine Gegendarstellung zu Hoegnens Version der Entlassung Schäffers (Dorn an Hoegner vom 5. 2. 1960, Nachlaß und IfZ).

<sup>33</sup> Information Ellen Warburton. Insbesondere Dorns Hauptvorlesungen über Geschichtsphilosophie und Historiographie waren sehr beliebt. Einen Einblick in diese Arbeitsrichtung geben seine letzten beiden Veröffentlichungen. In „The Heavenly City and Historical Writing on the Enlightenment“, in: Raymond O. Rockwood (Hrsg.): Carl Becker's Heavenly City Revisited, Ithaka N. Y. 1958, S. 52 ff. kritisierte er die überspitzte These Beckers von der Bedeutung der scholastischen Tradition für die Aufklärung. In „Personality and History, The Significance of the Individual in World Events“ in: Journal of Higher Education (1962), S. 20 ff. verband sich sein polemisches Temperament in einer scharfen Attacke gegen generalisierende Sozialwissenschaften und sozialen Determinismus mit liberaler Altersweisheit zu einem ebenso lebendigen wie abgewogenen Abgesang jener Historiographie, die primär an der Verantwortlichkeit des Individuums interessiert war und sozialgeschichtliche Techniken und andere Neuerungen in den Dienst dieses Bildungsziels stellen wollte.

rikaner sah er, daß dieses Land aus dem Europa des 18. Jahrhunderts herausgewachsen und aufgeblüht ist. Das wußte er nicht nur; er fühlte es und er lebte es<sup>34</sup>.“

## B Zur Edition

Der Nachlaß Walter L. Dorns gliedert sich in zwei Teile: in der Butler Library der Columbia University in New York liegen seine Vorarbeiten zur preußischen Geschichte des 18. Jahrhunderts, also der im engeren Sinne wissenschaftliche Nachlaßteil. In den Besitz seiner Tochter Ellen Warburton<sup>35</sup> sind dagegen seine Bibliothek sowie die Materialien gelangt, die mit seiner Tätigkeit in der Militärregierung zusammenhängen. Dazu gehört auch das Manuskript seiner Studie über die Entnazifizierungspolitik, das etwa bis zur Potsdamer Konferenz gediehen war. Diese Arbeit trägt jetzt den Titel „The unfinished Purge“<sup>36</sup>, wobei der zweite Teil des Fragments von Ellen Warburton und Russel Grigory, einem früheren Assistenten Dorns, durch Ausschnitte aus Notizen und Erinnerungen Dorns bis 1949 ergänzt worden ist. Dadurch fällt die Arbeit als ganze in einen historisch-analytischen Teil und in einen memoirenhaften Teil auseinander. Wir haben diese Darstellung zwar benutzt, aber keine Teile aus ihr in die vorliegende Edition übernommen, weil ihr erster Teil wesentlich ein Stück amerikanischer Geschichte beschreibt<sup>37</sup>, während wir in bezug auf den Inhalt ihres zweiten Teils auf die Originale zurückgegriffen haben.

Aus der Besatzungszeit stammen<sup>38</sup>:

1. *Notizen*. Bei seinen Inspektionsreisen verwendete Dorn Notizblöcke in Taschenformat – auf seiner letzten Reise 1949 ein Kollegeft –, um sich Namen und Daten aufzuschreiben, Gespräche stichwortartig zu protokollieren oder Gedanken und Einschätzungen unterwegs zu notieren. Teilweise sind diese Hefte eine zusammenhängende Folge von Zetteln, teils sind es regelrechte Tagebücher. Im Nachlaß haben sich solche Notizbücher vor allem jeweils aus dem Frühjahr 1945, 1946, 1947 und 1949 erhalten; diejenigen aus der zweiten Jahreshälfte 1945 sind sehr bruchstückhaft; das

<sup>34</sup> Zitat aus einem Nachruf in der Faculty of Political Science der Columbia University, zit. in: The Century Association, 1961, S. 174. Der Nachruf in der *Americ. Hist. Rev.* 66 (1960/61), S. 1196, nannte ihn „a man of the Enlightenment“. Vgl. auch *Pol. Science Quart.* 76 (1961), S. 480 und *New York Times* vom 18. 2. 1961, S. 19.

<sup>35</sup> Mrs. Ellen Warburton, s. Z. Chevy Chase Md., jetzt Palo Alto Ca. Aus diesen Materialien haben wir die Notizbücher und Durchschläge der Memoranden Dorns ausgewählt – im übrigen handelt es sich im wesentlichen um Exzerpte, Zeitungsausschnitte, OMGUS-Berichte und ähnliches gedrucktes Material. Die ausgewählten Nachlaßdokumente wurden in den *National Archives*, s. Z. Alexandria Va., verfilmt. Dieser Film liegt im Institut für Zeitgeschichte in München.

<sup>36</sup> Eine Photokopie des Manuskripts liegt im Institut für Zeitgeschichte. Ein Druck in USA ist bislang noch nicht zustande gekommen.

<sup>37</sup> Dieser Teil ist schon mehrfach von der Forschung ausgewertet worden, vgl. z. B. Guenther Roth u. Kurt H. Wolff: *The American Denazification of Germany*, heft. Columbus Ohio 1954; Paul Y. Hammond: *Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy*, in: Harold Stein (Hrsg.): *American Civil-Military Decisions*, Birmingham Ala. 1963, S. 311 ff.; John Gimbel, *Besatzungspolitik; Niethammer, Entnazifizierung; Jean E. Smith: The Defense of Berlin*, Baltimore 1963.

<sup>38</sup> Wenn im folgenden keine Quelle angegeben ist, handelt es sich um Stücke aus dem Nachlaß, die als Photokopie im Institut für Zeitgeschichte vorliegen.

Tagebuch der Reise 1949 ist der geschlossenste Abschnitt, den wir auch im wesentlichen ungekürzt bringen. Diese zum Teil in einer sehr schwer lesbaren Handschrift gehaltenen Notizen wurden von Frau Holthusen (München) transskribiert. Wir haben alle Stücke ausgewählt, die in einigermaßen zusammenhängender Form Reiseindrücke beschreiben oder Aufzeichnungen von Gesprächen enthalten, die über wenige Stichworte, Adressenangaben etc. hinausgehen und nicht nur technisch-administrative Details behandeln<sup>39</sup>.

2. *Memoranden*. Im Naßlaß haben sich Durchschläge einiger größerer Denkschriften Dorns aus den Jahren 1946/47 erhalten; sonstiger dienstlicher Schriftwechsel fehlt<sup>40</sup>. Soweit es sich nicht – wie im Falle des Berichts über den Ministerwechsel im bayerischen Befreiungsministerium 1946 – um reine Tatsachenberichte handelt, fällt an diesen Memoranden ein Ungleichgewicht zwischen ausführlichen politischen Analysen und verhältnismäßig spärlichen praktischen Folgerungen auf. Dieses Ungleichgewicht, das in der gewöhnlichen Stabsarbeit der Militärregierung eher umgekehrt üblich war, und der große Umfang dieser Denkschriften dürften zu ihrer geringen politischen Wirksamkeit beigetragen haben. Außer den aufgenommenen gibt es noch zwei Memos aus dem Frühjahr 1946 in Dorns Nachlaß, in denen er für Clay zu Walter Lippmanns Artikeln über die Europapolitik Stellung nimmt bzw. über die Wirkung der Public Relations der Militärregierung auf eine Delegation amerikanischer Zeitungs-herausgeber, die Deutschland besuchte, berichtet<sup>41</sup>.

3. *Erinnerungen*. Als Dorn im Mai 1949 in Berlin war, um bei der Vorbereitung der offiziellen OMGUS-Historie zu helfen, sprach er dem Leiter des OMGUS Historical Branch, Dr. David G. White, am 19., 20. und 26. 5. eine Reihe von Erinnerungen an seine Tätigkeit bzw. Einschätzungen einzelner Personen auf amerikanischer und deutscher Seite auf Tonband. Aus diesen ‚oral histories‘, deren Wortprotokolle im Durchschlag im Nachlaß liegen, haben wir einige ergänzende Stücke ausgewählt und dabei offensichtliche Wiederholungen und Versprechungen wie auch die inhaltlich unbedeutenden Zwischenfragen des Interviewers eliminiert.

Da es sich überwiegend um Quellen handelt, die für die deutsche Geschichte jener Jahre relevant sind, wurden die ausgewählten Tagebuchnotizen, Memoranden und Erinnerungsfragmente übersetzt. Dabei wurde stillschweigend der Text soweit geglättet, daß die Abkürzungen durchgehend aufgelöst und der Telegrammstil der

<sup>39</sup> Nicht aufgenommen wurden auch fragmentarische Notizen aus dem September 1945. Die Angaben, die hieraus wie auch aus ‚The Unfinished Purge‘ über den Patton-Schäffer-Skandal zu entnehmen sind, habe ich bereits mitgeteilt in: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VfZG 15 (1967), S. 153 ff.; entsprechende Nachrichten über die Entstehung des Landes Großhessen hat Dorn selbst in seinem ‚Letter to the Editor‘, a. a. O. berichtet.

<sup>40</sup> Weitere als die im Durchschlag im Nachlaß erhaltenen Denkschriften haben sich auch im zugänglichen Teil der OMGUS Papers in den National Archives nicht gefunden; hier waren nur Vorstudien zu ‚Die Zukunft des Befreiungsgesetzes‘ (OMGUS Papers 125–1/15, National Archives, Suitland Md.) vorhanden.

<sup>41</sup> Vgl. Anm. 19; sowie Dorn an Clay and Adcock vom 25. 4. 1946 ‚Comments on the Journey of the Newspaper Executives‘. Als Exkurs wurde dagegen ein Memo Prof. James Kerr Pollocks vom 6. 9. 1945 aufgenommen (vgl. Kap. II), weil es einen guten zusammenfassenden Überblick über die Verwaltungsprobleme der US-Zone bei der Länderbildung bietet und sich als Vergleichsdokument zu den in Anm. 39 genannten Darstellungen Dorns eignet, während sich Dorns Memoranden über diese Vorgänge im Nachlaß nicht erhalten haben.

Notizen einigermaßen durch Verben ergänzt wurden; in den Erinnerungen wurde dagegen die Redundanz der mündlichen Rede in der übersetzten Fassung gestraft. In beiden Fällen wurde jedoch versucht, dem amerikanischen Ausdruck so nahe wie möglich zu bleiben und dennoch den deutschen Text lesbar zu machen. Zufügungen, die über rein stilistische Ergänzungen hinausgehen, wurden in Klammern gesetzt. Natürlich ist die Entscheidung, die Texte überhaupt zu übersetzen, sicher bezweifelbar, da manches Ursprüngliche verloren ging. Indessen sollte dem deutschen Leser die Aufnahme der Eindrücke Dorns möglichst erleichtert werden. Unabhängig vom Quellencharakter wurden die einzelnen Stücke in vier sachliche und chronologische Komplexe zusammengeordnet. Dabei wurden Überschneidungen eingedämmt, wenn auch nicht durchweg eliminiert.

Die Kapitel wurden mit Einführungen in den jeweiligen Tätigkeitsbereich Dorns, die einzelnen Stücke meist mit einem kurzen Vorspann zur Charakterisierung ihrer Entstehungssituation versehen. Wo im Text oder durch erläuternde Anmerkungen erwähnte Personen aus der Besatzungszeit nicht nach ihrer politischen bzw. beruflichen Stellung näher bestimmt sind, finden sich entsprechende Funktionsangaben im Personenregister, andernfalls ist dort durch Kursivdruck auf die Stelle aufmerksam gemacht, wo sich entsprechende Aufschlüsse finden. Allerdings verblieb ein gewisser Rest von Personen, die nicht identifiziert werden konnten, was auch damit zusammenhängen mag, daß Dorn viele Namen nach Gehör und nicht immer richtig notierte. Um bei annähernd 500 erwähnten Personen den Anmerkungsapparat nicht unerträglich aufzublähen, wurden nur ausnahmsweise ausführlichere biographische Hinweise gegeben.

Es bleibt schließlich noch die Frage nach dem Quellenwert. Wie bereits beschrieben, konnte und wollte Dorn nur selten große politische Entscheidungen fällen; auf der anderen Seite war er nicht so genügsam, nur Buch über die Entscheidungen der ‚Großen‘ zu führen, in deren Umgebung er sich aufhielt. Insgesamt ist deshalb aus diesen Notizen und Denkschriften nur wenig über einzelne Entscheidungen der amerikanischen Militärregierung herauszulesen. Für diese Frage wie auch für die Geschichte bestimmter Sachgebiete der MG-Politik sind Memoiren oder aus persönlicher Beteiligung und Erinnerung heraus geschriebene Sachdarstellungen, die in größerer Zahl vorliegen<sup>42</sup>, geeigneter. Vielmehr sind Dorns Texte aufschlußreich für die konkreten politischen und administrativen Verhältnisse in der Militärregierung, in den Ländern und Gemeinden, für die Einstellungen der deutschen Repräsentanten im vertraulichen Gespräch mit Vertretern der Besatzungsmacht, für die Einschätzung der deutsch-amerikanischen Interaktion durch einen kritischen Deutschlandkenner. Für diese Bereiche bieten besonders die Notizen und Memoranden unmittelbare Anschauung. Auch in diesem Rahmen sind die Grenzen deutlich: Dorn hatte nichts mit wirtschaftlichen Dingen zu tun und interessierte sich offenbar auch nicht allzu sehr dafür; auch die Form der Regierungsinstitutionen beschäftigte ihn nur selten. Um so

<sup>42</sup> Neben den klassischen Memoiren wie Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, und Robert Murphy, Diplomat unter Kriegern, Berlin 1965, sind für die OMGUS-Geschichte vor allem solche Beiträge von Besatzungsbeamten und -beratern wichtig, deren Gattung zwischen Erinnerungen, populärem Bericht und wissenschaftlicher Darstellung anzudehnen ist. Am wichtigsten sind die Aufsatzsammlungen: Carl Joachim Friedrich et al.: American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948; Sydney Connor u. Carl J. Friedrich (Hrsg.): Military Government, The Annals vol. 267 (Jan. 1950); Gabriel A. Almond (Hrsg.): The Struggle for Democracy in Germany, Chapel Hill N. C. 1949; Edward H. Litchfield (Hrsg.): Governing Postwar Germany, Ithaca N. Y. 1953.

mehr – und darin erscheint Dorn als typischer amerikanischer ‚Liberal‘ – kümmern ihn die verantwortlichen Personen in diesen Institutionen und die Art und das Ausmaß ihrer Verantwortlichkeit, ihre soziale Herkunft, ihre politischen Einstellungen und ihre ‚performance‘. Sein Augenmerk lag darauf, ob es den Amerikanern gelänge, in Deutschland eine liberale politische Elite zu etablieren, die in konstruktiver Arbeit aus antifaschistischer Haltung heraus an die deutsche Kulturtradition anknüpfte und das politische System Deutschlands den westlichen Demokratien annäherte.

Die vorliegende Edition ist durch die Bereitwilligkeit von Frau Ellen Warburton, Palo Alto Ca., den politischen Nachlaß ihres Vaters zur Verfügung zu stellen, ermöglicht worden. Dafür und für ihre zahlreichen Auskünfte möchte ich ihr meinen herzlichen Dank ausdrücken. Bei der Übersetzung waren mir die kritischen Hilfen von Frau Dr. Maria Mostert, Stuttgart, unentbehrlich. Für die Entzifferung von Dorns Handschrift gebührt Frau Inge Holthusen, München, Dank. Die Erwähnung aller Personen, Archive und Behörden, die mir durch Auskünfte und Materialeinsicht – z. T. bereits im Zusammenhang mit meiner Arbeit über die Entnazifizierung in Bayern – die Kommentierung der Texte erleichtert haben, würde hier eine zu umfängliche Liste ergeben. Um so deutlicher möchte ich zum Ausdruck bringen, wie sehr ich ihnen allen für diese liebenswürdige Zusammenarbeit verbunden bin. Genannt sei nur die Direktion der Michigan Historical Collections an der University of Michigan in Ann Arbor, die den Abdruck eines Memorandums aus dem Nachlaß von James K. Pollock, des einzigen Dokuments fremder Provenienz, erlaubte. Schließlich schulde ich dem Institut für Zeitgeschichte Dank nicht nur für unzählige Hilfen, sondern auch für eine über Jahre hinweg geduldig erneuerte Ermunterung, eine Edition zu wagen und zu vollenden, deren Wert vor allem darin liegen mag, einem weiteren Kreis von Interessierten unmittelbaren Einblick in einen Ausschnitt der Interna des Besatzungsregimes zu verschaffen und die Erweiterung dieses Ausschnitts durch andere anzuregen.

L. N.

## I. VORBEREITUNG UND ERSTE ERFAHRUNG DER MILITÄRREGIERUNG

Als einer der führenden Mitarbeiter des US-Nachrichtendienstes OSS in Europa war Dorn von Anfang an in die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere eingeschaltet und erlebte beim alliierten Einmarsch die ersten Begegnungen mit der Lage in Deutschland mit. Seine Erinnerungen an diese Zeit und seine Notizen beschreiben verschiedene Aspekte zweier Hauptsachverhalte: 1. daß die Verhältnisse in Deutschland anders waren, als man bei den Besatzungsplanungen angenommen hatte, und daß man insofern zunächst weitgehend auf Improvisation angewiesen war; 2. daß die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere und längerfristige Planungen für eine Besatzungspolitik in Deutschland daran scheiterten, daß die Armee nach eigenem Gutdünken improvisierte und ihre militärischen Interessen obenan stellte<sup>1</sup>. Beide Grundtendenzen gehen auf das Defizit politischer Entscheidungen über die konkreten Ziele in Deutschland zurück<sup>2</sup>.

Abgesehen von den späten und sehr allgemeinen Interessensphärenabgrenzungen in Jalta sowie von den organisatorischen Vorbereitungen auf die deutsche Kapitulation und die Bildung eines alliierten Kontrollrats waren – trotz des Drängens der Briten – interalliierte Planungen für Deutschland am Widerstand der USA und der UdSSR gescheitert<sup>3</sup>. Beide wollten sich offenbar die Hand frei halten, um bei Kriegsende sich etwa noch bietende Möglichkeiten wahrnehmen zu können. Diese Politik des ‚non-decision-making‘ reflektierte jedoch auch die Gleichläufigkeit unterschiedlicher welt- und auch deutschlandpolitischer Konzeptionen in den Regierungen. Nicht daß es keine Konzeptionen in Washington, sondern daß es unvereinbare gab<sup>4</sup>, beraubte den ame-

<sup>1</sup> Die militärische Planung ging bis zum Sommer 1944 davon aus, daß die Besatzungsmacht den deutschen Verwaltungsapparat durch indirect rule übernehmen könne. Eisenhower betonte seinem Stab gegenüber „the military nature of the plan, and the necessity for removing any political flavor“. Zur selben Zeit wurde jedoch deutlich, daß die Militärregierung in Deutschland schrittweise beginnen und die Übernahme der vollen Verantwortung für Verwaltung, Versorgung und Politik in einer chaotischen Lage bedeuten würde. Deshalb drängte der Oberbefehlshaber in Washington auf politische Führung und Begrenzung der militärischen Verantwortung. Vgl. Office of the Chief Historian, Eur. Command: Planning for the Occupation of Germany, Occupation Forces in Europe Series, 1945–46, MS, Frankfurt 1947, S. 58 ff. (Zit. S. 67), 85 f.; Hammond, a. a. O., S. 352. In der Praxis wehrten sich die Militärs jedoch gegen jede Einmischung in ihre Zuständigkeit und gingen auf unterer Ebene nach Gutdünken und Faustregeln vor.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Günter Moltmann: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1958. Die in der neueren Forschung bes. von Revisionisten wie Gabriel Kolko: The Politics of War, New York 1968, betonte Rolle des State Department bei der Ausformung der weltpolitischen und wirtschaftlichen Ordnungskonzeptionen der USA gilt gerade nicht für die Deutschlandpolitik, wo dieser Einfluß bis zum Tod Roosevelts durch die Einschaltung Morgenthau in Schach gehalten wurde. Vgl. neben Hammond auch John M. Blum: Deutschland, ein Ackerland? Düsseldorf 1968, Kap. VI f.

<sup>3</sup> Hans-Günter Kowalski: Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZG 19 (1971), S. 261 ff., bes. 293.

<sup>4</sup> Dorn hat in einer Besprechung von Snell in Americ. Hist. Rev. 65 (1959/60), S. 342 f. betont, daß nicht der Mangel an politischer Führung überhaupt, sondern die Ablehnung von JCS 1067 durch die US-Delegation bei der EAC das Hindernis internationaler Planungs-koordination war.

rikanischen Apparat der Besatzungsplanung politischer Führung, unterwarf ihn eindeutig der Priorität militärstrategischer Entscheidung und Organisation und zwang ihn, anstatt seine Planungen auf vorbedachte Zwecke auszurichten, sie von angenommenen Bedingungen abhängig zu machen. Die Grundannahme der Planer, Deutschland werde im Laufe des Jahres 1944 zusammenbrechen und könne als Ganzes mit einem noch verhältnismäßig intakten Verwaltungs- und Produktionsapparat übernommen werden, erwies sich als falsch. Die Ausbildung der Militärregierungs-offiziere mußte sich nun kurzfristig darauf umstellen, irgendwie dem Chaos hinter der Front während der Eroberung Deutschlands Herr zu werden, wobei das Militär sich die Militärregierung eindeutig unterordnete und keine vertikale Verwaltungsorganisation für Angelegenheiten der Zivilbevölkerung duldete<sup>5</sup>. Dadurch wurde die Praxis am einzelnen Ort in hohem Maße zufällig und spiegelte vor allem militärisches Ordnungsdenken, aber auch persönliche Willkür mittlerer Befehlshaber, die plötzlich zu Kreiskönigen geworden waren<sup>6</sup>.

Doch die Wirkungen der Verselbständigung des Militärs beschränkten sich nicht auf die lokale Ebene. An einem Tiefpunkt politischer Führung kurz vor dem Tod Roosevelts entschied Eisenhower als Oberbefehlshaber der westalliierten Streitkräfte (SCAEF) gegen den Widerstand der Briten und offenbar kaum koordiniert mit Washington, das bisherige strategische Ziel Berlin fallen zu lassen und Stalin zu eröffnen, daß die Sowjets die Reichshauptstadt einnehmen könnten, während sich die amerikanischen Truppen der Niederkämpfung des vermuteten deutschen Widerstands in der vielgefürchteten ‚Alpenfestung‘ zuwendeten<sup>7</sup>. Diese später viel kritisierte Entscheidung war offenbar weniger eine positive Geste gegenüber dem sowjetischen Partner, denn Berlin war für Eisenhower nur noch ein „geographischer Punkt“ und Trümmerhaufen ohne militärische Bedeutung<sup>8</sup>. Sie ist eher auf nationale Empfindlichkeit – der Engländer Montgomery sollte den Marsch auf Berlin kommandieren – und innermilitärische Prioritäten zurückzuführen; der Gegner sollte schnellstmöglich vernichtet werden, und zwar insbesondere vom rechten Flügel der SHAEF-Verbände, die von Amerikanern befehligt wurden<sup>9</sup>. Dorn glaubte, dadurch sollte ein weiteres Vorrücken der Russen im Alpengebiet verhindert werden. Für die Militärregierung hatte der ‚Halt an der Elbe‘ zwei Konsequenzen: das bestvorbereitete MG-Detach-

---

<sup>5</sup> Militärregierung wurde in zwei Organisationsformen ausgeübt: bei den kämpfenden Verbänden durch die 5. Generalstabsabteilung (G-5), die dem jeweiligen Kommandeur der Armee, Division etc. unterstellt war. Zweitens gab es Spezialstäbe, die für bestimmte Aufgaben oder Orte vorgebildet waren. Bis in den Sommer 1945 blieben diese jedoch der Befehlsgewalt der Truppenkommandeure, denen sie attachiert waren, unterworfen. Später wurden die Spezialstäbe aus der Armee herausgelöst und parallel zur deutschen Verwaltung regional organisiert; daraus entstand Clays OMGUS-Apparat.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Harold Zink: *American Military Government in Germany*, New York 1947, S. 58 (für die taktischen Kommandeure der 3. Armee); Saul K. Padover: *Experiment in Germany*, New York 1946, S. 78 ff., 120 ff. (für Offiziere in Roettgen).

<sup>7</sup> Jean E. Smith, a. a. O., S. 34 ff.; Rodney G. Minott: *Top Secret, Hitlers Alpenfestung*, Reinbek b. Hamburg 1967, S. 41 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Alfred D. Chandler Jr. u. a. (Hrsg.): *The Papers of Dwight David Eisenhower*, Bd. 4, Baltimore/London 1970, S. 2347 f., 2551 ff., Zit. S. 2568; Dwight D. Eisenhower: *Crusade in Europe*, Garden City N. Y. 1948, S. 396 ff.; sowie Walter Bedell Smith: *Eisenhowers Six Great Decisions, Europe 1944–45*, New York 1956, S. 181 ff. („The only way it could end“).

<sup>9</sup> Vgl. Arthur Bryant: *Sieg im Westen 1943–1946*, Düsseldorf 1960, S. 439 ff.; Marschall Montgomery: *Memoiren*, München o. J., S. 371 ff.; Winston S. Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. VI/2 ‚Der Eiserner Vorhang‘, Stuttgart 1954, S. 133 ff.

ment A1A1<sup>10</sup>, das für den US-Sektor von Berlin vorgesehen war, kam nicht zum Einsatz und improvisierte im sächsisch-braunschweigischen Raum; zugleich wurde USGrCC, die amerikanische Delegation zum Kontrollrat, zweieinhalb Monate von ihrer eigentlichen Aufgabe abgehalten und wartete in Frankfurt auf ihren Einsatz<sup>11</sup>. Wichtiger waren die politischen und organisatorischen Folgen dieser Entscheidung für den gesamten Militärregierungsaufbau. Auf der interzonalen Ebene wurde die Gunst der ersten Stunde verpaßt und die Neigung der Führungsmächte bestätigt, zunächst einmal ihren Einflußbereich als Faustpfand in Besitz zu nehmen und durch entsprechende Vorentscheidung zu strukturieren<sup>12</sup>. Dadurch geriet die spätere interalliierte Organisation zu einer sekundären Struktur, die im Zuge der wachsenden internationalen Spannungen zwischen den Führungsmächten die zentrifugalen Kräfte, die auf den Kontrollrat einwirkten, nicht mehr hinreichend bremsen konnte. Zugleich blieb der eigentliche Kopf der Militärregierung (als von der Armee gesonderte Verwaltungseinheit), USGrCC und später OMGUS, zunächst inaktiv, während die lokalen und regionalen Einheiten der Militärregierung dem Oberkommando von SHAEF bzw. USFET lange unterstellt und damit in die militärische Befehls- und Wertehierarchie eingeordnet blieben. Erst als sich OMGUS in Berlin eingerichtet hatte, begann die Emanzipation und Konsolidierung der Militärregierung und die Ablösung jener dilatorischen Maßnahmen, die häufig eine nur wenig modifizierte Übernahme deutscher Institutionen aus der NS-Zeit bedeutet hatten<sup>13</sup>.

Unter diesen Bedingungen waren die frühen Einsätze der Militärregierung ein Skandal auf Raten. Dorn, der als politischer Berater zum A1A1-Detachment gehört hatte und sich nach Eisenhowers Entscheidung sofort von ihm trennte, begegnete in Krefeld, Leipzig, Bremen und an verschiedenen anderen Orten<sup>14</sup> dem administrativen Chaos und der ‚Law and Order‘-Politik der frühen Kommandeure und versuchte mehrfach, mildernd und vermittelnd einzugreifen. Die Besatzungseinheiten wechselten am einzelnen Ort schnell; die abziehenden Truppen nahmen oft die Akten mit, die einrückenden entließen die gerade eingesetzten oder in ihren Ämtern bestätigten deutschen Beamten wieder. Deutsche, die in den Antifa-Ausschüssen kooperative Selbsthilfe und antifaschistische Selbstsüberung in Angriff nehmen wollten, wurden wo nicht ins Gefängnis, doch nach Hause geschickt<sup>15</sup>. Die Ansätze zu einer demokratischen Partei-

<sup>10</sup> S. u. I. 2; vgl. auch Frank L. Howley: Berlin Command, New York 1950, S. 18 f.

<sup>11</sup> Vgl. Calvin B. Hoover: Memoirs of Capitalism, Communism, and Nazism, Durham N. C. 1965, S. 223 ff.

<sup>12</sup> Zur politischen Vorstrukturierung führten in der US-Zone vor allem die Praxis des politischen Betätigungsverbots, die Verzögerung der Gewerkschaftsneugründungen, die Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und Kirchen und die alsbaldige Verwaltungsrekonstruktion mit ‚Fachleuten‘. Auf die Vorentscheidungen in der SBZ reagierten die USA im Herbst mit Wahlen (Parteienforcierung) und Länderrat (zonale Zentralverwaltungen).

<sup>13</sup> Fast überall wurden der ‚Reichsnährstand‘, die wirtschaftliche Selbstverwaltung und die staatliche Wirtschaftsverwaltung mit nur oberflächlichen Retuschen weitergeführt. In der allgemeinen Verwaltung setzte sich MG nach erster Lagesondierung z. T. an den Platz der Gauleiter bzw. Reichsstatthalter, um wie diese der intermediären Verwaltung zu befehlen.

<sup>14</sup> In den frühen Notizen Dorns sind noch umzusammenhängende Stücke aus einigen anderen Orten, insbesondere Düsseldorf, erhalten.

<sup>15</sup> Vgl. I. 5. Die Auflösung der Antifa ist in fast allen Großstädten zu verfolgen, obwohl die einzelnen örtlichen Gruppierungen nach Herkunft und Zielen ein breites Spektrum abdecken. Bremens „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (vgl. Anm. 74) ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme; sie bestand zwar noch bis 1946, wurde jedoch durch die Rekonstruktion der Parteien und der Verwaltung innerlich ausgehöhlt. Neben Dorn hatte hier vor allem der marxistische Theoretiker und damalige Bremer Besatzungsoffizier Paul M. Sweezy (vgl. sein

und Gewerkschaftsorganisation wurden unterbunden<sup>16</sup>, dafür meist der organisatorische Aufbau, soweit er sich aus dem Dritten Reich noch erhalten hatte, und nicht selten auch das Personal weitergeführt. Ländergrenzen, die sich von langfristiger Tragweite erweisen sollten, wurden nach kurzfristigen Bedürfnissen der Truppe gezogen, z. B. um eine Autobahn benützen oder einen Nachschubhafen zur ausschließlichen Verfügung haben zu können, ohne sich mit überflüssiger deutscher Verwaltung und interalliiertem Ärger zu belasten<sup>17</sup>. Nach dieser dilatorischen Stabilisierung im Namen militärischer Sicherheit und administrativer Konsolidierung, welche die Chancen autochthoner Umwälzung im Keim erstickte und deutsche konservative Bestrebungen, den befürchteten Linksrutsch durch autoritäre Verwaltung abzufangen, ergänzte, begannen die eigentlichen Militärregierungsbeamten, ihre Entnazifizierungsdirektiven anzuwenden und die restaurierte Verwaltungsorganisation personell auszuhebeln<sup>18</sup>. Damit standen die Amerikaner im Herbst so ziemlich wieder am Anfang, nur daß die potentiellen politischen Partner bereits verprellt waren: Eine linke Mobilisierung war untersagt worden, das konservative Konzept autoritärer Verwaltung stand vor dem Zusammenbruch. Die wirtschaftliche Auszehrung schritt voran, und die interalliierten Spannungen waren ebenso stark wie der Kontrollrat als das Instrument ihrer Überwindung in der Deutschlandverwaltung schwach.

#### I. 1 Militärregierungsausbildung vor der Kapitulation<sup>19</sup>. [Erinnerungen]

Es gab vier Phasen: zunächst die Shrivensham-Phase und dann seit Juni 1944 die Manchester-Phase, die bis zum September andauerte, und dann zog die ganze Civil Affairs Division<sup>20</sup> Anfang September nach Frankreich, hielt zunächst in Le Mans und errichtete dann ihr Hauptquartier etwa 35 Meilen östlich von Paris in Rochefort, und von da wur-

---

„The Present as History“, New York 1953, Wiederdr. 1962, S. 248 f.) zugunsten der Antifa eingegriffen. Aber auch in solchen Fällen scheiterte das spezifische Bemühen um eine antifaschistische Mobilisierung durch Selbsthilfe und Selbstsäuberung in der Umbruchsituation; es wurden nur die Führungsfunktionäre für die Partei- und Verwaltungselite gerettet.

<sup>16</sup> Das politische Betätigungsverbot, wie es in den Besatzungsdirektiven CCS 551 und JCS 1067 niedergelegt war, hätte nicht notwendig die Gründung jedweder Massenorganisationen unterbinden müssen, wenn sie mit Genehmigung der Militärregierung geschah. Vgl. Foreign Relations, 1945, Bd. III, S. 941 (Bericht über eine diesbezügliche SHAEF-Konferenz vom 5. 6. 1945). Das Militär generalisierte jedoch diese ursprünglich wohl vor allem als Damm gegen Nazis und Kommunisten gedachte Bestimmung. In den Planungsstäben erwartete man, Nazis und Kommunisten in Deutschland unter jeder denkbaren politischen Verkleidung anzutreffen. Vgl. Salomon Lebovitz: Military Government and the Revival of German Political Activity, Ph. D. Diss. MS Harvard 1949, S. 43ff., 151; Sumner Welles: Jetzt oder nie? Stockholm 1944, S. 335.

<sup>17</sup> Vgl. I. 6. Ähnliches gilt für die Abgrenzung der US-Zone von dem neu einzurichtenden französischen Besatzungsgebiet.

<sup>18</sup> Vgl. für ein regionales Beispiel Niethammer, Entnazifizierung, Kap. 2.

<sup>19</sup> Vgl. die beste Zusammenfassung der einzelnen Stufen der Ausbildung der MG-Offiziere 1942 bis 1945 bei Harold Zink: The United States in Germany 1944–1955, Princeton 1957, S. 10 ff. (mit Lit.).

<sup>20</sup> Die „European Civil Affairs Division“ war eine am 12. 2. 1944 geschaffene Versorgungs- und Verwaltungseinheit für alle mit Angelegenheiten der Zivilbevölkerung befaßten amerikanischen Spezialstäbe in Westeuropa (umfaßte also nicht die G-5-Stäbe). Sie wurde zunächst von Col. Cuthbert P. Stearns, später von Col. H. McE. Pendleton (vgl. dessen ‚The European Civil Affairs Division‘, in: Mil. Rev. 26, April 1946, S. 49 ff.) geleitet. Vgl. Harry L. Coles/Albert K. Weinberg: Civil Affairs: Soldiers Become Governors, Washington D. C. 1964, S. 674 f.

den die verschiedenen Einheiten zur Spezialausbildung in diesem Bereich verteilt (November 1944 bis zum Beginn der Operationen der Militärregierung im nächsten Frühjahr). Die erste Phase in Shrivenham begann, als die über 2000 Offiziere von den verschiedenen Civil Affairs Schulen in den Staaten<sup>21</sup> herübergebracht wurden, um in Shrivenham eine Civil Affairs-Abteilung aufzubauen. Das wurde sicherlich verfrüht getan, weil man zu Hause den drohenden Zusammenbruch Deutschlands erwartete. Dieser Gedanke beherrschte seitdem die ganze Ausbildung. Ein langfristiges Unterrichtsprogramm konnte in Europa nicht entwickelt werden, weil man stets annahm, daß diese Leute in drei oder vier Wochen den Armeen zum Einsatz angeschlossen würden. Natürlich wußte niemand in der Civil Affairs Division etwas von den Invasionsplänen, so daß es keine Vorbereitung dafür gab und eine enorme Verzögerung eintrat. Bei der Ausbildung lebte man von der Hand in den Mund und improvisierte; niemand wußte, wie lange das dauern würde. Der erste Ausbildungslehrgang erstreckte sich nach meiner Erinnerung über drei bis vier Wochen, während derer verschiedene Referenten kamen. Sie erinnern sich, daß Sie, Dr. White<sup>22</sup>, mit einer ziemlichen Anzahl von Leuten aus der OSS Ende Februar oder Anfang März 1944 in das Militärregierungs-Ausbildungszentrum unter Oberst Hardy Dillard kamen [...]. Zunächst gab es Referate. Dann wurden die Leute in verschiedene Einheiten aufgegliedert. Sie hatten sich verschiedenen Sprachkursen, dem militärischen Drill und allen möglichen körperlichen Trainingsübungen<sup>23</sup> zu unterziehen, weil diese Leute kaum eine Armeeausbildung hatten. Die frühe Ausbildung war in der Tat eine Fortsetzung dessen, was sie in den Civil Affairs Training Schools erfahren hatten. Es war ein allgemeiner Unterricht über die Art und die Struktur der Nazipartei, den historischen Hintergrund Deutschlands, die deutsche Verwaltung, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Polizeisystem und alle die verschiedenen Sachgebiete, die später als große und kleine Glieder der Militärregierungsstruktur auftauchten. Ich glaube, die Ausbildung wurde mit viel Geschick und Erfolg durchgeführt, mit Hilfe zum Teil jener ausführlichen OSS-Studien über jeden Bereich der deutschen Verwaltung, zum Teil des [britischen] PID-Handbuchs über Deutschland<sup>24</sup>. Mit anderen Worten gab es eine beträchtliche Menge erstklassiger Literatur, wodurch diesen Leuten die Möglichkeit geboten wurde, über Deutschland zu lesen und zu arbeiten, über deutsche Verwaltung, deutsche Politik, die Nazipartei; und nachdem das PID-Handbuch

<sup>21</sup> Die „Civil Affairs Training Schools“ waren Ausbildungszentren, die an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingerichtet worden waren, um die Masse der MG-Offiziere landeskundlich vorzubilden. Stabsoffiziere wurden in einer besonderen Schule in Charlottesville Va. ausgebildet; außerdem gab es ein militärisches Training in Fort Custer. Das Ausbildungszentrum in Shrivenham in Südwestengland wurde am 1. 12. 1943 gegründet; die Masse der MG-Offiziere kam im Frühjahr 1944 hierher.

<sup>22</sup> White war Dorns Interviewer in der historischen Abteilung OMGUS, vgl. Einleitung, S. 18. David Glen White (geb. 1907) promovierte 1939 in Berlin und war seit 1942 in OSS und später in der Navy tätig; 1945 in USGrCC, danach in OMGUS für die Herausgabe der Verordnungen zuständig, 1948–49 Chief Historian, eine Tätigkeit, die er als Consultant noch eine Weile in HICOG weiterführte. 1951/52 dann in Pollocks und Litchfields „Governmental Affairs Institute“ in Washington. Danach begann er noch einmal zu studieren und promovierte 1960 an der University of Maryland. Nach einer Tätigkeit im Forschungsstab des Friedenskorpors wurde er Professor für Kinder- und Erziehungspsychologie an der Staatsuniversität von Utah in Logan.

<sup>23</sup> Bei den MG-Offizieren, die gewöhnlich im Zivilberuf eine höhere Stellung einnahmen, waren Klagen über den als sinnlos betrachteten militärischen Drill verbreitet. Vgl. z. B. Zink: *Military Government*, a. a. O., S. 8 ff.; Thomas P. Hazard: *Civil Affairs*, hekt. Rhode Island 1949. Über die unzureichenden Planungsmöglichkeiten in Shrivenham berichtet Marshall Knappen: *And Call it Peace*, Chicago 1947, S. 19.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 13 z. Einl.; das britische Handbuch war von der „Political Intelligence Division“ des Außenministeriums zusammengestellt. Great Britain, Foreign Office: *Germany, Basic Handbook* (o. O. u. J.); auf wirtschaftlichem Gebiet ergänzt durch Great Britain, Foreign Office, Ministry of Economic Warfare, Enemy Branch: *Economic Survey of Germany*, 3 Bde. u. Suppl. London 1944 (Library of Congress).

fertig oder wenigstens teilweise fertig war, wurde es ihnen in ziemlich vielen Exemplaren zum Studium in die Hand gegeben. Aber die Hauptschwierigkeit war, daß man nicht wußte, wie lange das währen sollte. Hardy Dillard konnte nicht für einen längeren Zeitraum vernünftig planen, weil es ständig Gerüchte gab, daß Deutschland kurz vor dem Zusammenbruch stehe und die Aufstellung [der Militärregierung] rasch voranschreiten müsse; deshalb wurde in Kompanien und Einheiten eingeteilt: z. B. Offiziere, die für Belgien, Holland, Norwegen oder Dänemark ausgebildet waren. Es gab eine ganze Anzahl Einheiten dieser Art, neben der Masse der Offiziere, die letztlich für Deutschland bestimmt waren. Zur selben Zeit gab es ein Ausbildungszentrum in Ktisi Usu in Nordafrika für jene Offiziere, die auf dem Weg nach Italien, nach Sizilien waren. Von ihnen kam eine beträchtliche Anzahl nach der Invasion [nach Shrivensham], nachdem sie dort den Personalbedarf kalkulieren konnten. Die meisten Leute arbeiteten jedoch in einem luftleeren Raum, wie auch die ganze Planung in einem luftleeren Raum stattfand. Diese setzte die Fortdauer der kommunalen und politischen Organisation in ganz Deutschland voraus. Die wirkliche Lage, die wir antrafen, erforderte jedoch eine vollständig andere Art von Planung. Aber niemand sah voraus und konnte voraussehen, daß die ganze Struktur des deutschen Systems und der Organisationsaufbau der Verwaltung und Wirtschaft so vollständig und durch und durch aufgelöst sein würden, wie sie es tatsächlich waren.

Wegen der großen Ausbildungszeiträume glaubte jedermann, kurz vor dem Einsatz zu stehen; aber Monat um Monat ging dahin, und nichts geschah. Monat um Monat erwarteten die Leute, daß es losgehe. Sie wollten überhaupt keine Ausbildung. Sie hielten sich für ausgebildet. Die meisten glaubten, sie seien in einem gewissen Sinne schon Autoritäten auf ihrem Gebiet, weil sie mit Blick auf ihre besonderen Fähigkeiten sorgfältig ausgewählt worden waren: Es gab Ökonomen, Rechtsanwälte, Ingenieure, Polizeiamministratoren; und man kann ruhig hinzufügen, daß die Qualität des Militärregierungs-offiziers in der Civil Affairs Division besonders hoch war. Die Auswahl zu Hause war gut gewesen, aber man hatte ihnen ohne jede Berechtigung versprochen, daß, sobald sie auf der anderen Seite [des Atlantiks] sein würden, der Einsatz begännen. Derweil geschah jedoch vor D-Day im Juni natürlich nichts, stattdessen gab es eine ganze Abfolge von Ausbildungsprogrammen. Deshalb war die Moral natürlich extrem schlecht.

Ich persönlich hielt Vorlesungen über die Verwaltung, das Regierungssystem und die jüngere Geschichte Deutschlands, über die Struktur und Organisation der Nazipartei, über die SS, die Waffen-SS und ähnliche Aspekte. Später wurde es wiederholt. Nachdem wir auch das getan hatten, mußten wir ständig neue Methoden der Ausbildung erfinden. Bei einer Gelegenheit simulierten wir den ganzen Staat Hessen, sowohl die deutschen Beamten wie auch die Militärregierungs-offiziere. Die Darmstädter Regierung und die zugehörige Militärregierung wurden durchgespielt. Das dauerte eine runde Woche. Schließlich entdeckten wir freilich, daß es Darmstadt so nicht mehr gab.

Ich glaube, Shrivensham war der bedeutungsloseste Teil der Ausbildung. Wichtiger war die zweite Phase. Denn in Manchester sollte das Zielprogramm [pinpointing program] beginnen. Allerdings wurden zunächst nur die größeren Einheiten der Militärregierung gebildet. Zu dieser Zeit wußten wir, daß wir ins südliche Deutschland kommen würden. So war es möglich, Teams aufzustellen für Bayern, damals schon unter Oberst Keegan, für Württemberg unter Oberst Hess, für Baden unter Oberst Dawson, für Kur-Hessen und Hessen-Nassau [unter Oberst Johnson], und dann wurde eine Militärregierung für Darmstadt aufgestellt, und das war Oberst Newman für das Land Hessen. Freilich gelangten nur die wenigsten Einheiten schließlich an den Platz, für den sie ausgebildet worden waren, vielleicht mit Ausnahme derer von Dawson und Keegan. Für Bremen hatten wir zu dieser Zeit noch keine wirkliche Zielausbildung, und das A1A1 [Detachment], das für Berlin vorgesehen war, wurde erst aufgestellt, als die Militärregierungs-offiziere von Manchester nach Rochefort und Troyes verlegt wurden. Ich will aber darauf hinweisen, daß in Manchester eine ganze Menge solider und wichtiger Unterweisung geschah, weil die Einheiten für die verschiedenen Länder der US-Zone hier tatsächlich gebildet wurden, und

deren Leute studierten von dieser Zeit an ständig die besonderen Bedingungen, die wirtschaftlichen, politischen und Verwaltungsstrukturen ihrer Zielgebiete. Seit Juni [verbesserte sich] das ganze Verhältnis mit Bushy Park<sup>25</sup>, wo die German Country Unit aufgestellt wurde, und mit Washington, wo die Politik gemacht wurde. Denn nach Quebec<sup>26</sup> begann die Information wenigstens tropfenweise in die Militärregierungsgruppe einzusickern; ich erinnere mich an Oberst [Bernstein], Vertreter des Schatzministeriums, Chef der Finanzabteilung der German Country Unit und Finanzchef in SHAEF, der zu uns kam und uns im wesentlichen über den Morgenthau-Plan unterrichtete, von dem er während einer Reise nach Washington Kenntnis erlangt hatte. In dieser Hauptphase hielt ich Vorlesungen über Bayern, die Parteisituation, die bayerische Geschichte, Verwaltung, die Monarchistenbewegung usw.

Im frühen September wurde die ganze Civil Affairs Division nach Frankreich verlegt, wo sie ihre Zelte zuerst in Le Mans aufschlug, dort aber nicht blieb, und dann in Rochefort, etwa 35 Meilen südwestlich von Paris, einem gräßlichen Ort. Dazu war es ein besonders nasser und kalter Herbst. Es gab nicht genügend Raum im Schloß, um die Division unterzubringen, so daß sie in Zelten auf den Hügeln rings umher in Schmutz und Regen lagerte; die Planung war besonders blöde und einfallslos, und all diese schrecklichen Strapazen waren ganz unnötig. Das Essen allerdings war sehr erträglich, weil die Nachschubsituation ziemlich gut war. Zu dieser Zeit war General Stearns G-5 der COMZONE<sup>27</sup> in Paris geworden, und die Leitung der Civil Affairs Division war Oberst Pendleton übergeben worden, einem alten Kavallerie-Offizier, sowie seinem Stabschef, Oberstleutnant Glossbrenner, einem unangenehmen Menschen, den die meisten Militärregierungsoffiziere verabscheuten. [...] In Rochefort wurden die Regionalprogramme weitergeführt. Natürlich war die Moral außerordentlich niedrig, wegen des kalten und regnerischen Wetters, wegen der Ungeduld der Offiziere, und weil die ganze Übersiedelung nach Frankreich ohne jede klug geplante Voraussicht vonstatten gegangen war – eine unmögliche Lage, die Tag um Tag und Woche um Woche andauerte. Diese Leute, die da draußen in Dreck und Schlamm an den Hängen um Rochefort lagen, waren zu bemitleiden. Ich erinnere mich, daß ich gewöhnlich zwei- bis dreimal am Tag zu 500 Offizieren zu sprechen hatte, nur um sie bei Laune zu halten, wobei ich mir ein Halsleiden zuzog. Es gab keinen notwendigen Grund für die Fortdauer dieses Zustands, denn es gab reichlich Wohnungen in Frankreich. Es war dieses unglaublich stupide Management, das zu einer Krise in der Moral führte. Diese hatte sich freilich schon seit Shrivenham vorbereitet, wohin General Eisenhower persönlich kommen mußte, um zu den Militärregierungsoffizieren zu sprechen, ihnen ihre Funktion zu beschreiben; aber die Talsohle ihrer Leiden war Rochefort. Wir pflegten es „Valley Forge“<sup>28</sup> zu nennen. Schließlich dämmerte es sogar den kommandierenden Offizieren, daß diese Sache abgebrochen werden mußte; so wurde das nächste Zentrum Troyes in Ostfrankreich. [...]

---

<sup>25</sup> Vorort London S. W., Sitz der SHAEF-Planungsstäbe im Sommer 1944.

<sup>26</sup> Gemeint ist die anglo-amerikanische Gipfelkonferenz in Quebec am 11./16. 9. 1944. Vgl. Blum, a. a. O., S. 234 ff.

<sup>27</sup> Vgl. Anm. 20. Stearns war also zuständig für Civil Affairs in Nordfrankreich, dem Bereich der rückwärtigen Verbindungen der US-Armee (COMZONE).

<sup>28</sup> Valley Forge ist ein kleines Dorf in Süd-Pennsylvania, in dem Washingtons Continental Army 1777/78 ihr Winterlager aufschlug. Mangel an Unterkünften, Nahrungsmitteln und Bekleidung sollen in dem extrem harten Winter die Truppe etwa um ein Viertel dezimiert haben. Die Bedeutung der Moralkrise bei den Besatzungsoffizieren vor ihrem Einsatz in Deutschland lag darin, daß sie durch die lange Dauer der Ausbildung eine verhältnismäßig lange Dienstzeit erwarben, während ihnen der Dienst selbst verleidet war. Sehr viele machten deshalb schon in der zweiten Hälfte 1945 im Rahmen der Demobilisierung der Armee an Hand eines Punktsystems, das sich an der Dauer des Wehrdienstes orientierte, von der Möglichkeit der Heimsendung Gebrauch. Soweit damals Ersatz beschafft wurde, fehlte diesem eine vergleichbare Vorbildung.

Von der Zeit an, als die Civil Affairs Division aufgeteilt und den verschiedenen Armeegruppen und Armee-Einheiten zugewiesen worden war, verbesserte sich schnell die ganze Organisation und Ausbildung der Militärregierungsteams. Sie erwarteten jetzt freilich, jeden Moment nach Deutschland gerufen zu werden, und versuchten, sich von nun an in einer Weise auszubilden, daß sie jederzeit einsatzbereit wären. Newmans Gruppe, Dawsons Gruppe, Johnsons Gruppe, McCulloughs Gruppe oben in Belgien konnten nun mit Blick auf ihr besonderes Gebiet ausbilden, und das wurde getan. Natürlich kamen die ganze Zeit immer noch neue Offiziere hinzu und mußten von neuem ausgebildet werden; aber im ganzen gesehen wurde während des Herbstes und Winters eine wirklich solide Ausbildung betrieben. Ich war beim Detachment A1A1, und nachdem ich in Straßburg gewesen war, hatte ich sehr viel Material über die Organisation der Nazi-Partei, den Aufbau des Polizeisystems, über das Nazisystem bekommen, das ich vorher nicht gekannt hatte. Nachdem ich das aufgenommen hatte, machte ich die Runde von Dawson bis hin zu Oberst McCullough in Tirlmont, um diese Informationen nutzbar zu machen. Dann kehrte ich nach Verdun zurück, wo jetzt das Hauptquartier des G-5 der 12. Armeegruppe war, und arbeitete eine Weile mit General Ryan; und von da aus ging ich zunächst nach Aachen und dann über Krefeld und Mönchengladbach nach Köln. Von nun an kamen die Militärregierungsteams zum Einsatz. Das erste Team freilich war das unter Major Jones in Aachen<sup>29</sup>. Später wurde in Krefeld eine lange Reihe von unterstützenden Gruppen unter Major Bard aufgestellt, wobei man wichtige Erfahrungen sammelte. Wir lernten jetzt, daß wir weder eine Partei noch eine vollständige, sei es lokale, sei es zentrale Verwaltung in Deutschland finden würden. Von dieser Zeit an wurde die wenige Ausbildung, die noch weiterging, mit Blick auf diesen Tatbestand betrieben und an die neue Lage angepaßt, wenn auch weder vollständig noch befriedigend. Ich versuchte besonders, General Ryan diese neue Lage klarzumachen und die Ausbildung der Offiziere unter seinem Befehl in dieser Richtung zu beeinflussen; General Ryan jedoch war zu sehr, wie soll ich sagen, mit anderen Angelegenheiten beschäftigt. Zwar gab er häufig vor, auf meinen Rat zu hören, aber in Wirklichkeit führte er ihn nicht aus. Als Folge davon war er ein durchaus dürftiger und inkompetenter G-5 der 12. Armeegruppe; und der ganze Aachen-Vorfall geschah ja auch unter seinem Befehl.

## I. 2 Die Abteilung A1A1<sup>30</sup>. [Erinnerungen]

Zuerst blieb ich bei A1A1; dieses Detachment war in Paris gewesen. Zuvor war Oberst Howley Militärgouverneur von Cherbourg. Danach nahm sich dieses Team A1A1, das auch nach Berlin gehen sollte, der Stadt Paris an, wo ich Oberst Howley kennenlernte. Freilich bedeutete aber Militärregierung in Frankreich etwas ganz anderes als in Deutschland<sup>31</sup>. Die Ausbildung bei Howley begann im September; um den 20. herum nahmen

<sup>29</sup> Zur ersten Erfahrung mit dem Einsatz der Militärregierung in Deutschland in Aachen vgl. Padover, a. a. O., S. 125 ff.; Cedrig Belfrage: *Seeds of Destruction*, New York 1954, Teil 1; Arthur D. Kahn: *Offiziere, Kardinäle und Konzerne*, Berlin o. J. (1963), S. 25 ff.; Zink, *American Military Government*, a. a. O., S. 134 f.; Dorn, *Purge*, a. a. O., Kap. IV, S. 19 ff.; Griffith, a. a. O., S. 28 ff.; Niethammer, *Bayern 1945*, a. a. O., S. 172 ff.

<sup>30</sup> Das Detachment A1A1, die Spitzeneinheit der anglo-amerikanischen Militärregierungsteams unter US-Oberst Frank Howley, war zuerst in Cherbourg bei der Invasion, danach in Paris eingesetzt; sein eigentlicher Bestimmungsort war Berlin. Über Ausbildung, Personal und Einsätze informieren: 'History: Die Stadt' und das 'Journal' des Det. A1A1 vom Nov. 1944 bis Juni 1945 (National Archives, Suitland Md.). Zum Einsatz von A1A1 in Paris vgl. Coles/Weinberg, a. a. O., S. 742 ff., in Cherbourg S. 730 ff.

<sup>31</sup> Im Rahmen von 'Civil Affairs' in den befreiten Gebieten kamen dem Det. Koordinierungs-, Beratungs- und Hilfsfunktionen gegenüber der autochthonen Verwaltung zu. In den besetzten Gebieten übte es als 'Military Government' jedoch die Herrschaft aus, entweder direkt oder über eine autochthone Auftragsverwaltung.

ich und Oberst Bromage an einigen Sitzungen dieser A1A1-Einheit teil, die zwar damals noch andere Detachments leitete, aber dann ihre Arbeit beendete und sich verfügbar machte. Sie war ursprünglich in Troyes von Oberst Pendleton als solche zusammengestellt und Howley war zu ihrem Chef ernannt worden. Ich stieß etwa im frühen November in Troyes oder vielmehr St. Savine dazu, und von da an, glaube ich, bekam Howley sein Militärregierungsteam, eine Einheit von recht beträchtlichem Ausmaß, voll in den Griff. Es war sorgfältig ausgewählt worden. Die einzelnen Offiziere waren fähige und hervorragende Leute und bildeten meiner Ansicht nach als Team die fähigste und kompetenteste Gruppe, der ich überhaupt begegnet bin. Ich sage das nicht nur, weil ich mit ihr besonders eng verbunden war. Ich arbeitete auch mit der bayerischen und der württemberg-badischen Gruppe sehr eng zusammen und später auch mit Oberst McCullough in Belgien.

Da Berlin offenbar eine Vier-Mächte-Stadt werden sollte, unternahm Howley schon zu einem frühen Zeitpunkt alle Anstrengungen, um das britische und das französische Kontingent für Berlin in Barbizon, etwas nördlich von Fontainebleau [mit dem amerikanischen zusammenzubringen]. Das französische Team stieß jedoch nie zu uns, weil die Franzosen keine Zeit gehabt hatten, um ihr Team zu organisieren. Die Briten jedoch hatten schon im späten Dezember und im frühen Januar 1945 eine Einheit für Berlin unter Brigadier Hinde aufgestellt<sup>32</sup>, und diese Gruppe stieß im frühen Januar in Barbizon zu Howleys Mannschaft. In der Zwischenzeit waren die Franzosen freilich sehr weit mit ihrer Planung zurück, denn sie hatten ja keine Zone. Howley ging bei verschiedenen Gelegenheiten zu General Koeltz, dem stellvertretenden Militärgouverneur der Anfangszeit, und bat um eine französische Einheit für Berlin, die dieser jedoch nicht zustandebringen konnte. Immerhin schufen sie in Paris ein französisches Militärregierungs-Ausbildungszentrum, zu dem Dawson und eine Anzahl anderer hinzugezogen wurden; ich selbst habe bei diesem Unternehmen jedoch nicht sonderlich mitgearbeitet. Die Franzosen stießen also nie zu unserer Gruppe, weil sie keine Einheit zur Verfügung hatten<sup>33</sup>. In Barbizon wurde viel und hart gearbeitet, um A1A1 für die Stadtverwaltung Berlins in bezug auf rechtliche, polizeiliche, administrative und andere Aspekte auszubilden. Zu dieser Zeit hatte A1A1 schon Fotografien über die Bombardierungen Berlins erhalten, die ziemlich genau waren, und A1A1 arbeitete in der Folge an diesen Materialien und setzte sein ziemlich hartes Ausbildungsprogramm fort, an dem ich mich bis zum frühen März sehr stark beteiligte, als A1A1 nach Namur verlegt wurde.

Ich blieb in Namur, bis die 9. Armee nach Norden schwenkte. Sie erwartete mittlerweile natürlich, sehr schnell nach Berlin hineinzugelangen, und ich erinnere mich der zahlreichen und langen Besprechungen darüber, daß die A1A1-Einheit an die G-5 Einheit der 9. Armee Oberst Kraeges (den ich gut kannte) in Braunschweig Anschluß finden sollte, um sie dafür bereit zu halten, zu einem frühen Zeitpunkt nach Berlin hineingesandt zu werden. Als General Ransome und Oberst Howley nach Braunschweig reisten, um selbst [der 9. Armee] attachiert zu werden, kam der Befehl von General Eisenhower, daß die Truppen in Magdeburg bleiben und nicht nach Berlin gehen sollten<sup>34</sup>. Sobald ich erfuhr, daß

---

<sup>32</sup> Es war damals geplant, Berlin durch anglo-amerikanische Truppen einzunehmen und zunächst eine gemeinsame Militärregierung für ganz Berlin zu etablieren, die sich nach der Ankunft sowjetischer Truppen auf die westlichen Sektoren der Stadt zurückziehen sollte. Von britischer Seite vgl. F. S. V. Donnison: *Civil Affairs and Military Government North-West Europe 1944-46*, London 1961, S. 255.

<sup>33</sup> Da die Personalreserven in Frankreich kaum für die schnelle Aufstellung einer Armee hinreichten, kam die Bildung besonderer Militärregierungseinheiten in Frankreich nur schleppend in Gang. Der erst im Winter 1944/45 begonnenen Ausbildung lag ein Handbuch zugrunde, das im wesentlichen eine Übersetzung des SHAEF-Handbook war. Vgl. F. Roy Willis: *The French in Germany 1945-1949*, Stanford 1962, S. 71 f.

<sup>34</sup> Vgl. Anm. 7-9. Wie aus Notizen Dorns über den Moment, als Eisenhowers Entscheidung bei den Armeestäben bekannt wurde, hervorgeht, hat man sie politisch verstanden: „Aus all dem ist der Befehl von SHAEF an die 9. Armee, anzuhalten und die Russen in Übereinstimmung

A1A1 nicht als erste Einheit nach Berlin hineingehen würde, trennte ich mich von ihr und ging sofort nach Leipzig und später nach Bremen, um Oberst Welker zu helfen.

### I. 3 Erste Gespräche mit deutschen Repräsentanten. [Notizen aus Krefeld]

Bei den folgenden Notizen, die am bzw. um den 21. 3. 1945 niedergeschrieben wurden, handelt es sich um die einigermaßen zusammenhängenden Stücke eines Notizbuches, das außerdem Adressen- und Personenangaben aus weiteren Gesprächen in Krefeld, Uerdingen und Düsseldorf enthält. In Krefeld, nach Aachen dem zweiten größeren Ort, der von den Amerikanern in Deutschland besetzt wurde, hatte die Truppe (ohne formelle Übergabe) eine Restverwaltung unter den Beigeordneten Richard Lorentzen und Karl Schacht angetroffen, die bei der Flucht der Militär-, Verwaltungs- und Parteidienststellen über den Rhein zurückgelassen worden war<sup>35</sup>. Nach Rücksprache mit den Vertretern der Restverwaltung, der Kirchen und der Industrie setzte das MG-Detachment Johannes Stepkes, bis Mitte 1933 Oberbürgermeister (Zentrum) von Kleve und danach Anwalt in Krefeld, als Oberbürgermeister ein (3. 3. 1945)<sup>36</sup>. Teile der ‚Restverwaltung‘ wurden übernommen. Eine der ersten Maßnahmen der MG in Krefeld war die Genehmigung einer Wiedereröffnung der Industrie- und Handelskammer, die unter ihrem neuen Präsidenten Ernst Engländer (Teilhaber der Verseidag), am 19. 3. ihre erste Sitzung abhielt<sup>37</sup>.

Fabrikant [Josef] Dornbusch.

Padover<sup>38</sup> spottete über den Gedanken eines braunen Bolschewismus. Die Klasse der Industriellen habe einen bestimmten Einfluß auf den Nazismus gehabt, während die Kommunisten ihn nicht beeinflusst, [sondern] unter ihm alles verloren hätten. Die Nazipartei sei keine Partei der unteren Klasse, die gerade um der Macht der Nation willen ausgebeutet worden seien: natürlich verlieren *wir* [die Industriellen] unter dem Nazisystem bestimmte Rechte. Alle Industriellen arbeiteten für die Nazis. Die Ehe zwischen Großbürgertum und Nazis war vollständig. Selbst die Hartnäckigen traten der Partei bei oder boten dem Nazistaat ihre Unterstützung an. Vielleicht war das ein Fehler, aber es ist eine Tatsache. Das Wichtigste an der Nazipartei war, daß sie den Kommunismus verhinderte. Nazipartei wurde zur Nation.

Dornbusch verächtlich über Arbeiter: Man ernähre sie, bezahle sie, gebe ihnen Arbeit, Sorge für sie angemessen. Und dann sage man ihnen: Das ist Kommunismus, dann werden sie Kommunisten sein, oder: Das ist Nazismus, und sie werden Nazis sein. Sie haben keine eigene Meinung, sie sind leicht zu beherrschen, man muß ihnen nur alles versprechen und ihnen angemessene Bedingungen gewähren, so werden sie einfach zu leiten und zu kontrollieren sein. Er sagt, es habe keine Sabotage unter Polen oder Russen gegeben, die letzteren seien sogar die gefügigsten unter den Fremdarbeitern gewesen. Die DAF [bezeichnet er] als Instrument zum Schutz der Arbeiter gegen die Arbeitgeber. Dieser Mann hat sich nicht verändert, seit die Amerikaner hier die Macht haben: er will keine politischen Parteien mehr, keine allgemeinen Wahlen, keine Gewerkschaften. Das Nazisystem sei zuträglich

---

mit einer vorhergegangenen politischen Abmachung Berlin einnehmen zu lassen, klar, wie auch die Russen in Österreich nicht über eine bestimmte Linie hinausgingen und die Amerikaner etwas von diesem Gebiet einnehmen ließen. Es ist ebenso offensichtlich, daß A1A1, amerikanisch wie britisch, nicht nach Berlin gelangen werden, bis die Russen dazu auffordern, und daß diese eine solche Aufforderung nicht ergehen lassen werden, bis sie mit ihrem ‚Job‘ in Berlin fertig sind.“

<sup>35</sup> Carl Müller: Krefeld in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, in: Die Heimat (Krefeld) 25 (1954), S. 255 ff., S. 263; Dr. (Karl) Schacht: Die Stadt Krefeld im letzten Kriegsjahr, MS. 18 S. (Stadtarchiv Krefeld). Schacht war 1933–45 Beigeordneter für Wirtschaft und Verkehr; Richard Lorentzen wurde Personalreferent der neuen Stadtverwaltung.

<sup>36</sup> Müller, a. a. O.; Verwaltungsbericht der Stadt Krefeld am Rhein, März 1945–April 1949, S. 3.

<sup>37</sup> Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804–1954, Krefeld 1954, S. 87 ff.

<sup>38</sup> Saul K. Padover war Investigator bei der Psychological Warfare Division. Vgl. sein ‚Experiment in Germany‘, a. a. O.

gewesen und wäre ohne die Übertreibung der Nazis noch besser gewesen. Ausgesprochen autoritär. Hierarchie von Arbeit und Fertigkeiten. Die politische Macht sollte auf einer Facharbeiteraristokratie und mittleren Unternehmern als Führern beruhen, das Zunftsystem (DAF) Gewerkschaften und Streiks ersetzen. [ . . ]

In Krefeld sind zwei Divisionen<sup>39</sup>. Die Linie zwischen der 84. und der 102. verläuft durch die Stadtmitte, und die Probleme, die aus dieser Lage entstehen, verursachen endlose Schwierigkeiten und Verwirrung [zwischen den] G-5 beider Divisionen und dem G[-5] des Korps (Oberst Burrow). Unterschiedliche Ausgehverbotszeiten oder andere Polizeiverordnungen. Leute, die auf Fahrrädern von einem Teil der Stadt in den anderen fahren, werden verhaftet oder bekommen ihre Räder abgenommen. Schwierigkeiten für öffentliche Sicherheit. Major Bard hat nun zwar 81 deutsche Polizisten, aber kein Gefängnis. Er improvisierte eines im Keller des Militärregierungsgebäudes, wo er 40 Leute gefangen hält. Die Polizei fürchtet sich, gefährliche Verbrecher, die von den Nazis freigelassen worden sind, zu verhaften, weil sie nicht weiß, wo sie untergebracht werden können. Die deutsche Polizei wird nur auf der einen Seite der Linie respektiert, aber nicht auf der anderen; zuweilen werden [dort die] Beamten auf dem Heimweg vom Dienst verhaftet. Die G-5s der Divisionen arbeiten zwar ganz gut zusammen; aber die Divisionskommandeure sind eifersüchtig aufeinander. Müllabfuhr angeordnet, gestoppt, dann wieder angeordnet. Von Uerdingen kommen Flüchtlinge nach Krefeld herein<sup>40</sup>. Der kommandierende General unserer Division ruft den Senior Military Government Officer, sagt ihm, die Leute wissen nicht, wo sie hingehen sollen, er wünsche, daß sie nicht länger in sein Gebiet gelassen werden sollen; der SMGO [Leiter des MG-Stabes] klärt ihn auf. Dann erlaubt er es. Deutsche Polizei hat keine Autorität. Schwierigkeit, Wachen für Gebäude und für 14 verschiedene Einheiten zu bekommen; deshalb Transportproblem für den Offizier für öffentliche Sicherheit; den größten Teil seiner Zeit versucht er, Transportmittel zu bekommen. Es gibt noch immer keinen Polizeichef. Zwei CIC<sup>41</sup>-Einheiten, je eine für jede Division, arbeiten in verschiedenen Teilen der Stadt (die CIC-Einheit des Korps hat keine wirkliche Macht) und können nicht kooperieren, weil die Stadt in zwei Einheiten aufgeteilt ist. Sie müssen die Zustimmung beider Divisionen bekommen, bevor irgendetwas Wichtiges getan werden kann. Ein anderes Beispiel: Pässe für Leute, die wieder in Häuser, die sie evakuiert haben, hineinkommen wollen, um etwas zu holen; in der 84. Division werden Passierscheine von 9 bis 9.30 und 4 bis 4.30 [ausgegeben]; aber bei der 102. hielten sie Passierscheine für sinnlos und überließen die Sache den Wachen, denen gesagt wurde, sie sollten einsichtig sein. In der Theorie gibt es eine einzige Besatzungsmacht, die Wachen für die ganze Stadt stellt und für eine einheitliche Politik verantwortlich ist. Jetzt aber erlaubt die eine Seite den Leuten, mit Fahrrädern zu fahren, während die andere sie verhaftet, wenn sie damit die Grenze überschreiten.

Dr. Schacht – Beigeordneter für die Stadtwerke<sup>42</sup> – sagte, daß fast alle Industriellen der linken Rheinseite in der Nachbarschaft sich dafür entschieden haben, dazubleiben, einige seien angewiesen worden, dazubleiben<sup>43</sup>. Fast alle hätten keine Sympathie mehr für die Nazis. Hielt sie für die einzig denkenden Menschen, weil Geschäftsleute denken *müssen*. Was sie über das hinaus, was sie von ihren Fabriken retten könnten, dachten, war nicht

<sup>39</sup> Zur Besetzung vgl. Hans Müller: Die Kämpfe um Krefeld und Uerdingen, 2.–5. 3. 1945, in: Die Heimat 33 (1962), S. 79 ff.

<sup>40</sup> Am Rhein entlang war die Zivilbevölkerung evakuiert worden, um sie vor deutschem Beschuß vom rechten Ufer aus zu schützen und den amerikanischen Aufmarsch zu erleichtern (Notizen Dorns von einer Fahrt durch die Rheinvororte). Vgl. auch Hans Müller: Die Rolle Uerdingens beim Rheinübergang der Alliierten im März 1945, in: Die Heimat 35 (1964), S. 117 ff.

<sup>41</sup> Counter Intelligence Corps, Spezialeinheiten zur militärischen ‚Abwehr‘.

<sup>42</sup> Vgl. Anm. 35.

<sup>43</sup> D. h. nicht vor der Sprengung über die Krefelder Rheinbrücke auf rechtsrheinisches Gebiet auszuweichen.

klar. Sie hofften, ihre Konsumgüterindustrie und Krefelds Seidenindustrie zu retten. [...] Beim Wechsel der Abteilungen [der Militärregierung geben die abrückenden] wesentliche Dokumente nicht an ihre Nachfolger ab. Ein Offizier, der in fünf Abteilungen gewesen war, mußte immer hinter seinen Vorgängern herjagen, um die Fragebogen zu erhalten. Sie sollen die Dokumente von örtlicher Bedeutung zwar weitergeben, aber sie tun es nicht. Im Ergebnis muß jede Abteilung wieder ganz von vorne beginnen und weiß nicht, welche Verpflichtungen eingegangen worden sind, wie die Leute ernannt wurden, wer abgelehnt wurde und warum – dies sei eine der größten Schwierigkeiten. CIC kontrolliert in der Praxis die Entlassungen in Krefeld; es gibt keine Sonderabteilung (Special Branch). Die Fragebogen werden einfach an CIC geschickt (zwei Stäbe bei der 84. und der 102. [Division]), nach deren Empfehlungen wird gehandelt<sup>44</sup>. Der schwarze Peter wird dem CIC zugeschoben, niemand will etwas gegen den CIC tun. So hat der CIC in allem das letzte Wort. Dabei wird so vorgegangen: CIC bildet aus beiden Stäben drei Teams, die, da es in Krefeld keine Akten gibt (bzw. sie nichts davon wissen), eine bestimmte Reihe von Leuten interviewen, wobei kein Team irgendetwas von den anderen Befragungen weiß. Wenn Übereinstimmung herrscht, wird das Urteil akzeptiert. Eine sehr grobe Überprüfung. [...]

Hauptmann Fried im G-5 der 84. Division

Die taktischen Kommandeure neigen dazu, auf die Militärregierungsoffiziere die ganze Verantwortung für die Zivilbevölkerung abzuschieben, obwohl diese vielleicht noch wichtiger ist als die Kriegsgefangenen. Wenig Verständnis für die Direktiven der Militärregierung, keine Kenntnis des Handbuchs<sup>45</sup>. Problem der Wachen. Die meisten MG-Abteilungen müssen selbst für Wachen sorgen. Die 84. hat den Einfall gehabt, einen Zug pro Regiment zum Wachdienst abzustellen. Qualitätsunterschiede der Abteilungsleiter [der MG]. Captain Morris in Homburg leistet gute Arbeit. (Hat einen 500 Yards breiten Streifen am Rhein evakuiert<sup>46</sup>.) Die Militärregierung ist zum Teil unter der Verantwortung der taktischen Kommandeure, und nichts ist getan worden, sie in den Aufgaben der Militärregierung oder in den Direktiven, an die sie gebunden sind, auszubilden; sie geben gegenteilige Befehle; dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn wir in das Gebiet jenseits des Rheins vorrücken.

Dr. Stepkes Krefeld: vom linken Flügel des alten Zentrums, verlor sein Bürgermeisteramt in Kleve, als er sich 1933 weigerte, der Nazipartei beizutreten<sup>47</sup>. Allgemein guter Ruf in Krefeld, aber wie den meisten Deutschen kann man auch ihm nicht völlig vertrauen – versteht sich gut auf die ‚Beschönigung‘ der Leute, die sich mit dem [NS-]Regime arrangiert hatten und die er in der Stadtverwaltung verwendet – Dr. Schacht, Dr. Spliethoff, den Mann vom Arbeitsamt. Er sagte, die Arbeitgeber und die Arbeiter seien darin einig, daß sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung verfahren müßten, um die Industrie anzukurbeln. Die Arbeitgeber würden von einem Kaufmann, einem Margarinefabrikanten und einem sozialdemokratischen Gewerkschaftler vertreten.

Arbeitskräfte in Krefeld.

Bis heute, 21. März, hat es kaum eine organisierte Anforderung von Arbeitskräften durch die Armee gegeben. Die Armee beschäftigt vielleicht 200 Arbeiter für die Eisenbahn etc. Diese erhielt man nicht über das Arbeitsamt, sondern indem man in die Eisenbahnwerk-

---

<sup>44</sup> Nach der Planung im „SHAEP Public Safety Manual of Procedures, Military Government for Germany“ war CIC an sich nur für Verhaftungen im Rahmen des ‚Automatic Arrest‘ etc. zuständig, während die politische Überprüfung an Hand von Fragebogen in den Special Branches der Abt. für öffentliche Sicherheit der MG zentralisiert werden sollte.

<sup>45</sup> Gemeint ist „SHAEP German Country Unit: Handbook of Military Government for Germany Prior to Defeat or Surrender“ vom 15. 8. 1944, 2. [bereinigte] Aufl. vom Dezember 1944.

<sup>46</sup> Vgl. Anm. 40.

<sup>47</sup> Vgl. Johannes Stepkes: Kleve 1932–1933, Kleve 1961.

stätten ging und die Vorarbeiter aufforderte, die notwendigen Arbeiter zusammenzubringen. Die einen bekam man hier und die anderen dort, aber es gab keine organisierte großangelegte Anforderung an das Arbeitsamt. Die Fabriken (Stahl und Seide) sind noch nicht wieder geöffnet worden, und die Frage der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wird jetzt erst diskutiert; sie ist ohne Zweifel am wichtigsten in dem rein landwirtschaftlichen Gebiet um Willich im Süden. Bürgermeister Stepkes hat vier der sozialdemokratischen Führer zusammengerufen, um mit den Industriellen die Bezahlung seit dem 1. März überfälliger Löhne und eine Vereinbarung über die Weiterzahlung der Löhne in einigen Industrien während der gegenwärtigen Periode zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Konferenz werden wir morgen kennenlernen: Morgen diskutieren wir über die Wiederbelebung der Gewerkschaften, über Lohnstufen, Betriebsräte und Arbeitgeberverbände<sup>48</sup>.

Gespräch mit Dr. [Matthias] Spliethoff am Nachmittag des 21. März. Sagte, er sei seit 1934 Pg., aber ungeachtet dieser Tatsache von 1934 bis 1937 strafversetzt gewesen. Aber danach muß er den Nazis gefallen haben, denn 1937 wurde er zum Leiter des Arbeitsamts in Krefeld ernannt und ist es bis jetzt geblieben. Kurz vor dem Rückzug der Nazis wurde ihm befohlen, die Kartei zu verbrennen oder mitzunehmen und selbst über den Rhein ins deutsche Gebiet zu gehen. Er entschloß sich aber zu bleiben und weigerte sich, die Kartei zu zerstören. Ließ sie vielmehr in seinem Amt und blieb unbehelligt. Dann vergrub er sie im Garten hinter dem Arbeitsamt in Willich. Wußte nicht, was mit den Karteien in Kempen und Uerdingen geschehen sei. Er behauptete, er sei von der Partei verdächtigt worden, weshalb man ihm einen SS-Mann beigegeben habe, der über ihn berichten sollte; die Nazis hätten aber trotz seines schlechten Rufes bei ihnen nicht ohne ihn, den „Fachmann“, auskommen können. Die disziplinarische Gewalt des Beauftragten des Treuhänders der Arbeit über Arbeiter stellte er als sehr gering dar: Er habe einem zuwiderhandelnden Arbeiter nur Geldstrafen bis zu 200 Mark auferlegen können. Beharrte darauf, daß das Arbeitsamt die Arbeitskräfte nicht heimlich überwacht, vielmehr nur die offensichtlichsten Fälle übernommen habe, während die Gestapo hauptsächlich den Terror auf Arbeitskräfte ausgeübt habe. Die DAF-Rechtsberatungsstellen seien häufig (ja, zum größten Teil) von den Arbeitgebern benutzt worden, und die Arbeiter hätten unmittelbaren Zugang zu den Arbeitsgerichten gehabt. Er gestand zu, es sei schwierig, aus dem NS-Arbeitsrecht das Gift zu säubern; das könne nur durch die Rückkehr zum Arbeitsrecht der Weimarer Republik, zu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, zu Tarifverhandlungen, Streiks und Betriebsräten geschehen. Das alles werde in Krefeld keine großen Schwierigkeiten machen, wo er seine Tätigkeit im Arbeitsamt jetzt fortsetzen zu können hoffte, statt unter dem Reich, nun eben unter Bürgermeister Stepkes.

Meinte, die Alliierten würden auf dem rechten Rheinufer auf größeren Widerstand stoßen, denn auf dem linken hätten die Nazis ja ohnehin nie tiefe Wurzeln geschlagen. Die Nazis würden sehr hart um die Ruhr kämpfen und sich dann schrittweise in die „Festung“ Tschechoslowakei, Österreich und Bayern etc. zurückziehen. Er behauptete, die Mehrheit der rheinischen Industriellen seien keine Nazis gewesen, aber es habe einige Nazis unter ihnen gegeben. Obwohl er noch Parteimitglied war, betrachtete er auch sich selbst nicht als Nazi und lehnte die Verbrechen der SS und der Nazis in Rußland und anderswo sehr heftig ab. In Wirklichkeit seien die Nazis harmlos, die üblen Burschen seien die SS-Leute. Schließlich seien die meisten Beamten nur Parteimitglieder geworden, weil sie es mußten. Er meinte, daß bei einer Herabsetzung der Löhne – die Arbeiter in der Metallindustrie seien überbezahlt, die Seidenarbeiter o. k. – die Gefahr drohe, daß die deutschen Arbeiter kommunistisch würden. Kommunismus sei eine wirkliche Gefahr. CIC lehnte Spliethoff zu Recht ab.

[Konferenz über Löhne]

Plan für die Finanzierung der Zahlungen für Fürsorge- und Arbeitslosenunterstützung

<sup>48</sup> S. u. Konferenz über Löhne.

von der Handelskammer (Engländer)<sup>40</sup>. Was wird vorgeschlagen? Arbeiter sollen bis zum März Lohn erhalten; ab 14. März bekommen sie dann sog. ‚Notunterstützung‘. Zu viel Geld? Viele sind verschuldet. Nicht zu viel Geld. Industrie zahlt vom 2. bis zum 13. März. Behalten dafür die Reichssteuern ein. Engländer sagt, die Stadt werde Wohlfahrtsunterstützung zahlen. Die Stadt hat  $\frac{2}{3}$  der Löhne versprochen, ist aber noch nicht entschieden. Industrie stimmt zu, für zehn Tage Tariflöhne ohne Prämien zu bezahlen. Handelskammer schlägt Ausbesserungsarbeiten vor. Vom 14. ab nur noch Arbeitslosen[unterstützung]. Schätzung: pro Woche müssen 25 000 bezahlt werden. Dann gebe es noch die Frage, ob man Arbeitslosen- oder Fürsorge-[Unterstützung] bezahle. Arbeitslose: 80 Mark im Monat; Fürsorge 60 bis 80 Mark<sup>50</sup>. [ . . . ]

#### I. 4 Das Nationalkomitee Freies Deutschland in Leipzig und seine Auflösung

Schon im Sommer 1943 hatte sich in Leipzig – in heftigen Auseinandersetzungen mit den führenden sächsischen Kommunisten, die ihren Widerstand unter der Perspektive einer proletarischen Revolution (notfalls auch gegen die Amerikaner) verstanden – der Kern eines Nationalkomitees Freies Deutschland unter der Devise „Totaler Krieg, totaler Friede“ gebildet. Nach der Verhaftung der Traditionalisten 1944 setzte sich die an die Moskauer Exilführung angepaßte Richtung in der illegalen KP durch und gewann gegen Ende des Krieges Mitarbeiter auch aus den Mittelschichten, unter ehemaligen Linkssozialisten und in den Zwangsarbeiterlagern<sup>51</sup>. Sie bildete Zellen in den Stadtteilen und bemühte sich, durch Handzettelpropaganda („Frieden, Freiheit, Brot“) eine kampflöse Übergabe Leipzigs zu erreichen. Bei der Einnahme durch die 9. US-Armee wurden vielfach weiße Fahnen gezeigt. Das NKFD wollte mit den Amerikanern zusammenarbeiten und entfaltete nun für kurze Zeit eine lebhafte Aktivität, schlug einen Bürgermeisterkandidaten vor, besetzte die NSDAP- und DAF-Geschäftsstellen und wandelte sie in Büros des NKFD um, begann mit Säuberungsmaßnahmen und stellte eine Art Hilfspolizei auf. Man wollte eine Zeitung herausbringen, eine Einheitsgewerkschaft gründen, offenbar auch an die Vorbereitung einer proletarischen Einheitspartei gehen<sup>52</sup>. Eine Gruppe ehemals führender Sozialdemokraten trat diesen

<sup>40</sup> An dieser Konferenz nahmen teil: Oberbürgermeister Stepkes, Stadtkämmerer Paul Witten, Industrie- und Handelskammerpräsident Ernst Engländer sowie die städt. Beamten Hans Wimes, Rohr und Spliethoff; vom MG Wallace und Garland. Vgl. auch Industrie- und Handelskammer zu Krefeld, a. a. O., S. 90 f.

<sup>50</sup> Aus den restlichen Notizen Dorns geht hervor, daß in Krefeld 15 000 Personen noch arbeiteten, bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst von RM 200. Die Notunterstützung lag also wesentlich tiefer als Arbeitslosen- oder Fürsorgeunterstützung (66 bzw. 60% des regulären Lohnes).

<sup>51</sup> Zur Herausbildung des NKFD Leipzig vgl. Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe, Berlin (Ost) 1960; Erich Köhn: Der Weg zur Gründung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ in Leipzig, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 13 (1965), S. 18 ff.; die Zusammenstellung von Erinnerungsmanuskripten und Dokumenten Erich Haase (Hrsg.): Widerstandsgruppen Nationalkomitee Freies Deutschland Leipzig, MS 206 S. ca. 1949, S. 198 ff. (Programm des NKFD S. 72); Alfred Nothnagel: Der Weg zur Einheit im Bezirk Leipzig 1945–1946, MS, S. 7 ff. (beide im Dimitrov-Museum, Leipzig); Günther Krüger/Karl Urban: Zur Herausbildung und Rolle der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Leipzig (April–Oktober 1945), Arbeitsberichte zur Geschichte der Stadt Leipzig Nr. 4, hekt., Stadtarchiv Leipzig 1964, S. 1–6; Horst Duhnke: Die KPD von 1933–1945, Köln 1972, S. 490 ff., 510 ff.

<sup>52</sup> Zur Geschichte des NKFD unter amerikanischer Besatzung vgl. Krüger/Urban, a. a. O., S. 6 ff.; Edgar Böttcher: Der Kampf des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ rettet Leipzig am Ende des Zweiten Weltkrieges vor der Zerstörung, Leipzig 1965; Günther Krüger: Zweierlei Besatzungspolitik in Leipzig (April bis September 1945), in: Beiträge zur Zeitgeschichte (1960), S. 104 f.; Gerhard Hering: Der Neuaufbau einheitlicher Gewerkschaften 1945 in Leipzig, Leipzig 1965, S. 9. Nothnagel, der über die SAP 1935 zur KP kam, längere Zeit inhaftiert war, aktiv an der Vorbereitung des NKFD teilnahm, zusammen mit Ley verhaftet und zum Tod verurteilt wurde, aber entkam, gelangte im Mai wieder nach Leipzig. Als die Berliner Partei-

Bestrebungen jedoch entgegen und bildete, wohl nicht zuletzt als Alternative zum NKFD, bei der Stadtverwaltung einen „Sozialpolitischen Ausschuß“, der eine Art Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären darstellte. Die Militärregierung unter Major Eaton berief nach kurzer Suche einen Leipziger Rechtsanwalt, der keiner Partei angehört hatte, als Oberbürgermeister und behielt Teile der Verwaltung bei; der sozialdemokratische Polizeipräsident von vor 1933 wurde wieder eingesetzt, konnte sich jedoch in seinem kaum gesäuberten Apparat nicht durchsetzen. Der Oberbürgermeister berief sich einen beratenden Ausschuß, in dem die Vertreter der großen Leipziger Handelshäuser dominierten, und holte überwiegend bürgerliche „Fachleute“ ins Rathaus<sup>53</sup>. Als das NKFD eine Demonstration zum 1. Mai unter Beteiligung ausländischer ehemaliger Zwangsarbeiter ankündigte, wurde es von der Besatzungsmacht aufgelöst. Damit war der Versuch, eine breite politische Bewegung in Leipzig zu organisieren, gescheitert. Die führenden Vertreter arbeiteten nun z. T. an der Gewerkschaftsgründung, z. T. in einem „Antinazi-Beratungskomitee“<sup>54</sup>, das nach der Ankunft von etwa hundert KZ-Häftlingen aus Buchenwald mit offizieller Duldung als Ersatzorganisation entstand. Die Stadtverwaltung war bereits zuvor nach Angriffen des NKFD und wohl auch nach dem mäßigen Eingreifen Dorns durch stärkere Berücksichtigung von Vertretern der Arbeiterbewegung umgebildet worden. Fritz Selbmann (KPD) schrieb vergeblich einen langen Brief an Eisenhower, in dem er sich über die Behandlung des NKFD beschwerte: „Geben Sie den Leipziger Antifaschisten eine Chance“<sup>55</sup>. Nach der Ablösung der amerikanischen durch die sowjetische Besatzungsmacht im Juli wurden die bisherigen leitenden Persönlichkeiten der Stadtverwaltung durch einen linken Sozialdemokraten als Oberbürgermeister und führende Funktionäre des NKFD ersetzt, der sozialpolitische Ausschuß aufgelöst. Schon Ende Mai – also noch vor den entsprechenden Vorgängen in Berlin – begannen hier die Vorbereitungen für einen Antifa-Block der Parteien und die Gründung des FDGB<sup>56</sup>, wohl nicht zuletzt als Folge der Vorarbeit des NKFD.

[Notizen, 28. 4. 1945]

Das Nationalkomitee Freies Deutschland sandte am 20. April 1945 durch seinen Sekretär Dr. Hermann Ley einen Brief, unterschrieben auch von den anderen Mitgliedern des Komitees: Kurt Rossberg, Karl Plesse, Paul Kloss, Marthel Gödicke, Bruno Plache, an die Militärregierung. Darin baten sie um Erlaubnis, Geschäftsstellen zu eröffnen, den Nazismus und Rassismus mit Broschüren und Plakaten zu bekämpfen, die Bevölkerung in Schule, Kirche, Presse und Film für die Demokratie vorzubereiten. Sie wollten Kraftfahrzeuge und Personalausweise für die Mitglieder des Komitees und hofften, mit dem CIC zusammenzuarbeiten. Bekamen aber keine Erlaubnis; es wurde ihnen gesagt, sie sollten ihre

---

gründungsauftrufe erschienen, sprach er u. a. mit Roßberg (KPD), Plesse und Zeigner (SPD): „... da war uns gar nicht wohl. Wir wollten wie im Faschismus eine einheitliche Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage, damit nie wieder Reaktion und Faschismus in Deutschland siegen konnte.“ (a. a. O., S. 10)

<sup>53</sup> Günther Krüger: Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig (1945–1948), phil. Diss. MS Leipzig 1958, S. 64 ff.; Krüger/Urban, a. a. O., S. 12 ff. Der Oberbürgermeister Hans Vierling wurde nach Notizen Dorns von einer bürgerlichen Gruppe Konsul Halländer/Baumeister Penser vorgeschlagen. Der Leiter der Militärregierung Maj. Richard Eaton schrieb an Carl J. Friedrich (vgl. dessen ‚The Three Phases of Field Operations in Germany, 1945–1946‘, in: Friedrich and Ass., a. a. O., S. 243): „Theoretically we are supposed to augment our number by requisitioning German help, but it is a slow business to find anti-Nazis, especially when the rules ordain that the government officials who are ‚party‘ men must be removed from office. This I must do myself. I chucked the Oberbürgermeister and Landrat the second day. Have been taking a flier on an acting burgo, and will probably make a choice of a new acting Landrat tomorrow. Most of the department heads are fired, and I am going to pick a few top ones myself to give balance to the new crowd so as to prevent the promotion of a Tammany Hall or cliques of friends of the new burgo. After that is done, I'll let him fill up the vacancies in the more important departments . . .“

<sup>54</sup> Hering, a. a. O., S. 15; Haase (Hrsg.), a. a. O., S. 76 f.

<sup>55</sup> Ebd. S. 175 ff.; Krüger, Enteignung, a. a. O., S. 71 f.

<sup>56</sup> Böttcher, a. a. O., S. 19; Haase (Hrsg.), a. a. O., S. 76.

Organisationen benutzen, um dabei zu helfen, Werwölfe, Gestapobeamte und Wehrmachtssoldaten in Zivilkleidern aufzudecken.

Dr. Ley, Zahnarzt, Internierung. Verurteilt zur Hinrichtung am 12. April 1945, aber geflohen. Intelligent, linker Demokrat, 1911 in Leipzig geboren. Von der Universität Leipzig 1933 wegen Anti-Nazi-Propaganda relegiert. Dr. Ley schlug namens des Komitees als Bürgermeister von Leipzig den 53jährigen Paul Kloss vor, früher Bürgermeister von Knautkleeberg [bei Leipzig]. Führer eines Sportvereins, Stadtrat von Leipzig 1932/33. Vorsitzender des Komitees ist Kurt Rossberg<sup>57</sup>. Dieses Komitee hat am 15. April 1945, während Amerikaner die Stadt einschlossen, in hektografiert Form einen Aufruf an das Volk herausgegeben, den Kampf einzustellen und nicht zum Volkssturm zu gehen<sup>58</sup>. Am 20. April 1945, einen Tag nach der Einrichtung der Militärregierung, 50 000 gedruckte Flugblätter herausgegeben unter dem Titel „Frieden – Freiheit – Brot“<sup>59</sup>. „Nationalkomitee Freies Deutschland, Bezirk Leipzig. Leipzig, 21. April 1945“ – Das ist die Unterschrift unter einem Handzettel mit dem Titel „Katyn“<sup>60</sup>, der die Gestapomorde in Leipzig beschreibt und Namen von solchen erwähnt, die vor dem Einmarsch der Amerikaner ermordet wurden: Reichstagsmitglied G[eorg] Schumann, Landtagsmitglied Georg Schwarz, Thüringisches Landtagsmitglied Otto Engert, Stadtrat Arthur Hoffmann<sup>61</sup>. Dann fügt der Handzettel hinzu: „Meldestellen des NKFD ab heute in allen Stadtteilen in den ehemaligen Nazipartei- und Arbeitsfrontgeschäftsstellen“. Die ganze Organisation ist in den Untergrund gegangen, seit Hauptmann Watson ihre Bitte abgeschlagen hat. Ihre Geschäftsstellen sind durchsucht worden, gefunden wurden eine Schrotflinte, eine Büchse und ein altes Schwert, und dazu noch ein Bajonett. [ . . ]

John<sup>62</sup> erzählt, ein Mann namens Grünthal, ein früherer Kommunist, sei die Hauptfigur hinter der Bewegung Freies Deutschland. Fleischer kam hinzu. Beide gingen zu Fleissner, einem alten Sozialdemokraten, der jetzt Polizeipräsident in der neuen Stadtverwaltung ist, und baten ihn, Bürgermeister zu werden. Dieser wollte wissen, wer hinter ihnen stehe; sie mußten zugeben, sehr wenige, und so lehnte er ab. Fleissners Standpunkt war, die Untergrundbewegung sei zu beenden, er werde von nun an legal arbeiten. Grünthal scheint

<sup>57</sup> Ley trat 1946 der SED bei und wurde später u. a. Professor für Marxismus-Leninismus an der TH Dresden. Roßberg (KPD seit 1923) war Maschinenschlosser und Redakteur der KP-Partei-presse gewesen.

<sup>58</sup> Beispiele solcher Flugblätter vom 14. u. 16. 4. 1945 bei Böttcher, a. a. O., S. 12, S. 29 f.

<sup>59</sup> Zwei Beispiele vom 18. 4. 1945 unter diesem Titel, ebd. S. 31 f.

<sup>60</sup> Abgedr. ebd. S. 35.

<sup>61</sup> Es handelt sich um eine Gruppe des KP- und NKFD-Widerstands, die im frühen Juli 1944 von der Gestapo verhaftet, vom Volksgerichtshof Dresden zum Tode verurteilt und am 12. 1. 1945 in Dresden hingerichtet worden war. Angaben über alle Beteiligten bei Krause, a. a. O., S. 83 ff. Die hier genannten KP-Funktionäre hatten alle schon vor dem Krieg in Zuchthäusern und KZ's gesessen; ihrer Standhaftigkeit gegenüber der Gestapo verdankt die Rest-NKFD ihren Weiterbestand. Schumann (geb. 1886), 1905 SPD, 1919 KPD, Redakteur bei der Parteipresse und KP-Gewerkschaftsspitzenfunktionär, 1928 MdR. Schwartz (geb. 1896), über SPD und USPD 1920 KPD, Unterbezirkssekretär, 1928 MdL in Sachsen. Engert (geb. 1895), 1913 SPD, 1920–1929 und wieder im Krieg KPD, Redakteur der Parteipresse und Unterbezirksleiter, Bürgermeister einer Kleinstadt. Hoffmann (geb. 1900), 1920 KPD, Unterbezirksleiter.

<sup>62</sup> Die folgenden Angaben von „John“ sind sehr unwahrscheinlich, weil in den Quellen zum Leipziger NKFD die genannten Namen nicht auftreten. Bei dem Informanten handelt es sich offenbar um den späteren SPD-MdB und Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands Hans Jahn, der als Funktionär des Internationalen Transportarbeiterverbands und OSS-Mitarbeiter von den Amerikanern aus der englischen Gewerkschaftsemigration mitgebracht worden war und in Leipzig, später in allen Zonen eingesetzt wurde, um eine kommunistische Vorherrschaft in den Gewerkschaften zu verhindern. Vgl. Foreign Relations of the United States, 1945, Bd. III, S. 1044 f., 1061 f. In Leipzig versuchte er mit Erich Schilling, den ADGB wieder aufzubauen, und regte die Bildung des „sozialpolitischen Ausschusses“ an, aus dem die SPD-Bezirksleitung unter Führung des antikommunistischen Flügels hervorging.

diesen Dr. Ley, Rossberg und andere gefunden zu haben, die sich selbst das Komitee nannten. John sagt, es habe weder einen Untergrund noch ein deutsches Komitee vor der Besetzung durch die Amerikaner gegeben, es sei erst einige Tage danach entstanden. Sie besetzten die Geschäftsstellen der Nazi-Partei und die Geschäftsstellen der DAF, hängten ihre Plakate auf, die die Leute aufforderten, dem NKFD beizutreten und Mitglied zu werden. Sie streuten Gerüchte aus, daß der Bürgermeister, der gerade von der Militärregierung ernannt worden war, entlassen würde und daß einer von ihren Leuten an die Macht käme<sup>63</sup>.

Punkt 1: Johns Erzählung, daß das NKFD vor dem amerikanischen Einmarsch nicht bestand, scheint nicht mit den Tatsachen übereinzustimmen, wenigstens was [den Stadtteil] Wiederitzsch betrifft. Dort wurde einige Tage vor dem amerikanischen Einmarsch eine solche Gruppe gebildet, um die Leute aus dem Volkssturm herauszuhalten, und zwar mit Erfolg.

Sie wollten auch hinter dem Werwolf her sein; dabei waren sie aber nicht so erfolgreich, wenn sie auch einige Leute aufgespürt haben wollen, die ihre Waffen nicht abgeliefert hatten. Aber sie beanspruchten, mit Erfolg jeden wirklichen Widerstand gegen den amerikanischen Einmarsch von seiten des Volkes in Wiederitzsch verhindert zu haben. Jetzt scheint es einige Verwirrung unter den Führern des Komitees in Wiederitzsch zu geben: Werden die Russen kommen? Werden die Amerikaner bleiben? Wenn ja, werden sie das Freie Deutsche Komitee akzeptieren? Wenn sie bleiben, sollte das Hauptgewicht darauf gelegt werden, angesehene Leute in die Organisation zu bekommen, Doktoren, Rechtsanwälte etc. Darum scheint man sich jetzt in Wiederitzsch zu bemühen. Sie beanspruchten, die ausdrückliche Unterstützung von 25% der Bevölkerung in Wiederitzsch zu besitzen, und das Gleiche gelte auch für den ganzen Raum Leipzig. Der alte Höflitz gab an, sie träfen sich in Privathäusern in Leipzig, und zwar in seinem Gebiet jeden Tag, und es gebe mindestens 25 000 Mitglieder oder Anhänger des Komitees in ganz Leipzig. Von einiger Bedeutung ist die Bemerkung Johns, die Bewegung sei *kopflös*, und Grünthal suche einfach nach einem Führer. Einer Erklärung bedarf, daß er nach Fleissners Weigerung jemanden wie Dr. Ley und andere auswählte, die nach dem Verbot der Bewegung ungeachtet der Proklamationen der Militärregierung fortführen<sup>64</sup>. [ . . ]

<sup>63</sup> Vgl. Krüger/Urban, a. a. O., S. 13 für Auszüge aus dem NKFD-Flugblatt „Was denkt Ihr über Herrn Bürgermeister Dr. Vierling?“, worin dem Oberbürgermeister vorgeworfen wurde, er habe dem Stahlhelm angehört, hole seine alten Kameraden ins Rathaus, versäume die Säuberung der Verwaltung und diskriminiere die Antifaschisten. Die Stadtverwaltung verteidigte sich mit dem Hinweis, daß ca. 20% der städtischen Beamten und ca. 10% der städtischen Angestellten entlassen worden seien. In Zukunft müsse jedoch langsamer gesäubert werden, da die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sonst leide und Seuchengefahr drohe. Zunächst sollten ‚Alte Kämpfer‘, SS-Führer und hauptamtliche Parteifunktionäre entlassen werden. Vgl. Hans Weise: Fragen der Personalpolitik, in: Amtliches Nachrichtenblatt der Behörden der Stadt Leipzig und des Landrates des Kreises Leipzig, Nr. 10 vom 4. 7. 1945, S. 1.

<sup>64</sup> Hier folgt ein längeres Referat einer Arbeitsanweisung Nr. 2 des NKFD Leipzig vom 24. April 1945, die u. W. sonst nicht überliefert ist (im Original Teile des Textes in deutsch): „[1.] Täglicher Kurier geht von jeder örtlichen Einheit zur Bezirksstelle. Sie sagen, wir sind weder eine Organisation noch eine Partei, sondern eine antifaschistische Massenbewegung. Sie nehmen jeden gerne auf, der willens ist, gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen. Nur die Mitglieder der NSDAP, der SA, SS etc. sind ausgeschlossen. [2.] Sie arbeiten mit Besatzungsbehörden, Militärregierung, Militärpolizei, CIC zusammen und gehorchen allen ihren Anordnungen, respektieren alle ihre Gesetze. [3.] Sie besetzen alle Gebäude der NSDAP und ihrer Gliederungen und stellen diese als Volkeigentum sicher. Sie benützen nur die notwendigen Gebäude und schützen den Inhalt. Bestandsaufnahme ist durchzuführen. [4.] Nazi-Waffen werden oft in Gebäuden gefunden. Sie müssen sichergestellt, registriert und uns zur Weiterleitung an die Militärpolizei (CIC) [übergeben werden]. Dies muß schriftlich geschehen. Dasselbe gilt für Waffen in Privathäusern von Nazis. Das NKFD ist unbewaffnet. Kein Mitglied trägt Waffen. [5.] NKFD nimmt keine Verhaftungen vor. Wenn eine Verhaftung notwendig ist, um die

Freies Deutschland. Samstag, 28. April.

In Leipzig 38 Ortsausschüsse, 4500 Mitglieder, die ihren Willen zur Mitarbeit bekundeten. Schätzung, daß es in Leipzig 150 000 [Anhänger gibt], die nicht aktiv sind. Landkreis: 10 Ortsausschüsse. Wenige Tausend [Anhänger]. Seit 28. April betrachtet sich das Komitee als aufgelöst. Die Anfänge in Leipzig [lägen im] Frühjahr 43, Gruppe von Antifaschisten [verteilte] Materialien. Guter Erfolg, Gestapo machte Verhaftungen. Zeitung „Der Widerstand“, Organ des NKFD Leipzig. Verbindungen nach Berlin, Dresden, Chemnitz, Land Thüringen 43. Kleine illegale Kader. Januar 44 verhaftete Gestapo 100 N[K]FD in Leipzig, 15 Todesurteile, 12 vollstreckt. Schellenberger und Giezelt entkamen. August 44 wurden Rossberg und Plesse wegen „Freier Deutschland“-Tätigkeit verhaftet. Gestapo. Entkamen. Am 9. März wurde Plesse, am 12. April Rossberg zu Lindemann gebracht. 50 von der Gestapo erschossen, darunter einige Leute des „Freien Deutschland“<sup>65</sup>. Ganz eigenständiges, selbstkonstituiertes Komitee, das am 1. Mai 1945 auf eine demokratische Grundlage gestellt werden sollte. Freies Deutschland Komitee Leipzig beansprucht, vor dem amerikanischen Einmarsch am 17. April 4000 [Mitarbeiter] stark gewesen zu sein; die amerikanische Militärregierung unter Major Eaton kam am 18. April an. [Die führenden Leute des NKFD] waren der Ansicht, daß dieses Gebiet später von den Russen

---

Flucht eines aktiven Nazis oder ein Verbrechen zu verhindern, verhaften und übergeben wir die Person der Militärpolizei (aber nicht der Stadtpolizei). Jeden aktiven Nazi vom Ortsgruppenleiter aufwärts, Werwolf-Faschisten und jeden in der SS vom Untersturmführer und in der HJ vom Hauptgefolgschaftsführer aufwärts. Sie haben auch eine Braunliste 1. Jede Verhaftung muß ‚unserer Abwehrabteilung‘ gemeldet werden. [6.] Beschlagnahme der Nahrungsmittelvorräte. Wenn größere Vorräte von Nahrungsmitteln gefunden werden, muß der Militärregierung davon berichtet werden. Die Beschlagnahme hat mit antifaschistischen Geschäftsleuten zu geschehen. Bei der Verteilung sollen Opfer des Faschismus und der Bombardierung besonders bedacht werden. [7.] Überall, wo möglich, sind Orts- und Betriebsausschüsse des NKFD ins Leben zu rufen. Jeder Stadtteil muß mehr als ein Komitee haben. Diese Komitees müssen täglich vergrößert werden. Jedes neue örtliche Komitee muß gemeldet werden. Zusammensetzung der örtlichen Komitees: Leitung [sowie Abteilungen für] Organisation, Werbung, Abwehr. Zur Leitung gehört eine ‚Personalabteilung‘, zur Organisation ein ‚Mitgliedertab‘, dann die ‚technische Abteilung‘ und die Kasse. Zur Werbung gehören die ‚Aufklärung‘, die ‚Berichterstattung‘ und die ‚Materialverteilung‘; ‚Abwehrdienst‘ gegen eingedrungene Nazis und Provokateure, der die Braunlisten 1 und 2 herausgebracht hat. Dann soll es eine ‚Produktionsabteilung‘ für Fabriken und Geschäftsleute geben. Daneben muß es eine verantwortliche Verbindungsstelle mit den Fremdarbeitern geben und einen Mann für Verpflegung (Plünderer). [8.] Die Basis der Komitees muß erweitert werden, es müssen Intellektuelle aller Art wie Ärzte, Künstler, Geschäftsleute, Händler, Mittelständler etc. aufgenommen werden. Leute mit Kenntnissen für die Stadtverwaltung sollen auf die weiße Liste gesetzt und uns angezeigt werden. [9.] Am 1. Mai 1945 Sondersitzung aller Komitees. [10.] Keine Mitgliedsbeiträge, keine Mitgliedskarten, keine Mitglieder, wir haben nur Mitarbeiter. Finanzierung geschieht durch freiwillige Spenden, jeweils am 1., 10., 20. [eines Monats]. Das örtliche Komitee gibt 5% des einlaufenden Geldes an die Bezirksstelle. [11.] Veröffentlichung einer Tageszeitung ‚Freies Deutschland‘, vorbehaltlich Verhandlungen mit der Militärregierung. Einstweilen müssen wir uns mit einem Funk- und Pressedienst begnügen. Die Publikation gedruckten Materials unterliegt [der Genehmigung] der Militärregierung, Handzettel dürfen sich nicht gegen die Militärregierung wenden. [12.] Berichterstattung: Jede Handlung muß dem NKFD mitgeteilt werden. Wir brauchen das für unseren Informationsdienst und damit die Erfahrungen im Umgang mit örtlichen Komitees weitergegeben werden können. [13.] Während das NKFD eine breite Volksfront ist, soll es für die Arbeiter eine einzige nationale Gewerkschaft geben. ‚Wir fordern die Einheitsgewerkschaft, die Wahl von Betriebsräten‘ für die Friedensproduktion unter antifaschistischer Kontrolle. [14.] Entfernung aller faschistischer Symbole der NSDAP von Schulen, öffentlichen Gebäuden, Häusern, Straßen. Straßennamen auswechseln. Jeder Ortsausschuß muß bis zum 1. Mai 1945 Verbindung mit einer Landgemeinde haben. In jedem Ortskomitee müssen Vertreter der Fremdarbeiter sein. [..]“

<sup>65</sup> Vgl. Anm. 51 u. 61. Ein Exemplar von „Der Widerstand“ bei Krause, a. a. O., S. 133 ff.

besetzt würde, stellten einen Kandidaten für den Oberbürgermeister von Leipzig, der vorher Bürgermeister einer Kleinstadt gewesen war. Setzten ihre Proklamationen neben die der amerikanischen Militärregierung (waren in 18 oder 19 Leipziger Stadtteilen organisiert). Beanspruchten, Teil einer allgemeinen Bewegung in Mittel- und Ostdeutschland zu sein, gaben jedoch bei genauerem Nachfragen zu, daß sie nur lokal verankert seien. Hier in Leipzig haben sie die Unterstützung der örtlichen Militärregierungsabteilung nicht erhalten und deshalb versucht, deren Autorität zu untergraben. Unverhohlene Feindschaft gegen die amerikanische Militärregierung, die ihren Direktiven gemäß jede politische Aktivität gestoppt hat. Sie hatten Sitzungen abgehalten und diese wurden verboten. (Russische DP's – 5000 [Mann] stark, Pläne, den 1. Mai zu feiern. Morgen: politische Betätigung unter den DP's)

[Erinnerungen]

[Leipzig] war charakteristisch für die extreme Schwierigkeit, Militärregierungsbeamte für die tatsächlich anstehende Aufgabe auszubilden. Ich gebrauche dies nur als Illustration. Ich werde keine Bemerkungen über Major E[aton] machen. Es war klar, daß er die Elemente, die er vorfand, nicht richtig einschätzen konnte und nicht richtig einschätzte. Und er hatte einen Offizier für öffentliche Sicherheit, der vor allem anderen daran interessiert war, Ruhe und Ordnung in Leipzig zu bewahren. Nun gab es aber in Leipzig eine antifaschistische Organisation, die, wie ich später erfuhr, etwa 8000–10 000 [Mann] stark war und z. T. von Kommunisten, z. T. von Sozialdemokraten, aber auch von Mitgliedern der Mittelstandsparteien gebildet worden war. Sie war auf keinen Fall kommunistisch beherrscht, denn ich ging herum und sprach mit verschiedenen Mitgliedern dieser Organisation [und erfuhr, was] sie noch vor dem vollständigen Zusammenbruch der Nazi-Partei gehofft hatten: sie hatten einen Plan, die Parteigeschäftsstellen zu besetzen, die wichtigsten Nazis in diesem Gebiet festzunehmen, insbesondere die Nahrungsmittelvorräte zu beschlagnahmen und dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittel, die dürftig genug waren, nicht von Nazis an Nazis verteilt würden. Unsere Leute kamen aber natürlich in diese Lage mit den Instruktionen, die der Militärregierung damals gegeben worden waren und die einer unabhängigen Aktion Deutscher gegen die Nazi-Partei keinen Raum ließen. Dafür war nur die Militärregierung zuständig. Derweil war die Polizei der Stadt immer noch hundertprozentig Nazi; Major E. hatte aber wenigstens den einen klugen Gedanken gehabt, einen Sozialdemokraten zum Polizeipräsidenten zu ernennen. Ich erinnere mich des Morgens, an dem ich den Polizeipräsidenten zu einer Besprechung über die Lage besuchte. Zu meinem Schrecken nahm er mich zur Seite und sagte: „Bitte sprechen Sie nicht so laut, weil meine ganze Polizei aus Nazis besteht. Ich habe keinerlei Kontrolle über meine Polizei. Ich habe keine Autorität über sie. Ich kann nichts tun. Ich bin absolut ohnmächtig.“ Derweil war jedoch die öffentliche Sicherheit durch gelegentliche Besetzungen von NSDAP-Geschäftsstellen seitens der antifaschistischen Organisation in Frage gestellt worden. Auf den Rat einiger Polizisten hin ließ [der Offizier für öffentliche Sicherheit] auf diese Anti-Nazi-Organisation Jagd machen, ihre Literatur einziehen und warf 350 von ihnen ins Gefängnis. Unter Verwendung der Nazipolizei. Es kostete einige Mühe, dieses kleine Mißverständnis wieder auszubügeln.

## I. 5 Die Bremer Enklave (Erinnerungen)

Bremen wurde am 25. 4. 1945 von der 2. britischen Armee eingenommen. Da es nach den Vereinbarungen der „European Advisory Commission“ als Nachschubhafen der US-Truppen dienen sollte, traf am 26. 4. zur Verwaltung der amerikanischen Enklave innerhalb des britischen Besatzungsgebiets ein US-MG-Detachment E2C2 unter Lt. Col. Bion C. Welker und seinem Stellvertreter Lt. Col. D. W. Meservey ein, denen Dorn als Berater für Regierungsangelegenheiten attachiert

wurde. Ein zweites Detachment G1C2 war für Wesermünde vorbereitet. Am 27. 4. fand eine Zusammenkunft mit dem kommissarischen Bürgermeister Richard Duckwitz und anderen Beamten der Restverwaltung statt, die bis auf weiteres zur Weiterführung ihrer Geschäfte verpflichtet wurden. Der Polizeipräsident, Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer Johannes Schroers, den die Engländer ihrerseits vom 26. bis 30. 4. 1945 als kommissarischen Bürgermeister eingesetzt hatten, wurde verhaftet; statt seiner wurde – offenbar vom britischen Verbindungsoffizier Lt. Col. Kennedy – Polizeimajor Robert Schloemer (NSDAP seit 1933) als Polizeipräsident eingesetzt. Auf Drängen des in Bremen kommandierenden Maj. Gen. Hakewell-Smith von der 52. brit. Division wurde am 2. 5. Erich Vagts als kommissarischer ‚Regierender Bürgermeister‘ eingesetzt, von dem bekannt war, daß er 1935–45 als Deutschnationaler Senator Bremer Vertreter in Berlin gewesen war; als Freimaurer war er jedoch nicht Mitglied der NSDAP geworden. In der Eile will das MG-Detachment ihn ausgewählt haben, weil er der einzige gewesen sei, der einerseits „in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst“, andererseits nicht Pg war und doch „senatorial stature“ hatte. Er schlug alsbald eine Reihe ‚unpolitischer‘ Fachleute als Leiter der städtischen Behörden vor<sup>66</sup>. Mittlerweile hatte Dorn jedoch begonnen, Senatskandidaten zu suchen, die er „einlud oder drängte“, die neue Stadregierung zu leiten<sup>67</sup>. Es handelte sich insbesondere um Apelt, Nolting-Hauff, Paulmann, Spitta von den Liberalen und Kaisen und Theil von den Sozialdemokraten sowie um Wolters von den Kommunisten, der gleichzeitig einer der Führer der in Bremen besonders stark entwickelten Antifa „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ war. Diese sozialliberale Koalition, die im Laufe der zweiten Maihälfte die Senatorenposten übernahm, entsprach sowohl dem letzten Senat vor 1933 wie Dorns idealer Reformvorstellung. Eine Ablösung Vagts, die auch von der KGF lebhaft gefordert wurde, erfolgte aber erst am 31. 7. 1945. Sein Nachfolger Wilhelm Kaisen gehörte zu den föderalistischen Landespolitikern auf dem rechten Flügel der SPD. Die Enklave durchlief verschiedene Stadien einer britisch-amerikanischen Zwitterkonstruktion, die auf Seiten der Militärregierung zu anhaltenden Organisationsschwierigkeiten führte und vom Bremer Senat solange bekämpft wurde, als sie Bremen von Bremerhaven-Wesermünde abtrennte und nur als Stadt anerkannte. Nach Verhandlungen mit den Briten folgte Clay im Januar 1947 schließlich den Klagen Kaisens: Die Enklave wurde aus dem Gebiet des durch die US-MG angewandten britischen Besatzungsrechts herausgenommen und zu einem Land der US-Zone erhoben.

<sup>66</sup> Functional History of Military Government, 27 April 1945–30 June 1946, Bremen Enclave, Part I, MS (Kopie im IfZ), S. 4 ff., 54 ff. (Zit. S. 57). Die Liste von Bürgermeister Vagts (zur Person vgl. Anm. 71) umfaßte: ORR Philipp Heinrich Behrens (innere Verwaltung), ORR Dr. Reinhard Groscurth (Wirtschaft), Präsident Dr. Bernhard Platz (Häfen und Verkehr), Reg.-Dir. Dr. Heinrich Hanges (Finanzen), Staatsrat Dr. Friedrich Schultz (Ernährung), Oberschulrat Gustav Dehning (Erziehung). Zu Behrens, Schroers und Schultz vgl. Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969.

<sup>67</sup> Ebd. S. 56. Nach einem weiteren Personalschub bestand der Senat schließlich neben Vagts aus zwei Parteilosen (später Bremer Demokratische Volkspartei), fünf ehemaligen Liberalen (später ebenfalls BDV), drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten, die später zur SPD überwechselten. Für einen Bericht über die erste Begegnung Dorns mit Wilhelm Kaisen vgl. dessen ‚Meine Arbeit, mein Leben‘, München 1967, S. 175 f., 203 f.

<sup>68</sup> Functional History . . . , S. 13 ff. und bes. 26 ff.; vgl. Anm. 81. Da die EAC-Vereinbarung vom 14. 11. 1944 über die Bildung der Enklave wichtige Fragen der Jurisdiktion und Organisation offengelassen hatte, emanzipierte sich die US-MG zunächst von den britischen Truppen und wurde am 2. 5. 1945 der 9. und am 9. 6. der 7. US-Armee unterstellt und am 5. 8. schließlich verselbständigt. Dabei war die räumliche Ausdehnung ihres Zuständigkeitsgebiets den MG-Offizieren selbst unklar, insbesondere ob neben dem Land Bremen, dem Landkreis Wesermarsch (Land Oldenburg), Stadt- und Landkreis Wesermünde und Landkreis Osterholz (Reg. Stade) auch der Kreis Delmenhorst dazugehören sollte. In einer anglo-amerikanischen Vereinbarung, die am 10. 12. 1945 wirksam wurde, wurde die Enklave auf Bremen und den Hafen Bremerhaven reduziert, die US-MG mit der US-Hafenbehörde zusammengelegt und dieser Rest in den Geltungsbereich der Rechtsvorschriften der britischen Zone einbezogen. Auch das war undurchführbar, weshalb Wesermünde wieder hinzugefügt und später weitere besondere Rechte der US-Zone auf die Enklave übertragen wurden. Die Klärung erfolgte erst durch die anglo-amerikanische Vereinbarung über die Bildung des Landes Bremen in der US-Zone, proklamiert am 22. 1. 1947.

[...] Sobald ich nach Bremen kam, gelang es uns, ein solches Vorkommnis [wie in Leipzig] zu verhindern, eine solche sehr törichte Behandlung der antifaschistischen Organisationen. Auch in Bremen fand ich eine antifaschistische Organisation<sup>69</sup>, etwa 4000–5000 [Mitglieder] stark unter der Kontrolle eines Hermann Wolters, den ich unverzüglich aufsuchte. Er war ein kluger Mann, der jetzt, nebenbei, Sozialsenator in Bremen ist; er arbeitete mit Oberst Welker zusammen, und wir bauten diese antifaschistische Organisation so in die Bremer Stadtregierung hinein, daß, wie ich glaube, jeder unnötige Zusammenstoß zwischen den Nazis und den antinazistischen Gruppen vermieden wurde. Natürlich gab es [auch hier] ein Polizeiproblem. Auch [Oberstleutnant] Kennedy war von dem glatten und urbanen Äußeren eines SS-Polizeichefs getäuscht worden, der bei seiner Ankunft die Polizei der Stadt Bremen leitete. Er wurde jedoch bald entlassen, und [zwar] dank der Zusammenarbeit einer großen und klugen antinazistischen Gruppe in Bremen [...]. Als Mitglied der OSS hatte ich natürlich nachrichtendienstliche Kenntnisse über Bremen; außerdem hatte mir kurz vor meiner Ankunft einer unserer besten Nachrichtenoffiziere eine Liste mit sieben oder acht Deutschen gegeben, die noch in Bremen am Leben waren und uns dabei unterstützen konnten, eine im allgemeinen demokratische deutsche Regierung aufzubauen. Ich besuchte alle diese Leute sogleich und traf sie auch an: Wilhelm Kaisen, den derzeitigen Oberbürgermeister; Herrn Spitta, den Vater der Bremer Verfassung von 1920; Herrn Apelt, den derzeitigen Senator für Handel; Herrn Theil, und einige andere<sup>70</sup>. Ich holte sie zusammen und fragte sie, was man tun könne, um eine Regierung aus verlässlichen und demokratisch eingestellten Leuten aufzubauen. Leider hatte Oberst Welker bereits einen regierenden Bürgermeister ausgewählt, nämlich Dr. Vagts, Mitglied der ehemaligen Deutsch[-Nationalen] Partei und zu meinem Schrecken der Vertreter Bremens gegenüber der Reichsregierung während der ganzen Zeit des Naziregimes. Offensichtlich hatte Oberst Welker Dr. Vagts ohne eine gründliche Untersuchung eingesetzt. Dabei fand ich schon nach kurzer Lektüre in den Protokollen der Bremer Bürgerschaft aus den Jahren 1931 und 1932 zu meinem Erstaunen eine Rede dieses Dr. Vagts nach der anderen, in der er in scharfer Sprache die Weimarer Republik verächtlich gemacht, seine Sympathie mit der anwachsenden Naziartei erklärt und andauernd sowohl mit den Kommunisten wie mit der Naziartei zusammen gearbeitet hatte, um die legitime demokratische Regierung Bremens zu blockieren<sup>71</sup>. Dr. Vagts war ein vollständig unfähiger Mann. In

<sup>69</sup> Die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ in Bremen war die einzige Antifa, die sich über längere Zeit entwickeln konnte, dabei eine beträchtliche Größe gewann und auf Einheitsorganisationen der Arbeiterbewegung abzielte, aber an der Restauration der Parteien und Verwaltung schließlich scheiterte (vgl. Anm. 15). Sie war aus KPD- und SAP-Widerstandsgruppen entstanden und hatte die Mitarbeit von Sozialdemokraten und Parteilosen gewonnen. Von den Führern war aber nur der Vorsitzende des zentralen Ausschusses ein parteiloser Bürgerlicher (Dr. Nawrath). Ihre Initiatoren Hermann Wolters und Adolf Ehlers wurden Senatoren für die KPD. Zur Tätigkeit und Programmatik der KGF vgl. „Aufbau, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“, 11 heft. Nummern bis Jan. 1946 (Material Adolf Ehlers) und jetzt Peter Brandt: Antifaschistische Einheitsbewegung, Parteien und Gewerkschaften. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bremen 1945/46, Phil. Diss., MS, Berlin 1972.

<sup>70</sup> Dorns Darstellung macht nicht ganz deutlich, daß der sozialliberale Senat aus Vorkriegspolitikern bestand und nicht aus der KGF gebildet wurde, während diese nur durch ihre Führer an den Senat angebunden und damit entschärft werden sollte. Vgl. Vorspann und Anm. 67 und 69. Der Führer der Liberalen, Spitta, war schon 1920–1933 zweiter Bürgermeister; 1945–48 war er zusätzlich Senator für Justiz und Verfassung. Vgl. Kaisen, a. a. O., S. 101 f. und Theodor Spitta: Kommentar zur Bremischen Verfassung, Bremen 1960.

<sup>71</sup> Erich Vagts, geb. 1896, war bis 1925 Landbunddirektor und wurde in der Folge DNVP-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft, 1933–35 Präsident der Gemeindeaufsichtsbehörde, 1935–45 Vertreter Bremens, später auch Oldenburgs in Berlin. Als Oberbürgermeister von Bremen wurde er am 31. 7. 1945 abgelöst. Vgl. auch Kaisen, a. a. O., S. 205. Dorn war offenbar von Vertretern der KGF auf die politische Vergangenheit Vagts hingewiesen worden. Vagts war ein eingeschworener Feind des Weimarer ‚Systems‘ und Vertreter der Harzburger

Bremen war alles durcheinander. Es gab keine Wasserversorgung, keine angemessene Versorgung mit Nahrungsmitteln, keinen Strom; aber als ich ihn zum erstenmal im Bremer Rathaus besuchte, saß er alleine im Zimmer des Oberbürgermeisters und las eine Abhandlung über Verfassungsrecht. [ . . ]

Nachdem ich Oberst Welker die Protokolle einiger Sitzungen der Bremer Bürgerschaft 1931/32 vorgelegt hatte, überzeugte ich ihn endlich, daß Vagts ein äußerst ungeeigneter Bürgermeister sei. Schließlich zeigte er Einsicht, entließ Vagts und ernannte Wilhelm Kaisen zum Senatspräsidenten von Bremen. Im ganzen glaube ich, daß wir dank der Klugheit von Captain Bard und zum Teil vielleicht auch wegen der Energie, mit der ich umher suchte, eine ziemlich annehmbare Gruppe deutscher Politiker in Bremen zusammenbekommen haben, denen es in den letzten vier Jahren dank ihrer Energie, Klugheit und Wirksamkeit gelungen ist, sich im Amt zu halten, auch nach der Verfassung[sgebung]: sagen wir einmal Kaisen, Apelt, Spitta, Theil und eine Anzahl anderer. Angesichts der Zusammenarbeit dieser wirklich klugen und politisch verlässlichen Deutschen habe ich unsere Bremer Erfahrung immer als eine der glücklichsten in der US-Zone betrachtet, und zwar insbesondere unter dem Gesichtspunkt politischer Verlässlichkeit und Annehmbarkeit. Bezüglich der Kommunisten: Hermann Wolters war das Haupt der kommunistischen Partei dieses Gebiets. Später, nachdem er selbst die Taktiken der kommunistischen Partei erfahren hatte, brach er mit dieser Partei und ist jetzt ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, so daß die Bremer Kommunisten sehr erheblich Boden verloren haben<sup>72</sup>. Nicht zuletzt dank des Geschicks dieser klugen Sozialdemokraten, die seit dem Beginn der Militärregierung in der Verwaltung waren. [ . . ]

Die Hauptschwierigkeit lag damals natürlich in den ungeklärten Beziehungen zwischen der britischen Besatzungsmacht und der amerikanischen Militärregierung. Oberst Welker war es gelungen, der [britischen] 30. Division der 21. Armeegruppe attachiert zu werden, so daß er schon in Bremen einrückte, als die Briten erst ein oder zwei Tage Militäraufgaben versehen hatten; schon am dritten Tag hatte Welker seine Militärregierung etabliert. Die Briten waren überaus hilfsbereit gegenüber den Amerikanern, auch bevor es dort eine amerikanische Armee gab und auch noch vor dem Termin, für den die Übernahme der Verantwortung durch die Amerikaner vorgesehen war.

Bremen war in das Gebiet Oldenburg eingegliedert worden<sup>73</sup>. Die Hauptstadt für die

---

Front, als deren Führer er in der Bürgerschaft auftrat. Vgl. z. B. „Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1930“, S. 43 ff., 55 zum Republikenschutzgesetz (dem er positiv Bismarcks Sozialistengesetz gegenüberstellte); 1931, S. 143 ff. zur modifizierten Unterstützung einer kommunistischen Resolution gegen den Youngplan; S. 87 ff. Zustimmung zu einem Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten und Forderung eines Rechtskartells aus DNVP, NSDAP, DVP und Grundbesitzern. In den folgenden beiden Jahren vertrat er dann eine Serie von Mißtrauens- und Auflösungsanträgen der Harzburger Front: vgl. 1932, S. 90 f., 92 f. (Auszug der Nazis und Deutschnationalen), 151 ff., 307 f.; 1933, S. 86 f., 106 f., 132 f. Grundsätzlich meinte er, „kann es nicht eher eine Besserung geben, als bis das System, das bis zum heutigen Tag Deutschland beherrscht, verschwindet. Wir werden überall dort, wo wir eine Möglichkeit dazu sehen, mitarbeiten daran, daß dieses System gestürzt und durch ein besseres ersetzt werde.“ (1931, S. 326). Er leitete eine Kampagne zur Stärkung einer der politischen Kontrolle gegenüber selbständigen Polizei (1930, S. 374 ff., 422 f., 443 ff.), begründete Mißtrauensanträge gegen den Senat in der Danat Bank Aktien Affäre (1932, S. 151 ff., 248 ff., 263 f.) und ließ sich auch kleinere Standard-Agitationsanträge wie zur Herabsetzung der Bürgerschaftsdiäten (1930, S. 253 f.) und zum Verbot des Schächtens im städt. Schlachthof (1930, S. 440; 1931, S. 474) nicht entgehen.

<sup>72</sup> Die Führer der KGF Hermann Wolters (KPD) und Adolf Ehlers (KPD, KPO, SAP, seit 1944 wieder KPD) traten am 16. 5. 1946 der SPD bei, offenbar hauptsächlich aus Ablehnung der Praxis in der SBZ nach der SED-Gründung. Die KPD erhielt in der ersten Bürgerschaftswahl im Oktober 1946 11,5%, ein Jahr später 8,8% der Stimmen; das war etwa halb so viel wie in der Endphase der Weimarer Republik in Bremen.

<sup>73</sup> Bremen wurde im Mai 1933 dem Reichsstathalter in Bremen und Oldenburg, Karl Röver,

Bremer Region lag in Oldenburg. Das Arbeitsamt, das Wirtschaftsamt waren nicht in Bremen. Natürlich erhielt Bremen auch seine ganzen Nahrungsmittel aus der Umgebung. Das Arbeitsamt zum Beispiel war in Delmenhorst, südwestlich vom eigentlichen Bremen, und die ersten Schwierigkeiten erwuchsen aus Fragen der Art, wie könne Bremen ohne das Arbeitsamt in Delmenhorst Arbeitskräfte bekommen. Ohne das hilfsbereite Verhalten der Briten von allem Anfang an hätte Oberst Welker ganz schön Schwierigkeiten bekommen können. Eine andere Frage freilich war, was die Briten aus dem Hafen von Bremerhaven mitnahmen. Aber das war ja nicht Sache der Militärregierung. In allen Angelegenheiten wie DP's, Arbeitskräfte, Strom, Kohle und Nahrungsmittel mußten die Lösungen zuerst mit den Briten ausgehandelt werden, bevor man irgendetwas Angemessenes in Bremen selbst tun konnte. Nachdem wir ursprünglich, lange zurück, überhaupt das nordwestliche Gebiet [Deutschlands] gewollt hatten, schlossen wir schließlich einen Kompromiß mit der Bremer Enklave als Nachschubhafen unserer Zone<sup>74</sup>. Die Enklave war eine ziemlich umfangreiche Sache damals, schloß Gebietsstreifen längs des Flusses bis nach Wesermünde und Bremerhaven ein, und in der Folge wurden sogar noch einige Landkreise dazugeschlagen, weil man sich nicht klar wurde, ob die Briten oder die amerikanische Militärregierung für sie zuständig seien, so daß wir schließlich dort oben ein enormes Gebiet angesammelt hatten, das wir glücklicherweise später den Briten übergaben, weil es nicht absolut notwendig war. Die Enklave selbst hat sich jedoch durch die spätere Erfahrung in jeder Weise gerechtfertigt. Wenn wir sie nicht gehabt hätten, wären wir in unnötige Unannehmlichkeiten mit den Briten gekommen. Die ganze Frage der Zuständigkeit für die Schifffahrtskontrolle wäre als eine gemeinsame Angelegenheit so schwer zu behandeln gewesen, daß ich glaube, daß es voll gerechtfertigt war, Bremen zurückzubehalten. Allerdings hätte man nicht nur Delmenhorst, sondern auch Oldenburg, das eindeutig in der britischen Zone lag, einbeziehen müssen, wenn man wirklich in Bremen eine vollkommen autonome Regierung gewollt hätte, und selbst dies hätte nicht ausgereicht. Die Regelung, die Oberst Henry Parkman schließlich durchsetzte, war, wie ich glaube, sehr klug<sup>75</sup>. Wir haben diese ganzen Landkreise und all das Gebiet dazwischen abgestoßen. Da wir ja keinen Streit mit den Briten hatten, gab es keine Notwendigkeit, irgend etwas in diesem Gebiet über Blumenthal und Vegesack hinaus zurückzubehalten.

## 1. 6 Ein Kreiskönig in Garmisch [Erinnerungen]

Ich erinnere mich, es war im Juni 1945, als ich noch Mitglied der OSS war und mit Oberst Stearns durch die Tschechoslowakei, Österreich und Bayern reiste, kamen wir auch nach Garmisch, wo es sicherlich einen Militärregierungsbeamten geben mußte. Da es spät am Nachmittag war, schlug ich Oberst Stearns vor, zum Abendessen beim örtlichen Militärregierungsbeamten zu bleiben und dann zu versuchen, eine Übernachtungsgelegenheit zu finden. Als wir beim Amt der Militärregierung ankamen, verwies man uns an das Haus des örtlichen Militärgouverneurs, den wir Hauptmann L. nennen wollen. Er hatte sich in Garmisch eine wahrhaft prächtige Residenz ausgesucht, die berühmte Villa Wittig<sup>76</sup>, die grandiose moderne Version einer mittelalterlichen Burg mit einem hohen schmiedeeisernen

---

NSDAP-Gauleiter Weser-Ems und Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, unterstellt, in der Folge das Staatsgebiet durch die Abtrennung Bremerhavens aufgelöst und die überkommunale Verwaltung von Oldenburg, in Bremerhaven von der Provinz Hannover übernommen.

<sup>74</sup> Vgl. Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, 2. Aufl. Frankfurt/Berlin 1961, S. 62 ff.

<sup>75</sup> Als völlig unzulänglich wurden die britisch-amerikanische Zwitterkonstruktion und die ungeklärte Staatsfrage insbesondere in der Beziehung zu Bremerhaven in Bremen empfunden. Vgl. Kaisen, a. a. O., S. 195 ff. Diesen Einwendungen schloß sich auch der Militärgouverneur schließlich an, vgl. Lucius D. Clay, a. a. O., S. 106, 114 f. Vgl. auch Anm. 68.

<sup>76</sup> Offenbar die Pension Witting. Militärgouverneur Garmischs war im Juni 1945 Major C. H. Heyl, er wurde im Herbst durch Maj. H. L. Snapp (vorher in Donaauwörth) ersetzt.

Zaun rund um den Park, einem Kiesweg, der sich zu beiden Seiten durch einen Kiefernbestand schlängelte, bis man mit diesem wirklich kolossalen und prachtvollen modernen Schloß konfrontiert war. Wir klopfen mit dem Türklopfer, und alsbald erschien eine sehr hübsche Dame in einer weißen Seidenbluse. In vollendetem Englisch bat sie uns hereinzukommen, unsere Waffen abzulegen und uns frisch zu machen, und führte uns durch einen Raum, ein längliches Gemach mit einer langen fürstlichen Tafel und Ritterrüstungen in jeder Ecke des Raumes, mit einem gigantischen mittelalterlichen Kandelaber an der Decke und Wandteppichen, führte uns also hier durch in den großen Salon, der auf einer anderen Ebene lag – jede Zimmerflucht lag auf einer anderen Ebene, jede kolossal in den Ausmaßen und prachtvoll in der Ausstattung. Nun erschien die Gastgeberin, ebenfalls eine hübsche Dame, bat uns Platz zu nehmen und fragte uns, ob wir Tee, Kaffee oder Cocktails wollten. Wir batem um Cocktails. Sogleich erschien eine andere hübsche Dame, um uns den Cocktail anzubieten, und sagte uns, der Hauptmann kleide sich gerade an und werde gleich herunterkommen. Als wir nun dasaßen, erschien eine vierte schöne Deutsche im Salon, begrüßte uns und sagte, der Hauptmann werde im Moment herunterkommen. Und so erschien er denn schließlich.

Nun erfuhren wir, daß er ein früherer Impresario in Hollywood gewesen war; offenbar wollte er Garmisch wenigstens für ein Weilchen in ein Hollywood verwandeln. Aber seine Tage waren gezählt. Er bat uns, zum Abendessen dazubleiben, und sagte glücklich: „Ein Luftwaffenoberst wird kommen, und zwar mit zwei DP-Damen.“ Es war natürlich klar, was man damals angesichts des Fraternisierungsverbots „DP“ nannte. Denn Garmisch war ja der bevorzugte bombensichere Wohnort für Nazifrauen, und es gab sie hier auch in Trauben. Diese armen amerikanischen Simpel konnten, wenn sie eine schöne Dame sahen, nicht mehr zwischen einer Nazifrau und sonst jemandem unterscheiden, und so nannte man sie damals alle DPs. Schließlich erschien der Oberst mit zwei sehr anmutigen Damen. Eine von ihnen schien mir norddeutsche Züge zu verraten, und so wandte ich mich an sie und fragte sie auf deutsch, ob sie aus Berlin komme. Sie sagte, ja, sie sei aus Berlin. Von diesem Augenblick an war es vollkommen klar, daß sie keine DP war. Wir setzten uns zu einem wahrlich großartigen Abendessen, und nachdem dies vorbei war – nebenbei erschienen während des Essens weitere drei hübsche Damen als Bedienung, und keine von ihnen war identisch mit einer der früheren – nach dem Essen also sagte der Captain: „Sie haben ja noch gar nichts gesehen. Wir werden Ihnen etwas wirklich Prachtvolles zeigen.“ So ließ er die Seilbahn in Bewegung setzen, die auf die Spitze des Wank führte. Und dann fuhren wir also mit der Bergbahn auf den Wank, wo dieser Offizier das Hotel auf der Bergspitze in eine Cocktailbar verwandelt hatte, und wieder bot man uns Drinks an.

Danach hatten wir ein Gutteil unseres Interesses und unserer Begeisterung für diesen Ort eingebüßt. Bevor wir wieder hinunter fuhren, zog mich der Hauptmann zuletzt mit sich – er kannte mich noch aus Shrivenham – und draußen sagte er: „Da liegt mein Königreich und ich bin stolz darauf.“ Nun, das wahrte nur zwei Wochen. Er wurde nach Hause geschickt. Mit solchen Sachen wurde prompt aufgeräumt. Er war vollkommen ineffektiv gewesen. Schon sehr früh zeigte sich, daß wir, wenn wir bei den Deutschen irgendetwas wie Verantwortungsgefühl entwickeln wollten, diese Leute wirklich zur Rechenschaft ziehen mußten. In der frühen Zeit mußte aber zweifellos der örtliche Militärregierungsoffizier im Landkreis oder im Stadtkreis in die deutschen Dinge eingreifen, weil die ganze Polizei gesäubert und reorganisiert werden mußte, DPs mußten ordentlich ernährt und gekleidet werden, man mußte für die Nahrungsmittelverteilung sorgen. Einige unserer frühen Polizeioffiziere verwalteten die Polizei einfach selbst. Ich habe einen Offizier nach dem anderen in den Ämtern der deutschen Polizeipräsidenten alle die Arbeit tun sehen, die der Polizeipräsident hätte selbst tun sollen. Mit anderen Worten: sie arbeiteten hart an Dingen, die ganz und gar nicht zu ihrer wirklichen Aufgabe gehörten. Das gilt nicht nur für das Gebiet der Polizei. Es trifft auch für das Ernährungswesen und die Landwirtschaft zu. Es galt überhaupt für eine große Anzahl von Fällen, wo unsere Leute, anstatt die Deutschen dazu zu bringen, die Aufgaben zu lösen, und ihnen Verantwortung zu über-

tragen, in Wirklichkeit die Aufgaben selbst übernehmen. Dadurch wurde es für die Militärregierung zu einem dringenden Problem, diese Leute zurückzuziehen. Denn es war klar, daß eine verantwortliche Regierungsweise [unter den Deutschen] nicht entwickelt werden konnte, solange sie da waren. Schließlich bildete sich sowohl in Frankfurt wie hier [in Berlin] bei General Clay die Überzeugung heraus, daß es in vielen Fällen unmöglich sei, einen Militärregierungsbeamten dazu zu bringen, auf eigene direkte Operationen zu verzichten und jene andere und schwierigere Rolle eines Überwachers zu übernehmen. Hier entpuppte sich das Demobilisierungsprogramm als Glück im Unglück<sup>77</sup>. Denn wir konnten eine große Zahl derjenigen, die alles nur selbst machen wollten, nach Hause senden und andere Leute als Überwacher, Berater und Berichterstatter ausbilden.

---

<sup>77</sup> Vgl. Anm. 28.

## II. DIE MILITÄRGOUVERNEURE UND DER AUFBAU DER LÄNDER

Im Sommer und Herbst 1945 stand die amerikanische Militärregierung vor der Aufgabe, die Verwaltung ihrer Zone wirksam zu organisieren. Dabei wurde sie im wesentlichen mit vier ineinandergreifenden Problemen konfrontiert: Effektuierung der Kontrollratsregierung durch deutsche Zentralverwaltungen, Abgrenzung und Zusammenarbeit mit den anderen Besatzungszonen (insbesondere der französischen), Bildung von deutschen Verwaltungseinheiten in der US-Zone und Bestimmung des politischen Charakters der Länder<sup>1</sup>. OMGUS drängte auf die schleunige Reorganisation zumindest der technischen Reichs- und Wirtschaftsverwaltungen für alle vier Zonen und verfolgte zugleich im eigenen Bereich die Landesbildung, die durch die Reorganisation der regionalen Militärregierung eingeleitet wurde. Hauptschwierigkeiten waren die Abgrenzung der Ausdehnung und Zuständigkeiten der Bremer Enklave sowie die Bildung von Auffangorganisationen für die Gebietssplitter, die nach der Zonengrenzziehung im südwestdeutschen Raum anfielen. In diesen Fällen legte OMGUS das Schwergewicht auf wirtschaftlich lebensfähige Einheiten und die administrativen Bedürfnisse der Besatzungsmacht, wohingegen deutsche Landestradi-tionen und interalliierte Politik zurücktreten mußten.

Dorn war an der Reorganisation aller Länder der US-Zone beteiligt<sup>2</sup>; wir konzentrieren uns hier auf das württembergisch-badische Beispiel<sup>3</sup>. Die Franzosen hielten die Landeshauptstädte im Südwesten auch nach der Zonengrenzziehung besetzt und installierten dort Landesverwaltungen – den Rat der Ministerialdirektoren in Karlsruhe und die Landesdirektoren in Stuttgart – als Faustpfand für die Räumung der ihnen zugedachten linksrheinischen Provinzen durch die USA. Im Juli fand dann der Austausch statt, und regionale US-Militärregierungen zogen in Stuttgart und Karlsruhe ein<sup>4</sup>. Der badische Landesteil sollte von Stuttgart aus regiert werden, aber in Nordbaden konkurrierten zwei regionale Militärregierungen in Mannheim und Karlsruhe, sowie der französisch unterstützte Rat der Ministerialdirektoren und die im Landeskommis-särbezirk Mannheim von den Amerikanern eingesetzte und nach

<sup>1</sup> Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 59 ff.

<sup>2</sup> Für Bremen vgl. I. 5. Für Bayern und Hessen vgl. Anm. 39 zur Einleitung. Dorn war auch an der Gründung des Länderrats beteiligt; vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 61 f., und das Protokoll der ersten Sitzung im Anhang zu Anton Pfeiffer Jr.: Der Länderrat der amerikanischen Zone, jur. Diss., MS., München 1948. Dorn betonte dort das Bedürfnis nach einer leistungsfähigen Verwaltungskoordination auf deutscher Seite wegen des Flüchtlingszustroms und des Übergangs der Militärregierung zu indirekter Kontrolle.

<sup>3</sup> Vgl. II. 3. 1 und 2.

<sup>4</sup> Zu den sehr schwierigen Verhandlungen mit den Franzosen über die Zuweisung einer Besatzungszone angesichts französischer Forderungen nach den linksrheinischen Gebieten zuzüglich Baden, Württemberg und beträchtlicher Teile Hessens sowie der verabredungswidrigen Besetzung der Hauptstädte Badens und Württembergs durch die französische 1. Armee vgl. Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 222–363; Chandler, Eisenhower, a. a. O., Bd. IV, S. 2154 f., 2233, 2657 ff.; Forrest C. Pogue: The Supreme Command, Washington 1954, S. 459 ff.; Charles de Gaulle: Memoires 1942–46, Düsseldorf 1961, S. 438 f., 450 ff.; Eberhard Konstanzer: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969, S. 14 ff.; Karl H. Neumayer: Die Neugliederung des Bundesgebietes und das Land Baden, Tübingen 1955, S. 20 ff.

Württemberg tendierende Regierung Holl. Nachdem Holl durch den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Heinrich Köhler ersetzt war, verdrängte dieser die Karlsruher Landesverwaltung nach Freiburg, beanspruchte aber gleichwohl Einheit und Selbständigkeit für Baden<sup>5</sup>. Dieses Problem blieb lange in der Schwebe, weil die Zerteilung der beiden südwestdeutschen Länder durch eine willkürliche Grenze niemanden zufriedenstellte. Die Franzosen beanspruchten im Zuge ihrer erneuerten Rheinbundpolitik ganz Baden, entfalteten eine lebhafte Propaganda für die Selbständigkeit der einstigen deutschen Teilstaaten und suchten die deutsche Verwaltung durch Angebote – z. B. einer nur zurückhaltenden Entnazifizierung – für sich einzunehmen<sup>6</sup>. Das State Department war bereit, dieser Lösung entgegenzukommen, um den Weg für eine föderalistische Gliederung Deutschlands offen zu halten. Das US-Militär glaubte jedoch, die über Karlsruhe verlaufenden Autobahn- und Eisenbahnwege nach Bayern behalten zu müssen, weil es sonst Schwierigkeiten mit den unberechenbaren Franzosen befürchtete. OMGUS wollte die nordbadische Industrie und liberale Tradition nicht gegen das agrarische Südwürttemberg eintauschen. Exponenten wie Pollock gingen hier sogar bis zu dem Vorschlag, die Franzosen, welche die praktische Tätigkeit des Kontrollrats durch ihr Veto gegen deutsche Zentralverwaltungen obstruierten, ganz aus dem rechtsrheinischen Deutschland wieder zu verdrängen<sup>7</sup>. Da de Gaulle jedoch in beiden Fragen, die für seine zugleich gegen sowjetische und deutsche Ausdehnung gerichtete Sicherheitspolitik essentiell waren, vor dem amerikanischen Druck nicht zurückwich<sup>8</sup>, arrangierte man sich auf amerikanischer Seite mit dem Status quo und berief sich auf partielle Übereinstimmungen mit älteren Reichsreformbestrebungen zur Bildung zweier Länder im westlichen Distrikt der US-Zone<sup>9</sup>. Diese Politik wurde durch die Abberufung der regionalen Militärregierungen in Mannheim und Marburg eingeleitet und führte zur Vereinigung von Hessen-Nassau mit den amerikanisch besetzten Teilen von Kurhessen und des Landes Hessen zu „Großhessen“ sowie der badischen und württembergischen Gebietshälften in der US-Zone zu dem Land „Nordwürttemberg-Nordbaden“ und zur Festlegung des Landes Bayern unter Amputation des Landkreises Lindau und der bayerischen Pfalz<sup>10</sup>. Auch in der Frage der Bremer Enklave setzten sich Gesichtspunkte einer schnellen Effektivierung der Besatzungsverwaltung gegenüber denen einer deutschen Regionalreform durch. Nur die Vereinigung der hessischen Bezirke scheint von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung – zumindest in Südhessen – getragen worden zu sein.

Nach der Bildung der regionalen Einheiten sollten diese politisiert werden, jedoch keineswegs im Sinne früherer amerikanischer Zergliederungswünsche oder des französischen staatenbündischen Plans. Clay kämpfte zugleich – schon um der wirtschaftlichen Verwaltung seiner Zone willen – um die Zentralverwaltungen und erhielt sogar

<sup>5</sup> Ebd. sowie Josef Becker (Hrsg.): Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964, S. 42 ff.; (Anonym.): Baden 1945–1951, Was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951, S. 8 ff.; Eberhard Pikart (Hrsg.): Theodor Heuß, Aufzeichnungen 1945–1947, Tübingen 1966, S. 20 ff.

<sup>6</sup> Vgl. II. 2 und II. 3.2; Konstanzer, a. a. O., S. 85.

<sup>7</sup> Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 973 ff., 978f., 986 f., 994 ff.

<sup>8</sup> Vgl. das Gespräch des US-Botschafters Caffery mit de Gaulle vom 3. 11. 1945, in: ebd. S. 890 f.; A. W. DePorte: De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge Mass, 1968, S. 192 ff.

<sup>9</sup> Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 1025 und wie Anm. 7; vgl. II.3.3.

<sup>10</sup> Proclamation Nr. 2, in: James K. Pollock/James H. Meisel (Hrsg.): Germany under Occupation, Ann Arbor 1. Aufl. 1947, S. 119.

die Genehmigung, mit den Briten und Russen gegen die Franzosen eine trizonale Zentralisierung vorzunehmen, die jedoch am russischen Mißtrauen, dies sei ein erster Schritt zur Aushöhlung des Potsdamer Abkommens, scheiterte<sup>11</sup>. Die ambivalenten Bestrebungen um wirtschaftliche Zentralisierung und regionale Politisierung legten Adcocks Frankfurter OMGUS-Außenstelle (in der Dorn nun als Berater Adcocks wirkte) und den Landdirektoren die Aufgabe vor, aus den – außer in Bayern – künstlichen Verwaltungsregionen wirksame Landesverwaltungen zu bilden, deren politische Struktur als demokratisch-föderalistische Alternative gegenüber der britischen und vor allem der sowjetischen Zonenverwaltung Vorbildcharakter erhalten sollte. Durch eine schrittweise Delegation administrativer Zuständigkeiten an deutsche Landesregierungen sollte der amerikanische Besatzungs- und Kontrollapparat, der im Zuge der Demobilisierung schnell verkleinert wurde, entlastet werden und durch zentrale deutsche Stellen in den Ländern „indirect rule“ ausüben. Zugleich sollten Vorbedingungen für rechtsstaatliche Verhältnisse („rule of law“) und die Verfassungsgebung („responsible government“) gelegt werden. Führende Vertreter der Militärregierung wie Pollock, Dawson und auch Dorn vertraten dabei den Standpunkt, daß diesen liberalen Zielen wie auch den amerikanischen Interessen am besten gedient werde, wenn man Eingriffe auf dem Verordnungswege möglichst gering halte und durch informelle Kontrolle und Verhandlungen die Verantwortlichkeit der deutschen Regierungen stärke.

Der Vorwurf der Verantwortungsscheu, den dabei z. B. Pollock und Dorn mehrfach gegen die deutschen Regierungsvertreter erhoben<sup>12</sup>, unterschlug jedoch deren besonders problematische Lage, denn ihrem leitenden Erziehungsziel ‚responsible government‘ legten die Amerikaner einen ganz formalen Begriff von Verantwortung zugrunde. Die Deutschen sollten ja nicht ihre eigenen Entscheidungen vor ihren Landsleuten verantworten, sondern von der Militärregierung präformierte vor den Amerikanern vertreten und nach außen als ihre eigenen erscheinen lassen. Insofern hieß in dieser Phase (und ihre Charakteristika überdauerten auch die ersten Landtagswahlen<sup>13</sup>) ‚responsible government‘ nicht die Einübung einer liberalen Demokratie, sondern die Mitwirkung an einer Liberalisierungsdiktatur.

Während in den Landesregierungen alle nicht-nationalsozialistischen politischen Kräfte vertreten sein sollten, um keine organisierte Gruppe in die Opposition gegen die Vermittlung der amerikanischen Politik durch die Landesregierungen zu entlassen<sup>14</sup>, sollte daneben von unten her eine Erziehung der Deutschen zur „Demokratie“

<sup>11</sup> Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 885 f. Der Länderrat war zunächst nur eine dilatorische Länderkoordinierung als Reaktion auf die sowjetischen und britischen zonalen Zentralinstitutionen und nahm eine festere Struktur erst an, nachdem Zentralverwaltungen auf der Ebene sowohl des Kontrollrats wie der Großen Drei gescheitert waren.

<sup>12</sup> II.1 und 2.

<sup>13</sup> Vgl. John Gimbel: American Military Government and the Education of a New German Leadership, in: Pol. Science Quart. 83 (1968), S. 248 ff.

<sup>14</sup> Diese Grundlage verband das kommunistische Konzept des Antifa-Blocks mit den ‚starrten Koalitionen‘ der westlichen Besatzungszonen; während das erstere jedoch eine Reformdiktatur mit gesellschaftlicher Mobilisierung verbinden wollte, waren im zweiten durch eine schnelle Folge von Wahlen beide Ziele unvereinbar und die Koalition auf jene Zeit beschränkt, in der deutsche Stellen keine Entscheidungen von grundlegender Bedeutung fassen konnten. Durch Verbote von Antifa-Blöcken und Verwendung des Verhältniswahlrechts wollte die amerikanische Militärregierung die KPD isolieren. Vgl. Entwurf einer OMGUS Rundverfügung ‚Political Parties, Campaigns and Elections within the U. S. Zone‘ (undat. in Nachlaß Pollock, Mikrofilm Rolle 6, IfZG); R. H. Wells an P. Laukhoff vom 5. 10. 1945 (ebd. Rolle 4). Vgl. auch

treten, die deutlichere Akzente gegen Konservatismus und Kommunismus setzen konnte. Die Informationsabteilungen der Besatzungsmacht bedienten sich hier in der Anfangszeit überwiegend einer direkten oder gesteuerten Einflußnahme der Amerikaner auf die Deutschen und wollten auf der örtlichen Ebene durch Einrichtung von Bibliotheken (den späteren Amerikahäusern) und etwas gequälten überparteilichen Diskussionsveranstaltungen (den sog. Stadtforen) aufklären und ‚government by discussion‘ einüben<sup>15</sup>. Dorn hielt solche Bemühungen für ziemlich wirklichkeitsfremd. Sie seien – wie er an Bayern zu zeigen versuchte – der deutschen Gesellschaft aufgepfropft und übten keinen tieferen Einfluß aus, während sie die liberalen kulturellen Eliten in Deutschland nicht aus ihrer Isolierung herausrissen. Wollte man hier einen dauernden Einfluß gegen die konservativen Grundströmungen ausüben, so müsse man diese Eliten mobilisieren, sie unterstützen und ihre Wirkung institutionell absichern<sup>16</sup>. Schritte in diese Richtung autochthoner Aufklärung und Demokratisierung, die von der Militärregierung unterstützt und staatlich verankert werden sollten, verließen jedoch den liberalen Grundkonsens in der Militärregierung, der sich in den beiden Grundbegriffen Verfassungsstaat und Kapitalismus zusammenfassen läßt. Clay wollte die Medien in amerikanischer Hand oder in Privatbesitz sehen, aber – so Hoegner<sup>17</sup> – „keine demokratische Erziehung durch den Staat“.

Während OMGUS keine Bedenken getragen hatte, die zeitlichen Vorteile der schnellen Reorganisationsmöglichkeit der Arbeiterbewegung durch die Verschleppung der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften zunichte zu machen, und 1946 auch bald mit der Verdrängung der Kommunisten aus den Regierungen begann<sup>18</sup>, hatten die bürgerlichen Parteien selten unter direkten Eingriffen zu leiden. Bayern erlebte in dieser Phase zwei der spektakulärsten. Im September 1945 entließ Eisenhower auf Anraten Dorns den bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer wegen Ungehorsams gegen die Besatzungsmacht. In diesem Land, auf dem das Auge der US-Presse besonders ruhte und dessen Rekonsolidierung im Herbst 1945 am weitesten vorangeschritten war, hatte die bei den deutschen konservativen Verwaltungschefs verbreitete Obstruktion der amerikanischen Entnazifizierung besonderes Aufsehen erregt<sup>19</sup>. Für den Aufbau der CSU war diese Schlappe jedoch eher von Vorteil, da sie in einer Zeit chaotischer Bedingungen nicht mit der Verantwortung für eine wenig handlungsfähige Regierung belastet war und unter den Entnazifizierten Profil gewann. Wie bei allen bürgerlichen Parteien ging auch bei ihr der Parteiaufbau jedoch nur schleppend voran, obwohl die Kirche ihr jede Hilfestellung bot. Die größte Sorge um ihr Wachstum

---

zur Abgrenzung der Regierungstypen Dolf Sternberger: *Lebende Verfassung*, Meisenheim 1956, S. 43 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Franz B. Gross: *Freedom of the Press under Military Government in Western Germany*, Ph. D. Diss. MS., Harvard 1952, S. 46 ff., 91 ff.; Mary Handy: *The Development of American Policy toward Germany with Special Reference to the Field of Public Affairs*, Phil. Diss. MS., Heidelberg 1954, S. 233 ff., 303 ff.; Joseph Dunner: *Information Control in the American Zone of Germany 1945–46*, in: C. J. Friedrich and Ass., a. a. O., S. 276 ff.

<sup>16</sup> Vgl. II. 4.

<sup>17</sup> Hoegner, a. a. O., S. 290. Clay, a. a. O., S. 315.

<sup>18</sup> Vgl. Niethammer, *Entnazifizierung*, a. a. O., S. 199 ff.; Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952*, Frankfurt 1970, S. 25 ff.; Dietrich Thränhardt: *Wahlen und politische Strukturen in Bayern*, phil. Diss. MS., Konstanz 1971, S. 231 u. ö.

<sup>19</sup> *Erinnerungen und Notizen Dorns zu seiner Untersuchung der Regierung Schäffer und die Besprechung Eisenhower, Patton, Adcock und Dorn vom 28. 9. 1945*, in der die Ersetzung Schäffers durch Hoegner beschlossen wurde. Vgl. Anm. 39 zur Einleitung sowie *Foreign Relations*, 1945 Bd. III, S. 971 ff., 982 ff.

nahm ihr jedoch OMGUS durch ein ambivalentes Einschreiten gegen die Bildung einer liberalen Monarchistenpartei in Bayern, von der alle Beobachter glaubten, daß sie geeignet sei, das Bürgertum und die Bauernschaft in Bayern zu spalten<sup>20</sup>.

## II. 1 Militärgouverneure und deutsche Verantwortung [Erinnerungen]

Als ich die Stellung eines Beraters General Adcocks, damals Direktor von OMGUS [-Zone], übernahm<sup>21</sup>, war es eine meiner Aufgaben, durch die Zone zu reisen, um die Struktur der Militärregierung ebenso wie die deutsche Regierungsorganisation zu studieren und Empfehlungen zur Anpassung der US-Militärregierung an die jeweilige deutsche Regierung zu machen, denn es war von Anfang an klar, daß die Regierungen der einzelnen Länder sich in ihrer Struktur nicht vollkommen glichen. Bei diesen häufigen Besuchen lernte ich zunächst Oberst [Charles E.] Keegan und dann seine Nachfolger Oberst [Roy] Dalferes und General [Walter J.] Muller in Bayern kennen sowie Oberst [William W.] Dawson, den ich häufig bis zu seinem Tode 1947 [in Stuttgart] besuchte, Oberst [James B.] Newman in Wiesbaden und in Bremen Oberst [Bion C.] Welker und [später] Kapitän [Charles R.] Jeffs. Unter den dreien war der einzige wirkliche Armee-Offizier natürlich General Muller<sup>22</sup>. Oberst Newman war ein früherer West Pointer und kannte die Armee sicherlich besser, als es Oberst Dawson tat, der jedoch eine reiche und vielfältige Karriere in den Vereinigten Staaten als Anwalt, Schlichter zwischen den Sozialpartnern und Professor für Rechtswissenschaft an der Western Reserve University hinter sich hatte. Ein Mann mit großer politischer Erfahrung, einst Bürgermeister von Breckville, einer Vorstadt von Cleveland.

Die drei unterschieden sich sehr scharf, nicht nur in ihrer Persönlichkeit, sondern auch in der Art, wie sie ihre Militärregierungseinheit aufstellten und leiteten. General Muller war der frühere G-4 der 3. Armee, und als Nachschub-Offizier hatte er eine besonders reiche Erfahrung [in Militärverwaltungsfragen]. Verbindlich, klug und durchsetzungsfähig war General Muller gewiß, allerdings besaß er sicherlich kein tieferes Verständnis des spezifisch bayerischen Problems. Soviel ich weiß, war er nicht deutscher Abstammung. Bayern, größer als die anderen Länder der US-Zone zusammen, bot offenbar in der frühen Zeit das schwierigste Problem, und man kann von General Muller sagen, daß er es – trotz vieler Experimente – mit ziemlichem Erfolg angepackt hat. Die Militärregierung in Bayern mußte am Anfang natürlich weitgehend dezentralisiert werden. Muller unterhielt „F“-Detachments für den Regierungsbezirk in München wie auch in Augsburg, Würzburg, Regensburg [und Ansbach], denn es ging am Anfang um Angelegenheiten wie die Entlas-

<sup>20</sup> Ebd., 1946 Bd. V, S. 672 ff.; Ilse Unger: Die Bayerische Bewegung, M. A. These MS., Erlangen o. J. (1970), S. 34 ff., das Programm ist im Anhang wiedergegeben. Vgl. auch ‚Süddeutsche Zeitung‘ vom 1. 3. und 30. 4. 1946.

<sup>21</sup> Anfang September 1945; vgl. Anm. 15 zur Einleitung.

<sup>22</sup> Über die Vorgänger Mullers berichtet Dorn in seinen Erinnerungen an den Schäffer-Patton-Skandal: „Anfang September 1945 bestand in Bayern eine einzigartige Lage. Als Kommandeur der 3. Armee war General Patton Bayerns Militärgouverneur. Oberst Keegans Stelle [als Leiter der Landesmilitärregierung] war nach dessen Abreise nicht wieder besetzt worden. Deswegen war der G-5 der 3. Armee Oberst Dalferes zugleich Leiter der Militärregierung in Bayern. Zweifellos war Dalferes stark von Pattons Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland im allgemeinen und der Entnazifizierung im besonderen beeinflusst. Die eigentliche Militärregierungseinheit für das Land Bayern war praktisch ohne Chef. Ihr Chef vom Dienst Oberst [Robert R.] Reese leitete sie in Wirklichkeit und übte unter der Kontrolle von Oberst Dalferes die meisten Funktionen des Militärgouverneurs aus. Die Leute in dieser Einheit waren sich nicht im klaren, ob nun Reese oder Dalferes ihr Chef sei.“ General Patton wollte Deutschland als Hilfstruppe für einen Vorstoß nach Osteuropa intakt halten und deshalb die Entnazifizierung bremsen.

sung von Nazis, die Fürsorge für die DPs; Versorgungs- und Transportfragen standen obenan. In Württemberg-Baden jedoch, das ein viel kleineres Gebiet war, war [diese Zwischenlösung] nicht gerechtfertigt. Jim Newman hatte Mittelinstanzen in Darmstadt, Kassel und eine Zeit lang in Fulda, aber nachdem die Regierung Groß-Hessens gebildet worden war, wurden diese Einheiten schrittweise vermindert<sup>23</sup>.

[Bei der Führung der Landesmilitärregierungen] wurden zwei verschiedene Systeme angewandt, für die Dr. Newman und Oberst Dawson vielleicht die besten Beispiele bieten. Beide hatten ziemlich große Apparate. Newman arbeitete mit einer Art Fernsteuerung, während Dawson direkte Aufsicht führte.

Oberst Newman gewährte seinen Abteilungsleitern ein großes Maß an Unabhängigkeit, forderte von ihnen aber strenge Rechenschaft über die Bewältigung ihrer Aufgaben. Als früherer Armee-Offizier verstand er die Probleme einer Armeeverwaltung besser. [...] Er behandelte seine Offiziere sehr großzügig und ließ sie in angemessener Weise sowohl ihre Bedeutung als auch sein Vertrauen in sie spüren. Die Loyalität von Newmans Offizieren war stets besonders deutlich zu bemerken. Am Anfang hatte er einen sehr wirksamen Offizier in Oberst Stewart, der einen geradezu genialen Sinn fürs Detail hatte und wirklich Leistung aus seinen Offizieren herausholte. Ihm verdankte die hessische Militärregierung die bemerkenswerte Präzision, mit der sie arbeitete. Während sich Dawson sehr wenig gegenüber Journalisten äußerte, war Newman ständig in der Presse, übrigens ganz ähnlich wie Oberst [Frank] Howley<sup>24</sup>. Denn Stuttgart lag zwischen zwei Zentren, Frankfurt/Wiesbaden auf der einen Seite und München auf der anderen. Alle Schwierigkeiten kamen aus München. Dawson beutete natürlich diesen enormen Vorteil aus. Zu ihm kamen sehr wenig Leute hinunter. Wenn die Zeitungsreporter nach Nazis, die noch an der Macht waren, suchten, fuhren sie gewöhnlich von Frankfurt nach München und unterbrachen ihre Reise nur sehr selten in Württemberg-Baden, so daß er verhältnismäßig frei von beständiger Zeitungspublizität war; aber wenn etwas anfiel, behandelte er Öffentlichkeitsfragen mit großer Diskretion und Klugheit. Newman in Hessen stand der Presse wesentlich näher. Das hatte seinen Grund auch darin, daß der ganze Zeitungsclub seine Büros in Frankfurt hatte und Wiesbaden nur 40 km entfernt lag, so daß sie häufig dort waren. In der frühen Zeit wurden noch viele Nazis entdeckt, und von Zeit zu Zeit rasselte Oberst Newman mit dem Schwert und drohte mit bewaffneter Intervention. Vielleicht tat er das ein bißchen mehr, als es notwendig gewesen wäre<sup>25</sup>. Es war damals unmöglich, die Deutschen so gründlich durchzusieben, daß nicht Sympathisanten oder Frauen von Nazis in Stellungen bei der Militärregierung gelangten, denn wir hatten damals eine große Anzahl deutscher Angestellter. Newman wurde von mehreren derartigen Fällen betroffen, z. B. als ein Journalist in einem Lizenzierungsbüro [der Militärregierung] eine deutsche Frau aufspürte, die mit einem internierten Nazi verheiratet war und nun für den Verkehr dieses Amtes mit den Deutschen zuständig war. Eine vollkommen empörende Situation. Aber das konnte theoretisch natürlich überall passieren. Unglücklicherweise passierte es damals in Newmans eigenem Amt. Er handelte bei solchen Gelegenheiten allerdings dann sehr prompt. [...]

Oberst Dawson mit seiner langen Erfahrung in Regierung und Verwaltung hatte reflektierte Meinungen, ja geradezu eine Philosophie über die Hauptaufgabe der Militärregierung und wie sie am wirksamsten erfüllt werden könne. Am Anfang hatte Dawson, wie ich glaube, einen auffallenden Missionsgeist. Durch häufige Stabskonferenzen gelang es

<sup>23</sup> Der Länderbildung war eine Reorganisation der Militärregierungen auf Provinzial- und Regierungsbezirksebene im westlichen Militärdistrikt voraufgegangen. Als unwirksam oder disfunktional wurden dabei zwei badische und zwei nordhessische Teams aufgelöst und die Einheit, die in Neustadt eine Regierung für den ‚Gau Westmark‘ aufgebaut hatte, nach der Abgabe dieses Gebiets an die Franzosen als Landesmilitärregierung nach Wiesbaden transferiert, worin nach und nach die Detachments für Hessen-Nassau und Starkenburg aufgingen.

<sup>24</sup> Kommandant des US-Sektors von Berlin.

<sup>25</sup> Zu seinen Meinungen zur Entnazifizierung vgl. z. B. News of Germany vom 25. 8. 1945.

ihm, seine Einheit durch seine Führung zu inspirieren. Auch in Personalfragen hatte er eine geschickte Hand und bemühte sich stets um angemessene und wirksame Methoden im Verkehr mit der deutschen Regierung. Er pflegte das deutsche Kabinetts<sup>26</sup> mit den führenden Abteilungs- und Sektionschefs [auf amerikanischer Seite] einmal in der Woche in seinem Büro zu versammeln, um die wichtigsten Probleme zu diskutieren, die sich der Militärregierung und der Landesregierung stellten. Diese Besprechungen waren insbesondere dazu geeignet, vernünftige Beziehungen zwischen der deutschen und der Militärregierung herzustellen. In Württemberg-Baden gab es vielleicht weniger Beschwerden über unvernünftige Interventionen in rein deutsche Angelegenheiten als irgendwo sonst<sup>27</sup>. Oberst Dawson mit seinem System der direkten Aufsicht bestand darauf, daß jeder verantwortliche Militärregierungsbeamte zuerst alle Angelegenheiten mit ihm klärte, bevor er seinen Gegenspieler auf der deutschen Seite darauf ansprach, so daß es eine einheitliche Führung und einen gemeinsamen Geist gab, der dank Dawson diese ganze Militärregierungsorganisation erfüllte. Er hatte eine konzeptionelle Sicht seiner Aufgabe und behielt stets die letztendlichen Ziele der Militärregierung vor Augen: d. h. nicht nur die negativen Aspekte wie Entnazifizierung und Demilitarisierung; sein Blick war vielmehr immer auf die positive Aufgabe gerichtet, eine Grundlage für die künftige deutsche Demokratie zu legen. Er war mit einem reichen Humor gesegnet, der ihn selbst in den anstrengendsten Augenblicken dieser ersten turbulenten Tage nie verließ. Damit gewann er nicht nur die Loyalität seiner Offiziere, sondern auch die der Deutschen.

Vielleicht die beste Illustration dessen, was ich sagen will, ist eine Begebenheit, deren ich mich noch lebhaft erinnere. Ich hatte Oberst Dawson versprochen, die Weihnachtsfeiertage im Dezember 1945 mit ihm zu verbringen. Als ich spät am Nachmittag des 24. Dezember in sein Büro kam, war sein Nachrichtenapparat im vollen Gange. Er hatte gerade einen Bericht erhalten, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Stuttgart den Minister für Ernährung und Landwirtschaft Stooß verhaftet hatte, weil er in seinem Ministerium die Gesetze zur Nahrungsmittelrationierung, die in Württemberg-Baden galten, verletzt habe. Stooß war schon von einem Richter vernommen worden, der angeordnet hatte, ihn über die Feiertage in Haft zu nehmen. Nebenbei gesagt arbeitete Dawsons Nachrichtensystem so vollendet, daß ihm nie von einem Außenstehenden gesagt werden mußte, was in seinem Zuständigkeitsbereich vorging. Dawson erklärte mir die Details des Vorfalls nicht ohne Amüsement, als ich in sein Büro kam. Aber kaum hatte er diese Erläuterung beendet, als zwei Gruppen an seine Tür pochten. Zunächst der Polizeipräsident zusammen mit seinem Rechtsberater und dann Dr. Reinhold Maier, der Ministerpräsident, und Innenminister André<sup>28</sup>. Ich war bei den beiden Besprechungen dabei. Zunächst wurden der Polizeipräsident und sein Rechtsberater hereingerufen, und Dawson fragte sie nach dem Grund ihres Besuches. Sie erläuterten die Tatsachen ziemlich genau. Oberst Dawson wollte aber besonders vorsichtig sein und sicher gehen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident keine Rechtsvorschrift verletzt hatte. Nach der Besprechung war es ganz klar, daß der Polizeipräsident innerhalb seiner Kompetenzen gehandelt, das Gesetz unparteiisch angewandt und sich nicht gestattet hatte, daß seine Parteigesinnung gegen Herrn Stooß als Vertreter der CDU seine Entscheidung beeinflusste. Oberst Dawson war natürlich besonders besorgt, daß nicht der Vorwurf willkürlicher Verhaftung erhoben werden könnte. Nachdem er sich von diesem Punkt überzeugt hatte, verabschiedete er den Polizei-

<sup>26</sup> Gemeint ist das Staatsministerium Württemberg-Baden.

<sup>27</sup> Das sollte sich nach Dawsons Tod, insbesondere unter General Charles P. Gross, gründlich ändern, mit dem der Ministerpräsident in einer Dauerfehde lag. Vgl. Reinhold Maier: *Erinnerungen 1948–1953*, Tübingen 1966, 143 f., 206 ff., 226 ff., 240 f., 249 ff. u. ö.

<sup>28</sup> Polizeipräsident in Stuttgart war seit 23. 4. 1945 Karl Weber. Der Innenminister hieß Fritz Ulrich (SPD); der Begleiter Joseph André war Wirtschaftsminister und Repräsentant der CDU. Heinrich Stooß war Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Wirtschaftsministerium. Einen wesentlich anderen Bericht, der den Vorfall als SPD-Intrige erscheinen läßt, gibt Maier, *Grundstein*, a. a. O., S. 186 ff.

präsidenten, bat den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier und den Innenminister André herein und ersuchte mich, während der Besprechung dazubleiben. Dr. Maier wußte natürlich nicht, daß Dawson einen ziemlich genauen Geheimdienstbericht über den ganzen Vorfall hatte und daß der Polizeipräsident gerade vor ihm hier gewesen war. So erklärte Dr. Maier zur Eröffnung der Diskussion den Sachverhalt. Er tat dies jedoch in einer Weise, daß Dawson zu der Annahme gelangte, daß Maier um die Besprechung nachgesucht hatte, um von Dawson einen Militärregierungsbefehl zur Entlassung des Herrn Stooß aus dem Gefängnis zu erwirken. Dawson ging mit großem Takt, aber auch großer Bestimmtheit vor. Da der Sachverhalt klar war, nämlich, daß eine Verletzung der Bestimmungen zur Rationierung der Lebensmittel vorlag, zweitens, daß Stooß von einem Richter ordnungsgemäß vernommen und seine Inhaftierung über die Feiertage angeordnet worden war, konnten die Tatsachen nicht in Frage gestellt werden; Dr. Maier leugnete sie auch nicht, brachte aber die Bitte vor, den sehr überarbeiteten Landwirtschaftsminister aus rein menschlichen Gründen aus dem Gefängnis zu entlassen. Dies lehnte Oberst Dawson sofort ab: Dies sei nicht seine, sondern Dr. Maiers Angelegenheit. Dann fragte er Dr. Maier, ob er die verfassungsmäßige Kompetenz habe, in dieser Angelegenheit zu intervenieren und Stooß aus dem Gefängnis zu entlassen, nachdem er ordnungsgemäß verhaftet, vernommen und seine Inhaftierung angeordnet worden war. Dr. Maier bejahte nach einigem Zögern, daß er diese Vollmacht habe. Dawson fragte ihn dann, ob er vorschlage, ihn aus dem Gefängnis zu entlassen, und ob er glaube, daß es ein guter Anfang einer verfassungsmäßigen Regierung sei, in ein laufendes Verfahren einzugreifen. Dr. Maier wurde rot. Nach einem langen Kampf mit sich selbst gab er schließlich zu, daß dies nicht die rechte Art sei. Ich erzähle die Geschichte, um Oberst Dawsons Beziehung zu den Deutschen zu illustrieren. Er führte die Militärregierungsbefehle getreulich aus. Zur selben Zeit gelang es ihm aber durch kluge persönliche Verhandlung, die Verantwortung den Deutschen aufzuerlegen und von ihnen zu fordern, für ihre eigenen Handlungen gerade zu stehen und nicht aus Verantwortungsscheu an den Militärgouverneur zu appellieren, wie es damals so viele Deutsche taten, daß er einen Befehl erlasse, der ihnen zu unpopulär erschien, als daß sie ihn selbst herauszugeben wünschten. Dawson betonte diese Frage der Verantwortlichkeit immer wieder. Er sprach häufig in der Öffentlichkeit – natürlich immer englisch, denn er konnte kein Wort Deutsch – und sagte den Deutschen, es sei keine einfache Angelegenheit, eine Demokratie zum Leben zu bringen. Dafür sei ein kluges Verständnis auf Seiten der Öffentlichkeit und ein hohes Verantwortungsgefühl auf der Seite der Beamten notwendig. [. . .] Er hinterließ einen dauernden Eindruck auf die Deutschen, ohne ein Jota von der anfänglichen Strenge und Unpersönlichkeit der Militärregierung abzuweichen, und es gelang ihm, ein solches Regime bis zu seinem Tode aufrechtzuerhalten<sup>20</sup>. Es ging ihm um die Umerziehung der Deutschen zu demokratischem Verhalten. Er war ganz und gar nicht der Meinung, daß diese ganze Bemühung eitel sei. Auch er realisierte natürlich mit der Zeit die Schwierigkeiten des Problems und gewann einen ziemlich guten Einblick in die historische Entwicklung der beiden Gebiete Württemberg-Badens wie auch Deutschlands im allgemeinen. Aber er behielt bis zu seinem Ende seinen tiefen Missionsgeist und einen gewissen zurückhaltenden Optimismus über die Möglichkeiten einer zukünftigen deutschen Demokratie. Besonders kritisch war er gegenüber unseren Leuten vom CIC, ihren willkürlichen Verhaftungen und Beschuldigungen gegen Leute, die der Special Branch bereits besonders überprüft hatte. Das beherrschende Konzept Dawsons war seine Auffassung vom Rechtsstaat und von der diskreten und nur im Notfall einschneidenden Intervention in deutsche Angelegenheiten. Er weigerte sich einzugreifen, wenn er meinte, daß die Deutschen das Problem unter sich ausmachen könnten. Das gilt auch für seine sehr diskrete

<sup>20</sup> Dawson war im Herbst 1946 als Nachfolger Pollocks Direktor des Regional Government Coordinating Office, d. h. der amerikanische Leiter des Länderrats, geworden. Er starb am 11. 2. 1947 in Stuttgart. Zum ‚Eindruck auf die Deutschen‘ vgl. ebd., S. 347 ff. und passim., sowie Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 692.

Behandlung der ganzen Vereinigung von Württemberg und Baden. Die Badener wollten sie nicht. Es war eine explosive Frage, aber Dawson gelang es, die Badener mit dem Arrangement zu versöhnen, indem er ihnen zugestand, daß im württemberg-badischen Kabinett jeder zweite Minister ein Badener sein mußte, und auch dadurch, daß er ihnen ihre eigene Kommunalverwaltung ließ und sehr vorsichtig dabei war, sich über die badischen Behörden hinwegzusetzen, obwohl er dies natürlich tat<sup>30</sup>.

In der Beziehung zwischen General Adcock und den Land-Militärgouverneuren erhielt General Muller vielleicht die detailliertesten Befehle, Oberst Dawson die wenigsten; dazwischen lag Dr. Newman. Denn Oberst Dawson forderte ständig das Privileg, die Probleme selbst mit den Deutschen zu bearbeiten, oder noch lieber, sie von den Deutschen selbst bearbeiten zu lassen. Er legte sie in die Hände der Deutschen und sagte: „Hier ist Ihr Problem. Schauen Sie, ob Sie eine Lösung dafür finden“, und er schützte sie dabei vor Störungen [durch amerikanische Stellen], und griff erst dann ein, wenn sie sich mit der Bitte um Genehmigung eines bestimmten Vorschlags an ihn wandten. Ich meine, er beschränkte die Eingriffe auf ein Minimum, und es gelang ihm gleichwohl, die deutsche Regierung gemäß seinen Instruktionen zu kontrollieren. [. . .]

Bevor das Amt General Adcocks im Juni 1945 organisiert wurde<sup>31</sup>, waren die drei Militärgouverneure beinahe vollkommen unabhängig. Es gab nur wenige Telefongespräche. Sie waren schwierig; jeder Verkehr außer dem militärischen war ebenfalls äußerst schwierig; und ebenso schwierig war es für die Deutschen, damals wirklich eine Landesregierung aufzubauen. Ich glaube, General Adcock erreichte zwei wirklich wichtige Dinge bei der Organisation der Militärregierung. Erstens brachte er die drei Militärgouverneure auf eine Linie. Zweitens gelang es ihm, den drei Militärgouverneuren zu helfen, ihre nur locker gefügten Organisationsstrukturen in wirkliche Arbeitseinheiten zu verwandeln, die mehr oder weniger dieselbe Sprache sprachen und dieselben Dinge in allen drei Ländern taten.

USFET wurde organisiert, bevor Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen aufgebaut wurden. Zunächst einmal war Deutschland ein Trümmerhaufen. Landesregierungen existierten nicht. Auch noch nach der Ernennung der Landgouverneure konnten sich die zentralen Landesregierungen örtlich nicht durchsetzen. Denn es gab tausende von örtlichen [Armee-]Einheiten, die örtliche Militärregierungs-offiziere hatten, die späteren „Verbindungs- und Sicherheitsoffiziere“. Während diese Lage im Juli, August und September [1945] fortbestand, war es praktisch für jede Landesregierung unmöglich, sich auf der ganzen Linie im eigenen Lande durchzusetzen. Hier war es eine der Leistungen General Adcocks, glaube ich, den Ländern die Etablierung wirklicher Regierungen möglich zu machen, ihnen tatsächliche Verantwortung zu übertragen und zur selben Zeit die Militärregierungen auf Bezirks- und dann auf Landesebene zu einer wirksamen Organisation zu bringen. In der Frühzeit war natürlich jeder Militärregierungs-offizier souverän und unabhängig gewesen, ein König für sich, und erst im Verlauf der schrittweisen Entwicklung der Landesmilitärregierungseinheiten und ihrer Kontrolle über die einzelnen Orte und Gebiete konnte irgendetwas wie zentrale Landesaufsicht über die örtlichen Einheiten ausgeübt werden. Uns war es vollkommen klar, daß man weder eine Landesregierung noch eine Landesmilitärregierung aufbauen konnte, solange die örtlichen Militärregierungs-offiziere jeden denkbaren Befehl nach eigenem Gutdünken gegenüber einem Bürgermeister, Landrat oder Regierungspräsidenten erlassen konnten. Solange zum Beispiel die

<sup>30</sup> Vgl. II. 3.1.

<sup>31</sup> Die Abteilung G-5, Headquarters USFET in Frankfurt, später OMG(US-Zone) genannt. Office of the Chief Historian, Eur. Command: Civil Affairs, a. a. O., S. 77, referiert einen „Theater Organization Plan“, wonach USFET G-5 solche Aufgaben übernehmen sollte, die noch nicht von Clays Berliner USGrCC (später OMGUS) übernommen waren, nämlich direkte Verwaltungsoperationen der Amerikaner und die Stabsüberwachung im Rahmen der Armee. USFET G-5 sei aus dem Personal G-5 der aufgelösten 12. Armeegruppe, der die ECAD attached gewesen war, seit 10. 7. 1945 ausgebaut worden (ebd. S. 64).

bayerische Landesregierung die fünf Regierungspräsidenten nicht kontrollieren konnte und diese wiederum keine Kontrolle über die Oberbürgermeister und Landräte und diese Landräte keine über die örtlichen Behörden hatten, konnte es überhaupt keine bayerische Regierung geben. Deshalb war es schon früh klar, daß deutsche Landesregierungen nicht wirksam aufgebaut werden konnten, solange nicht den örtlichen Militärregierungsoffizieren das Recht genommen wurde, in die örtlichen Verhältnisse einzugreifen<sup>32</sup>.

Danach fanden die örtlichen Verbindungsoffiziere eine neue Rolle, und diese war vielleicht in mancher Beziehung eher bedeutsamer als zu der Zeit, als sie Anordnungen und Befehle erlassen konnten. Ich kannte eine große Anzahl Offiziere, und unter ihnen erinnere ich mich noch besonders lebhaft an Oberst [W.R.] Whittaker in Ansbach in Nordbayern, denen es gelang, ihren Regierungspräsidenten, Bürgermeister und Landrat nach der Konsolidierung ihrer Behörden wirklich zu beraten und eine weit wichtigere Funktion auszuüben, nachdem sie keine Befehle mehr erlassen konnten. Nun wuchsen sie in die Aufgabe hinein, die Deutschen durch moralische Überzeugungskraft dafür zu gewinnen, bestimmte Dinge zu tun. Eine gewisse Beharrlichkeit in der Schulfrage, in der Fürsorge für die DPs, die Beratung des Regierungspräsidenten und der Beamten wie auch der ganzen politischen Parteien, um sie an verantwortliches demokratisches Verhalten zu gewöhnen, der Versuch, innerparteiliche Demokratie einzuführen, die Führer der politischen Parteien zusammenzubringen, damit sie sich gegenseitig mit Respekt begegneten und nicht mit jener besonderen Art deutscher Ausschließlichkeit, die für die deutsche Politik 1932 so charakteristisch gewesen war. Einige unserer örtlichen Verbindungsoffiziere haben darin ganz vorzügliche Arbeit geleistet. Aber freilich entsprach dieser Aufgabe nicht jeder. All dies hing von dem einzelnen Menschen ab. Viele Offiziere sagten mir: „Das bedeutet das Ende der Militärregierung, wenn uns das Recht genommen wird, Befehle zu erlassen.“ In der Tat war es das Ende der Militärregierung, so wie sie sie verstanden.

## II. 2 Exkurs: Stand der Verwaltung Anfang September 1945 [Denkschrift Pollocks]

Da zusammenfassende Memoranden Dorns zu seiner Teilnahme an der Länderreorganisation im Herbst 1945 fehlen und seine entsprechenden Erinnerungen bereits publiziert sind, sei hier der Bericht<sup>33</sup> über eine parallele Inspektionsreise des Leiters der Abteilung für Regierungsstruktur im OMGUS Innenressort James Kerr Pollock (Professor of Government an der Michigan State University, seit Oktober 1945 Clays Senior Military Government Adviser und Leiter des Regional Government Coordinating Office in Stuttgart) aufgenommen. Er gibt eine knappe Zusammenfassung der Verwaltungsprobleme. Dabei zeigt sich nicht nur der konservativere politische Standort Pollocks, der in USA mehrfach als republikanischer Regierungsberater hervortrat, sondern auch seine größere administrative Erfahrung. Während er nur knapp die Fragen charakterisierte und konkrete Entscheidungsvorschläge vorlegte, bestanden Dorns Memoranden in aller Regel in einer breiten politischen Lageanalyse, überließen aber die Folgerungen weitgehend Clay<sup>34</sup>.

[Abt. für] Regierungsstruktur

JKP/lpa

6. September 1945

Inspektionsreise durch die Amerikanische Zone, 12. August bis 1. September

[An den] Direktor, Hauptabteilung für Zivilverwaltung<sup>35</sup>.

<sup>32</sup> OMG(US-Zone) Direktive vom 21. 11. 1945 „Action to Strengthen German Civil Administration in the U. S. Zone“, in: Pollock/Meisel, a. a. O., S. 171.

<sup>33</sup> Nachlaß James Kerr Pollock, Michigan Historical Collections, University of Michigan, Ann Arbor Mich. Sign. 62–13 (Mikrofilm, Rolle 6, IfZ). Von diesem Dokument existieren auch ein kürzerer Vorbericht vom 5. 9. 1945 (ebd.) und eine Zusammenfassung im Bericht Murphy an Secretary of State vom 22. 9. 1945 (in: Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 965 f.).

<sup>34</sup> Vgl. II.4 und III.4.

<sup>35</sup> Oberst Henry Parkman (Dir. I. A. & C. Div.).

## A. Ergebnisse

1. Die Lage in der Amerikanischen Zone ist nach viermonatiger Besetzung weniger fortgeschritten, als ich erwartet hatte.

a) Die Länderregierungen arbeiten noch nicht erfolgreich, eine existiert noch nicht und die anderen befinden sich auf unterschiedlichen Stufen des Fortschritts.

(1) Keine ausreichende Koordinierung der Sonderverwaltungen z. B. für Arbeit, Wirtschaft und Ernährung im Rahmen der allgemeinen Staatsverwaltung. Einzige Aufsicht wird derzeit von der MG-Abteilung des Bezirks geführt, in der sich die jeweilige regionale Dienststelle befindet. Das ist eines der großen ungelösten Verwaltungsprobleme in der Amerikanischen Zone.

(2) Verzögerung bei der Wiedereröffnung der ordentlichen Gerichte schafft zuviel Arbeit für die Militärregierung und kompliziert die gesamte Justizverwaltung.

(3) Da die Wiedererrichtung eines Rechtsstaats oder „government by law“ eines unserer Ziele ist, besteht das unmittelbare Bedürfnis, erneut eine Verwaltungsgerichtsbarkeit zu bilden, die geeignet ist, die Entscheidungen der deutschen Beamten zu überprüfen.

b) Die Militärregierungsabteilungen arbeiten sehr hart unter ungünstigen Umständen:

(1) Verwirrung über die politische Linie und ihre Durchführung;

(2) Große Verzögerungen beim Empfang von Befehlen;

(3) Wechselndes und unerfahrenes Personal;

(4) Einmischung der taktischen Truppen;

(5) Bedeutende Moral- und Personalprobleme;

(6) Uneinheitliche Anwendung der Direktiven;

(7) Bestimmte deutsche Behörden und Unternehmen werden noch immer von besonderen Kontrolloffizieren überwacht, die sich nicht mit den örtlichen MG-Offizieren abstimmen (Transport-, Wasser-Aufsicht, Informationswesen).

(8) Es gibt wenig Beziehungen zwischen der Organisation der Militärregierungs-Teams und den Länderregierungen (Württemberg-Baden ist eine Ausnahme). In geringerem Ausmaß gilt dies auch für die Bezirks- und Ortsebene.

c) Deutsche Beamte haben nicht einheitlich „grünes Licht“ bekommen; zuviel wird noch von den Amerikanern selbst gemacht.

(1) Die örtlichen deutschen Beamten, die von den örtlichen MG-Abteilungen ausgewählt wurden, fühlen sich gegenüber den höheren Staatsbehörden nicht oder kaum verantwortlich.

(2) Die Kommunikation zwischen höheren, mittleren und unteren deutschen Verwaltungen ist noch immer schwierig oder besteht überhaupt nicht.

(3) Deutsche Beamte fühlen sich aus Mangel an Unterstützung durch die Bevölkerung unsicher. Viele Landräte und Oberbürgermeister beschränken ihre Tätigkeit auf diejenige von überbezahlten MG-Laufburschen. Oft sind sie von der Furcht beherrscht, ihre undefinierten Zuständigkeiten zu überschreiten.

(4) In einigen Bezirken wie Niederbayern und Württemberg sind die Landräte regelmäßig mit den Regierungspräsidenten oder anderen höheren Behörden in Verbindung, etwa durch Tagungen<sup>36</sup>.

---

<sup>36</sup> Diese Landräte- und Bürgermeister tagungen waren damals ein verbreitetes Mittel der Landesregierungen und Regierungspräsidenten zur Wiederherstellung der Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung trotz der Zerrüttung der Kommunikationsmittel. Z. B. wurden sie auch im Mainfranken Adam Stegerwalds abgehalten. Ausgerechnet der hier angesprochene Regierungspräsident Ernst Falkner (CSU, später Bayernpartei) in Niederbayern/Oberpfalz wurde wenige Wochen später von der Militärregierung entlassen, weil er sich verbotswidrig auf einer solchen Landrätetagung „politisch“ (im Unterschied zu administrativ) geäußert hatte. Zu Baden und Württemberg vgl. Maier, Grundstein, a. a. O., S. 93 ff.; Keil, a. a. O., S. 676 ff.; Konstanzer, a. a. O., S. 40 f.; Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 352 ff.; Theodor Eschenburg: Aus den An-

(5) Solange in den Ländern noch keine gesetzgebenden Versammlungen geschaffen sind, sollte den deutschen Regierungen klar gemacht werden, daß sie Gesetze – die natürlich der Genehmigung der Militärregierung bedürfen – vorschlagen können.

d) Es gibt einige kleine Fortschritte auf dem Weg staatsbürgerlicher Beteiligung an der Regierung.

(1) Einige beratende Stadträte arbeiten (Hof, Garmisch)<sup>37</sup>.

(2) Mir wurde nur ein Fall (Garmisch) bekannt, in dem Bürger in beratender Funktion bei besonderen städtischen Aufgaben wie Erziehung, Gesundheitswesen, Bauwesen und so weiter herangezogen wurden.

(3) Keine beratenden Ausschüsse sind in den Verwaltungsbezirken zur Unterstützung der Selbstverwaltung (Kontrolle von Institutionen etc.) gebildet worden. Ein sog. Bezirksverbandsausschuß wurde in Mittelfranken vom Regierungspräsidenten empfohlen.

e) Verschiedene Einzelergebnisse:

(1) Es gibt gute Gründe zu glauben, daß nunmehr das Entnazifizierungsprogramm zur Vollendung an deutsche Beamte übergeben werden könnte.

(2) Die Verbreitung religiöser und anderer Pamphlete aus Mainz in der französischen Zone im Lande Hessen stellt das Problem der interzonalen Kommunikation zur Beeinflussung der Meinungen.

(3) Dr. Adam Stegerwald, derzeit Regierungspräsident von Mainfranken in Bayern, ist eine so herausragende Figur der deutschen Politik, daß er mit Gewinn auf der nationalen Ebene eingesetzt werden könnte.

(4) Es scheint mir fraglich, ob man weiterhin den Ausdruck Kurhessen für den Regierungsbezirk Kassel benutzen sollte, weil er von den Nazis gebraucht wurde. Desgleichen die Einbeziehung der Kreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern in den Regierungsbezirk Wiesbaden.

(5) MG-Offiziere im Land Hessen bezweifeln aus finanziellen Gründen, ob es ratsam ist, die Universität Gießen wieder zu eröffnen.

(6) Das nahezu allgemeine Urteil sowohl der MG- wie der deutschen Beamten in der Frage der Wahlen war, sie bis zum späten Frühjahr zu vertagen<sup>38</sup>.

2. Die fünf Hauptverwaltungseinheiten in der Amerikanischen Zone bieten unterschiedliche Probleme:

a) Bayern ist das einzige Land, das konsequent frühere Regierungsstrukturen fortsetzen kann und dessen Territorium und Verwaltung integriert sind.

(1) Die Abtrennung der bayerischen Pfalz behindert einen ordentlichen Verwaltungsgang in Bayern nicht.

---

fängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: VfZG 10 (1962), S. 264 ff., bes. S. 271 ff. Für Hessen vgl. Karlheinz Müller (Hrsg.): Preußischer Adler und Hessischer Löwe, Wiesbaden 1966, S. 349 f., 356.

<sup>37</sup> Solche Beiräte der Stadtverwaltungen bestanden zu dieser Zeit schon in großer Anzahl, da sie bereits durch die USFET-Direktive vom 7. 7. 1945 „Administration of Military Government“ (hekt. OMGUS Papers, Denazification Publications, National Archives, Suitland Md.), die grundlegende Organisationsanweisung der frühen Militärregierung, ermöglicht worden waren. Für Beispiele vgl. Peter Beyersdorf: Militärregierung und Selbstverwaltung, Phil. Diss., Erlangen 1966, S. 70 ff.

<sup>38</sup> Offenbar ohne vorherige Abklärung der Frage hatte Eisenhower auf einer Pressekonferenz in Berlin am 30. 8. 1945 (Protokoll in Nachlaß Pollock, 62–12) für den Herbst den Anfang der Kommunalwahlen und für den Winter Oberbürgermeisterwahlen auch in Großstädten angekündigt. Nach Auskunft Pollocks mußte der überraschte Stab daraufhin einen überstürzten Wahlfahrplan aufstellen, wobei Clay und Murphy für baldige Wahlen eintraten, die Spezialisten aber den ersten Wahltermin wenigstens ins neue Jahr schieben konnten. Die dann auch weitgehend eingehaltene Abfolge der Wahlen 1946 in der US-Zone konnte Murphy bereits am 12. 9. 1945 dem Secretary of State mitteilen (Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 961 f., vgl. auch 1014 f.). Vgl. Pollock/Meisel, a. a. O., S. 139, sowie Clay, a. a. O., S. 107.

(2) Die politische Zusammensetzung des gegenwärtigen bayerischen Kabinetts ist nicht breit genug, um ganz repräsentativ zu sein<sup>39</sup>.

(3) Unmittelbar notwendig ist ein Justizministerium, um die Justizverwaltung zu beaufsichtigen.

(4) Landkreis Lindau bietet gewisse Verwaltungsprobleme, die weiter untersucht zu werden verdienen<sup>40</sup>.

b) Das Land Württemberg-Baden ist vielleicht infolge der besonderen Grenze zwischen der französischen und der amerikanischen Zone unsere schwierigste Verwaltungsaufgabe.

(1) Die Zusammenlegung der beiden badischen Landeskommisärbezirke mit dem amerikanischen Teil Württembergs erscheint als die einzige gangbare Lösung. Derzeit wird diesem Teil Badens ein unbestimmtes Maß von Autonomie gewährt, und sein derzeitiges Verwaltungssystem kann unter der allgemeinen Leitung der Stuttgarter Landesregierung fortgeführt werden.

(2) Ich sehe nicht, wie dieses Gebiet angemessen regiert werden kann, wenn nicht entweder die Grenze zwischen den beiden Zonen geändert oder eine Form vereinigter Verwaltung herbeigeführt wird. Die derzeitigen ad hoc Arrangements mit den Franzosen erscheinen als völlig unzureichend<sup>41</sup>.

(3) Es gibt keine [amerikanische] G-5-Vertretung in Baden-Baden, obwohl ein Verbindungsoffizier, der für die Franzosen arbeitet, der [MG-]Landesabteilung in Stuttgart attachiert ist.

c) Das dringendste Problem in der amerikanischen Zone ist Hessen.

(1) Wegen Gebietsabtrennungen vom Land Hessen und aus anderen Gründen, die es schon seit einer langen Zeit gibt, ist das Land Hessen durchaus nicht in der Lage, eine Landesregierung zu tragen.

(2) Alle Militärregierungsabteilungen im Land Hessen und in Hessen-Nassau befürworten die Errichtung einer Landesregierung für das ganze hessische Gebiet.

(3) Alle deutschen Beamten in verantwortlicher Stellung im Land Hessen und in Hessen-Nassau befürworten ein vereinigtes Hessen unter einer Landesregierung.

(4) Alle regionalen Behörden der Sonderverwaltungen z. B. für Arbeit, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft und Finanzen befürworten eine Vereinigung des hessischen Gebiets<sup>42</sup>.

(5) Die Errichtung einer Landesregierung für Hessen-Nassau ist noch nicht weit voran gekommen. Die [MG-]Landesabteilung setzt sich sehr dafür ein, Dr. Friedensburg als Ministerpräsident zu gewinnen. Dr. Friedensburg wird derzeit von den Russen in Berlin beschäftigt<sup>43</sup>; um seine Freigabe wird gebeten.

<sup>39</sup> Nach ihren früheren Parteizugehörigkeiten setzte sich das vom ehemaligen BVP-Führer Schäfer geleitete Kabinett aus 4 Ressortleitern der BVP und je einem der DNVP, der DVP und der SPD zusammen.

<sup>40</sup> Der Landkreis Lindau war als einziger Kreis des rechtsrheinischen Bayern an die französische Besatzungszone abgetreten worden, um den Franzosen einen ‚eigenen‘ Korridor zu ihrer in Vorarlberg gelegenen Zone in Österreich zu verschaffen. Er sollte jedoch nicht aus dem bayerischen Staats- und Rechtsverband ausscheiden (vgl. Anm. 4). Außerdem hatte Allen W. Dulles von der OSS-Niederlassung in Bern interveniert, weil er „einen freien, nur von der US-Armee kontrollierten Personenverkehr zwischen der Schweiz und der amerikanischen Besatzungszone außerordentlich wichtig“ fand (Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 324 f., 339).

<sup>41</sup> Für Württemberg vgl. Konstanzer, a. a. O., S. 20 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Dorn, Letter to the Editor, a. a. O., und die Staff Study re: Consolidation of Land Hessen and Province Hessen-Nassau vom 11. 9. 1945, in: Pollock/Meisel, a. a. O., S. 118 f.

<sup>43</sup> Ferdinand Friedensburg, der frühere Regierungspräsident in Kassel, 1945 Mitgründer der CDU und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, war am 1. 9. 1945 in der SBZ als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie eingesetzt worden. In Kassel war allerdings bereits am 10. 5. 1945 Fritz Hoch (später SPD) als Ober- und Regierungspräsident eingesetzt, dem in engem Zusammenwirken mit der Regierungsbezirksmilitärregierung unter Col. Price eine zügige Konsolidierung der Verwaltung

(6) Die Wohnungsnot in Marburg macht es zweifelhaft, ob sowohl für die MG-Abteilung wie auch für die notwendigen deutschen Beamten angemessene Quartiere gefunden werden können<sup>44</sup>.

(7) Wegen der Unklarheiten auf der Ebene der Landesregierung herrscht bei den beiden Verwaltungsbezirken in Hessen-Nassau Ungewißheit über ihre Zuständigkeiten auf bestimmten Gebieten wie Gesundheitsfürsorge, Ernährung und Finanzwesen.

d) Die Enklave Bremen hat als ein neu geschaffenes Sondergebiet ernste Verwaltungsprobleme<sup>45</sup>.

(1) Das Gebiet ist vollkommen von der britischen Zone umgeben; die Einbeziehung von zwei Kreisen der Provinz Hannover und einem Kreis des Landes Oldenburg in die Enklave erfordert irgendein gemeinsames Arrangement mit den britischen Behörden.

(2) Die Bremer [MG-]Abteilung hat ihre Tätigkeit nun zwischen der Stadt und der übrigen Enklave aufgeteilt und zu diesem Zweck gesonderte Unterabteilungen gebildet.

(3) In Bremen ist der Empfang von Befehlen sehr verzögert.

(4) Aus den Beziehungen zwischen den Hafenbehörden und der MG-Abteilung scheinen keine besonderen Schwierigkeiten zu erwachsen.

### B. Empfehlungen:

1. Solange noch keine Wahlen festgesetzt sind, sollte eine Direktive erlassen werden, welche die Bildung jeder der deutschen Staats- und Verwaltungstradition bekannten Form von beratenden Bürgerausschüssen anregt<sup>46</sup>.

2. Eine Kommission sollte benannt werden, um die Probleme zu untersuchen, die sich aus der Teilung Württembergs und Badens in zwei internationale Zonen ergeben.

3. Eine Kommission sollte benannt werden, welche die Möglichkeit untersuchen soll, den Landkreis Lindau wieder in die bayerische Verwaltung einzugliedern, während den Franzosen das Recht zur Benutzung von Straßen und anderen Kommunikationswegen verbliebe<sup>47</sup>.

4. Über vorliegende Anträge der Bezirks-MG-Abteilungen sollte alsbald entschieden werden:

a) Antrag zur Genehmigung der Landesregierung von Württemberg-Baden.

b) Antrag, Dr. Friedensburg als Ministerpräsident von Hessen-Nassau zu gewinnen.

c) Antrag für ein Justizministerium in Bayern.

5. Eine Direktive sollte erlassen werden, welche die Vereinigung des ganzen hessischen Gebiets in ein Land bewirkt<sup>48</sup>.

6. Eine Direktive sollte erlassen werden, welche die Tätigkeit der Bezirksverwaltungen und der Landesregierungen koordiniert und die Kontrolle und Aufsicht dieser Bezirksverwaltungen durch diese Landesregierungen sichert<sup>49</sup>.

---

gelang. Vgl. dazu Alfred Schneider (Hrsg.): *Brücke und Mittler, Der Regierungspräsident in Kassel 1867–1945–1967*, Kassel 1967, S. 24 ff., 101 ff.

<sup>44</sup> Nämlich als Sitz einer Regierung für Nordhessen.

<sup>45</sup> Vgl. I. 6.

<sup>46</sup> Auf kommunaler Ebene war dies obsolet (vgl. Anm. 37); auf Landesebene wurden in der Folge auf Initiative der Ministerpräsidenten beratende Landesausschüsse als Vorparlamente ernannt, die keine politische Bedeutung erlangten. Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 243 ff.; Maier, Grundstein, a. a. O., S. 201 ff.

<sup>47</sup> Für Württemberg-Baden vgl. II.3.1 und 2 sowie *Foreign Relations*, 1945 Bd. III, S. 986 f., 994 ff. Eine entsprechende Kommission für Lindau ist wohl aus internationalen Rücksichten nicht tätig geworden.

<sup>48</sup> Diesen Anträgen wurde durch Proklamation Nr. 2 und die Einsetzung der Regierungen Maier am 14. 9. und Hoegner am 22. 10. entsprochen. Bei der Bildung der hessischen Regierung am 14. 10. setzte Col. Newman durch, daß ein von ihm ausgewähltes Mitglied jenes Heidelberger Intellektuellenzirkels ernannt wurde, aus dem er schon die Neustädter Regierung Heimerich gebildet hatte: der parteilose Liberalkonservative Karl Geiler.

<sup>49</sup> Vgl. Anm. 32.

7. Entschiedene Schritte zur Belohnung und Ermutigung des MG-Personals vor Ort sollten ergriffen werden

- a) durch Beförderung und Überstellung in verantwortlichere Positionen und
- b) durch klarere Bestimmungen ihrer Zuständigkeit und Verantwortung mit dem Ziel eines größeren Entscheidungsspielraums bei der Behandlung örtlicher Probleme.

J. K. Pollock  
Abteilungsleiter, Regierungsstruktur

## II. 3 Reisen im Herbst und Winter 1945/46

### II. 3. 1 Die Vereinigung Nordbadens mit Nordwürttemberg [Erinnerungen]

Während den deutschen Beteiligten die forcierte Vereinigung der südwestdeutschen Landessplitter der US-Zone offenbar als Ergebnis landespolitischer Intrigen erschien<sup>50</sup>, zeigen Dorns Erinnerungen, daß der Vereinigungsbeschluß bei Clay längst eine ausgemachte Sache war. Als die Zonen-grenzziehung und damit der Beginn alliierter Zusammenarbeit auf gesamtdeutscher Ebene durch amerikanische Erwägungen, den Franzosen den größten Teil ihrer Zone wieder zu nehmen, und französisches Werben um deutsche Beamte im Sinne einer erneuerten Rheinbundpolitik in Frage gestellt wurde, Rivalitäten der Bezirksmilitärregierungen die Verwaltungsprobleme noch zu vergrößern drohten und eine technokratische Vereinigungsorder der OMGUS-Wirtschaftsabteilung zu gewärtigen war<sup>51</sup>, beeilten sich Dawson und Dorn, mit einem für beide Seiten akzeptablen Kompromiß zu vermeiden, daß unversöhnliche Fronten im liberal-demokratischen Potential des deutschen Südwestens aufrissen. Für den badischen Landesbezirkspräsidenten, der sich mit allen Mitteln gegen die Vereinigung wehrte<sup>52</sup>, mochte es ein „Scherbengericht“<sup>53</sup> sein, als er am 29. 10. 1945 von Dawson und Dorn sanft, aber unwiderstehlich in die Vereinigung gezwungen wurde. Aber auch der württembergische Ministerpräsident war dabei kein Sieger, fürchtete doch auch er die Integration, „weil heute Württemberg unter Baden ist“<sup>54</sup>. Innerdeutsche Zusammenarbeit wurde durch einen im Nullpunkt der Nation erstarkten einzelstaatlichen Ersatzpatriotismus des eingesessenen Bürgertums erschwert, der sich mit wirtschaftlichen Interessen und den Wünschen der einmal eingesetzten Landesfürsten, ihre Selbständigkeit zu bewahren, verfilzte.

Weil die Demarkationslinie zwischen der US- und der französischen Besatzungszone äußerst absurd gezogen worden war, wurden die beiden Staaten Württemberg und Baden vollständig halbiert, so daß zwei kleine Fragmente dieser Länder nördlich der Demarkationslinie zusammen als Württemberg-Baden übrigblieben. Die Demarkationslinie war aus logistischen Gründen von einem Punkt südlich von Karlsruhe ungefähr entlang der Reichsautobahn nach Ulm gezogen worden. [. . .] Man mag sich erinnern, daß General Lattre de Tassigny immer noch Stuttgart besetzt hielt und daß Oberst Dawson, der als Regional Military Governor für beide nördliche Fragmente bestimmt worden war, sein Hauptquartier in Schwäbisch Gmünd aufschlug und Tag für Tag darauf wartete, daß sich die Franzosen zurückzögen<sup>55</sup>. Schließlich willigten die Franzosen ein, Stuttgart zu verlas-

<sup>50</sup> Maier, Grundstein, a. a. O., S. 136 f.; Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 44, 351 f.

<sup>51</sup> S. u. sowie Anm. 4–9. Vgl. auch Roger H. Wells: State Government, in Litchfield, a. a. O., S. 89 f., sowie Moses Moskowitz: The Political Reeducation of the Germans: the Emergence of Parties and Politics in Württemberg-Baden, in: Pol. Science Quart. 61 (1946), S. 535 ff., bes. 543 ff.

<sup>52</sup> Vgl. III.3.2. Württembergische Minister auch der CDU berichteten Dorn (fragmentarische Notizen aus Gesprächen mit Maier, André, Heuß, Stooß): „Die Badener arbeiten in gutem Glauben mit, bis sie Anweisungen von Köhler bekommen.“

<sup>53</sup> Berichte wie Anm. 50; Maier sprach von Scherbengericht, Köhler von Henkersmahlzeit.

<sup>54</sup> Wie Anm. 52.

<sup>55</sup> Am 8. 7. wurde Stuttgart von den Franzosen geräumt. Die Entscheidung fiel den Vorschlägen der US-Militärs gemäß auf höchster Ebene und wurde den Franzosen durch eine Nachschub-sperre aufgezwungen. Vgl. Harry S. Truman: Memoirs, Bd. 1 Garden City N. Y. 1955, S. 238.

sen, aber vor ihrer Abfahrt wollten sie ganz sicher sein, daß sie nichts zurückließen, was für sie als Reparationen von Wert sein könnte. Sie stellten den gesamten Fuhrpark der Stadt Stuttgart zusammen und befahlen, er müsse sich am nächsten Morgen in Straßburg befinden. Sie suchten die Fabriken und die Lager nach Materialien durch, die sie mitnehmen könnten; und vielleicht die amüsanteste Geschichte ist die jener Stuttgarter Sektfabrik, bei der große Massen Sekt im frühen Gärungsstadium lagen. Die Franzosen waren in einer gewissen Verlegenheit, wie sie dieses Material nach Reims transportieren sollten. So wuschen sie schließlich vier oder fünf Tanklaster aus und füllten sie mit Sekt. Als diese nach etwas mehr als einer Woche bei Pomey in Reims ankamen, waren sowohl der Sekt als auch die Lastwagen ganz und gar ruiniert.

In den ersten Tagen verwaltete Oberst Dawson diese beiden Gebiete Nordbaden und Nordwürttemberg getrennt. Aber ich erinnere mich einer früheren Äußerung General Clays, daß keiner dieser Staaten als unabhängige politische Einheit überleben könne, weil keiner die Grundlagen einer lebensfähigen wirtschaftlichen Existenz böte. Er schlug deshalb die Vereinigung dieser beiden nördlichen Teile von Baden und Württemberg in einen gemeinsamen Staat vor. Das war jedoch sehr schwierig zu bewerkstelligen. Es war in der Tat eine jener Gelegenheiten, wo ein Militärregierungsbefehl nicht einfach und schnell ausgeführt werden konnte, weil das badische Volk den Württembergern seit langer Zeit mißtraute, während beide übrigens starke demokratische Traditionen hatten. Der Unterschied zwischen ihnen wird von Deutschen treffend damit zum Ausdruck gebracht, daß Baden die Hochburg des deutschen „Liberalismus“ und Württemberg die der deutschen „Demokratie“ gewesen sei<sup>56</sup>. Die Badener sind äußerst mißtrauisch gegen die Schwaben; eine Putzfrau in einer der Behörden in Karlsruhe vertraute mir an, daß der nächste Krieg gegen die Schwaben geführt werde. Die Vereinigung dieser beiden Länder wurde dadurch besonders schwierig, daß Baden in Heinrich Köhler, dem alten Finanzminister des vierten Kabinetts Marx<sup>57</sup>, eine farbige politische Persönlichkeit hervorgebracht hatte. Er war ein sehr treuer Katholik, ein Mitglied der Zentrumspartei und ein Konservativer, und er hatte die heroische Tat vollbracht, etwas wie eine badische Landesregierung in Karlsruhe wiederzubeleben, eine Regierung für Nordbaden. Selbst dies hatte er nur in einer Abfolge von Schritten erreichen können, weil Baden in vier Landeskommissariate geteilt gewesen war und wir obendrein zwei beinahe vollständig unabhängige Militärregierungsbeamte in Karlsruhe und Mannheim hatten. Es war nicht einfach, General Clays Befehl auszuführen, denn Dr. Köhler wollte die Unabhängigkeit Badens aufrechterhalten, weil er darauf hoffte, am Ende den südlichen Teil Badens wiederzugewinnen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß die Auflösung Deutschlands Anfang 1945 etwas hervorbrachte, was ich damals „doppelte Loyalität“<sup>58</sup> nannte, eine Wiederbelebung des deutschen Stämmetums. Im Gespräch mit Oberst Dawson sprach ich vom Wiedererwachen eines deutschen Tribalismus, ein Ausdruck, dessentwegen er mich später stets aufzog. Als einer unserer taktvollsten und klügsten Militärgouverneure hatte Dawson verstanden, daß die Zusammenlegung von Württemberg-Baden mit ebensoviel Vorsicht wie Takt durchgeführt werden mußte, und glücklicherweise erkannte der Ministerpräsident von Nordwürttemberg, Dr. Reinhold Maier, den Dawson als ersten eingesetzt hatte, wie heikel die Lage war.

Damals planten jedoch gerade zwei Offiziere in der OMGUS-Wirtschaftsabteilung General Drapers, Major Eugene Clay und Major [Manuel] Gottlieb, die vollständige Vereinigung der wirtschaftlichen Institutionen von Baden und Württemberg in einer Weise, welche die politische Eigenart jedes dieser beiden Staaten ausgelöscht haben würde<sup>59</sup>. Als Dawson

<sup>56</sup> Offenbar als Wortspiel gemeint; der Assoziationsgehalt von ‚democrat‘ und ‚liberal‘ ist im Amerikanischen umgekehrt wie im Deutschen.

<sup>57</sup> Im Orig. wird ‚Dr. Karl Köhler‘ als Finanzminister im ‚Kabinett Brüning‘ bezeichnet.

<sup>58</sup> Im Orig. „bi-preference“.

<sup>59</sup> Maj. Clay war ein Neffe des Generals, Gottlieb ein linksliberaler Outsider in der OMGUS-Wirtschaftsabteilung. Ihr Entwurf ist nicht bekannt. Vermutlich sah er vor, daß für Nordbaden

den Befehl sah, den diese beiden Offiziere vorbereiteten, bat er mich sogleich aus Berlin zu sich. Es war klar, daß Clays Befehl ausgeführt werden mußte, aber es war wichtig, ihn so auszuführen, daß er nicht die Empfindlichkeit der Badener verletzte. Mit einer schnellen Lösung auf dem Papier war nichts erreicht, sondern sie mußte in einer taktvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten gefunden werden. Dank der Einsicht General Adocks wurde Oberst Dawson kein Fahrplan für die Vereinigung von Württemberg-Baden aufgezwungen, und da Adcock wie Clay Dawson vertrauten, wurde es diesem überlassen, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Das Vereinigungswerk wurde Schritt für Schritt unternommen und tatsächlich in einer Weise erreicht, die keine Entrüstung unter der badischen Bevölkerung hervorrief.

Der erste Schritt zur Vereinigung bestand darin, Oberst Winning und Oberst Sotong aus Mannheim und Karlsruhe abzuziehen<sup>60</sup> und ihre Nachfolger auf eine neue Politik festzulegen. Ich glaube, Oberst Sotong hatte Dr. Köhler in der Illusion bestärkt, daß er die Unabhängigkeit Badens retten könne, und es kann kein Zweifel bestehen, daß Köhler der Verschmelzung widerstrebte. Als ich Monate, nachdem der Befehl zur Einigung herausgegeben worden war, Karlsruhe besuchte, fand ich dort zu meinem großen Erstaunen ein großes Schild mit der Aufschrift „Badische Landesregierung“, denn Dr. Köhler wollte die Würde und das Prestige einer badischen Landesregierung bewahren, obwohl sein Rumpfbaden zu dieser Zeit schon zu einem Regierungsbezirk reduziert worden war. Freilich war auch Württemberg zu einem Regierungsbezirk reduziert worden, aber der Ministerpräsident der vereinigten Gebiete war Dr. Maier, und während die Theorie der Regierungsbezirke für Württemberg-Baden aufgestellt worden war, so wurde sie doch in der wirklichen Verwaltung Württemberg-Badens nicht ausgeführt. Vielmehr bestimmte das Kabinett in Stuttgart die Politik für ganz Württemberg-Baden und war ganz aus Schwaben zusammengesetzt. Schließlich fanden wir die Lösung, daß Dr. Maier Ministerpräsident des vereinigten Landes Württemberg-Baden bleiben und Dr. Köhler als Regierungspräsident des badischen Landesbezirks stellvertretender Ministerpräsident werden sollte. So wurde diese Vereinigung Schritt für Schritt durchgesetzt, ohne den ein wenig unterschiedlichen örtlichen Institutionen in Baden Gewalt anzutun. Dennoch konnte Köhler nur mit einigem Zögern überredet werden. Er war natürlich mit dem Arrangement nicht zufrieden, und bei einer Gelegenheit sprach er sogar bei mir in Frankfurt vor, ob ich nicht intervenieren wolle, um dieses Arrangement rückgängig zu machen, weil er es kaum erträglich fand.

### II. 3. 2 Gespräche in Baden [Notizen, Mitte Oktober 1945]

In Dorns Gesprächen mit Köhler und Franz Schnabel (der Historiker war 1945–47 Landesdirektor für Kultus und Unterricht in Nordbaden) verteidigten die Badener ihre Selbständigkeit mit Klagen über württembergische Vorherrschaftsbestrebungen und mit Anspielungen auf französische Angebote einer Garantie der badischen Einheit und einer konzilianter Entnazifizierung. Zugleich versicherten sie die Amerikaner jedoch ihrer Loyalität, und Köhler befürwortete sogar das amerikanische Entnazifizierungsprogramm, allerdings mit der Einschränkung, daß die Mitläufer rehabilitiert werden müßten. Die badische Linie einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei politischer Selbständigkeit bewährte sich jedoch in der Praxis eines badisch-württembergischen Wirtschaftskordinierungsausschusses nicht<sup>61</sup>.

und Nordwürttemberg ein gemeinsames Landeswirtschaftsamt innerhalb der Stuttgarter Regierung geschaffen werde, welches die Zwischenstellung des badischen Landes-Bezirkspräsidenten ausgeschaltet hätte.

<sup>60</sup> Lt. Col. Charles D. Winning wurde Stellvertreter und 1946 Nachfolger Dawsons als Gouverneur in Württemberg-Baden. Col. George V. Sotong (im Orig. Saultau) leitete die Militärregierung für den Landesbezirk Karlsruhe.

<sup>61</sup> Ende August war die Wirtschaftseinheit der beiden Landesteile festgelegt worden, wobei Baden aber eine eigene Verwaltung haben und durch Köhler als Minister ohne Portfeuille in der Stuttgarter Regierung repräsentiert sein sollte. Als Dorn im Oktober in Stuttgart und Karlsruhe Gespräche führte, war aber außer einer Reihe von Ausschüssen noch nichts zustande

Das Nordbadische E-Team [der Militärregierung] wird derzeit auch zur Regierung nach Karlsruhe verlegt. Köhler ist Landesbezirkspräsident mit einem ordentlichen Ministerium und vereinigt damit endlich Nordbaden und Mittelbaden: das Finanzministerium mit dem Oberfinanzpräsidium, das Landwirtschaftsministerium mit dem Landesernährungsamt für ganz Nordbaden, das Wirtschaftsministerium und das Landeswirtschaftsamt für ganz Baden sowie das Arbeitsministerium mit einem besonderen Landesamt. Diese Behörden senden nun Delegationen zur direkten Zusammenarbeit mit ihren [württembergischen] Kollegen nach Stuttgart, Stuttgarter Kontrolle wird jedoch abgelehnt. Stuttgarter Kontrolle auf keinem Gebiet. Köhler fährt jede Woche dorthin. Jetzt wird dieser ‚Supra-Länder-Koordinierungsausschuß‘ erwähnt, der aus vier Vertretern Württembergs und dreien aus Baden [gebildet wird]. Erhalte Tatsachen über diesen Ausschuß: Ernährung: Koordination, aber keine Ausbeutung Badens. Höherer Lebensstandard in Württemberg. Die Badener fürchten, vereinnahmt zu werden.

Allgemein: Das Verschwinden des Reiches hat Landes-Loyalität gefördert. Schnabel hält dies für einen außerordentlich bedeutsamen Faktor; er ist sehr besorgt über Südbaden unter den Franzosen. Er will zurücktreten, wenn sich die Amerikaner aus Baden zurückziehen. Dawson sagte auch, daß dies ein schwerer Fehler wäre. Schnabel war sogar der Meinung, es werde einen Bürgerkrieg geben, wenn sich die Amerikaner zurückzögen. Jeder würde jeden bekämpfen: die Verarmten die Besitzenden. Der Kampf werde aber unter ganz anderen Parolen geführt: Kommunisten und Nationalisten. Der Nat[ionalsozialismus] sei nun tot, aber er werde sich unter den Studenten wiederbeleben, sobald die Universitäten eröffnet würden. Wollte keine frühen Wahlen<sup>62</sup>, sondern eher eine langfristige Besetzung durch die USA. Aporie der Mittelklasse im wirtschaftlichen Sinn wegen der Zerstörungen. [...]

Köhler [plant eine] Bürgermeisterversammlung<sup>63</sup>. Bis vor wenigen Tagen hat Sotongs Amt in Baden gewirkt. Eine Karlsruher Regierung sollte auch in Südbaden handeln. Nun hat [General Jacques F.] Schwartz die meisten Karlsruher Beamten nach Freiburg eingeladen und dort eine Landesregierung aufgebaut. Bisher hatten sie „Außenstellen“ in Freiburg, nun ist es eine richtige Regierung. De Gaulle hat eine richtige Regierung eingerichtet. Präsident von F. sagte, Köhler würde als Führer von ganz Baden wirken; er nannte auch das Finanz- und die anderen Ministerien<sup>64</sup>. [Köhler] wird das aber nur mit amerikanischer Zustimmung tun. Alle Nahrungsmittel hätten die Franzosen genommen; die Rationen sind dort viel kleiner. Der Erzbischof sagte, wenn man [Nahrungsmittel] nach Südbaden sende, würde das meiste nach Frankreich gehen. Col. Arnal hat Köhler

---

gekommen; Köhler ging z. B. als badischer Vertreter in die Fachausschüsse, nicht aber z. B. zur Verteidigung der Stuttgarter Regierung. Eine einheitliche Bestandsaufnahme war noch nicht erreicht, der Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Stuttgarter Wirtschaftsministerium wußte noch kaum etwas von seinem badischen Aufgabengebiet. Vgl. auch Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 43 f.

<sup>62</sup> In einem Gespräch in Stuttgart mit Maier, Heuß und Ulrich notierte Dorn: „Evakuierte: radikal. Politische Parteien [...] bilden sich nicht, auch keine Aussicht. [...] Furcht für ihre künftige Reputation im Falle eines Rückzugs der Amerikaner. [...] Wahlen verfrüht: Furcht vor Radikalismus bei Wahlen im Winter.“

<sup>63</sup> Köhlers Rede vor dieser Versammlung am 3. 11. 1945 in Mannheim bei Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 352 ff.

<sup>64</sup> Eine Reihe höherer Beamter war beim Abzug der Franzosen aus Karlsruhe nach Freiburg gegangen, um dort eine ‚badische Zentralverwaltung‘ aufzubauen, die sich z. T. nur als Außenstelle der Karlsruher betrachtete. Einzelne Ministerialdirektoren pendelten zwischen Karlsruhe und Freiburg. Die Franzosen sahen darin einen Kern einer gesamtbadischen Landesregierung. Deshalb lud der Délégué supérieur pour le Gouvernement militaire du Pays de Bade (1945–1947), Gen. Jacques F. Schwartz (1889–1960), die Karlsruher Beamten zur Bildung einer Landesregierung ein, die in Anwesenheit de Gaulles am 4. 10. 1945 proklamiert wurde. Vgl. zum Direktorium Südbaden auch ‚Baden 1945–51‘, a. a. O., S. 9 ff.

nach Freiburg eingeladen, um sich seinen Vorschlag anzuhören<sup>65</sup>. Die Entnazifizierung sei scharf in der amerikanischen Zone, nicht aber in der französischen. Alle von den Amerikanern Entlassenen werden von den Franzosen genommen, 15 alte Kämpfer allein aus der Finanz[verwaltung]. Jeder Beamte geht nach Süden. Die Franzosen sagen, jeder, der [von den Amerikanern] entlassen sei, sei ihnen willkommen. Ein Referent sagte seinen Leuten, daß es, wenn die Entlassenen nach Südbaden gehen können, im Süden „lauter Nazis“ geben werde.

Entnazifizierung überall, außer in der Universität Heidelberg. Der kommunistische [Landesdirektor für Arbeit] [Rudolf] Bock ist Köhler's bester Mitarbeiter. Der Nazi-Untergrund ist die größte Gefahr, nicht die KP. Nächstes Jahr muß die Nazi-Partei auseinandergerissen werden, indem man den nominellen Nazi zurückholt. [Aber bei der Entnazifizierung jetzt] sei Schärfe richtig. [ . . . ]

De Gaulles Rede in Freiburg<sup>66</sup> bei der Einsetzung der Regierung in Südbaden besagte, die Deutschen und die Franzosen seien die Repräsentanten der westlichen Kultur. Die Franzosen bearbeiten die Deutschen in Baden.

16. Oktober. Württemberg-Baden. Ministerium Köhler, Frey, Zimmermann, Cahn-Garnier<sup>67</sup>. [ . . . ] [1.] Württemberg-Baden als Zweckverband, beschränkt auf die Gebiete Ernährung und Wirtschaft zum Austausch von Überschüssen.

2. Vereinheitlichung der Industrie beider, bei Überschüssen und Defizit.

3. Ausgleich von Plus und Minus der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen. Auf bestimmte Interessen begrenzt sind beide Partner gleich [stark].

4. Angleichung der Finanzen, Zahlungen, Gehälter.

5. Straßen und Fahrbereitschaft. NSV.

Allgemeine Ansicht: Eine Zwangsmaßnahme ist nicht gangbar. Auf welchen Gebieten sind Württemberg und Baden voneinander abhängig? Nur in der Wirtschaft und Ernährung<sup>68</sup>.

### II. 3. 3 Konsolidierungsprobleme der hessischen Regierung. [Notizen, Januar 1946]

Auf dieser Reise untersuchte Dorn vor allem den Organisationsaufbau der hessischen Regierung und ihr Verhältnis zur Militärregierung einerseits und zu den Regierungspräsidien andererseits. Dabei stellte er fest, daß der Militärgouverneur Newman „den wichtigsten Teil seiner Aufgabe,

---

<sup>65</sup> Die Franzosen versuchten, den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Köhler für ihre badische Regierung zu gewinnen, damit die Konsolidierung einer US-Verwaltung in Nordbaden zu unterlaufen und den Amerikanern doch noch ganz Baden abzunehmen. Der ‚Administrateur du Pays de Bade‘, Pierre Albert Arnal (als Spezialist für Deutschland- und Wirtschaftsfragen zuletzt hoher Vichy-Diplomat), empfing Köhler. Dorn notierte: „Arnal sagt, die Zeit sei nicht mehr fern, in der Baden unter französischer Verwaltung stehe, gelbe Flagge. Sagt zu Köhler, er solle sich entsprechend einrichten. 2. Wir lehnen es ab, von Beamten regiert zu werden, die jetzt von den Amerikanern ernannt worden sind. Theoretisch ist das ganze Programm Nord- und Südbaden vorbei, aber in der Praxis gibt es eine Vereinbarung. [ . . . ] Köhler macht Vorschläge und sagt, er werde tun, was in W. gemacht wird [sich analog der Regelungen in Württemberg verhalten].“

<sup>66</sup> Vgl. de Gaulle, a. a. O., S. 494 ff.

<sup>67</sup> Führende Vertreter des Landesbezirkspräsidiums Nord-Baden. Gustav Zimmermann (SPD), Landesdirektor des Innern und Köhlers Nachfolger; Fritz Cahn-Garnier (SPD), Landesdirektor der Finanzen, später bad.-württ. Finanzminister und Oberbürgermeister von Mannheim. Im folgenden nur das Ergebnis dieses Gesprächs, das Dorn sehr fragmentarisch aufzeichnete und das sich offenbar um eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Landesteilen bemühte, aber durch ständige Befürchtungen, von württembergischer Seite überverteilt zu werden, gezeichnet ist.

<sup>68</sup> Der Rest dieser Notizen besteht aus bruchstückhaften Detailangaben aus Gesprächen mit Beamten, die zwischen Freiburg und Karlsruhe pendelten, insbesondere dem südbadischen Ministerialdirektor für Unterricht und Kultus, Karl Ott.

die Beziehung zur Geiler-Regierung, nicht sicher im Griff“ habe<sup>69</sup>, daß in den Regierungspräsidien weitgehende Unsicherheit über die eigenen Zuständigkeiten herrschte<sup>70</sup> und daß die Entlassungen im Zuge der Entnazifizierung die Finanzämter lahmlegten. Der parteilose Finanzminister Wilhelm Mattes hoffte, in einem Jahr wieder einen funktionstüchtigen Apparat zu haben, und versicherte, im Dritten Reich seien gerade hier die besten Kräfte beibehalten worden. Dorn notierte: „Beamtentradition blackballs newcomers.“ Innenminister Hans Venedey (SPD) wollte zwar die kommunale Selbstverwaltung nicht untergraben, sondern ihr nur Vorschläge machen; er trat aber dem Gedanken einer Dezentralisierung der Polizei entgegen, weil er „nur Demokraten“ wolle. Im übrigen wies er darauf hin, daß die Verweigerung der Einheitsfront zwischen SPD und KPD einer „Kriegserklärung gegen Rußland“ gleichkomme, da dieses seine Interessen durch die KPD vertrete. Arbeitsminister Oskar Müller (KPD) berichtete, daß das gesamte Sozialversicherungssystem zusammengebrochen sei, und fürchtete wegen des Flüchtlingszstroms um seinen Wiederaufbau. Nur 10 bis 15% der Flüchtlinge seien Männer; da man nicht alle auf das Wohlfahrtswesen und die Beschäftigung in der Landwirtschaft verweisen könne, wolle er eine Heimindustrie für Holz- und Spielwaren schaffen. Wirtschaftsminister Rudolf Mueller (LDP) warnte vor dem Treuhänderwesen („not sauber“) und forderte, die Zuständigkeiten für Wirtschaft und Verkehr den Ländern zu nehmen und im Länderrat zusammenzufassen. Dorn fand die politische Zusammensetzung der Landesregierung (6 CDU, 5 SPD, 3 KPD, 1 LDP, 3 parteilos) ausgewogen. Die SPD-Minister seien der KP gegenüber argwöhnisch; zwar befürworteten sie eine Zusammenarbeit mit der KP, aber auf dem Land geschähe meistens nichts<sup>71</sup>.

Dr. Geiler<sup>72</sup>: Beziehungen zur Militärregierung gut. Newman gerecht, offen, keine unnötige Intervention. Aber unzufrieden darüber, daß alle Kontakte durch [Harold] Landins<sup>73</sup> Abteilung laufen. Die Minister haben direkte Beziehungen zu den Fachoffizieren. Personalangelegenheiten, Polizeipräsident von Haym, Henninger, Fall einer unglücklichen Ernennung, die er nicht will und die ihm aufgezwungen wurde<sup>74</sup>. Er wünscht direkten Kontakt mit Newman, den dieser herzustellen bereit ist oder sogar schon gewährt zu haben angibt. Angelegenheit einer unerwünschten Landratsernennung. Venedey sei ein Pfahl in seinem Fleisch, müsse ihn vielleicht loswerden, denn er sei wirklich ein Kommunist. Venedey kein ausgebildeter Beamter, wisse wenig über sein Amt als Innenminister, über die Verwaltungsseite, halte viele Reden. Geiler glaubt, er verbringe nicht zuviel Zeit bei der Militärregierung und sein Ministerium bekomme die Regierungsbezirke in die Hand. Erwähnte den Plan, die Macht der Regierungspräsidenten zu beschneiden und die Aufsicht der Ministerien über die Lokalverwaltung zu stärken. Entnazifizierungsplan fertig zur Vorlage. Binder wird mir eine Abschrift schicken<sup>75</sup>.

Er ist dafür, daß ihm die [Zuständigkeit für die] Presse übergeben wird. Hielt das Reichspressegesetz für noch gültig. Ich nicht. [. . .] Er war sich völlig bewußt, daß ab 1. Januar der ganze hessische Verwaltungsapparat in seiner Hand ist. Glaubte nicht, daß es unnötige Intervention der Militärregierung in seine Angelegenheiten gebe, und wo es noch, wie auf dem Ernährungssektor, direkte Operationen gebe, hielt er sie auch künftig noch für wün-

<sup>69</sup> Notizen: Ergebnis aus Gesprächen mit Newman und Landin.

<sup>70</sup> Stichworte aus Gesprächen mit den Regierungspräsidenten von Darmstadt, Ludwig Bergsträsser, und Wiesbaden, Martin Nischalke. Geiler hatte kurz zuvor eine Kommission, bestehend aus dem Regierungspräsidenten von Kassel, Fritz Hoch, und drei Landräten, zum Studium der Frage der Mittelinstanzen eingesetzt.

<sup>71</sup> Aus bruchstückhaften Notizen von Gesprächen mit den genannten Regierungsmitgliedern.

<sup>72</sup> Prof. Karl Geiler (parteilos), Rechtswissenschaftler an der Universität Heidelberg, Wirtschaftsanwalt in Mannheim.

<sup>73</sup> Chef der Zivilverwaltungsabteilung der hessischen Landesmilitärregierung.

<sup>74</sup> Offenbar unkorrekt. Zwischen Militärregierung und Landesregierung war strittig, daß am 10. 2. 1945 Hubert v. Heyden als Direktor der Abt. Transport im Wirtschaftsministerium ernannt und der Polizeichef Magnus Heimannsberg aus dem hess. Innenministerium entlassen und durch Dr. Robert Ph. Hamberger ersetzt worden war.

<sup>75</sup> Gottlob Binder, hess. Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung (SPD), sollte den zweiten hessischen Entwurf für das Befreiungsgesetz übersenden.

schenswert. Müde, es schien ihm an Energie zu mangeln, obwohl er ein starkes Interesse an seiner Stellung hat; drohte, am Tag vor Weihnachten mit seinem ganzen Kabinett zurückzutreten, weil der Transportoffizier eine seiner Ernennungen nicht genehmigt hatte. Kann Major [Harold] Landin nicht leiden, der ihm mißtraue und alle Kontakte in seine Hand zu bekommen versuche. Aber der Befehl kommt vom geschäftsführenden Offizier [Charles E.] Stewart, der darauf besteht, daß alle Kontakte über Landins Büro laufen. [. . .] Geiler ist froh über Newman, der ihm offensichtlich freie Hand läßt; sie hielten eine wöchentliche Pressekonferenz zusammen. Newman unterstützt ihn voll bei seiner Öffentlichkeitsarbeit. Tut ihm auch persönlich manchen Gefallen; Stewart beklagte sich allerdings über seine häufigen Bitten um persönliche Vergünstigungen, z. B. seine Möbel aus Baden-Baden [zu holen]. Die Franzosen hätten sich nicht mit ihm in Verbindung gesetzt; aber er gab zu, in einigen Tagen komme ein Franzose zu ihm, um seine allgemeinen Ansichten über die deutsche Lage zu erfahren. Er sagte, er sei willens, mit ihm zu sprechen, und werde ihm sagen, er wünsche eine Föderation Westdeutschlands mit Frankreich unter französischer Führung. Fragte, ob dagegen etwas einzuwenden sei. Ich sagte ihm, er möge nichts dergleichen ohne Rückfrage bei der Landesmilitärregierung tun. Föderation mit Frankreich würde das Ruhrproblem lösen. War auf jeden Fall für enge Verbindung mit Frankreich. Der fragliche Franzose sei kein hoher, sondern ein mittlerer Offizier, der nur seine Ansichten über das deutsch-französische Problem erfahren wolle.

Dr. Hilpert<sup>76</sup>: fing an, über die christlichen Demokraten und die Berliner Lage unter den Russen zu sprechen. War genau darüber informiert, was Schukow Dr. Hermes und Schreiber angetan hatte<sup>77</sup>, was, wie er sagte, keine Demokratie mehr sei. Hielt die russische Landreform für einen vollständigen Fehlschlag, keine Entschädigung. Meinte, kollektive Landwirtschaftsbetriebe mit Siedlungsgenossenschaft wären besser gewesen. Bodenreform sei auch in Hessen ein wirkliches Problem, wegen der Neuansiedlung so vieler Deutscher, aber es gebe nur wenige große Güter in Hessen. Nur 1% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes sei in der Hand von Grundbesitzern mit mehr als 100 ha. Überwiegend habe das alte römische Recht gegolten, daher die Zersplitterung. Kirchenland sei kein Problem in Hessen. Prinz zu Solms sei eine Ausnahme, und sein Land liege in der ganzen amerikanischen Zone zerstreut. Die hessische Landesregierung sei den drei Regierungsbezirken aufgepfropft, die in der Zwischenzeit viele Funktionen der Zentralregierung aufgesogen hätten. Um der Landesregierung wieder wirkliche Durchschlagskraft zu geben, sei es nötig, den Regierungspräsidenten<sup>78</sup> die Flügel zu stutzen. Hilpert ist sogar durchaus willens, die Regierungsbezirke völlig abzuschaffen und starke Oberbürgermeister und Landräte zu wählen – aber viele seien gegen seinen Plan, und die Zeit sei dafür noch nicht reif. Der gegenwärtige Plan sehe jedoch vor, die Macht der Regierungspräsidenten auf den Stand von vor 1933 zu reduzieren und ihre vielen zusätzlichen Funktionen zu beschneiden, die wieder dem Ministerium zufallen sollten. Die Frage einer Senkung der Verwaltungskosten sei dringend, wenn man sich den Haushalt ansehe. Er meinte, der Verwaltungsapparat sei nicht nur nicht verkleinert, sondern durch die Übernahme von Reichsfunktionen und vor allem durch wirkliche Neuaufgaben wie die Ansiedlung und das Ernährungsproblem vergrößert worden. Auch die Sozialaufgaben seien gewachsen. Die steigende Zahl der Beamten sei eine ernste Sache, besonders im Hinblick auf Gehälter und Beförderungen. Der Staat könne sie nicht alle bezahlen. Keine langfristige Planung; glaubte, daß die hessische Regierung zur Zeit nach Art einer Feuerwehr arbeite: Hier werde ein Brand gelöscht und dort ein anderer. Sie lebe wirklich von der Hand in den Mund. Er war deshalb über

<sup>76</sup> Stellv. Ministerpräsident Werner Hilpert, ehem. Funktionär von Wirtschaftsverbänden und des Zentrums in Sachsen, Buchenwald-Häftling, Treuhänder in Thüringen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, Landesvorsitzender der CDU in Hessen.

<sup>77</sup> Andreas Hermes und Walter Schreiber wurden am 19. 2. 1945 von der SMAD aus dem Vorstand der CDU der SBZ entfernt, weil sie sich gegen die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern im Rahmen der Bodenreform gewandt hatten.

<sup>78</sup> Alle SPD.

meine Vorhaltung nicht überrascht, daß die Landesregierung sich im Land noch nicht wirklich durchgesetzt habe. Er meinte, die Regierungsbezirke reichten nur Briefe weiter; ihre Personalausstattung könne und müsse ernstlich verkleinert werden und ihre Zuständigkeiten auch. Die Erziehung solle in der Zuständigkeit der Regierungsbezirke bleiben, aber nicht alle die anderen Aufgaben, die ihnen von den Nazis aufgeladen worden seien. [. . .] Landesmilitärregierung<sup>79</sup>: Newman verbringt einen großen Teil seiner Zeit damit, die Disziplin über seine 550 Offiziere und 900 Mann aufrechtzuerhalten, überprüft Einzelfälle, beaufsichtigt die Versorgungskompanie; Oberstleutnant [Charles E.] Stewart dagegen hat das Amt wirklich in der Hand. Er gibt die meisten Befehle heraus, die Newman dann nur noch genehmigt. Weiß relativ wenig darüber, was in seinem Amt vorgeht. Ist einen großen Teil der Zeit unterwegs. Stewart befürchtet Beschneidung der Planstellen. Er gibt zu, daß seine Einheit in vielen Punkten schwach ist. Es gebe z. B. keinen wirklichen politischen Offizier, der es sich zur Aufgabe mache, über die politischen Parteien Bescheid zu wissen; die Berichterstattung sei oberflächlich und ohne viel Geschick – Landin gibt das auch zu. [Die Abteilung für] öffentliche Sicherheit habe keinen wirklichen Chef. Um die Rechtsabteilung müsse man sich kümmern; Landin sagt, in den Außenstellen sei kein Talent in Sicht. Man müsse sich um die Organisation kümmern. Newman gesteht, daß er nicht wisse, was der Einzelne tue, er überlasse dies dem geschäftsführenden [Offizier]. Der Stellvertreter [des Landgouverneurs] war zur Zeit von Oberstleutnant Kress immer schwach, jetzt ist Reed da, und ich fürchte, er ist nicht viel besser, obwohl die meisten Leute hier glauben, daß er eine Kräftigung bedeute. Die Planstellen in der [Abteilung für] Zivilverwaltung sind nicht besetzt; zuviel ist auf Landins Schultern geladen worden, der zwar selbst keine Berichte schreibt, aber sie durchsehen muß. Landin hat von Haym dem Ministerpräsidenten aufgeschwatzt, aber er sagt, er habe das ja vor dem 1. Januar noch tun können. Oberst Lee wird ausgeschiedt, um die örtlichen Stäbe zu inspizieren. Newman hat ein schreckliches Erbe von Oberst Johnson<sup>80</sup> angetreten, der nur Verwirrung und Unordnung hinterließ. Ist erst seit drei Monaten in seiner gegenwärtigen Stellung – nur drei Monate, was man berücksichtigen muß.

### II. 3. 4 Vorbereitung der Kommunalwahlen in Franken [Notizen, erste Dezemberhälfte 1945]

Gespräche in drei fränkischen Städten über die Vorbereitung der Parteien und Behörden auf die Kommunalwahlen in ländlichen Gemeinden (unter 20 000 Einwohnern) am 27. 1. 1946<sup>81</sup>.

Aschaffenburg, Major [C. M. Em]merick.

Optimismus bei der Militärregierung über die Vorbereitung der Wahlen in diesem Landkreis mit 32 Gemeinden. Bericht, daß die Wählerlisten schon zusammengestellt sind. Wahlausschüsse werden nicht ernannt. Wahlgesetz noch nicht erhalten. Aber das Sieben<sup>82</sup> wird nicht zu schwierig sein. Parteiführer: Christliche Demokraten der Stegerwald-Gruppe, die gegen Schäffer sind und Dr. Müller nahestehen, aber keine organisatorische Verbindung haben. Sie wollen die Arbeiter, die bürgerlichen Elemente, alle. Fürchten reaktionäre BVP mit faschistischen Tendenzen. In fast allen Gemeinden organisiert, in enger Verbindung mit München, Parteiführertreffen Ende November in Nürnberg. Anfang Dezember sprach Hoegner und erklärte die Absichten der Bayerischen Regierung. [. . .] Nur die Ortsansässigen können gesiebt werden. 20% Evakuierte; diese Leute können unmöglich wirk-

<sup>79</sup> Vgl. II.1.

<sup>80</sup> Col. C. T. Johnson sollte als Chef des Det. E-2 in Marburg eine Regierung für das Land Hessen-Nassau einrichten, woran er scheiterte. Sein Auftrag ging dann auf die Landesmilitärregierung für Großhessen in Wiesbaden über.

<sup>81</sup> Ausschnitte aus Notizen, die im übrigen Stichworte über Verwaltungs- und Entnazifizierungsfragen enthalten.

<sup>82</sup> Politische Überprüfung der Kandidaten und Wähler.

sam gesiebt werden. Das ist die große Furcht: Etwaige Nazis werden wählen, solange sie nicht herausgesiebt sind. KP überall außer in 12 der 32 Gemeinden organisiert: Die Führer sind hier nicht geschickt. Nur örtliche Veranstaltungen.

Bamberg, Landrat.

Hatte ein Gespräch mit Landrat [Thomas] Dehler und dem [zweiten] Bamberger Bürgermeister [Fritz] Hertel. Dehler sagte, sie seien mit den Wählerlisten beinahe fertig, wobei die Säuberung keine großen Schwierigkeiten mache, außer bei den Evakuierten, die 20% der Bevölkerung darstellten. Kann bis Ende Januar gerade fertig werden, wenn die Wahlverordnung rechtzeitig erlassen wird. Geringer Einfluß der Landesregierung auf örtliche Angelegenheiten, stärker dem Regierungsbezirk verbunden, der eine wirksamere Kontrolle ausübt. Vollständige Registrierung der Bevölkerung für die Wahl, jedermann erfaßt. Parteien: nur SPD, noch keine Christlich-Soziale Union, jedoch aktiv. Die Kommunisten beteiligen sich auch an der Wahl.

Sprach mit Erzbischof [Joseph Otto] Kolb und seinem Weihbischof [Arthur Michael Landgraf]. Sehr offene Diskussion. Kirche veranstaltet ein Erziehungsprogramm für alle früheren HJ-Jungen, die kommen; kein Problem auf dem Land, ein Abend in der Woche, ein Vortrag etc. Kirche und Politik: Kolb gibt zu: Die CSU ist unsere Partei. Das wurde in Berlin entschieden, und so lauten unsere Instruktionen; Kolb wies seine Priester entsprechend an. Kirche muß sich in der Politik engagieren. Hoegners Trennung von Kirche und Staat habe keine Grundlage im Bayerischen Konkordat<sup>83</sup>. Das [kirchliche] Eigentum, das vor 150 Jahren [säkularisiert wurde], solle an die Kirche zurückgegeben werden. Priester können politisch tätig, aber nicht gewählt werden; keine aktiven Parteiführer. Problem der religiösen Erziehung [in der] Simultanschule. Kirche übt einen reaktionären Einfluß aus.

Bayreuth.

SPD Arbeiterpartei. Hat Ortsgruppen in 40 der 74 Gemeinden. 600 Mitglieder in Bayreuth und 800 im Landkreis, sind Arbeiter; keine Mehrheit in dieser Gegend außer in Bayreuth, sonst ist die CSU stärker, obwohl sie noch nicht organisiert ist. Durch die Priester. Sie will die Bauern und ist ziemlich reaktionär, fürchtet jedoch, die Priester könnten sie Wölfe im Schafspelz nennen. Niemand ist zu optimistisch.

## II. 3. 5 Die monarchistische Bewegung in Bayern [Notizen, meist Februar 1946]

Der erste Teil stammt von einer Inspektionsreise durch Städte Mittelfrankens, der zweite gibt Informationen aus der Umgebung Hoegners wieder (vgl. Anm. 89), der letzte ist eine Niederschrift eines Gesprächs mit Ministerpräsident Hoegner vom 18. 2. 1946. Die Originale sind von Bruchstücken deutschen Textes durchzogen. Dorns Aufzeichnungen reflektieren weithin die Position des rechten Flügels der Sozialdemokraten, daß die monarchistische Bewegung politisch eine geringere Gefahr als die CSU darstelle und überdies zur Spaltung der Rechten führen werde. Nach anfänglichem Zögern zog die Militärregierung die Lizenz der Königspartei am 10. 5. 1946 zurück<sup>84</sup>. Dabei ist nicht ganz klar, ob sie eine Zersplitterung der rechten Partei verhindern oder sich keinen Vorwürfen der Sowjets und inneramerikanischer Kritiker aussetzen wollte, selbst den republikanischen Minimalkonsens in der Demokratisierungspolitik zu verlassen.

<sup>83</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 237 ff., der versuchte, im Wege des Einverständnisses mit den Kirchen zu einer Öffnung der Bekenntnisschulvereinbarung im bayerischen Konkordat von 1924/25 zu kommen. Sein Ziel war ein Mindestangebot staatlicher Gemeinschaftsschulen in gemischtkonfessionellen Gebieten.

<sup>84</sup> Vgl. Anm. 20 und aus der Sicht der Hofhistorie Kurt Sendtner: Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 683 ff. Murphy an Secretary of State vom 20. 4. 1946 (in: Foreign Relations, 1946 Bd. V, S. 672 ff.), berichtete von zwei Schulen in der Militärregierung. Die Gegner der Königspartei lehnten die Monarchie überhaupt und besonders in Deutsch-

[Franken]

[Ernst] Körner, SPD-Oberbürgermeister von Ansbach, über die Monarchisten: Oberstleutnant Whittaker behauptet, daß vorige Woche einige monarchistische Führer aus München hier waren, offensichtlich, um Bürgen zu suchen; insbesondere wollten sie den Tabakhändler [Eugen] Graf sehen, der lange Hoflieferant und während der Weimarer Republik Mitglied des Königsbundes war<sup>85</sup>. Körner sagte, die Monarchisten hätten in Mittelfranken nur geringe Chancen, solange die katholische Geistlichkeit sich nicht eindeutig zugunsten der Monarchie ausspreche. Aber Mittelfranken ist zu 60% protestantisch, während nur 40% katholisch sind. Jetzt liegt die CSU in dieser Gegend gegenüber der SPD zurück und umfaßt uneinige Kräfte. Körner glaubt, daß Protestanten und Katholiken in der CSU nicht zusammenbleiben, daß sich früher oder später die protestantischen Kräfte abspalten werden. Dr. [Josef] Müller könne beide nicht zusammenhalten, sei nicht stark genug; und dann gebe es noch Fritz Schäffer, der die Führung der alten katholischen Bayerischen Volkspartei beanspruche. Die große Frage sei, wohin die Protestanten gehen werden. Aber die Protestanten seien deutsche Nationalisten und würden nie eine separatistische Partei mittragen, weil sie in einem einigen Deutschland bleiben wollten. Die Protestanten waren auch einst deutschnational oder [Deutsche] Volkspartei<sup>86</sup>, besonders die protestantischen Geistlichen, die in großer Anzahl 1933 zu den Nazis überliefen. Dieses reaktionäre Element werde kaum zur monarchistischen Partei übergehen, die deshalb hier nur wenig Chancen habe. Aber es gebe immer noch die katholischen Kräfte und die Bauernschaft, und diese liebten nach wie vor ihren „bayerischen Käni“. Das Haus Wittelsbach sei immer noch populär; Rupprecht pflegte auch nach Ansbach zu kommen, wo die blau-weißen Kongresse<sup>87</sup> abgehalten wurden. Die SPD sei stark in den Städten, [dagegen] wenig KPD. Körner glaubt auch, daß eine Volksabstimmung zuungunsten der Monarchie ausgehen werde, wenn sie bald abgehalten werde, es sei denn, die Kirche setze sich kompromißlos dafür ein, was angesichts der CDU noch ungewiß sei. CDU, SPD, KPD, LDP würden die Wählerschaft so stark zersplittern, daß eine monarchistische Mehrheit Körner kaum vorstellbar erscheint<sup>88</sup>. [ . . ]

land als undemokratisch ab; sie gebe kommunistischen Angriffen auf die US-Zone neue Argumente, schaffe Zündstoff in der Bodenreformfrage (Rückgabe der königlichen Güter), tendiere gegen die gesamtdeutschen Zentralverwaltungen durch separatistische Züge und eine engere Bindung an Österreich und schaffe durch ihre Forderung nach einer westeuropäischen Staatenföderation interalliierte Konflikte. Gegen ein Verbot wurden der demokratische Charakter der Organisation der Königspartei, das Beispiel Großbritanniens und Skandinaviens sowie die Dezentralisierungsformel des Potsdamer Abkommens angeführt; Angriffe der Kommunisten gebe es so oder so, während es auf der anderen Seite unbewiesen sei, daß eine Restauration der bayerischen Monarchie den Anschluß Österreichs an einen deutschen Bund vorbereite. Das State Department bekannte sich zur ersten Schule und setzte das Verbot durch. Hilldring an Echols vom 1. 5. 1946 (ebd.).

<sup>85</sup> Die Bayerische Heimat- und Königspartei war zunächst nur als Münchner Stadtpartei zugelassen worden („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. 1. 1946); um eine Landeslizenz zu erwerben, mußte sie eine Reihe von Kreisorganisationen im ganzen Land mit entsprechenden Bürgen nachweisen. Deshalb wurden alte Stützpunkte der monarchischen Bewegung im Land aufgesucht. Zur Königspartei und zum Bayerischen Heimat- und Königsbund in der Weimarer Republik vgl. Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 123 ff.; Sendtner, a. a. O., S. 502 ff.

<sup>86</sup> Etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Mittel- und Oberfranken sind protestantisch. In den Reichstagswahlen 1924 bis 1933 entfielen in Mittelfranken (Oberfranken) auf beide liberalen Parteien zwischen 0,5 und 4,5% (1,1 und 6,4%), auf die DNVP zwischen 2,9 und 25,5% (2,6 und 31,7%) und auf die NSDAP zwischen 9,3 und 48,7% (9,1 und 51,6%). Einzelne liberale Hochburgen wie Nürnberg waren für Franken insgesamt also nicht charakteristisch.

<sup>87</sup> Gemeint ist der weiß-blaue Tag, der am 5. bis 8. 7. 1931 in der Garnisonsstadt des 2. bayer. Ulanenregiments „König“, Ansbach, in Anwesenheit des Kronprinzen Rupprecht abgehalten wurde.

<sup>88</sup> In einem anschließenden Gespräch mit Regierungspräsident Hans Schregle (SPD) bestätigte

[München]<sup>89</sup>

Prälatengruppe in Union<sup>90</sup>, Faulhaber, Schäffer absolut monarchistisch. Scharfe Differenzen mit J. Müller. Die Monarchisten wollten am 31. Januar 46 nur ein Flügel der Union sein, aber Müller lehnte ab<sup>91</sup>.

Zwei Richtungen in der Königspartei:

1. Rupprecht will nur für den monarchistischen Gedanken werben, aber keine Partei und keine Kandidaten.

2. Will eine richtige Partei mit Kandidaten bilden. Nr. 2 hat die Unterstützung Hoegnens; ob ehrlich, bezweifeln Mitglieder der Union. Nimmt der Union Stimmen weg. Aber der Rupprecht-Flügel vertraut Hoegner oder scheint ihm zu vertrauen! Rupprecht sagt, Hoegner solle sein erster Minister werden. Der Abt von Ettal wünscht Albrecht als Kandidaten, nicht Heinrich. Rupprecht hält an seinem Anspruch noch fest. Dann Albrecht<sup>92</sup>. Die Monarchie soll Fassade sein, die wirkliche Macht bei einem Fachministerium liegen, in dem Hoegner die Justiz haben soll. Fachministerium soll möglichst wenig Bindungen an Parteien, auch nicht an die Union, haben – „Union hat ja keine Köpfe“.

Die bayerische Widerstandsbewegung ist eine rein monarchistische Bewegung unter Verleger Fackler<sup>93</sup>. Zweck: eine Front für die westlichen Demokratien zu bilden, indem die monarchistische Bewegung als Opfer des Nazi-Terrors bezeichnet werde, „um durch Romantik dieser Verfolgung die Jugend zu gewinnen“. Antimilitaristische Züge Bayerns [seien attraktiv] für die Jugend und die Amerikaner. Freiheitsaktion Bayern<sup>94</sup> hat Verbindungen zu den Monarchisten. Hoegner sei über den geringen Stimmenanteil der SPD sehr enttäuscht.

Hirschberger<sup>95</sup>: Sowohl die bayerische Sozialdemokratie wie die Kommunisten sind

---

auch dieser, daß die Königspartei in Franken keine großen Chancen habe, obwohl die Bauern noch am König hingen, der „bürgerlich und beliebt, liberal und demokratisch“ gewesen sei. Aber die religiösen und wirtschaftlichen Interessenunterschiede zwischen Franken und Oberbayern machten einen Erfolg der Monarchisten in dieser Gegend unwahrscheinlich. Von der protestantischen Geistlichkeit nahm Schregle an, sie werde sich von der CSU abspalten und eine andere Partei suchen. (Im übrigen über Verwaltungsfragen.)

<sup>89</sup> Das folgende, um einige Wiederholungen leicht gekürzte Stück ist seiner Herkunft nach besonders schwer festzulegen. Vermutlich handelt es sich zum größeren Teil um Gesprächsnotizen bei einem gesellschaftlichen Ereignis in der Umgebung Hoegnens; mindestens der Schluß dürfte jedoch auf Informationen der Militärregierung zurückgehen.

<sup>90</sup> Gemeint ist die klerikal-konservative Führungsgruppe der CSU Altbayerns (Fritz Schäffer, Alois Hundhammer, Prälat Meixner).

<sup>91</sup> Zu den Auseinandersetzungen in der CSU um die Übernahme des monarchistischen Programms und die Zulässigkeit einer Doppelmitgliedschaft in CSU und Königspartei – beides wurde vom Parteivorsitzenden scharf abgelehnt – vgl. Walter Berberich: Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, phil. Diss. Würzburg 1965, S. 60 ff.

<sup>92</sup> Nach dem damals 77jährigen Kronprinzen Rupprecht von Wittelsbach folgten im monarchistischen Thronanspruch sein einziger noch lebender Sohn aus erster Ehe, Erbprinz Albrecht (geb. 1905), und sein einziger Sohn aus zweiter Ehe, Prinz Heinrich (geb. 1922). Albrecht war Ehrenvorsitzender des einstigen Bayerischen Heimat- und Königsbundes gewesen.

<sup>93</sup> Franz X. Fackler gehörte zum linken Flügel der legitimistischen v.-Harnier-Widerstandsgruppe im Dritten Reich. Diese Tradition wurde offenbar aus Werbegründen nach dem Krieg fortgesetzt. Fackler ging später zur CSU.

<sup>94</sup> Widerstandsgruppe in München und Oberbayern um Hauptmann Dr. Rupprecht Gerngroß; putschte am 28. 4. 1945 in München, bildete dann unter der Besatzung eine bürgerliche Antifaa-Gruppe, die zuerst von den Amerikanern benutzt und dann aufgelöst wurde. Vgl. Heike Bretschneider: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945, phil. Diss. München 1968, S. 218 ff. Dieter Wagner: München '45 zwischen Ende und Anfang, München 1970 und Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 126 ff.

<sup>95</sup> Der Münchner Zahnarzt Dr. Fritz Hirschberger beherbergte Wilhelm Hoegner und den nachmaligen Landespolizeidirektor Michael Frhr. v. Godin nach deren Rückkehr aus der Schweiz.

föderalistisch, nur wenige internationalistisch. Unter den Kommunisten wollen höchstens 5% eine Verbindung mit Rußland, die anderen sind bayrisch. Das ermutigt Hirschberger, zu hoffen oder zu glauben, daß eine Mehrheit aller Parteien sich für die Monarchie einsetzen werde. Das bayerische Volk, insbesondere die Bauernschaft, sei monarchistisch, die Reaktion [auf die Gründung der Königspartei] sei größer als erwartet. Die Monarchisten müßten jedoch die Jugend gewinnen. Aber die jungen Leute wüßten nichts über die Zeit unter dem König, für sie sei die Monarchie eine Version der Diktatur und nicht eine Brücke zur Demokratie. Hoegner habe engen Kontakt mit der monarchistischen Gruppe. Die königliche Familie sei heute sehr siegesgewiß, sie habe besonders engen Kontakt mit den Amerikanern, und Hirschberger ist gut darüber unterrichtet, daß im Hause Wittelsbach „fast ausschließlich amerikanische Lebensmittel verwendet werden“. Alle Mitglieder der Familie mit Ausnahme des Kronprinzen Rupprecht waren im Gefängnis oder KZ „unter besonders grausamen und harten Umständen“. Hirschberger [sagt, daß] „Kronprinz Rupprecht gar nicht daran denke, auf die Regentschaft zu verzichten. Nach Rupprecht Prinz Albrecht. Erst in 3. Linie Heinrich“. Verständigung mit Christlich-Sozialen „sei nicht notwendig, da Bayern einen König von Gottes Gnaden erhalten werde“. Union ist zunächst eine politische Partei, „und diese Tatsache wird eine Fühlungnahme notwendig machen. Kardinal Faulhaber stehe völlig auf Seiten der Monarchisten“. Hirschberger und andere mögen [Josef] Müller nicht, und er ist nicht allein. „Bekannt, daß Müller Spitzeldienste für die westlichen Demokratien geleistet hat. So ist auch Schäffer ein ausgesprochener Gegner Müllers, obwohl er sich mit ihm geeinigt hat.“ Schwierig, mit einem Spitzel zu arbeiten<sup>96</sup>.

„Hoegner und von Godin wohnten bei Hirschberger<sup>97</sup>.“ Hoegner habe viele Feinde unter den Bayern, die ihn hinauswerfen wollen. Er wolle etwas für die Bayern tun, werde aber von den Amerikanern genau überwacht, und seine Macht sei beschränkt. Hoegner sei „nur ausführendes Organ der Militärregierung“, dies könne auf die Dauer nicht so bleiben. Die Amerikaner wollten ihn aus Bequemlichkeit bis zum Herbst beibehalten. Hoegner sei schrittweise zu der Überzeugung gekommen, daß [die Amerikaner] kein wirkliches Interesse an Deutschland hätten, besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Italien habe vorgeschlagen, Deutschland Kredite zum Kauf italienischer Früchte einzuräumen. Die Schweiz sei bereit gewesen, Italien für Deutschland in Lire zu bezahlen „und den Betrag später [mit] Deutschland zu verrechnen“. Die Schweiz habe bezahlen wollen, aber die US hätten es verboten. Hoegner glaubt also, daß die US die Bedingungen in Deutschland nicht verbessern wollen. Will Hoegner lieber Frankreich als die US? Ja, denn Frankreich habe ein größeres Interesse an deutschen Problemen und denke europäischer als die Amerikaner. Hirschberger gehört zu den Gründern der Königspartei. Die Monarchisten seien ein Katalysator: Sie würden die Differenzen zwischen der SPD und den Christ-Sozialen ausräumen. Nur die Monarchisten könnten diese Interessen versöhnen. In kommenden Wahlen würden die Monarchisten einen großen Anteil der SPD- und CSU-Stimmen bekommen, und bei einem Volksentscheid, ob Bayern ein Königreich oder eine Republik werden solle, würden große Teile aller Parteien sich zur Monarchie bekennen. Hoegner beklagt sich, daß die Leute ihn einen Monarchisten nannten, es sei eine kommunistische Verleumdung. Wir, die SPD, wollen keine Monarchie, aber wir könnten taktische Zugeständnisse an die Monarchisten machen müssen, die von den Umständen diktiert würden. Die politische Klugheit verlange dies. Hoegner: Man kann nie wissen, welche Beziehungen zwischen den Alliierten herrschen werden. Er will nicht, daß Bayern zu ihrem Spielball werde. Hoegners Hauptinteresse ist es, die SPD zusammenzuhalten. Aber die SPD habe keine guten Redner. Es tue ihm leid, daß so viele Pg's nicht wählen könnten.

<sup>96</sup> Dies war ein Stereotyp der innerparteilichen Opposition des Petrakreises gegen den CSU-Vorsitzenden. Vgl. z. B. auch Delbert Clark: *Again the Goose Step*, New York/Indianapolis 1949, S. 110.

<sup>97</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 190.

Hoegners Kulturreferent Dr. Pfister zweifelt, ob die Amerikaner in Bayern blieben. Auch Hoegner sage: Diese Amerikaner würden bald abziehen. Die Amerikaner seien völlig unberechenbar, deshalb solle man sich nicht zu eng an sie binden, sonst sei man kompromittiert. „Hoegner habe es satt, für die Amerikaner den Briefträger zu spielen und den Rest seines Prestiges zu ruinieren.“ Er kann kein Englisch. Pfeiffer<sup>98</sup> will ihm einen Gesandten an die Amerikaner geben, der den Kleinkram übernehme, um ihm Zeit zu geben, nachzudenken und durchzuhalten.

Die Monarchisten wollen ein unabhängiges, antipreußisches, konservatives Bayern. Zwischen SPD und CSU sind die Monarchisten das Zünglein an der Waage. Gründer der monarchistischen Partei: Baron Franz von Redwitz, Dr. Hirschberger, Prof. Dr. Lebsche, Justizrat Braun, Hemmeter, Heinz Mayer, Baron Aretin, der offiziell kein Mitglied sei, um frei schreiben zu können<sup>99</sup>.

Pfeiffer will, daß die beiden Links-Parteien an der Macht bleiben, denn wenn wir eine CSU-Regierung bilden, werden die linken Parteien in die Opposition gehen. Deshalb wäre es Unsinn, wenn die Union jetzt die Macht übernehme. Schäffer sei jetzt fest davon überzeugt, daß er wieder Ministerpräsident werden wird, denn „die Union hat keine Köpfe“. Müller habe kein Auge für die wirklichen strittigen Punkte. Frau Ehard<sup>100</sup>: „Wir sind ausgesprochen für die Monarchie, aber zunächst halten wir uns an die Unionspolitik“, denn die Union wird einen Volksentscheid zustandebringen. Die Monarchisten werden keine Partei sein. „Hoegner fördere die monarchistische Bewegung. Auch die Kirche sei dafür, d. h. die katholische, lediglich die Jesuiten“ wünschen sie offenbar nicht. „Will Bayern sich Frankreich anschließen? Frau Ehard: Die Franzosen geben sich alle mögliche Mühe, das weiß ich.“ Sie hält Hoegner nicht für französisch. [. . .] Monarchisten: ausgesprochen frankophil; man sei im Augenblick aber sehr vorsichtig, „fühlt sich sehr beobachtet“. [. . .]

Die Hoffnungen der Monarchisten seien hochgespannt, jetzt auf Prinz Albrecht, der einmal mit, einmal ohne Bart ausgehe. „Man arbeitet mit kleinen, aber sehr wirksamen Mitteln.“ „Propaganda: Protektion gewisser amerikanischer Kreise für Wittelsbacher und geben ihnen gute Ratschläge. Hoegner ist für die Wittelsbacher. Große Teile der Union sind ihnen wohlgeneigt. Eigentlich ist dieser Propaganda zufolge alles, mit Ausnahme der Kommunisten, für die Monarchie.“ Im persönlichen Gespräch zählen sie aber nur auf die Bauern. „Über die Haltung des Bürgertums ist man sich noch nicht im klaren. Ältere Generation des wohlhabenden Bürgertums glaubt man gewinnen zu können. Bauernschaft wird sich nicht widersetzen. Adel unter Führung Baron Aretins ist dafür, im Bürgertum gibt es unter geistiger Führung Verleger Fackler[s] (Fackel-Verlag und Mitglied des Zivilkabinetts des Kronprinzen Rupprecht) eine starke pro-monarchistische Gruppe.“ [. . .]

Bericht, daß die Resonanz der monarchistischen Partei stärker werde, als man ursprünglich gedacht habe. Nun lege man eine politische und theologische Grundlage für die monarchistische Partei, stark separatistisch, Gottesgnadentum. Kampf gegen Kommunismus. Seitenhiebe gegen die westlichen Demokratien, die kein Gefühl für Minderheiten gezeigt hätten. „Sie wollen alles tun, um den Argwohn der westlichen Demokratien zu zerstreuen.“ Jüngst sei Prinz Heinrich wieder der Anwärter, aber ein Volksentscheid [werde das entscheiden].

<sup>98</sup> Anton Pfeiffer, 1923–33 Generalsekretär der BVP, CSU-Mitgründer und Hoegners Staatssekretär in der Staatskanzlei.

<sup>99</sup> Die Initiative zur Gründung der Königspartei war im Herbst 1945 vom Chef der Wittelsbacher Hof- und Vermögensverwaltung und Hofmarschall des Kronprinzen, Franz v. Redwitz, ausgegangen. Vorsitzender wurde der Münchner Chirurg Prof. Max Lebsche; die Organisation bauten auf Rechtsanwalt Walter Hemmeter und Oberstleutnant der Polizei a. D. Martin Riedmayr. Erwein v. Aretin war einer der Führer der monarchistischen Bewegung in Bayern vor 1933 gewesen; in zahlreichen Publikationen gestaltete er nach 1945 das Bild der Wittelsbacher als NS-Opfer.

<sup>100</sup> Frau des Staatssekretärs im Justizministerium, Hans Ehard.

[Gespräch mit Hoegner]

Die SPD ist gegen die Restauration der Wittelsbacher Monarchie, aber wenn die Mehrheit des bayerischen Volkes wünschen sollte, zu einer konstitutionellen Monarchie zurückzukehren, wird sie und auch Hoegner das akzeptieren<sup>101</sup>. Hoegner glaubt, daß eine Volksabstimmung über die Restauration jetzt fehlschlagen würde, daß die Monarchisten nicht mehr als 40% der Stimmen gewinnen könnten. Sollte [der Anteil] jedoch größer sein, so herrscht kein Zweifel, daß die SPD keine intransigente Opposition beziehen wird, weil die SPD in Bayern eine Minderheitspartei ist. Man erwartet nicht mehr als 35 oder höchstens 40% der abgegebenen Stimmen [für die SPD]. Das ist politischer Realismus. Auch wünscht die SPD keinen Separatismus, sondern eine Föderation, denn in einem separatistischen Bayern hätten die Arbeiter am härtesten zu leiden. Es ist ganz klar, daß Hoegner über die Organisation der monarchistischen Partei aus verschiedenen Gründen glücklich ist. Es ist ein Schlag gegen die Bayerische Volkspartei bzw. die CSU, die nach derzeitigen Schätzungen bestenfalls um 50 oder vielleicht 60% der Stimmen erhalten könne<sup>102</sup>. Glaubt, daß die Monarchisten ca. 30 bis 35% der Stimmen erreichen und damit Müllers CSU stark beschneiden würden.

Er hält die Monarchisten für verlässliche Leute, vernünftig und demokratisch, Redwitz, Hirschberger, Lebsche und andere. Sie wollten sehr ernsthaft eine Demokratie, die konservativ, aber nicht notwendig reaktionär im Sinne Hugenburgs oder Fritz Schäffers wäre. Ihre Propaganda sei unbeholfen; weder er noch seine Freunde seien in irgendeinem Sinne über das Anwachsen der Königspartei beunruhigt, von der sie annehmen, daß sie stark sein wird. Er glaubt, daß der Ständekammer-Gedanke ein bißchen mittelalterlich sei und daß seine Partei auf einem Oberhaus in der Form eines Senats bestehen würde. Auch das Gottesgnadentum dürfe man nicht zu buchstäblich nehmen, nur als religiöse Begründung der Monarchie. Die alte bayerische Monarchie sei immer liberal und ausgesprochen demokratisch gewesen – und diese historischen Erinnerungen seien immer noch sehr lebendig. Die alte Monarchie sei äußerst beliebt in diesem Land gewesen. Es gebe hinter dieser Partei keine Militaristen (obwohl viele von diesen wahrscheinlich für sie stimmen würden). Kronprinz Rupprecht sei zwar im letzten Krieg Generalfeldmarschall gewesen, habe aber als erster 1918 eine Erklärung abgegeben, daß Deutschland den Krieg verloren habe. Seine Stellung habe er nur der Tatsache verdankt, daß er ein Prinz gewesen sei, weiter nichts<sup>103</sup>.

Einer der Gründe, warum Hoegner die monarchistische Partei begrüßt, ist die Niederlage, die sie aller Wahrscheinlichkeit nach der CSU bereiten wird. Sie wird ihr Stimmen abnehmen. Sagt, Schäffer sei ausgesprochen monarchistisch und Ehard auch. Es gebe drei Flügel in der gegenwärtigen CSU, die nicht wirklich miteinander auskämen.

1. Die Dr. Müller-Gruppe, ein linker Flügel aus Liberalen und Arbeitern<sup>104</sup>. Konservative Liberaldemokraten.

2. Dr. Schäffer und die alte Gruppe der Bayerischen Volkspartei.

3. Horlacher, der den Bauernflügel in der Union stärken oder ihn sogar zu einer unabhängigen politischen Partei machen will. Wenn dies geschähe, würde die Union um den größten Teil ihrer jetzigen Bauernstimmen kommen.

Er glaubte, die Monarchisten könnten etwa 30% dieser Stimmen von [der CSU] wegneh-

<sup>101</sup> Die Frage der Monarchie wurde nach dem Verbot der Königspartei in Bayern indirekt in der Diskussion über die Einrichtung eines Staatspräsidentenamtes in der Verfassung (auch diese Diskussion war eine Reprise der Zwischenkriegszeit) ausgetragen. Hoegner und der BVP-Flügel der CSU waren dafür, deren Vorsitzender mit seinem fränkischen Anhang und die Mehrheit der SPD dagegen. Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 253 ff.; Berberich, a. a. O., S. 64 ff.

<sup>102</sup> Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 30. 6. 1946 wurden 57% der Stimmen für die CSU, 29% für die SPD abgegeben.

<sup>103</sup> Vgl. Sendtner, a. a. O., S. 356 ff.

<sup>104</sup> Im Orig. „the liberal worker left wing group“.

men. Dr. Müller würde dann ein kleiner Fisch<sup>105</sup> werden [. . .] Jetzt, sagt Hoegner, hätten Müller und Schäffer vereinbart, den Monarchisten halbwegs entgegenzukommen, indem in der bayerischen Verfassung ein Staatspräsident vorgesehen würde, der die Minister ernennen soll. Staatspräsident solle Prinz Rupprecht werden, und auf diesem Wege wolle man zu einem späteren Zeitpunkt zur Monarchie zurückkehren<sup>106</sup>. Dies sei die Plattform, auf der sich Schäffer-Müller geeinigt hätten, und dieser Staatspräsident sei der erste Schritt zur Monarchie.

### II. 3. 6 Unordnung in Franken [Notizen, April 1946]

Neben den administrativen Schwierigkeiten der Amerikaner wurde Dorn auf dieser Reise vor allem mit rechtlosen Zuständen konfrontiert: Überfälle der DPs (der im Dritten Reich nach Deutschland verschleppten Ausländer), Schwarzer Markt, Überforderung der Wirtschafts- und Sozialverwaltung durch den Zustrom der Flüchtlinge, unzureichende treuhänderische Verwaltung der von der Militärregierung beschlagnahmten Vermögen. Zugleich dienten Dorn die Erfahrungen in solchen Gesprächen auch als Quelle für die Einstellung der Offiziere und Behördenleiter.

#### Alzenau.

Hauptmann Neumann und [Hauptmann Harry C.] Morley; der erste sah wie ein Preisboxer aus, Berufsoffizier, 30 Jahre alt, wachsam, aufgeschlossen, unruhig, wohlinformiert über seinen Landkreis und seine Einwohner, 45 Gemeinden. Erwähnte den Fall einer Gemeinde, welche die Militärregierung um die Ernennung eines Bürgermeisters bat, um sie von der Pflicht einer Wahl zu entbinden; CSU-Majorität. Gute Beziehung zur [US-] Truppe, aber er hat einen unfähigen Landrat, dem andere nachsagten, er sei vollkommen unzuverlässig. Neumann scheint politisch nicht allzu geschickt, mochte aber seine Aufgabe und wollte bleiben. Hoffte, das werde ihm gestattet werden. Am interessantesten war seine Bemerkung, daß ein hiesiger katholischer Priester gesagt habe, daß jeder aus seiner Gemeinde ausgeschlossen werde, der nicht CSU wähle. Erwähnte auch den Fall einer Bande von farbigen Deserteuren der US-Armee, die im Kreis geplündert hätten, aber gefangen wurden. [. . .]

#### Aschaffenburg.

Fall eines Schwarzmarkt-Lastwagens jüdischer DPs mit zwölf Säcken Kaffee und mehreren hundert Zigarettenschachteln [auf dem Weg vom Lager Regensburg nach Frankfurt]; Lastwagen sichergestellt, aber der Frankfurter Verbrecher ist noch nicht gefunden worden. – [. . .] Kommunisten geben an, Priester ließen in kleinen Gemeinden die Leute Erklärungen unterschreiben, daß sie bei der Wahl für die Konfessionsschule stimmen. Geistlichkeit in der Politik. Man muß CSU wählen, wenn man sich einen guten Katholiken nennen will. – [. . .] Vermögenskontrolle, Skandal: Es gibt keinen Stab, der beaufsichtigen würde, was da eigentlich vor sich geht. Vermögen[skontrolle] sollte man wieder loswerden und in deutsche Hände zurückgeben – wir können diese Vermögen einfach nicht behandeln.

#### Ochsenfurt.

Hauptmann [William S.] Lowell [über] CSU: Man muß CSU wählen oder man muß sich vor Gott verantworten. Der Überprüfungsausschuß nach [Militärregierungs]gesetz Nr. 8<sup>107</sup>

<sup>105</sup> Im Orig. „small potato“.

<sup>106</sup> Unzutreffend; Müller hat dieser Position des BVP-Flügels seiner Partei nicht zugestimmt.

<sup>107</sup> Nach der Regulation Nr. 1 unter Militärregierungsgesetz Nr. 8 waren deutsche Vorprüfungsausschüsse bei den Oberbürgermeistern und Landräten zu bilden, die Einsprüche von Personen, die von der Militärregierung im Rahmen der Entnazifizierung entlassen oder disqualifiziert worden waren, begutachten sollten. Entschieden sie negativ, war der Einspruch abgelehnt; wurde er hingegen von ihnen befürwortet, so entschied die Militärregierung, ohne an das Votum des Vorprüfungsausschusses gebunden zu sein.

läßt Nazis durchkommen, denn natürlich sind es keine Nazis; befürworten beinahe jeden Nazi im Kreis. – [Lowell ist] wachsam, nervös, mißtrauisch; will nach Hause gehen, wenn er demobilisiert wird; will auf keinen Fall bleiben. Hat keine genaue Anweisung, was von ihm an Überwachungsaufgaben erwartet wird. Keine Liste der Aufgaben, meint, daß es präzisere Beschreibungen der Pflichten geben sollte. Spricht die meiste Zeit über Entnazifizierung. Der Landrat ist im Gefängnis, weil er Milch und andere Nahrungsmittel auf dem schwarzen Markt eingekauft hat. [ . . . ]

#### Ansbach.

Der König des schwarzen Marktes. Kommt aus Berlin. Am 2. Mai 46 bot er dem Hauptmann in der hiesigen Einheit 400 in bar für ein Radio, das man in den Staaten für 50 Dollar kaufen kann. [ . . . ] Büroangestellter der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Offiziersrang. Läuft mit 4000 Dollar in bar in der Tasche herum, prahlt vor den Mannschaften über einen Diamantenring (für drei Schachteln Zigaretten) und eine Armbanduhr, die er für einen Laib Komißbrot bekam. War acht Tage hier, seit dem 27. 4. Demoralisieren der Einfluß auf die Leute. Und er ist bei der Polizeiabteilung und soll für die Unterdrückung des Schwarzen Marktes sorgen! Hier gibt es nicht allzu viel Schwarzmarktgeschäfte; Haight greift sich die Leute heraus, Tipping bekämpft sie seit Monaten<sup>108</sup>; die Mannschaften wurden wiederholt gewarnt. Ziemlich gut unter Kontrolle.

#### Gunzenhausen.

Die UNRRA<sup>109</sup> soll den DPs die Fahrzeuge wegnehmen; sie haben keine Führerscheine und keine Wagenpapiere. Jedes DP-Lager hat hunderte von Autos; keine Benzinzuteilung. Wenn man Unberechtigten die Autos wegnimmt, gibt es immer Streit mit UNRRA. Mit diesen Autos machen sie Überfälle bei Deutschen wie in Lauf. – Einheit der Luftwaffe: beschäftigt zahlreiche polnische Polizeikräfte, die sie nicht kontrollieren kann. [ . . . ]

#### Coburg.

Grenzverletzungen und Schwarzer Markt überlasten die Gerichte. Drei Chinesen mit mehr als 10 000 Zigaretten wurden gefangengenommen. Großer Schwarzer Markt; Wasser-rationierung. Berufungen und neuerliche Überprüfung Entnazifizierter. Jeden Tag kommen Russen über die Grenze. Zusammenarbeit mit russischen Verbindungsstellen ist nicht befriedigend. [ . . . ] Russen schossen auf einen Bauernhof. Wollen Nahrungsmittel, Schnaps, Beute. Kommen nachts. Eine Frage der Truppendisziplin, aber Deutsche sind davon betroffen. Sie suchen auch Informationen über Truppenstärke, Bewaffnung. – [ . . . ] Die Offiziere dieses Regierungsbezirks sind wütend auf [die Offiziere der Landesmilitärregierung in] München, weil diese nicht aufs Land hinausgehen und dessen Probleme nicht kennen. – Eigentlich sollten die deutschen Gerichte Schwarzmarktfälle behandeln, aber es braucht bei ihnen acht Wochen, bis Anklage erhoben wird. Ergebnis: Überfüllung der Gefängnisse. 75% der Fälle von Grenzverletzungen sind Schwarzmarktfälle, welche die Amerikaner an sich gezogen haben. Das bedeutet für beide Einheiten eine unvorhergesehene Last. – Große Vermögenskontrolle. Coburg ist diese Verantwortlichkeit noch nicht abgenommen worden<sup>110</sup>. In einer Woche werden 28 Vermögen übernommen; in

<sup>108</sup> Col. E. M. Haight, Militärgouverneur für den Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken, Tipping wahrscheinlich sein Offizier für öffentliche Sicherheit.

<sup>109</sup> United Nations Relief and Rehabilitation Administration (1943–47) diente der Betreuung der Flüchtlinge und Verschleppten (der sog. Displaced Persons) in den von den Alliierten besetzten Gebieten.

<sup>110</sup> Im Zuge des Übergangs zu indirect rule wurde den Kreismilitärregierungen auch die Kontrolle der im Zuge der Entnazifizierung gesperrten Vermögen entzogen und auf Landesebene konzentriert. März bis Mai arbeitete die Landesregierung dann an der Errichtung eines Landesamts für Vermögensverwaltung, um das örtliche Treuhänderwesen unter Kontrolle zu bringen.

Kronach letzten Monat beinahe 90 Vermögen. Der Kronacher Kontrolloffizier muß das machen: 550 Kontrollfälle, davon 210 mit Treuhänder, der Rest direkt durch die Militärregierung. Niemand [vom Hauptquartier] ist herausgekommen, um die Vermögenskontrolle zu überprüfen. München hat keinen Begriff vom Umfang der Vermögenskontrolle. Füllt in einem Kreis einen Mann [der Militärregierung] ganz aus. Korruption ist unvermeidlich unter diesen [Bedingungen]. – Einfache Soldaten können nicht autofahren. Man bekommt keine Priorität für qualifiziertes Personal. Weder in Coburg noch in Kronach [hat die Militärregierung] irgendwelche Zeit für Nachrichtendienst und Beobachtung. Erhoffen Reduzierung der Aufgaben: Lockerung der Vermögenskontrolle, Überführung der Entnazifizierung in deutsche Hände. Kronach wird mit zwei Mann in der Einheit nicht auskommen. Hauptmann Norton hat in Coburg Schwarzmarktwaren im Wert von 3 Millionen aufgedeckt. – Ehard<sup>111</sup>: unterbezahlte und unqualifizierte Gefängnisbeamte. Die Grenzpolizei hat seit Januar kein Gehalt bekommen. Nichts ist geschehen, um Gefängniswärter auszubilden. Zwei Wärter, sechs Wächter: entlassen wegen Unwirksamkeit.

Franklin aus Hersbruck und Humphrey aus Lauf<sup>112</sup>.

Keine Zeit für die wesentlichen Pflichten. Die Aufgabe wird härter. Schwierigkeiten zu erwarten. [Die Abteilung für] öffentliche Sicherheit bekämpft gesetzwidriges Verhalten polnischer DPs. Beutezüge gehen los. Sie tragen amerikanische Uniformen, sind bewaffnet, fahren unsere Autos. Landjägerei und Stadtpolizei: Lage hoffnungslos. Überfälle auf einsame Höfe, Frau und Kinder geschlagen, Haus ausgeplündert, Waffen. Bevölkerung verlangt, daß die höheren Polizeidienststellen wegen der Ernährungslage [eingreifen].

Der Landrat von Lauf<sup>113</sup>.

Mangel an Unterstützung durch die Militärregierung und an Recht und Ordnung. Sagte, es seien immer noch mehr als 1000 DPs da. Die Bevölkerung verstehe das nicht. Überfälle seien zwar zurückgegangen, aber gerade in den letzten Tagen wieder schlimmer. Fahren in Jeeps mit Feuerwaffen herum, arbeiten nicht, tragen amerikanische Uniformen. DPs machen Schwarzmarktgeschäfte mit ihren Nahrungsmitteln. Sagt, es gebe viel vermeidbare Unordnung. Rowdytum amerikanischer Soldaten. Überfall auf den Bürgermeister von Lauf, [der im] KZ [war], zusammengeschlagen. Schulrat (ein Demokrat) zusammengeschlagen, noch ein dritter zusammengeschlagen. 17 weitere Zwischenfälle. Vertrauen in die US-Besatzung untergraben. Der Landrat bekommt nichts als Versprechungen. Das untergräbt demokratische [Bestrebungen. Die Leute] werden gefühlsmäßig Nazis; keine Möglichkeit mehr, sie zu beeinflussen. Will zurücktreten. Wenn wir keine Autorität haben, soll es doch die Militärregierung machen. Deutsche wollen ihre Zuständigkeit wieder an die Militärregierung zurückgeben. Ernährungslage: hoffnungslos. Sie bekommen mehr Flüchtlinge pro ha, als sie ernähren können. Mehl nur noch für weniger als eine Woche. Überprüfung der größten Höfe [. . . ergab], daß es keine übertriebene Nichtablieferung bei den Bauern gibt. Fabrikarbeiter und Flüchtlinge hungern. Seit fünf Wochen kein Regen: Es wird überhaupt kein Mehl geben. Es wird kaum eine Ernte geben. Major Humphrey ist ziemlich hoffnungslos bezüglich der Ernährungslage. [. . .]

Hersbruck.

Die DPs machen dasselbe: Rauben, Schlagen. Letzte Nacht ein Beutezug. DPs raubten das deutsche Flüchtlingslager aus. 20 Soldaten [von uns dabei], Verdruß. Ernährungslage ist dieselbe, kein Getreide, keine Schuhe. Viele Familien schicken ihre Kinder nicht in die Schule, weil sie keine Schuhe und Kleider haben. Schwierigkeiten zwischen Franken und

<sup>111</sup> Offenbar Zwischenschaltung einer Information des Staatssekretärs im Justizministerium.

<sup>112</sup> Kreismilitärgouverneur in Hersbruck war Major F. M. Dunbaugh, in Lauf Captain E. N. Humphrey.

<sup>113</sup> Der Kaufmann Kurt Böhmer (SPD) war 1946–52 Landrat in Lauf.

München. Der Flüchtlingsminister<sup>114</sup> ist „zuständig und macht seine Sache schlecht. – Arbeitsverteilung. Roßhaupter<sup>115</sup> hat Arbeits[amt] in Südbayern, aber nicht in Mittelfranken. Kein Offizier für Vermögenskontrolle in Hersbruck: bis Juli. Sie machen es, so gut sie können, aber es sei hier schlecht gelaufen (alles nur wegen des Abzugs der Leute von der Vermögenskontrolle). Juden: sollen in der Synagoge von Bamberg ein Schwarzmarktlager haben. Prestigeverlust der örtlichen Militärregierung. Machen aus den Deutschen Feinde. Unser Prestige ist so ziemlich weg. Humphrey geht nach Hause, weil er nicht auf einem sinkenden Schiff ausharren will. Mangel an Unterstützung durch München. Humphrey versuchte, unsere Politik in Sachen öffentlicher Veranstaltungen herauszufinden; Uston<sup>116</sup> gab schlechte Auskunft. Ekel über Propaganda. Er verfährt jetzt nach dem gesunden Menschenverstand. Wandel in der Einstellung der Leute. Prestige [hängt ab von] DP und dem Verhalten unserer eigenen Truppen. Örtliche Offiziere: Wenn sie von den Leuten gefragt werden, können sie keine Auskunft geben; gehen dann nach München, und dann kommt die Antwort zu spät. Keine Handlungsvollmacht. Die Bayerische Regierung funktioniert am Ort ebenfalls nicht so, wie sie sollte. [. . .]

Landrat [Max] Walther, [SPD] Pegnitz.

Einquartierung [der Flüchtlinge]: Mangel an geschulten Beamten; es fehlen viele; man muß sie von der Straße ersetzen. In Bayreuth kämmen sie alle Arbeiter [aus den Flüchtlingen] heraus und schicken nur Frauen und Kinder weiter. Seifried<sup>117</sup> dafür verantwortlich. Jüdische DPs, jetzt als Treuhänder eingesetzt, mißbrauchen ihre Stellung. Berichte darüber haben eine Untersuchung in Gang gebracht. Revirement bei 31 aus der Gruppe der 141 jüdischen Treuhänder. Fürsorgewesen enorm: 750 000 RM, aber 400 000 RM von der bayerischen [Regierung]. In Pegnitz gibt es 10 000 Flüchtlinge bei 27 000 ansässigen Einwohnern. Kleinbauern. [. . .] Wie man zusätzliche 5000 aus dem Süden noch unterbringen soll, [ist eine offene Frage]. Genügend Landarbeiter, benötigt werden Bauarbeiter. Verkleinerte Rationen sind eine Härte für die Bergleute. Ablieferung ist schlecht. – Jugendproblem. Jugend ist unzufrieden, kein „Anschluß“, in den Nazismus gezwungen, gedrillt [und nochmals] gedrillt im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht, haben nichts gelernt, fühlen sich verlassen. Niedrige Gesinnung der Jugend. Kein Sinn für Gesetz und Recht, allenfalls Sport und Tanzen. Die Jungen gehen auch nicht zu Parteiversammlungen. [Nur] SPD bekommt junge Leute. Walther nicht erbaut über die Münchner Regierung. Die Ministerien arbeiten für sich. Seifried sei zwar jünger als Walther (72), aber seniler. Bayreuth<sup>118</sup> sei oberflächlich und schwach. Zu kommunistisch. Suche nach Beamten, die richtig Deutsch schreiben können. Geistiger Niedergang. Neue Zeitung: „geistige Verödung“ von den anderen Zeitungen. [. . .]

Ansbach. [Landrat Richard] Neff in Anwesenheit von Haight und Whittaker<sup>119</sup>: 15 [000] Flüchtlinge bei 33 [000] ansässigen Einwohnern. 82 Gemeinden, 11 Unterbezirke. Nach Ansbach und Lauf kommen Einzelflüchtlinge; das Ministerium hat dies mit Absicht getan. Der Flüchtlingskommissar und der Landrat kommen miteinander aus. Finanzierung bietet keine akuten Schwierigkeiten. Ernährung: Getreideablieferung wird nicht boykottiert,

---

<sup>114</sup> Der zuständige Minister war Innenminister Josef Seifried (SPD); gemeint ist wahrscheinlich der im Nov. 1945 eingesetzte Staatskommissar für das Flüchtlingswesen Wolfgang Jaenicke, früher Regierungspräsident von Breslau und Potsdam, MdR der Staatspartei und Berater Tschiang Kai Sheks für Verwaltungsreformfragen.

<sup>115</sup> Arbeitsminister Albert Roßhaupter (SPD).

<sup>116</sup> Offenbar ein Offizier der Informationskontrollabteilung der bayerischen Landesmilitärregierung.

<sup>117</sup> Vgl. Anm. 114. Max Walther aus Lauf war nur von Januar–Mai 1946 Landrat in Pegnitz.

<sup>118</sup> Gemeint ist die oberfränkische Bezirksverwaltung.

<sup>119</sup> Vgl. Anm. 108. Lt. Col. W. R. Whittaker war Gouverneur im Stadt- und Landkreis Ansbach.

aber es gibt noch Kartoffeln hier. (Die Vorwürfe der Zeitungen über hohe Ablieferungsverweigerungen treffen hier nicht zu). – In der Landkreisverwaltung sei jetzt ein besseres Personal als unter dem Nazi-Regime. Das trifft auch auf andere Landkreise zu. Neff tobte nicht gegen die Entnazifizierung. – Hier hat es in den letzten 5 Monaten kein DP-Verbrechen gegeben, weil die Militärregierungsbeamten die Aufgabe der Militärpolizei, die von den taktischen Truppen vernachlässigt wurde, übernommen haben. – Schwierigkeiten mit den DPs in Ansbach-Stadt: Die Stadt muß für die Armee und die DPs aufkommen, und die letzteren kosten sehr viel mehr als die Militärregierung. Große Arbeitslosigkeit [...] 15 000 Flüchtlinge arbeiten nicht. Arbeitsamt will diese Leute in die Landwirtschaft pressen. Aber Mangel an Schuhen und Kleidung. Sie wollen ihre Arbeit nicht tun. Die Flüchtlinge arbeiten nicht – sie sehen den Bauern bei der Arbeit zu. Sand im landwirtschaftlichen Getriebe – Problem der Wohlfahrtsverwaltung: hohe Kosten für die Flüchtlinge. Den Kriegsverletzten kann man nicht helfen. Sie bekommen nichts: Ein Soldat ohne Beine bekommt nichts. Die Wohlfahrtsunterstützung muß er zurückbezahlen. Viele Hundert arbeitsunfähig. [...] Neff] warnt vor verfrühtem Rückzug der Militärregierung aus dem Landkreis, wie ihn Whittaker voraussieht. Übermäßige Eingriffe der bayerischen Regierung; der Landkreis sei nicht frei, die bayerische Regierung habe die Kontrolle wirklich in der Hand. Hoegner gehe in der Entnazifizierung weiter als die Militärregierung. Hoegner: Jeder, der in der Partei war, ist zu suspendieren, auch wenn die Militärregierung ihn überprüft und annehmbar befunden hat. In einem solchen Fall hat Neff die Suspendierung von vier Bürgermeistern durch Hoegner ignoriert. Jedermann fürchtet sich davor, ein öffentliches Amt zu übernehmen, wegen Fragebogen etc. Hoegners Anweisung wurde in der Münchner Militärregierung erst nach vier Wochen bekannt. – [...] Wir zwingen die Rechte in die CSU, indem wir keine Partei rechts der CSU erlauben. Die CSU hat jetzt in Ansbach 83%. Es müßte eine weitere Rechtspartei geben. [...] Neff hat einen Vertreter der Flüchtlinge, der ihn informiert. Ihm liegen keine Klagen der Flüchtlinge über die einheimische Bevölkerung vor. Neff glaubt, daß die Flüchtlinge politische Rechte haben sollten. Ihre Stimmen würden in Ansbach die SPD stärken. Der Landrat wird in den nächsten vier Jahren sowohl für die Flüchtlinge wie für die, die von diesem Landkreis abhängen, zu sorgen haben, aber er wird nur von den Einheimischen gewählt. Das ist keine gesunde Sache. Die Lage wird den Landrat zwingen, viele Dinge gegen die [Interessen der] einheimischen Bevölkerung zu unternehmen. Ein Landrat, der sich nur um seine Wiederwahl kümmert, wird gegen die Interessen der Flüchtlinge und der Leute außerhalb dieses Kreises, die ernährt werden müssen, arbeiten.

## II. 4 Aufklärung gegen Reaktion

Am Ende seiner Reisen als Adcocks Berater zog Dorn die Schlußfolgerung, daß die polizeimäßige Entnazifizierung keine politische Perspektive habe, solange sie nicht von einer breiten Kampagne zur politischen Bildung und Mobilisierung begleitet werde. Im Unterschied zu den offiziellen Vertretern der frühen Reeducation<sup>120</sup> glaubte Dorn jedoch weder an die Wirksamkeit unmittelbarer Übungen in gemeindlicher Diskussion und Demokratie durch Stadtforen und Bürgerinitiativen noch an eine von der Militärregierung gesteuerte liberale öffentliche Meinung, weil ihm beides ganz anderen soziokulturellen Verhältnissen aufgepfropft erschien. Diese mußten jedoch unter der von OMGUS forcierten Abhaltung von Wahlen einen unwiderstehlichen Einfluß auf die politischen Institutionen ausüben. Vielmehr könnten bleibende Erfolge nur durch eine Aktivierung und Koordinierung der deutschen kulturellen Eliten erzielt werden. Sie sollten ermuntert und aus der Provinzialität der vergangenen Jahre herausgerissen werden, um ihrerseits zum Zentrum einer innerdeutschen Aufklärung gegenüber der ‚antidemokratischen Reaktion‘ zu werden. Dazu diente der in die Form eines politischen Aufsatzes gekleidete Vorschlag, einen Kulturrat zu institutionalisieren, sozusagen einen Senat für kulturelle Erneuerung und Aufklärung, eine Art Illu-

<sup>120</sup> Vgl. Anm. 15.

minatenagentur<sup>121</sup>. Dieser Vorschlag war bereits in OMGUS mit den zuständigen Abteilungen abgeklärt worden und hatte die Zustimmung von Gen. Robert A. McClure (Informationskontrolle), Oberstleutnant John D. Taylor und seines Stellvertreters Dr. Thomas Alexander (Erziehung), Botschafter Robert D. Murphy (Politische Abteilung) und im Grundsatz auch von Henry Parkman (Innenressort) gefunden<sup>122</sup>. Wie üblich warnte Dorn vor direkter amerikanischer Einmischung und wollte den Deutschen bei der Verwirklichung möglichst weitgehend freie Hand geben. Der Vorschlag wurde nicht realisiert: Offenbar ist er im Zuge der Verfassungsgebung der Konstruktion des bayerischen Senats zum Opfer gefallen. Ersatzweise wurde versucht, unter Waldemar v. Knoeringen in der bayerischen Staatskanzlei eine Zentralstelle für politische Bildung zu schaffen, welche die öffentliche Meinung beobachten, Träger der politischen Bildung unter den Organisationen aussuchen und Referenten vermitteln sollte<sup>123</sup>. Der Plan wurde von der Erziehungsabteilung der bayerischen Militärregierung befürwortet, von Gen. Muller jedoch OMGUS zur Entscheidung überwiesen. Dorn empfahl ihn Clay mit der Maßgabe, zur Kontrolle einen Referentenausschuß in der Militärregierung zu bilden<sup>124</sup>. Clay lehnte aber offenbar den ganzen Plan ab, weil er das Informationswesen vom Staat trennen wollte<sup>125</sup>. Dadurch ist eine eigenständige Organisation der politischen Bildung unter den Deutschen stark verzögert worden.

[Denkschrift vom 22. Mai 1946]

*Die antidemokratische Reaktion in Bayern und ein Vorschlag für einen Kulturrat.*

I a. *Vorbemerkungen.* Nach einem Jahr intensiver Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die keinen Zweig des deutschen Lebens ganz unberührt gelassen haben, gewinnen antidemokratische und reaktionäre Kräfte wieder an Stärke. Es kristallisiert sich eine neonazistische, nationalistische und militaristische Einstellung heraus. Das gilt besonders für Bayern, das konservativste Land der US-Zone, worüber eine ausführlichere Erörterung dieser Vorlage beigegeben ist<sup>126</sup>. Die „Ordnungszelle Bayern“ – ein deutscher Ausdruck für die bayerische Reaktion, die [...] Hitler ermöglichte – bildet sich von neuem. Das ist ersichtlich in den ländlichen Gemeinden wie in den Großstädten, unter den Lehrern, die entnazifiziert worden sind, im Beamtentum sowohl in München wie auf dem Land, in den Universitäten nicht weniger als in den bayerischen Kirchen beider Konfession.

Diese bayerische Reaktion drückt sich in einer ostentativen Sympathie für hinausgeworfene Nazis aus, in der notorischen Neigung, demokratische Institutionen, die ihr als fremd und korrumpierend gelten, lächerlich zu machen, in der Unpopularität der Regierung Hoegner und in den vergiftenden Flüsterkampagnen gegen diesen<sup>128</sup>, die von bestimmten Mitgliedern der CSU systematisch organisiert werden, in einer stillen und verdeckten Sabotage von Seiten des bayerischen Beamtentums, in einer bayerischen Variante einer „Deutsch-Nationalen“, chauvinistischen und antiamerikanischen Propaganda in weiten Kreisen, in einer psychischen Weigerung, die tieferen Ursachen der deutschen Katastrophe zu verstehen, in ausgeprägtem Fremdenhaß, der sich gegen die Evakuierten und Vertriebenen wendet, in einer heftigen Anklage der liberalen „Preußen“, die in den Münchner Ministerien beschäftigt sind, und in jener Empfindung, die der amtsenthobene Rektor der Universität München Rehm<sup>129</sup> mit den Worten ausge-

<sup>121</sup> Man beachte Dorns Assoziationen an das 18. Jahrhundert in der Denkschrift.

<sup>122</sup> Dorn an Clay, undat. handschriftlich, als Begleitschreiben zu der folgenden Denkschrift.

<sup>123</sup> Notizen eines Gesprächs mit Waldemar von Knoeringen vom 6. 8. 1946 (Wiedergabe des wesentlichen Inhalts in Abschnitt II.1 der Denkschrift in III.2).

<sup>124</sup> Memorandum Dorn an Clay vom 12. 8. 1946 „Office of Political Education in Bavaria“.

<sup>125</sup> Vgl. Anm. 17.

<sup>126</sup> Siehe Abschnitt II dieser Denkschrift.

<sup>127</sup> Im Orig. steht: „nach 1923“.

<sup>128</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 245 ff.

<sup>129</sup> Prof. Albert Rehm, Ordinarius für klassische Philologie, war Mitte März entlassen worden, nachdem gegen ihn der Vorwurf, dem Stahlhelm angehört zu haben und mit Militaristen zusammenzuarbeiten, erhoben worden war. Zur Personalsituation an der Universität München vgl. Trend (Hrsg. von ICD OMGB) Nr. 1 vom 30. 5. 1946, S. 9 ff.

drückt hat, die Deutschen könnten vom Ausland nichts lernen. Weil die Haltung so allgemein verbreitet ist, ist sie viel gefährlicher als einzelne Werwolf- oder Edelweiß-Abenteurer<sup>130</sup>. Sie dringt überall ein und hat auch die demokratischen politischen Parteien schon in unterschiedlichem Ausmaß berührt. Man begegnet ihr bei vielen bayerischen Sozialdemokraten und bei den Liberalen, die sich im Unterschied zu den Liberalen anderer Länder nicht vereinigen konnten<sup>131</sup>. Die bayerische CSU bietet nicht einmal [auf dem Papier] eine Gegenkonzeption: Ihr Führer ist sogar besonders stolz darauf, überhaupt kein Programm zu haben.

Diese Reaktion festigt sich trotz einer freien Presse, weil diese, zumeist in Händen von Sozialdemokraten, sich nicht an den besonderen Charakter dieser bayerischen Mentalität wendet. Auch die vollständigste Berichterstattung über die Nürnberger Prozesse macht keinen Eindruck auf die bedeutendsten Kräfte des bayerischen Volkes. Diese Reaktion formiert sich mitten in den neuen Parteien, die in Wirklichkeit die alten Parteien sind und von alten einfalllosen Berufspolitikern geführt werden, weil diese Parteien aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, keine Resonanz im Volk gefunden haben<sup>132</sup>. Weder entsprechen sie der Sozialstruktur des Landes, noch vertreten sie – mit Ausnahme der CSU – die Gedanken, Gefühle und Wünsche des bayerischen Volkes. Wie die neue lizenzierte Presse haben sie noch keine Wurzeln in den Massen geschlagen; sie sind etwas Künstliches, nichts Spontanes. In einigen Gebieten geht die Parteimitgliedschaft sogar zurück. Die große Mehrheit der Bayern, insbesondere auch die Intellektuellen, halten sich fern von diesen politischen Parteien wie auch von einer aktiven Teilnahme an der Regierung Hoegners.

Man kann auf die Kritik des Londoner „Economist“ vom 6. April 1946<sup>133</sup>, daß man das Problem der Entnazifizierung im ganzen negativ angepackt habe, kaum eine gute Antwort geben. Die Entlassung aktiver Nazis aus öffentlichen Ämtern, aus führenden Stellungen im Wirtschaftsleben und aus sozialen und erzieherischen Institutionen war eine notwendige Polizeimaßnahme. Diese Polizeimaßnahme ist in der US-Zone mit bemerkenswertem Erfolg gründlich ausgeführt worden. Aber sie war nur ein Mittel zum Zweck selbst. Jetzt, da seit dem 5. März 1946 dieser ganze Vorgang in deutsche Verantwortung übergegangen ist<sup>134</sup>, ist zu befürchten, daß dieses ganze Experiment fehlschlagen könnte, wenn es nicht von einer Erziehungskampagne begleitet wird, die mit gleicher Erfindungskraft, Intensität und Energie unternommen wird. Diese Kampagne entspringt deutscher Initiative und muß auch in deutscher Verantwortung bleiben.

Es gibt politisch verlässliche und gebildete bayerische Männer und Frauen, die ein solches intensives Erziehungsprogramm vorwärtstreiben können, und sie sind bereit, die Initiative zu ergreifen. Es sind einzelne, die davon überzeugt sind, daß die Erziehung des deutschen Volkes zu demokratischen Auffassungen von aktiven Deutschen selbst unternommen werden muß. Unglücklicherweise leiden diese Einzelnen jetzt unter der Zersplitterung ihrer Kräfte wie auch unter Diskriminierung und Sabotage von Seiten der Ministerialbürokratie, der nur zu häufig jede Sympathie für ihre Unternehmungen fehlt. Berichte über den feindseligen bürokratischen Widerstand gegen ihre Bemühun-

<sup>130</sup> D. h. noch nicht ausgehobene Nazi-Widerstandsnester.

<sup>131</sup> Erst am 15. 5. 1946 wurde aus 30 zersplitterten und meist kleinen lokalen Gruppen ein Landesverband der FDP in Bayern gebildet. Besonders verzögernd und erschwerend hatte hier gewirkt, daß die CSU in der Ausprägung Josef Müllers beträchtliche Anziehungskraft auf die traditionell liberalen Gruppen ausgeübt hatte. Vgl. Berthold Mauch: Die bayerische FDP, Phil. Diss., Erlangen 1965, S. 18 ff.

<sup>132</sup> Vgl. dazu den Beitrag des G-2 der 3. US-Armee, Robert G. Neumann: The New Political Parties of Germany, in: Americ. Pol. Science Rev. 40 (1946), S. 749 ff.

<sup>133</sup> „The German Crisis“, Economist vom 6. 4. 1946, S. 527 ff.: „De-Nazification has removed one set of men but it has put nothing positive in their place.“

<sup>134</sup> Durch das Befreiungsgesetz vom 5. 3. 1946, vgl. III.

gen begegnen zu häufig, als daß man leicht darüber hinwegsehen könnte. Der bayerische Staat mit seinem schwerfälligen und teilnahmslosen Verwaltungsapparat ist selbst offensichtlich nicht die Institution, die eine solche Erziehungskampagne führen könnte.

b. *Der Kulturrat.* Der folgende Vorschlag beansprucht keine Vollständigkeit. Er wird nur als Anregung unterbreitet und kann von der Militärregierung oder auch von den Deutschen erweitert oder abgeändert werden. Die Sache ist schon ausgiebig in Kreisen der Intellektuellen in München und anderswo diskutiert worden und unterscheidet sich nicht grundsätzlich von einem ähnlichen Vorschlag, der in den Entwurf der geplanten Verfassung von Großhessen aufgenommen werden soll<sup>135</sup>.

Der vorgeschlagene Kulturrat soll keine demokratische Version eines Propagandaministeriums werden. Deshalb muß er vom Staat unabhängig sein, etwa in dem Sinne, wie die alte Münchener königliche Akademie [der Wissenschaften] vom bayerischen Staat unabhängig war. Er muß gleichermaßen von den politischen Parteien unabhängig sein, damit er nicht ein Werkzeug für die Propagierung von Gedanken und Interessen einer einzigen politischen Gruppe wird. Gleichwohl muß eine solche Institution die Unterstützung und das Vertrauen des bayerischen Staates haben. Nichts spricht gegen die Annahme, daß Ministerpräsident Dr. Hoegner und sein Kabinett einen solchen Kulturrat unterstützen würden. Unnötig zu sagen, daß ein solcher Rat und seine verschiedenen Ausschüsse unter dem forschenden Auge und der Kontrolle der Militärregierung handeln würden. Eine komplizierte Organisation ist nicht notwendig. In den Anfangsphasen braucht man nicht mehr als ein Sekretariat und eine Reihe von Arbeitsausschüssen, die der Vollversammlung des Rats verantwortlich wären. Am Anfang müßte der Rat selbst nicht mehr als zwanzig Männer und Frauen umfassen.

c. *Zusammensetzung und Tätigkeitsbereich.* Ein solcher Rat oder Senat würde seinen Sitz in München haben und sollte zunächst aus einheimischen Bayern zusammengesetzt werden. Weil heute so viele Evakuierte und Vertriebene in Bayern leben, müßten jedoch einige prominente Nicht-Bayern hinzugenommen werden. Eine kompromißlose demokratische Einstellung, die Achtung ihrer Landsleute und Leistung sollten die einzigen Auswahlkriterien sein. Die Kandidaten sollten von der Sonderabteilung der Abteilung für öffentliche Sicherheit OMGB gesiebt werden. Hier wird keine bestimmte Methode für die Ernennung der ersten Mitglieder vorgeschlagen. Die Beziehung eines solchen Rats zum bayerischen Staat könnte in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten definiert werden. Öffentliche Beamte wie der bayerische Staatsbeauftragte für Universitäten und der Referent für Theater, Film und Radio im Erziehungsministerium sollten nicht ausgeschlossen werden. Außerdem sollten die folgenden öffentlichen Institutionen vertreten sein: Universitäten und höhere Schulen, der süddeutsche Frauenring, verschiedene Vertreter der Presse wie Kästner und Schöningh<sup>136</sup>, je ein Vertreter jeder Religionsgemeinschaft einschließlich der jüdischen, der Juristen, der Ärzte, der Architekten, der Verleger, des Theaters, der Gewerkschaften, des Bauernbunds und der bayeri-

---

<sup>135</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der „Wirtschafts- und Kultursenat“, wie er in den Art. 43–49 des sog. „Königsteiner Entwurfs“ zur hessischen Landesverfassung (ausgearbeitet von Geilers Berater Ulrich Noack und Paul Kremer und im Namen der CDU im Juli 1946 vorgelegt) vorgesehen war. Er sollte sich aus je 18 Vertretern der Wirtschaft und der Kultur (4 Kirchen, 4 Universitäten, 2 Erwachsenenbildung und 2 Presse sowie 6 Einzelpersonlichkeiten) zusammensetzen und ein Einspruchsrecht im Gesetzgebungsverfahren haben, das nur durch  $\frac{2}{3}$ -Mehrheiten des Landtags bzw. durch Volksentscheide überwunden werden könnte.

<sup>136</sup> Erich Kästner war damals Feuilletonchef der amerikanischen „Neuen Zeitung“; Franz Joseph Schöningh Mitherausgeber der „Süddeutschen Zeitung“ und Herausgeber der katholischen Zeitschrift „Hochland“.

schen Jugend. Diese Liste kann je nach Lage verlängert oder gekürzt werden. Es könnte auch einen etwas größeren Beirat prominenter Bayern in beratender Funktion geben. Zu den Tätigkeiten des Rates sollte gehören:

1. Eingehende Beobachtung der bayerischen öffentlichen Meinung.
2. Ausarbeitung eines umfassenden Plans für eine demokratische Erziehung aller Klassen durch Vorträge, kulturelle Veranstaltungen in den Universitäten, Volkshochschulen und [sonstigen] Vereinigungen in München und auf dem Land.
3. Suche nach geeigneten Leuten, die fähig und willens sind, an der Ausführung dieses Plans mitzuarbeiten; z. B. politisch bildende Beiträge für die Provinzpresse zu schreiben.
4. Interne, nicht öffentliche Diskussionen in Vollsitzungen des Rates über Erfahrungen, Beobachtungen und Planungen.
5. Ernennung neuer Mitglieder des Rates durch Kooptation.

Ein solcher Rat kann in der gegenwärtigen Krise einen doppelten Dienst leisten: Er kann viel zur Erziehung und Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen, und er kann die fortschrittlichen Bayern und andere Intellektuelle aus ihrer Isolierung herausreißen und sie in den Dienst der politischen Erziehung drängen.

Walter L. Dorn

[Anlage]

*Politische Reaktion in Bayern.*

II *Hintergrund.* Die Sozialstruktur Bayerns ist ziemlich bekannt. Es ist die Heimat bäuerlicher Eigentümer kleiner Höfe, die plötzlich durch eine Invasion eigentumsloser Evakuierter und Vertriebener durcheinandergebracht worden ist. Der Feudaladel mit größeren Landgütern spielt nur eine geringe Rolle. Trotz einiger großer Industrien ist der verstärkte Bayer vorwiegend Kleinbürger und Handwerker. Ein großes, einflußreiches Industrieproletariat gibt es nicht; SPD und KPD sind Minderheiten. Das gilt auch für die bayerischen Liberalen, die sich im Gegensatz zu den Liberalen anderer Länder nicht vereinigen konnten. Hier wohnen die früheren Parteigänger Hitlers, die sich noch immer fast allgemeiner Sympathie erfreuen, ebenso wie Deutschnationale, auf die Kirche versessene Ultramontane, alte Armeeoffiziere und Bürokraten, die Bürgermeister und Landräte früherer Zeiten, der unverbesserliche Teil der Hitlerjugend – mit einem Wort: alle Feinde der Demokratie.

Bekanntlich ist der bayerische Katholizismus unverkennbar reaktionär. In den vergangenen Jahrzehnten war er offen imperialistisch und militaristisch. 1918, unwiderruflich 1920, hat sich die Bayerische Volkspartei von der katholischen Zentrumsparterie abgespalten, weil das Zentrum eine Koalition mit den Sozialdemokraten und den Liberalen gebildet hatte, die Bayerische Volkspartei aber immer antisozialistisch und antidemokratisch war. Wie Joseph Wirth und Heinrich Brüning gezeigt haben, ist der deutsche Katholizismus keineswegs ganz undemokratisch, aber die Bayern standen immer in offener oder geheimer Opposition gegen diese Weimarer Kanzler. Deshalb waren die Liberalen und Sozialdemokraten stets gezwungen, gegen eine politische Übermacht zu kämpfen. Zahlenmäßig waren sie nie stark genug, eine bayerische Regierung zu bilden. Die Weimarer Koalition – Zentrum, SPD und Liberale –, die jahrelang das Reich als ganzes, Preußen, Baden und Württemberg beherrschte, war in Bayern trotz 35% protestantischer Bevölkerung nie möglich.

Gegenüber der Besatzungsmacht zeigen die Bayern ihr verwurzelt Bajuwarentum und wollen nicht zugeben, daß auch sie durchaus verpreußt sind. Es gibt keine wesentlichen Unterschiede im Bild eines bayerischen und eines preußischen Unteroffiziers. Bayerische Kanzler wie Hohenlohe und von Hertling waren nicht weniger imperialistisch als von Bülow und die Preußen; auch Gessler, der die geheime Wiederaufrüstung unterstützte, war ein Bayer. König Ludwig III. war einer der intransigentesten Annexionisten im Ersten Weltkrieg. Für den bayerischen Ministerpräsidenten Kahr war die Weimarer

Republik nicht nationalistisch genug, weshalb Ludendorff und Hitler in Bayern und nicht in Preußen den fruchtbarsten Boden für ihre reaktionäre Agitation fanden.

Auf der anderen Seite kann sich Bayern seit der Ära des Grafen Montgelas 1805<sup>137</sup> einer ausgesprochen liberalen Tradition rühmen, die oft von den Wittelsbacher Monarchen unterstützt wurde. Dieser bayerische Liberalismus hat zwei ausstrahlende Zentren, die Universitäten München und Erlangen sowie die Künstlerkolonie Schwabing. Diese Universitäten haben eine lange Reihe hervorragender liberaler Gelehrter von dem Philosophen Schelling bis zu dem liberalen Nationalökonomem Lujo Brentano hervorgebracht. Diese beiden Zentren haben eine mächtige Anziehungskraft auf Liberale aus allen Teilen Deutschlands ausgeübt. Vor 120 Jahren schrieb Goethes Freund Varnhagen von Ense über Bayern: „Das große Bildungsaufstreben ist hier [, außer dem Könige selbst,] fast nur den Fremden und Protestanten vertraut [, das alte Münchner Publikum ist roh und starr,] und die katholische Volksgesinnung widersetzt sich dem Neuen ablehnend und bekämpfend<sup>138</sup>.“ So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Aber aus eben diesem Grunde wurde die Universität München eine der fortschrittlichsten und einflußreichsten Hochschulen Deutschlands, und Schwabing wurde ein Synonym für Fortschritt, ein deutsches Montmartre.

Der bayerische konservative Klerikalismus wurde durch den kritischen Geist Schwabings, der Universitäten und Akademien ausgeglichen. Es gab keine Gefahr einer politischen Reaktion, solange es einen progressiven Protestantismus, ein aktives geistiges Leben in den Universitäten und ein lebendiges Schwabing gab. Sollten diese Stützen des liberalen Geistes zusammenbrechen, dann deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die beherrschenden deutschnationalen, reaktionären und ‚verpreußten‘ Kräfte die Tür zur Demokratie und zum geistigen Fortschritt zuschlagen werden.

*Die bayerische politische Reaktion.* Vielleicht ist es unter den gegenwärtigen Umständen ungerecht, den bayerischen politischen Parteien vorzuwerfen, daß sie keine Wurzeln in den Massen in Bayern geschlagen haben. Die Tatsache jedoch bleibt bestehen, daß sie nicht die Sozialstruktur des Volkes widerspiegeln und daß die von ihnen aufgestellten und veröffentlichten Programme nicht dem wirklichen Denken, Fühlen und den Wünschen der großen Menge der Bayern entsprechen. Diese Lage hat unter den Berufspolitikern eine eigentümliche Spezies geistiger Unehrlichkeit hervorgebracht. Sie nehmen ihre Zuflucht wieder zu kleinlichem Gezänk untereinander, zu einer leeren politischen Arithmetik, und im übrigen halten sie lange Reden, aber nicht etwa über praktische Verwaltungsmaßnahmen, sondern über die abstrakten politischen Ideologien der Vergangenheit, die den durchschnittlichen bayerischen Bauern, Kleinbürger und Intellektuellen abstoßen.

Seit der Unterdrückung der bayerischen Königspartei<sup>139</sup> verfügt die Christlich-Soziale Union über eine absolute und überwältigende Mehrheit, die gewöhnlich auf 65% der Wahlberechtigten geschätzt wird. Unter Dr. Josef Müllers Führung ist diese Partei zu einem Sammelbecken heterogener Kräfte geworden, die noch nicht integriert sind. Die alte Bayerische Volkspartei, wie sie von Fritz Schäffer, dem abgesetzten bayerischen Ministerpräsidenten, repräsentiert wird, ist noch immer das beherrschende Element. Was denkt das typische Mitglied dieser Partei, wie man es unter Lehrern, Richtern, Anwälten, Ministerialbürokraten und Gemeindebeamten trifft?

Jeder, der nicht zur „Zunft“ gehört, anti-klerikal, kein Nationalist oder Militarist ist

<sup>137</sup> Maximilian Graf Montgelas (1759–1838), geh. Staats- und Konferenzminister, engster Berater Maximilians I. Joseph seit 1805 bei der Expansion und Zentralisierung Bayerns.

<sup>138</sup> Die eingeklammerten Satzteile sind in Dorns Übersetzung nicht berücksichtigt. Hier nach Karl August Varnhagen von Ense an Rahel Varnhagen vom 9. 9. 1827 aus München, in: Ludmilla Assing-Grimelli (Hrsg.): Briefwechsel zwischen Varnhagen und Rahel, Bd. 6, Leipzig 1875, S. 157.

<sup>139</sup> Vgl. II.3.5.

oder das alte kaiserliche, reaktionäre Deutschland nicht als den bestmöglichen Ausdruck deutschen politischen Lebens bestätigt, wird verurteilt und offen oder geheim bekämpft. Es ist unter der Würde des eingewurzelten Bayern, mit den „Amis“, wie die Amerikaner genannt werden, engere Beziehungen zu unterhalten. Weil die Deutschen keine Freunde in Europa haben und weil die übrige Welt alles Deutsche verabscheut, müssen sich die Deutschen aus eigener Kraft ohne Hilfe von außen helfen, auch wenn dies den Rückgriff auf militärische Mittel erfordert, und sie dürfen dabei auf die großen Bewegungen in der Weltpolitik keine Rücksicht nehmen. Wir sind ein friedliebendes Volk und damit basta. Fritz Schäffer, dessen Ansichten für das durchschnittliche CSU-Mitglied ziemlich repräsentativ sind, sagte vor kurzem: „Sie sprechen von bayerischen politischen Parteien. Was für ein Unsinn! Es gibt in Bayern heute nur zwei politische Parteien: Die einen sind für und die anderen gegen die Amerikaner.“ Gemeint ist, er und seine Freunde seien gegen die Amerikaner, während Dr. Hoegner und die SPD für sie seien und glaubten, daß ein freundliches Verhältnis mit der Besatzungsmacht wünschenswert sei. Dies sei, sagt man unter den Freunden Fritz Schäffers, völlig verkehrt, weil die Amerikaner beabsichtigten, den Bayern fremde und korrumpierende demokratische Institutionen zu oktroyieren. Die Amerikaner, sagt man, sind bei ihrer Entnazifizierung auf gefährliche Weise kurzsichtig, denn diese Politik habe aus dem öffentlichen Dienst alle guten bayerischen Kräfte und aus der Wirtschaft alle Experten und erfahrenen Manager ausgeschaltet. Die Christlich-Soziale Union müsse jetzt versuchen, das zu verhindern, wie es Fritz Schäffer solange zu verhindern suchte, als er bayerischer Ministerpräsident war<sup>140</sup>.

Mit Ausnahme bestimmter Kräfte im öffentlichen Dienst haben die meisten Bayern nicht den Mut, zu offener Sabotage überzugehen. Aber innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes sagt eine wachsende Zahl von Bayern: „Je schneller sich die Lage verschlechtert, um so besser. Je weniger heute erreicht wird, um so offensichtlicher wird es, daß die Regierung Hoegner – und damit die Amerikaner – nichts erreichen können. Lieber überhaupt keinen Wiederaufbau als einen demokratischen.“ Tatsächlich gehen bayerische Beamte, gestützt auf solche Elemente in der Bevölkerung, zur Obstruktion, zu Verzögerungen und zur Schaffung von Schwierigkeiten bei der Ausführung von Landesmaßnahmen über. Dr. Hoegner bekannte mir, er könne sich auf einige seiner unmittelbaren Kollegen von der CSU, darunter [seinen Staatssekretär Dr. Anton] Pfeiffer, nicht mehr verlassen.

Dies sind die häufigsten Vorwürfe gegen die amerikanische Militärregierung:

1. Es gibt keine Bemühung um eine Währungsreform.
2. Sie tut nichts, um die Besatzungszonen abzuschaffen.
3. Sie unternimmt keine ernsthaften Bemühungen, um polnische, ungarische, jüdische DP's daran zu hindern, deutsche Bauern auszurauben.
4. Sie zerstört die Grundlagen der Konsumgüterindustrie, z. B. die Zementwerke, die für den Wiederaufbau unerlässlich sind.
5. Sie läßt es zu, daß UNRRA-Vorräte in den schwarzen Markt sickern.
6. Sie blockiert legitime Zahlungen an die Kriegsverwundeten und Kriegsinvaliden.
7. Ihre Beschlagnahmen haben die Wohnungsnot katastrophal gemacht.
8. Die Entnazifizierung zerstört den bayerischen Mittelstand der kleinen Kaufleute.
9. Die Entnazifizierung verhindert die Wiedereröffnung der Oberschulen.
10. Die Entnazifizierung hat die Grundschulen lahmgelegt, indem sie 60 bis 70% der Lehrer an Volksschulen ausgeschaltet hat.
11. Nach der Ausschaltung von 60 bis 80% ihrer Professoren können die Universitäten nicht arbeiten.

<sup>140</sup> Dorns Hauptanklagepunkt gegen Schäffer, der zu dessen Entlassung führte, war, er habe die Entnazifizierungsbefehle der Militärregierung umgangen. Vgl. Niethammer, Bayern 1945, a. a. O., S. 204 f.

12. Sie ist Schuld an der Demoralisierung der jungen deutschen Frauen, weil sie Beziehungen zwischen Soldaten und deutschen Mädchen erlaubt.

Egal, ob diese Anklagen begründet sind oder nicht; sie bilden die öffentliche Meinung überall in Bayern, auf dem Lande ebenso wie in den Städten, und die Stimmung wird von der neonazistischen Propaganda geschürt.

Sogar Leute, die noch im Mai 1945 zwar passiv, aber gegen die Nazis waren, vertreten nun derartige Ansichten. Die Besatzungsmächte schafften keine Ordnung, was Hitler wenigstens getan habe. Was Kästner und Hans Habe<sup>141</sup> in der Neuen Zeitung schreiben, verletze die deutsche nationale Würde und sei zersetzend. Diese öffentliche Meinung will von den Nürnberger Prozessen nichts hören. Ihr erscheint es ungerecht, die Generäle Keitel und Jodl, die Admirale Raeder und Dönitz anzuklagen.

Ich will hier nur darauf hinweisen, daß diese Mentalität unter den Bayern für die Zwecke der Militärregierung viel gefährlicher ist als die Machenschaften einzelner Nazis wie der Werwolf- oder Edelweiß-Abenteurer. Gewiß, die Bayern verurteilen alles, was offensichtlich mit den Nazi-Verbrechern identifiziert ist. Keiner übt ernsthaft Sabotage gegen die Besatzungsmacht. Die Naziführer haben allen Kredit verloren. Aber *diese* öffentliche Meinung muß, gerade weil sie gemäßigt ist und oft einleuchtende Gründe vorbringt, ernstgenommen werden, wenn wir den Deutschen mehr beibringen wollen als die äußere Form demokratischer Institutionen. Dieser Geist gefährdet die künftige deutsche Demokratie, unterminiert den moralischen Kredit der Besatzungsmacht und wird in der russischen Zone als Prestigeverlust der Amerikaner ausgenutzt.

Nur wenige Bayern sind sich der Gefahr dieser öffentlichen Meinung für Bayern selbst bewußt, die ja auch die Beamten in den Landesministerien und in den regionalen und örtlichen Verwaltungsbehörden beeinflusst. Diese Beamten riskieren nichts, denn die Fachleute unter ihnen sind überprüft oder unentbehrlich, und in einigen Monaten wird die Regierung Hoegner von einer überwältigenden Mehrheit hinausgefegt worden sein. Diejenigen, die sich vom Verwaltungsapparat abseits halten, fragen sich, warum sie etwas in einem öffentlichen Amt aufs Spiel setzen sollten, da sie sich ausrechnen können, daß sie nach den Wahlen entlassen werden. Vorsicht ist das Losungswort in ganz Bayern. Die Amerikaner, so wird immer wieder gesagt, sind Demokraten; sie werden die Regierung der CSU als der stärksten Partei übergeben. Deshalb ist jeder in Gefahr, der jetzt im Vordergrund steht. Wer wird die Amtsträger nach den Wahlen schützen? Das ist die Stimmung gerade auch unter CSU-Leuten in der neuen bayerischen Bürokratie vom Ministerialrat hinab bis zum letzten Gemeindebeamten.

Man braucht keine lange Erfahrung, um zu sehen, daß die bayerischen Bauern und Kleinbürger sich sehr gern auf ihre Staats- und Gemeindebeamten stützen. Aber wer sind diese Beamten, abgesehen von dem oben erwähnten Typ? Ein Teil der Landräte, die seit Mai 1945 ernannt worden sind, sind keine Einheimischen, darunter viele Preußen. Trotz ihrer Leistung gewinnen viele von ihnen wenig Achtung. Vor einigen Monaten warfen mehrere schwer Belastete den Landrat N. in der Oberpfalz mit Gewalt hinaus. Der Regierungspräsident mischte sich nicht ein, und die fraglichen Personen blieben unbestraft. Man muß zugeben, daß die unverhältnismäßig zahlreichen SPD-Mitglieder, die jetzt Stellungen in den Stadt- und Kreisverwaltungen einnehmen, alles andere als imponierend sind. Die bayerische SPD leidet deutlich an einem Mangel an Talent. Das durchschnittliche SPD-Mitglied im Amt hat weder ein wirklich sozialistisches Bewußtsein noch ein wirklich demokratisches Programm. Es sind Seeleute ohne Kompaß. Die große historische Tradition, die der SPD-Vorstand in Berlin begründete und die auch in ganz Bayern empfunden wurde, ist heute verblichen. Heute findet Berlin in der [US-]Zone kein Echo. Die bayerische SPD weiß in der Tat heute nicht, was sie will – und vielleicht kann sie es nicht wissen.

<sup>141</sup> Major der Abteilung für Psychologische Kriegführung; Chefredakteur der „Neuen Zeitung“; später Romancier und konservativer Kolumnist.

*Bayerische Intellektuelle und öffentliche Meinung.* Manche Leute neigen dazu, das Problem Bayern mit der Bemerkung abzutun, daß man sich mit den Gegebenheiten abfinden müsse. Aber die wirkliche Schwierigkeit liegt woanders. Die Deutschen sind erziehbar, nach dem Franzosen Jacques Rivière<sup>142</sup>, der ein äußerst tiefeschürfendes Buch über den deutschen Charakter geschrieben hat, sogar unendlich erziehbar. Aber die Wahrheit ist, daß es weder der Regierung Hoegner noch der Militärregierung gelungen ist, die volle Unterstützung der bayerischen Intellektuellen zu gewinnen, die jetzt vielmehr im Schweigen verharren und abseits stehen. Kein kultivierter Intellektueller tritt in Bayern leicht der SPD bei, die hier eine ausgesprochene Arbeiterpartei ist, weil er mit einem traditionellen Vorurteil gegen akademisch ausgebildete Leute rechnen und sich unter das Joch eines oft ungebildeten Parteisekretärs beugen müßte. Aber auch der CSU treten Akademiker, mit deutlichen Ausnahmen, nicht bereitwillig bei, weil sie nicht wünschen, sich mit der Sache des Klerikalismus zu verbinden. Folglich bleiben sie politisch isoliert.

Die deutschen Intellektuellen setzten sich der Verachtung der übrigen Welt aus, weil sie sich in dem Glauben, 1933 habe nur die Alternative zwischen Kommunismus und Nationalismus bestanden, der Harzburger Front zuwandten, ohne zu bemerken, daß sie sich damit Hitler auslieferten. Die meisten von ihnen waren nicht besser als die anderen Imperialisten und Nationalisten von 1933. Die Unbeugsamen wanderten aus, und diese Auswanderung hat ihre Reihen sehr gelichtet. Nach 1933 gingen viele, unter ihnen Furtwängler, Pinder, Andreas, Hellpach und Praetorius<sup>143</sup>, aus Schwäche oder aus Hoffnung auf Vorteile zu den Nazis über. Es ist jedoch beruhigend zu erfahren, daß so viele führende Intellektuelle – Alfred Weber, Jaspers, Radbruch, Oncken, Meinecke, Hans von Eckhardt<sup>144</sup> – keinen Kompromiß eingegangen sind. Sicher wäre es absurd, den deutschen Widerstand zu übertreiben, aber wo es Widerstand gab – die Münchner Studentenrevolte<sup>145</sup> und der Putsch des 20. Juli –, entstand er aus dem Lager der Intellektuellen. Die authentischen Urheber des letzteren waren Professor Popitz, Dr. v. Hassell, Dr. Mierendorff, Dr. Haubach und Dr. Goerdeler<sup>146</sup>.

Die bayerischen Intellektuellen sind jetzt bedrückt, unterernährt und schwach. Sie sind bisher nicht wirklich angesprochen worden. Ihr geistiger Hunger ist nicht geringer als ihr physischer. Es ist unmöglich, unter den Deutschen eine neue demokratische Welt ohne Gedanken, Tatsachen und Wissen zu bauen. Ohne diese können sie weder die Nürnberger Prozesse verstehen noch den militaristischen Geist ihrer Landsleute bekämpfen. Sie haben auch nicht die allerelementarsten Kenntnisse von dem, was in der Außenwelt, in England und in den Vereinigten Staaten, während der vergangenen zwölf Jahre geschehen ist. Hier ist Aufklärung dringend. General McClures Büchereien sind ein glänzender Anfang<sup>147</sup>.

---

<sup>142</sup> Jacques Rivière: *L'Allemand*, Paris 1918.

<sup>143</sup> Wilhelm Furtwängler, Dirigent, Leiter der Berliner Philharmoniker 1922–1945; Wilhelm Pinder, Kunsthistoriker, seit 1935 in Berlin; Willy Andreas, Historiker in Heidelberg; Willy Hellpach, Mediziner und Psychologe in Heidelberg, badischer Kultusminister und Staatspräsident, MdR der DDP; Emil Praetorius, Illustrator, Vizepräsident, später Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München.

<sup>144</sup> Alfred Weber, Soziologe und Kulturphilosoph in Heidelberg; Karl Jaspers, Philosoph in Heidelberg; Gustav Radbruch, Strafrechtler und Rechtsphilosoph in Heidelberg, Reichsjustizminister (SPD); Hermann Oncken, Historiker, zuletzt in Berlin; Friedrich Meinecke, Historiker, zuletzt in Berlin; Hans Felix von Eckardt, Soziologe in Heidelberg, 1945/46 im bayerischen Kultusministerium.

<sup>145</sup> Studentengruppe um die Geschwister Scholl und den Philosophen Kurt Huber, die 1943 Flugblätter unter dem Signum „Die weiße Rose“ verbreitete.

<sup>146</sup> Die Einbeziehung von Popitz, v. Hassell und Goerdeler zeigt, daß Dorn unter „Intellectuals“ z. T. auch einfach ‚Gebildete‘ verstanden wissen wollte.

<sup>147</sup> Gemeint sind von der Information Control Division für Deutsche aufgebaute Bibliotheken,

Ich darf kurz einige Bemerkungen deutscher Intellektueller wiederholen, um ihre abgrundtiefe Unwissenheit, in die sie Hitlers Zensur geworfen hat, zu veranschaulichen. Die Äußerung Rehms, einst Rektor der Universität München, deutsche Universitäten könnten nichts von der Außenwelt lernen, ist typisch. Ein anderer bemerkte, daß die Amerikaner von den Bestialitäten der Konzentrationslager sprächen, aber in Wirklichkeit die IG-Farben-Industrie meinten. Wieder ein anderer sagte, daß die verbrecherische SS nicht deutsch gewesen sei, sondern zu einer anderen Rasse gehöre, die mit ihm persönlich überhaupt nichts zu tun habe. Wieder ein anderer sagte, wehe der Welt, in Schuld verstrickt, wie sie ist, wenn sie Deutschland richtet, denn sie wird später Buße tun müssen. Protestantische Theologen sagen, daß die ganze Welt, insbesondere ihr angelsächsischer Teil, mit Schuld bedeckt sei; alle Kirchen, nicht nur die deutsche, trügen eine gemeinsame Verantwortung. Sicher, Hitler wird gehaßt und verurteilt, aber Angriffskriege werden nicht verurteilt. Sie werden als Machtpolitik abgetan, und angeblich ist die ganze moderne Welt von Machtpolitik beherrscht. Diese Leute wissen nichts über die soziale Entwicklung der modernen Welt außerhalb Deutschlands, nichts von der Regierung Roosevelt, nichts von dem Fortschritt der Naturwissenschaft und des Wissens. Die Welt des Auslands ist vor ihnen wirklich hinter einem „eisernen Vorhang“ verborgen. – Eine demokratische Besatzungsmacht wie die Vereinigten Staaten kann keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß allein Wissen die Deutschen freimachen kann.

*Die Universität München.* Nach meiner unmaßgeblichen Meinung hat die Militärregierung einen nahezu nicht wieder gut zu machenden Fehler begangen, indem sie die alte Universität München und andere Hochschulen wiederbelebte. Anstatt eine Gruppe politisch verlässlicher und energischer Professoren mit dem Aufbau einer wirklich demokratischen Universität zu beauftragen, hat die Militärregierung versucht, die *alte* Universität München wiederherzustellen, ohne Nazis natürlich. Was war das Ergebnis? Es werden keine Lehrstühle besetzt, solange auch nur die geringste Möglichkeit besteht, daß dieser oder jener Nazi-Professor doch noch entlastet werden könnte. Das hat sich bisher als unübersteigbare Hürde für die Schaffung einer demokratischen und antimilitaristischen Universität erwiesen. Dieselbe Feststellung trifft auch für viele Gymnasien zu. Professoren und Dozenten stehen zur Verfügung. Die Universitäten Breslau und Königsberg gibt es nicht mehr. Dutzende fähiger Anti-Nazi-Gelehrter aus Wien und Berlin hätten bereitwillig einen Ruf nach München angenommen. Viele von ihnen haben sich beworben. Die Antwort lautete immer gleich: Man müsse abwarten, ob dieser oder jener Nazi-Professor noch „entlastet“ werden könnte und würde. Es herrschte die eigentümliche Auffassung, daß die Lehrstühle für die Leute des Naziregimes freigehalten werden müßten, eine Auffassung, die an geistliche Pfründen und Sinekuren der katholischen Kirche vor der französischen Revolution erinnert.

---

die späteren „Amerika-Häuser“. Vgl. Henry P. Pilgert: The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films, Hist. Div. HICOG 1951, S. 7 ff.

### III. CLAYS ENTNAZIFIZIERUNGSBERATER 1946/47

Am 10. 6. 1946 wurde Dorn – neben seiner Tätigkeit als Berater Adcocks – zu Clays „persönlichem Berater für Entnazifizierung“ ernannt<sup>1</sup>. Diese Aufgabe hat den Rest seines Aufenthalts in Deutschland bis zum Sommer 1947 ausgefüllt. Er wurde damit zur Schlüsselfigur einer Politik, an deren Planung, Durchführung und Neuformulierung im „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ (BefrG) vom 5. 3. 1946<sup>2</sup> er kaum Anteil genommen hatte. Aus seiner bisherigen Tätigkeit im OSS und als Verwaltungsberater war er jedoch mit ihren politischen Implikationen vertraut. Aus dieser Erfahrung heraus hatte er während der Entstehung des BefrG vor allem gemahnt, die Mitläufer nicht in die Entnazifizierung miteinzubeziehen, weil diese sonst im Papierkrieg ersticken und politisch ziellos werden würde<sup>3</sup>. Entsprechend nahm er das neue Amt – für das an sich Fritz E. Oppenheimer, als Oberst der OMGUS-Rechtsabteilung Verbindungsoffizier zum Länderrat während der Entstehung des BefrG, prädestiniert schien<sup>4</sup> – nur zögernd auf Drängen Clays und Adcocks an, weil er mit dem BefrG politisch nicht voll übereinstimmte<sup>5</sup>. Die folgenden Notizen und Memoranden handeln von Konflikten, die bei der – letztlich gescheiterten – Durchführung des BefrG auftraten. Um die Positionen der Kontrahenten und Dorns Position zwischen ihnen verständlich zu machen, seien die Grundzüge der Entwicklung der amerikanischen Entnazifizierungspolitik skizziert.

Die Konzeption der Säuberung, welche die US-Militärregierung 1945 in ihrer Zone Deutschlands vornahm, war ein Teilkompromiß zwischen zwei entgegengesetzten Strategien für die außenpolitische Nachkriegsorientierung der USA, deren gemeinsame Grundlage in der Deutschlandpolitik sich darauf beschränkte, eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaftsordnung in Mitteleuropa zu vermeiden. Die eine hob auf sozioökonomische Kontinuität bzw. Rekonsolidierung in diesem Raum ab, unter der Voraussetzung, daß die NS-Führer als internationale Rechtsbrecher bestraft und

<sup>1</sup> OMGUS General Order N. 40 vom 10. 6. 1946 „Organization of Denazification Responsibilities“ in: OMGB Special Branch (Hrsg.): German Denazification Law and all Implementations and American Directives (2. Aufl. o. O.) vom 1. 5. 1947, D 7 („Blue Handbook“).

<sup>2</sup> Text und bester Kommentar Erich Schullze: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 3. Aufl. München 1948.

<sup>3</sup> Dorn, Interview vom 20. 5. 1949, S. 5.

<sup>4</sup> Oppenheimer, früher Rechtsanwalt in Berlin, machte im Zweiten Weltkrieg eine Blitzkarriere in der US-Armee. Die deutschen Länderregierungen kamen bei OMGUS darum ein, Oppenheimer die Kontrolle der Durchführung des BefrG zu übertragen, weil er sich während der Entstehung des BefrG um deutsch-amerikanische Kompromisse bemüht und als Gegner der Special Branches exponiert hatte. Oppenheimer kehrte jedoch nach USA zurück, nachdem er noch die Ausarbeitung der grundlegenden Durchführungsverordnungen im Stuttgarter Länderrat geleitet hatte. Seinem Rat, die widerstrebenden Special Branches aus der Durchführung des Gesetzes auszuschalten, wurde nicht entsprochen, sondern die Kompetenzen geteilt: Dorn sollte für die Entnazifizierungspolitik, Special Branch für die Durchführungstechnik verantwortlich sein; zur Vermittlung wurden in OMGUS und im Länderrat eine Reihe von Entnazifizierungsausschüssen gegründet.

<sup>5</sup> Dorn, Interview vom 20. 5. 1949, S. 6. Dorns Handlungsspielraum blieb sehr begrenzt, da er den Special Branches keine Anweisungen geben konnte und Clay alle wichtigen Entnazifizierungsfragen in persona entschied.

damit ausgeschaltet würden, was das übrige ‚andere Deutschland‘ entlasten und zur Rekonstruktion einer liberalen Ordnung nach kapitalistischen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen befähigen sollte. Um trotz der Größe des NS-Führerkorps die rechtliche Zählung der Säuberung aufrechterhalten zu können, erfand der US-Kriegsminister Henry Stimson die Konstruktion eines Organisationsverbrechens, das durch Grundsatzurteile über den verbrecherischen Charakter bestimmter politischer Gruppen eine summarische Strafzumessung gegen deren Mitglieder im Fließbandverfahren erlauben sollte. Im Gegensatz zu diesem Versuch einer Sanierung der Grenzbereiche der amerikanischen Hegemonie wollte die andere Strategie die Nachkriegsordnung auf der Fortdauer der Großmächte-Kriegskoalition und der Ausschaltung des Machtpotentials der Achsenländer aufbauen. In diesem Rahmen beschränkte sich eine Säuberung gerade nicht auf die politischen NS-Führer im engeren Sinne, sondern diente als Instrument zur Ausschaltung des überwiegenden Teils der deutschen Oberschicht, was im Zusammenhang mit einer drastischen Destruktion industrieller Anlagen sowie politischer Repression und Parzellierung das deutsche Potential und seine Regenerationsfähigkeit im Kern treffen sollte. Obwohl der Einfluß dieser vom US-Finanzminister Henry Morgenthau Jr. angeführten Richtung nach dem Tod Roosevelts und dem Ende des Krieges sehr schnell zurückging und die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik von der ersten Variante geprägt waren<sup>6</sup>, behielt die einmal als Direktive der Besatzungspolitik institutionalisierte Entnazifizierungspolitik<sup>7</sup> 1945 ihren ambivalenten Charakter, zugleich gesellschaftlich entlastendes Strafprogramm gegen Politiker wie auch gesamtgesellschaftliches Unterdrückungsinstrument zu sein. In der Militärregierung wurde dieser Kompromiß als demokratisierende Sozialtechnik – Personalaustausch in den Führungspositionen – gerechtfertigt und der Strafaspekt ebenso wie die repressiven Folgen geleugnet und eingedämmt. Technisch wurde die amerikanische Entnazifizierung, der sich mit charakteristischen Modifikationen auch die anderen Alliierten anschlossen<sup>8</sup>, über die Sonderabteilung (Special Branch) der Abteilung für öffentliche Sicherheit in der Hauptabteilung für Inneres der Militärregierung aller Ebenen abgewickelt. Wer bestimmte – vor allem öffentliche – Ämter, die von der Spitze bis etwa zum gehobenen Dienst herunterreichten, inne hatte oder übernehmen sollte, mußte ausführliche Fragebogen über Karriere und politisches Engagement einreichen, die in der Militärregierung mittels eines Kategoriensystems nach der Schwere politischer Verantwortung für den Nationalsozialismus ausgewertet und teilweise durch weitere Ermittlungen überprüft wurden. Im

<sup>6</sup> Zur Entstehung der Entnazifizierungspolitik vgl. Walter L. Dorn: *The Unfinished Purge*, MS. (IFZ), Kap. I–VI; William E. Griffith: *The Denazification Program in the United States Zone of Germany*, Ph. D. Diss. (Masch.) Harvard 1950, Kap. 1–2; Niethammer: *Entnazifizierung*, a. a. O., Kap. I/1; zum politischen Kontext der Kriegszielpolitik insbes. Gabriel Kolko: *The Politics of War*, New York 1970.

<sup>7</sup> Zur Entstehung der Direktive JCS 1067 vgl. Paul Y. Hammond: *Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy*, in: Harold Stein (Hrsg.): *American Civil-Military Decisions*, Birmingham Ala. 1963, S. 311 ff. Text in *Foreign Relations, 1945 Bd. III*, S. 484 ff. JCS 1067 wurde von der USGrCC für den Besatzungsgebrauch umgesetzt in eine für alle OMGUS-Abteilungen grundlegende Direktive „Administration of Military Government“ des USFET-Hauptquartiers vom 7. 7. 1945, deren für die Entnazifizierung relevanten Teile gedruckt sind in: OMGB Special Branch (Hrsg.): *German Denazification Law and Implementations with American Directives Included* (1. Aufl. o. O.) vom 15. 6. 1946, S. 149 ff. („Purple Handbook“).

<sup>8</sup> Vgl. Dorn, *Purge*, Kap. VII f. u. X sowie Justus Fürstenau: *Entnazifizierung*, Neuwied/Berlin 1969, Kap. IV–V.

Ergebnis wurde der ‚Betroffene‘ interniert, aus seiner Stellung entlassen, seine Entlassung empfohlen oder kein Einwand gegen ihn erhoben; ein kleiner Kreis von Antifaschisten wurde besonders befürwortet, wobei die Maßstäbe sehr eng waren. Die Anwendung dieses Fragebogensystems führte im Laufe des Jahres 1945 vor allem dazu, daß der Verwaltungsapparat zerrüttet bzw. seine Rekonsolidierung verhindert wurde. Als Folge des formalen Verfahrens nach organisatorischen Belastungskriterien – die zudem immer weiter ausgedehnt wurden<sup>9</sup>, weil keine der Zwischenlösungen inhaltlich zwingend war – verlor in der Ober- und namentlich in der Mittelschicht ein sehr großer Teil seine berufliche und soziale Stellung. Dabei wurden die Unterscheidungsmerkmale selbst alsbald allerorten in Frage gestellt. Die Masse der Betroffenen seien nur ‚Karteigenossen‘ gewesen, während viele der Steigbügelhalter und Hintermänner der Nazis durch das Fragebogen- und Kategoriensystem nicht erfaßt würden. Freilich gab es jedoch keine Übereinstimmung darüber, welche Pgs nur formal und welche empirischen Personen besonders verantwortlich, aber noch nicht erfaßt seien. Während die Linke eher die gesellschaftlichen Eliten insgesamt als Trägerschicht des Faschismus definierte, wollte die Rechte vor allem Verbrecher, NS-Ideologen, Denunzianten etc. – also nach ihrer sozialen Stellung bzw. Herkunft meist ‚kleine Leute‘ – als die Hauptnazis treffen und damit die soziale Kollaboration der gesellschaftlichen Eliten mit den NS-Führern als unpolitisch entlasten<sup>10</sup>. Die Fragwürdigkeit der Belastungsgrundlage und der zunehmende Zerfall administrativer Leistungsfähigkeit zwangen zu einer Überprüfung dieser Politik, als OMGUS im Herbst 1945 dazu überging, die soziale Rekonstruktion in der US-Zone zu forcieren<sup>11</sup>, wozu zunächst vor allem eine funktionsfähige Verwaltung sowie die politische Beruhigung gerade der Mittelschichten angesichts einer schnellen Folge von Wahlen notwendig waren. Diese zonale Initiative mußte jedoch gegenüber Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit und gegenüber den Alliierten vor dem Vorwurf, sie stelle nur ein Bündnis der Amerikaner mit den ‚Nazis‘ dar, geschützt werden. Clay versuchte, dieser Konstellation damit gerecht zu werden, daß er die Säuberung in die Zuständigkeit der Deutschen überführte, ihre gesetzlichen Grundlagen jedoch weitgehend diktierte und den Übergang zur individuellen Überprüfung der bisher ergangenen Entlassungen und zur Rehabilitation der meisten ‚Karteigenossen‘ unter der Flagge einer neuen großen Säuberungsinitiative der Amerikaner segeln ließ. Während der Entstehung des BefrG<sup>12</sup> in Verhandlungen zwischen den Landesregierungen der US-Zone und OMGUS in Stuttgart im Winter 1945/46 wurden im wesentlichen vier Positionen vertreten: Die Sonderabteilung OMGUS lehnte die ganze Gesetzesinitiative ab und versuchte, von dem alten Programm, nach Kategorien Entlassungen zur Reinigung politisch relevanter Führungspositionen vorzunehmen, möglichst viel zu retten, und sei es durch eine nahe an die Gesetzesobstruktion herankommende Kontrolle der deutschen Durchführung des BefrG. Im Gegensatz dazu wollte die Rechtsabteilung OMGUS die Grundsätze des Nürnberger Gerichtshofs sinngemäß auf die „Gruppenkriminalität“ der NS-Funktionäre anwenden und mit

<sup>9</sup> Insbesondere durch die sog. ‚Augsburger Metzger-Direktive‘ vom 15. 8. 1945 und das Militärregierungsgesetz Nr. 8 vom 28. 9. 1945, in: Purple Handbook (Anm. 7), S. 175 ff., 204. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., Kap. II/1 u. II/4.

<sup>10</sup> Vgl. ebd. Kap. II/2–3.

<sup>11</sup> Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., Kap. 3.

<sup>12</sup> Ausführlich dargestellt bei Griffith, a. a. O., S. 96 ff.; Fürstenau, a. a. O., S. 55 ff.; Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., Kap. III.

dem Mittel der Strafe die Böcke von den Schafen scheiden. Dabei sollten die Deutschen selbst eine gerichtsförmige Überprüfung der einzelnen Fälle vornehmen. Die Schwerbelasteten sollten Strafen erhalten, die eine bleibende soziale Diskriminierung durch Vermögensentzug, Nicht-Zulassung zu öffentlichen Ämtern etc. bedeuteten, die Mitläufer jedoch eine kleine Sühne von ein paar hundert Mark bezahlen und dann wieder ihre bisherige Beschäftigung aufnehmen können. Mit dieser Position kooperierte die in den deutschen Länderregierungen vertretene Rechte, wollte jedoch die Beurteilungskriterien so allgemein halten und die Umstände jedes einzelnen Falles so weitgehend berücksichtigen, daß es sehr schwer fallen mußte, überhaupt noch einen stringenten Beweis zu führen, warum ein Betroffener nicht letztlich rehabilitiert werden sollte. Dieses mit dem Argument, widrigenfalls würden grundlegende Rechtsprinzipien verletzt, vorgetragene konservative Plädoyer für die ‚Fachleute‘ wandte sich vor allem dagegen, daß nach wie vor die Belastungskategorien nach objektiven Kriterien wie Amt, Vermögen oder organisatorischer Mitgliedschaft statt nach einer ungreifbaren inneren Tatseite festgelegt waren und die Betroffenen bis zum Verfahren aus führenden Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung generell auszuschneiden hatten. Auch die deutsche Linke vertrat grundsätzlich die individuelle Überprüfung, betonte aber weniger die Rechtsförmigkeit der Spruchkammerverfahren als ihren politischen Auftrag. Sie ging von einem größeren Kreis Schwerbelasteter aus, wollte gesellschaftliche Kollaboration in verantwortlicher Position in die Belastungskriterien aufnehmen und statt der Rehabilitation der ‚Fachleute‘ neue antifaschistische Kräfte für die vakanten Positionen rekrutieren, seien sie auch noch nicht speziell vorgebildet. Das BefrG stellte einen Formelkompromiß zwischen diesen Positionen dar, wobei die der OMGUS-Abteilungen überwogen, die ihre gegensätzlichen Ziele durch den Kontrollrat in Direktive Nr. 24 bzw. Gesetz Nr. 10 hatten interalliiert festschreiben lassen<sup>13</sup>. Deshalb war der Betroffenenkreis nach sog. formalen Kategorien, die weitgehend den ursprünglichen Direktiven der Sonderabteilung entsprachen, definiert, das Spruchkammerverfahren selbst jedoch von Generalklauseln bestimmt, wonach die Kammern die Betroffenen in ihrer „Gesamthaltung“ individuell beurteilen sollten und bei ihren quasi Strafurteilen an die Anklagekategorien nicht gebunden waren<sup>14</sup>. Dieser Widerspruch führte dazu, daß eine ungeheure Menge von Fällen überprüft werden mußte – knapp ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung wurde von den Formalkategorien des BefrG betroffen –, die Kammern aber nur einen verschwindend geringen Prozentsatz als tatsächlich schwerbelastet ansahen und entsprechend verurteilten<sup>15</sup>. Das amerikanische Diktat extensiver Belastungskategorien und die Orientierung der die Durchführung kontrollierenden Sonderabteilungen an vorgesehlichen Rechtsgrundlagen erzeugten eine Lawine ergebnisloser Verfahren, trieben die Spruchkammern und Befreiungsministerien in Obstruktion und Mißerfolg gegenüber dem Massenproblem und ruinierten das Ansehen der deutschen Durchführungsbehörden nicht nur in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Der Strafcharakter des BefrG, den die Entnazifizierungsjuristen mit fragwürdigen Rechts-

---

<sup>13</sup> Beate Ruhm v. Oppen (Hrsg.): Documents on Germany under Occupation, 1945–1954, London/New York/Toronto 1955, S. 102 ff., 97 ff., bzw. Amtsbl. des Kontrollrats in Deutschland (1946), S. 50 ff., S. 98 ff.

<sup>14</sup> Vgl. den Anhang zum BefrG mit Art. 2 BefrG.

<sup>15</sup> Vgl. die zusammenfassenden Daten bei Fürstenau, a. a. O., S. 227 f. sowie die Einzelanalyse bei Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., Kap. V.

konstruktionen wegzuinterprieren versuchten<sup>16</sup>, wurde ungeachtet seiner rehabilitatorischen Funktion vom deutschen Bürgertum als Unrecht denunziert, weil das BefrG zahlreiche strafprozeßrechtliche Grundsätze durchbrach. Dem von den Amerikanern in Art. 58 BefrG niedergelegten Beschäftigungsverbot der Betroffenen vor dem Spruch, soweit ihre Tätigkeit mehr als „gewöhnliche Arbeit“ darstellte, begegneten die deutschen Behörden mit verschleiertem und die wirtschaftlichen Unternehmen mit nahezu offenem Boykott<sup>17</sup>. Art. 33 machte jeden NS-Funktionär – auch den kleinsten Blockwart – zum Belasteten, während die meisten kleinen Amtsträger von den Deutschen übereinstimmend nur als Mitläufer betrachtet wurden. Da aber die Sonderabteilungen jedesmal einen aufschiebenden Einspruch (sog. „Delinquency and Error Report“<sup>18</sup>) einlegten, wenn wieder ein Block- oder Zellenleiter zum Mitläufer erklärt worden war, zogen sich auch die Bagatellfälle unerträglich in die Länge.

Außer durch das Massenproblem, dem die Militärregierung 1946 zur Vermeidung einer Änderung des Gesetzes durch Amnestien und Schnellverfahren für Mitläufer beizukommen versuchte<sup>19</sup>, und durch die disfunktionalen Kontrollmethoden der Sonderabteilungen wurde die Durchführung des BefrG vor allem dadurch behindert, daß es sich als beinahe unüberwindliche Schwierigkeit erwies, einen funktionsfähigen Spruchkammerapparat aus dem Boden zu stampfen. Die politischen Parteien konnten bzw. wollten kein qualifiziertes Personal in hinlänglicher Anzahl für diese undankbare Aufgabe stellen, waren aber andererseits auch bedacht, daß diese Aufgabe nicht in die Hände ihrer Gegner fiel. Das löste z. B. eine heftige Agitation zwischen CSU und KPD aus, weil deren Befreiungsminister in Bayern seine Partei einsetzte, um doch noch Personal für die Kammern zu rekrutieren<sup>20</sup>. Wenn dagegen konservative Befreiungsminister einen ordentlichen Ausbau und juristische Disziplinierung des Apparats versprachen, blieb die Zusage weitgehend auf dem Papier<sup>21</sup> – so daß Dorn schließlich zu der Auffassung kam, das ‚andere Deutschland‘ biete kein ausreichendes Reservoir zur Bemannung der Spruchkammern, vielmehr blieben dafür nur solche Misfits<sup>22</sup>, die nicht grundlos im Dritten Reich in keine höhere Stellung gekommen waren. Einen weiteren Hauptgrund für die politischen Widerstände gegen das

<sup>16</sup> Vgl. z. B. Schullze, a. a. O., S. 5 f. Dorn (Interview vom 20. 5. 1949, S. 10 f.) hielt die Theorie des Leiters der OMGUS-Rechtsabteilung, Charles Fahy, das BefrG sei kein Straf-, sondern ein Wiedergutmachungsgesetz, immer für „eine extrem schwache Position“. Innerdienstlich wurde auf amerikanischer Seite vom BefrG jedoch offen als Strafgesetz gesprochen; deutsche Juristen sind nach dogmatischen Untersuchungen zum selben Ergebnis gelangt. Dorn kritisierte am BefrG vor allem, daß die Entlassungskategorien zum Ausgangspunkt von Strafprozessen gemacht, d. h. rechtliche und politische Verfahren vermengt worden waren.

<sup>17</sup> Ebd., S. 12.

<sup>18</sup> Vgl. Blue Handbook, D 21, 39–41, 65.

<sup>19</sup> Insbes. das Sühnebescheidsverfahren in § 4 der 6. DVO z. BefrG (Schullze, AV 12), die Jugendamnestie vom 6. 8. 1946 (Schullze, AV 33) und am bedeutendsten die Weihnachtsamnestie vom 5. 2. 1947 (Schullze, AV 48), durch die alle Verfahren gegen nicht schwerbelastete Sozialversicherungsnehmer – dieser Personenkreis war von Dorn benannt worden – niedergeschlagen wurden. Durch Amnestie oder summarisches Schnellverfahren wurden weit über 90% aller Fälle der vom BefrG Betroffenen erledigt.

<sup>20</sup> Vgl. III. 1 u. 2.

<sup>21</sup> Dorn, Interview vom 20. 5. 1949, S. 15 f. bezüglich des CSU-Entnazifizierungsministers Anton Pfeiffer. Notizen und Memoranden aus der zweiten Jahreshälfte 1946 liegen nicht vor. Dorn war damals hauptsächlich mit Detailfragen der BefrG-Anwendung im Länderratsentnazifizierungsausschuß beschäftigt.

<sup>22</sup> Ebd., S. 14 f.; vgl. III. 3, S. 106, 109.

BefrG sah Dorn darin, daß die anderen Alliierten eine weniger formalistische und unpopuläre Säuberung durchführten<sup>23</sup>, so daß die US-Zone bei interzonalen Behörden personell benachteiligt wurde, die hier Betroffenen sich notfalls in die britische Zone abzusetzen versuchten und die Attraktivität der amerikanischen Sanierungspolitik litt.

Wie die meisten Entnazifizierungsspezialisten in der US-Zone glaubte auch Dorn, daß diese Schwierigkeiten hätten wesentlich reduziert werden können, wäre das BefrG rechtzeitig geändert worden<sup>24</sup>. Politisch hätte eine solche Veränderung des Gesetzes erfordert, sich auf die Säuberung und Bestrafung der Schwerbelasteten – bzw. zunächst einmal auf deren Definition – zu konzentrieren und sich des propagandistischen Vorteils zu begeben, daß die Rehabilitation der großen Masse der Belasteten sich nach außen im Gewande einer großen antifaschistischen Abrechnung darbot. Clay widersetzte sich allen diesbezüglichen Bestrebungen – auch Dorns – bis zum äußersten und hielt am BefrG fest, das von ihm initiiert und bis ins Einzelne mitbestimmt worden war. Dorn schalt ihn deshalb einen uneinsichtigen ‚absoluten Monarchen‘<sup>25</sup>, der sich der Erkenntnis verschloß, daß die Substanz der Entnazifizierung nur durch eine rechtzeitige Gesetzesänderung hätte gerettet werden können. In der Tat wurde die Spruchkammerarbeit seit Herbst 1947 stufenweise nur schwach verschleiert abgebrochen<sup>26</sup>, so daß gerade die bis dahin verschleppten Großfälle von der anschwellenden Kalten-Kriegs-Hysterie und der Unachtsamkeit bei den letzten durchgehetzten Fällen profitierten. Aber Dorn berücksichtigte zu wenig die Funktion, welche das BefrG im Kontext der US-Deutschlandpolitik hatte, und sah seine Substanz in politischen Zielen, welche in Clays Prioritätenskala sicher nicht vor den internationalen und wirtschaftlichen Zusammenhängen rangierten, für welche das BefrG – so wie es war – eine große Entlastung bedeutete, ungeachtet seiner zeitweiligen Verzögerung politischer und administrativer Stabilisierung in der US-Zone und aller Nebenfolgen auf dem eigentlichen Gebiet der Säuberung.

### III. 1 Gespräche in der Bayerischen Regierung [Notizen]

Das Gespräch mit dem Leiter der Rechtsabteilung des Befreiungsministeriums, Jürgen Ziebell (SPD), zeigt sowohl die parteipolitische Patronage des KP-Ministers als auch die gerissene Art, wie politische Auseinandersetzungen und persönliche Ambitionen durch Denunziationen vor Vertretern der Militärregierung verfolgt werden konnten<sup>27</sup>. Zur Charakterisierung des Ministers Hein-

<sup>23</sup> Ebd., S. 9 ff., 13. Im Zuge der Vorbereitung der bizonalen Personalpolitik und der gescheiterten Durchführung der Kontrollratsdirektive Nr. 58 zur Entnazifizierung bereisten Dorn und der Leiter des Special Branch OMGUS, Maj. Minor K. Wilson (ihr Bericht vom 17. 3. 1947 in OMGUS Papers 92-1/13, National Archives, Suitland Md.), die anderen Zonen, wobei sie feststellten, daß die Praxis in der britischen Zone am meisten der ursprünglichen amerikanischen Entlassungskonzeption entsprach, während die der Franzosen eher dem unberechenbaren Spruchkammerverfahren verglichen werden konnte. Zum Befehl Nr. 201 der Sowjetischen Besatzungsmacht vgl. III. 5, Anm. 136. Vgl. Fürstenau, a. a. O., S. 103 ff., 134 ff.

<sup>24</sup> Dorn, Interview vom 20. 5. 1949, S. 20 (seit Januar 1947). Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 470 ff.

<sup>25</sup> Dorn, Purge, Kap. XI, S. 8 f.

<sup>26</sup> Vgl. Griffith, a. a. O., S. 305 ff.; Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 483 ff.

<sup>27</sup> Ziebell intrigierte auch – allerdings weniger erfolgreich – bei der Bildung der ersten parlamentarischen Regierung im Dezember 1946 (er diente sich dem CSU-Vorsitzenden an und wollte Staatssekretär werden) und schied wegen eines weiteren Korruptionsfalls Anfang 1947 aus dem Befreiungsministerium aus.

rich Schmitt, eines Altkommunisten, den die Nazis zehn Jahre eingekerkert hatten und der nach seiner Entlassung als Minister im Juli 1946 einen Altmetallhandel aufmachte, dann zur SPD überwechselte und schließlich Vertreter bayerischer Gewerkschaften im Senat wurde, sei auf die völlig gegenteilige Einschätzung damaliger KP-Parteifreunde verwiesen, die ihm Mangel an Parteitreu und Anfälligkeit für materielle Verlockungen, die ihm von ‚rechts‘ geboten worden seien, vorwerfen<sup>28</sup>. Ministerpräsident Hoegner, der ebenfalls eine kommunistische Verschwörung im Befreiungsministerium witterte, wollte die Entnazifizierung zwischen CSU und KPD neutralisieren. Zunächst hatte er mit Hilfe der Militärregierung die Parteiführer, insbesondere Josef Müller, zu einer Art Ratifizierung des Befreiungsgesetzes veranlassen können<sup>29</sup>. Nun wollte er andererseits die Personalfrage klären. Daneben bedauerte er, daß die Militärregierung seinen Plan staatlicher Einheitschulen zunichte gemacht und damit den Rekurs auf das Konkordat veranlaßt hatte.

Dr. Ziebell, bei ihm zu Hause, 1. Juni 46.

War im bayerischen Entnazifizierungsministerium beinahe ganz von Anfang an, schrieb große Teile, ja das halbe bayerische Entnazifizierungsgesetz<sup>30</sup>, war von der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Minister Schmitt überzeugt, aber glaubt nicht mehr daran. Hält Schmitt für einen Demagogen und für einen schlaun und heimtückischen Ränkeschmied. Ziebell ist kein Bayer, sondern Preuße. Schmitt arbeitet mit Goldhammer<sup>31</sup> und der kommunistischen Partei. Hat mit Überlegung Schritt für Schritt ein kommunistisches Ministerium aufgebaut.

1. Höltermann<sup>32</sup>, kleinere SPD-Charge, den die Nürnberger Sozialdemokraten gerne ziehen ließen, ist ein SED-Mann oder arbeitet eng mit den Kommunisten zusammen, tendiert selbst sehr stark in diese Richtung, ist für eine russische Orientierung und mißtrauisch gegenüber den Amerikanern. Hat mit Schmitt Hand in Hand zusammengearbeitet, und wenn Schmitt weg ist, wird sein Staatssekretär mit der KP arbeiten; Goldhammer hält ihn für verlässlich.

2. Die folgenden Abteilungen des Entnazifizierungsministeriums sind hundertprozentig kommunistisch. Es gibt viele Parteilose in diesen Abteilungen, aber 95% sind wirkliche KP-Leute. a) Organisationsabteilung; b) Personalabteilung; c) Presseabteilung; und d) Abteilung 4: [Überwachung der] Staatsbeamten.

Kam zurück auf Schmitts parteilose Leute im Ministerium und in den Spruchkammern. Das sei ein klarer kommunistischer Trick: Die Leute nennen sich selbst bewußt parteilos, obwohl sie in Wirklichkeit fast hundertprozentig kommunistisch sind. Dies sei mit Absicht geschehen. Schmitt posiere als der Biedermann, als der ehrliche Mann, der sich nicht als Kommunist verhalte, aber habe in Ziebells Anwesenheit gesagt, wir werden nach unserem Sieg 30 000 unserer früheren Nazigegner hinrichten. Überaus schlauer Planer, sogar schlauer als Dr. Pfeiffer. Ziebell gibt an, dasselbe gelte von den Sonderbeauftragten: Diese 5 Herren der Regierungsbezirke seien größtenteils kommunistisch. Einer gehöre zur SPD, einer sei parteilos. Deshalb seien sie ein weiteres Werkzeug Schmitts. Sie sollen die örtlichen Spruchkammern kontrollieren; die meisten von ihnen hätten sie fest in der Hand. Die Parteilosen unter den öffentlichen Klägern und unter den Vorsitzenden sind auch 90 bis 95% KP. Dies ist ein schlaues Stück kommunistischer Unterwanderung. Öffentlich spielen sie keine nennenswerte Rolle. Aber diese Kommunisten treiben eine Art von Terrorspiel: Wenn du zu uns kommst, werden wir dafür sorgen, daß du mit einem leichten Spruch davonkommst. Nach Ziebell sei dies eine weitverbreitete Praxis, diese Terrorisierung der früheren Nazis, und zwar besonders unter den Mitläufern. Aber die Öffentlich-

<sup>28</sup> Vgl. Richard Scheringer: Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959, S. 492 f.; Eduard Claudius (d. i. E. Schmidt): Ruhelose Jahre, Halle 1968, S. 120 ff.

<sup>29</sup> Hoegner, a. a. O., S. 233 ff.; John D. Kormann: US-Denazification Policy in Germany 1944 bis 1950, Bad Godesberg 1952, S. 74 ff.; vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., Kap. IV/1.

<sup>30</sup> Gemeint sind die bayerischen Entwürfe für das BefrG des Länderrats. Ziebell gehörte zur bayerischen Delegation bei den Stuttgarter Verhandlungen.

<sup>31</sup> Bruno Goldhammer, 1945-46 Sekretär im Landesvorstand der KPD in Bayern.

<sup>32</sup> Arthur Höltermann war als Ministerialdirektor Vertreter des Befreiungsministers.

keit sei sich dieser Lage ziemlich gut bewußt. Das Entnazifizierungsministerium gelte als eine kommunistische Hochburg, und das sei der Grund, warum so viele Gegner der Nazis sich weigerten, mitzuarbeiten oder eine aktive Rolle in den Spruchkammern zu übernehmen. Das ist eine sehr gefährliche Lage. Weigerung mitzuarbeiten in vielen bayerischen Gegenden weit verbreitet. Ziebell nennt das Entnazifizierungsministerium, wie es von Schmitt geplant werde, eine Art GPU<sup>33</sup>.

Die Desorganisation im bayerischen Entnazifizierungsministerium ist fast vollständig. Kein Verwaltungsexperte ist je in diesem Ministerium gewesen. Keiner dort versteht irgendetwas von Organisation. (Das Ausstellen zeitweiliger Beschäftigungsgenehmigungen<sup>34</sup>, eine ganze Abteilung, ist ebenso in den Händen und unter der Kontrolle der Kommunisten.)

Unterhaltung mit Ministerpräsident Dr. Hoegner, 23. Juni 46. [. . .]

Gutes Gespräch mit Hoegner, der in guter Verfassung war. Er sah nicht ermüdet aus, sondern frisch und war voller Humor. Er ist sich jetzt ganz klar über die Lage im Befreiungsministerium. Er erwähnte folgende Punkte, die er nun untersucht:

1. Systematische Diskriminierung der juristisch vorgebildeten Leute, die Schmitt vom Justizministerium vorgeschlagen wurden<sup>35</sup> – [mit der Begründung], sie seien unbefriedigend –, alles Leute, die schon von der Militärregierung genehmigt wurden.

2. Schmitt handle, obwohl nach außen objektiv und neutral, zu sehr unter dem Diktat der KPD, bilde Zellen im Ministerium, in den Spruchkammern, im Ermittlungsdienst.

3. Abteilung I [Personal] unter [Egon] Kunz sei zu ausschließlich eine kommunistische Abteilung, die so verfare, daß Lutzberger und Lörcher<sup>36</sup> die Spruchkammern mit KPD-Leuten bzw. Kommunisten, die als parteilos gelten, vollpacken. Die ganze Abteilung sei KPD oder unter ihrer Kontrolle.

4. Schmitt selbst: Ist er nach Berlin gefahren, um dort mit der KPD zu verhandeln [?]; er gibt an, in Bayern herumgereist zu sein und Spruchkammern eröffnet zu haben. Zu sehr ein Parteimann, der der KPD gehorche. Schmitt ist natürlich der KPD gegenüber verantwortlich: d. h. Goldhammer, Pieck und Ulbricht. All das untersucht Hoegner jetzt. Er hat sich [noch] nicht entschlossen, ob er Schmitt völlig loswerden will bzw. muß oder ihm einen Staatssekretär von der CSU oder SPD begeben soll. Es ist Hoegner klar, daß Höltermann zwar als SPD-Mann auftritt, aber in Wirklichkeit in enger Verbindung mit Schmitt steht. Schmitt beharre darauf, daß in jedem Fall Höltermann sein persönlicher Vertreter sei.

Wenn die Untersuchung abgeschlossen sei, will Hoegner seine Entscheidung fällen. Zwei Lösungen möglich: entweder ein völlig neuer Mann; er gab den Hinweis, daß er vielleicht Dr. Pfeiffer ins Befreiungsministerium schicken wolle, weil dieser in der Staatskanzlei nicht mehr notwendig sei. Ich glaube, Dr. Pfeiffer sollte [als bayerischer Vertreter beim Länderrat] nach Stuttgart gehen. Ich meine, Hoegner hat noch keinen Mann für diese Aufgabe gefunden, wenn S. gehen muß; wenn S. bleibt, dann wird dort ein Staatssekretär bestellt werden.

Sprach von vielen anderen Dingen, darunter: Kirche. 1. Hoegner will eine Klärung: Kardinal Faulhaber, der einst sein System der Gemeinschaftsschulen bejaht habe, greife nun,

<sup>33</sup> „Staatliche politische Verwaltung“, die einstige politische Polizei der Sowjetunion.

<sup>34</sup> D. h. Ausnahmegenehmigungen vom Beschäftigungsverbot nach Art. 58 BefrG für unabhkömmliche Fachleute, Ärzte, etc. gemäß Art. 60 BefrG.

<sup>35</sup> Schmitt lehnte die Beteiligung von zahlreichen Juristen an der Entnazifizierung ab, weil er von ihnen eine konservative Interpretation des Gesetzes befürchtete. Die Berufung der Spruchkammervorsitzenden, die Juristen sein „sollten“, mußte der Befreiungsminister nach Art. 26 (1) BefrG „nach Beratung mit dem Justizminister“ vollziehen. Dem Befreiungsminister waren folgende Juristen zugeteilt worden: Dr. Hans Balles von der Regierung Oberbayern, Hans Ringelmann von der Staatskanzlei, Dr. Walter Roemer vom Justizministerium.

<sup>36</sup> Sonderbeauftragte des Befreiungsministers zur Aufstellung von Spruchkammern.

da Hoegners Plan von der Militärregierung abgelehnt worden sei, auf das Konkordat von 1925 zurück; Frage: Betrachtet die Militärregierung dieses als gültig<sup>37</sup>? Wenn ja, dann war die ganze Arbeit umsonst, die Hoegner für die Schulen geleistet hat; wenn nein, dann wolle er zumindest die gleichzeitige Anerkennung von Gemeinschaftsschulen und konfessionellen Schulen. Er hoffe das letztere, fürchte aber, daß Fendt in dieser Frage so etwas wie ein Reaktionär sei.

Er glaubte, daß seine Erklärung in der Beratenden Landesversammlung durch seine Warnung vor einer Wiederaufnahme [der Entnazifizierung] durch die Militärregierung angekommen sei. Die Erklärung der politischen Parteien zur Unterstützung des Entnazifizierungsgesetzes habe auch Bedeutung für die CSU. Deren Haltung sei jetzt völlig verändert, sie unterstütze jetzt, und zwar aktiv. Dr. Müller unterstütze nun rückhaltlos<sup>38</sup>. [..]

Er fürchtete, daß Terhalle leicht belastet sei. Wenn er gewußt hätte, daß Terhalle ein Buch geschrieben habe, in dem er das nationalsozialistische Wirtschafts- und Finanzsystem gebilligt habe, hätte er ihn niemals genommen<sup>39</sup>. [..] Dann erwähnte er den Fall von Adolf Weber<sup>40</sup>, der ein Buch geschrieben habe, in dem er die Nazi-Wirtschaft billigte und sich zu Gunsten rassischer Reinheit aussprach. Er hielt diese beiden Dinge für so kompromittierend, daß Weber gehen sollte. Er wollte wissen, ob die Sonderabteilung (der Militärregierung) von diesen Büchern gewußt habe, als sie Weber genehmigte: Wenn nicht, müsse er vorgehen, denn es gehe nicht an, Prominente wie Weber durchschlüpfen zu lassen, während kleine Fische bestraft würden.

### III. 2 Der Aufbau des Spruchkammerapparats [Denkschrift]

Die folgende ist die ausführlichste in einer Serie von drei Denkschriften von Dorns Hand. Zunächst berichtete er Anfang Juli handschriftlich Gen. Müller „Some last minute observations“ (undat., 9 S., Material Prof. W. E. Griffith) über seine Untersuchung des bayerischen Befreiungsministeriums. Dabei hob er insbesondere auf das administrative Chaos in diesem Hause ab, nahm jedoch den Minister als Person in Schutz. Mehr als die Vielzahl der Kommunisten störte ihn der geringe Bildungsgrad der Mitarbeiter. Dann gab Dorn an Clay einen „Brief Preliminary Report on the German Denazification Administration“ (9.7.1946, 4 S., Dorn Papers), der das hier abgedruckte Memorandum knapp zusammenfaßt. Dieses berichtet viereinhalb Monate nach der Verkündung des BefrG über dessen Durchführung. Der Aufbau des Spruchkammerapparats war weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben. Der Schluß der Denkschrift, der hier gekürzt ist, gibt sehr ausführlich Dorns Untersuchung der Lage im bayerischen Befreiungsministerium und Hoegners Vorgehen beim Ministerwechsel wieder und beruht substantiell auf Gesprächen wie den unter II. 1 wiedergegebenen<sup>41</sup>.

<sup>37</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 238 f. Nach einem Erlaß des SPD-Kultusministers Franz Fendt zur Einführung von Gemeinschaftsschulen, der auf kirchlichen Widerstand gestoßen war, hatte Hoegner einen Kompromiß herbeigeführt, der in gemischtkonfessionellen Gebieten die Gemeinschaftsschule als Regelschule vorsah. Das entsprechende Gesetz vom 16. 1. 1946 war von der Militärregierung nicht genehmigt worden.

<sup>38</sup> Vgl. Anm. 29.

<sup>39</sup> Fritz Terhalle, parteiloser Finanzminister der Regierung Hoegner, hatte als Professor der Finanzwissenschaft einen ‚Leitfaden der deutschen Finanzpolitik‘, München/Leipzig 1936, veröffentlicht, der den Vorwurf in dieser Form jedoch nicht rechtfertigt.

<sup>40</sup> Der Münchner Nationalökonom Geh. Regierungsrat Prof. Adolf Weber, der seit dem Kaiserreich bis ans Ende der Ära Adenauer unter jedem Regime weitverbreitete volkswirtschaftliche Lehrbücher und wirtschaftspolitische Gutachten veröffentlichte, hatte die bayerische Staatsregierung in wirtschaftlichen Fragen beraten. In diesem Fall war der Vorwurf durchaus angebracht; Weber wurde wenig später entlassen („Neue Zeitung“ vom 22. 7. 1946). Vgl. seinen ‚Leitfaden der Volkswirtschaftspolitik‘, München 1935, und insbes. sein ‚Deutsches Wirtschaftsleben‘, 2. Aufl. Berlin 1944, das er unter dem verheißungsvollen Motto ‚Volkswirtschaft, Wehrwirtschaft, Weltwirtschaft‘ einleitete.

<sup>41</sup> Zu personellen Details vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 354 ff., 374 f.

[Denkschrift vom 22. Juli 1946]

**Betrifft:** Bericht über die Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus.

**An:** Den stellvertretenden Militärgouverneur [Gen. Clay] und den zweiten stellvertretenden Militärgouverneur [Gen. Adcock].

### *I. Die öffentliche Meinung und die Durchführung des Gesetzes.*

Im Spruchkammersystem, das nun einigermaßen gut aufgebaut ist, beginnt eine anti-nazistische Minderheit quer durch alle zugelassenen politischen Parteien und parteilosen Kräfte hindurch, die schließlich etwa 10 000 Personen umfassen wird, über das Schicksal von annähernd 1 500 000 Nazis in der US-Zone zu entscheiden. Von einem solchen Unternehmen kann man nicht erwarten, daß es ganz in einer politisch und psychologisch günstigen Atmosphäre vonstatten geht. Angesichts der hohen Achtung der Deutschen vor Gesetzen und Gerichtsverfahren, deren Form auch diese Unternehmung angenommen hat, wäre zwar die Stimmung einiger weniger Orte nicht entscheidend. Andererseits kann dieser Versuch demokratischer Rechtsprechung in einer Atmosphäre, die offen feindlich ist, keinen Erfolg haben.

Unleugbar gibt es Unterstützung in der öffentlichen Meinung. Sie wird gefördert durch die Tatsache der militärischen Besatzung selbst, durch die Gewerkschaften und zahlreiche Führer der politischen Parteien, durch den Rundfunk und seit kurzem auch energischer durch die Presse, durch isolierte Gruppen von Intellektuellen und sogar eine beträchtliche Anzahl religiöser Führer. Ihre Stärke ist von Ort zu Ort verschieden, wird aber gemeinhin von G-2 unterschätzt<sup>42</sup>. [Die Unterstützung] ist am stärksten in den städtischen Gebieten Großhessens und Württemberg-Badens, aber man beginge einen Fehler, wollte man ihr nicht genau bestimmbares Ausmaß mit den Wahlergebnissen der politischen Parteien gleichsetzen. Es gibt sie auch in Bayern, wo die Lage sich jüngst erheblich verbessert hat, und zwar dank der dringenden Mahnung, die Dr. Hoegner in der Beratenden Landesversammlung ausgesprochen hat<sup>43</sup>, dem gemeinsamen Kommuniqué aller politischen Parteien in Bayern vom 22. Juni<sup>44</sup>, der ebenso nachdrücklichen Erklärung des früher zögernden CSU-Führers Dr. Josef Müller am 5. Juli<sup>45</sup>, der Ersetzung von Herrn Heinrich Schmitt durch Dr. Pfeiffer als Befreiungsminister und der Erklärung des letzteren vom 11. Juli, daß er das Gesetz mit Entschlossenheit und Schnelligkeit durchführen werde<sup>46</sup>.

Trotzdem eröffnen die Spruchkammern ihre Sitzungen in einer Atmosphäre, die durchaus nicht so günstig ist, wie es für einen gesicherten Erfolg ihrer Tätigkeit wünschenswert wäre. Während der moralische Antrieb bei der Entnazifizierung natürlich in den Befreiungsministerien der drei Länder am stärksten ist, ist er schon in den anderen Ministerien merklich schwächer, wo technische Fähigkeiten höher eingeschätzt werden als politische Verlässlichkeit. Ermüdung und Lethargie haben weite Bereiche der allgemeinen demokratischen Öffentlichkeit ergriffen. Die außerordentlich weit verbreitete Neigung, die unerfreuliche Vergangenheit zu vergessen, verfestigt sich manchmal zu einer Verschwörung des Schweigens. Auch an Orten, wo es antinazistische Gruppen gibt, kann man die Ansicht hören, die Hauptschuldigen sollten gehängt und alle anderen in Frieden gelassen werden.

<sup>42</sup> G-2 ist in der US-Armee die Generalstabsabteilung für Aufklärung und Nachrichtendienst.

<sup>43</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 234.

<sup>44</sup> Gedr. ebd. S. 234 f.

<sup>45</sup> Gegenüber einem Journalisten („Neue Zeitung“ vom 5. 7. 1946, S. 2) sagte Müller, die CSU nehme die Verantwortung für eine schnelle Durchführung des BefrG „sehr ernst“, kündigte aber im selben Atemzug „notwendig erscheinende gesetzestechnische und gesetzpolitische Verbesserungen in der Durchführung des Denazifizierungsgesetzes“ an.

<sup>46</sup> Interview Joachim Schilling mit Pfeiffer in: „Der Tagesspiegel“ vom 12. 7. 1946, S. 2; vgl. auch „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. 7. 1946, S. 1.

In einigen Landkreisen, in denen es am Willen zu entnazifizieren mangelt, wird der Spruchkammervorsitzende als Aussätziger behandelt, und der öffentliche Kläger ist selbst der Angeklagte.

Die Militärregierung kann in dieser Phase nicht den Standpunkt des bayerischen Verfassers eines Artikels im „Tagesspiegel“ vom 12. Juli<sup>47</sup> einnehmen, der schrieb, daß die deutschen demokratischen Kräfte geistig und politisch noch nicht reif genug seien, um die volle Verantwortung für die Ausführung des Befreiungsgesetzes zu übernehmen. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung ist die wertvollste erzieherische Erfahrung der Demokratie, welche die Militärregierung diesen Kräften vermitteln kann. Auf die eine oder andere Weise arbeiten die örtlichen politischen Parteien mit den Befreiungsministerien zusammen, indem sie Kandidaten für die Spruchkammern vorschlagen und indem sie gemischte Ausschüsse bilden, um dem öffentlichen Kläger bei der Einreichung der Anklagen zu helfen<sup>48</sup>. Vieles spricht dafür, daß dieses System ziemlich befriedigend arbeitet. Es ist richtig, daß die Landesvorstände der politischen Parteien seit der Verabschiedung des Gesetzes keine deutliche Bereitwilligkeit gezeigt haben, seine Ausführung zu beschleunigen. Parteien brauchen Stimmen, und ihre berufsmäßigen Führer sind noch immer außerordentlich ängstlich, sie könnten sich unbeliebt machen. Stattdessen werfen sie sich jetzt wechselseitig – ohne Zweifel mit einigem Recht – vor, nach Mitläuferstimmen zu jagen. In verschiedenen bayerischen Landkreisen hat die CSU Plakate angeschlagen, die offen um die Stimmen der Nazis werben, die nach 1937 in die Partei eingetreten sind. In einer öffentlichen Erklärung vor der württemberg-badischen Beratenden Versammlung am 19. Juni über die Durchführung des Befreiungsgesetzes beklagte Staatssekretär Kamm die Indifferenz der Öffentlichkeit gegen und ihre Unwissenheit über die tatsächliche Verantwortlichkeit in bezug auf dieses Gesetz und warf den politischen Parteien in Württemberg-Baden vor, sie arbeiteten schleppend und unzureichend [mit den Entnazifizierungsbehörden] zusammen. Unter den Sozialdemokraten bestehen weder Kurt Schumacher/Hannover noch Knothe/Frankfurt und Ulrich/Stuttgart<sup>49</sup> bei ihren öffentlichen Ansprachen auf der Entnazifizierung, und kürzlich mußte Dr. Hoegner, der energischste Entnazifizierer unter den Ministerpräsidenten, einem Aufruf des Würzburger Führers der Sozialdemokraten entgegnetreten, in dem dieser seine Parteimitglieder aufforderte, nicht in den Spruchkammern mitzuwirken. In der Gegend um Kassel sagt man im allgemeinen, der öffentliche Kläger sei ein Kommunist, der Spruchkammervorsitzende ein Sozialdemokrat, während CDU-Anwälte den Nazi-Beklagten gratis Rechtshilfe gewährten. Diese Lage ist keineswegs einheitlich. Während in nordbadischen Städten wie Karlsruhe und Heidelberg die Lage sehr zufriedenstellend erscheint, fühlen sich im bayerischen Mainfranken die öffentlichen Kläger und Vorsitzenden isoliert und als Diener der Amerikaner betrachtet.

Während Dr. Hilpert, der stellvertretende Ministerpräsident von Großhessen (CDU), sich persönlich darum kümmerte, das Spruchkammersystem in Frankfurt auf eine vernünftige Grundlage zu stellen, war Maria Sevenich, die auch zur Führung der CDU gehört, in einer Rede vor Studenten der Universität Marburg der Ansicht, Entnazifizierung sei nur ein anderes Wort für Bolschewisierung<sup>50</sup>. Diese Bemerkung könnte übergangen werden, hätte Sevenich nicht in der Öffentlichkeit nur das ausgesprochen, was Tausende in den

<sup>47</sup> „Das System der Spruchkammern“ in: „Der Tagesspiegel“ vom 12. 7. 1946, S. 2.

<sup>48</sup> An vielen Orten war ein meist paritätisch zusammengesetzter „Ausschuß der politischen Parteien“ oder „Vorprüfungsausschuß“ gutachtlich in die Ermittlungstätigkeit der Spruchkammern eingeschaltet, der gewöhnlich Leumundszeugnisse über die Betroffenen abgab.

<sup>49</sup> Gottlob Kamm (SPD) wurde am 14. 8. 1946 auf Wunsch der Militärregierung zum württ.-bad. Befreiungsminister erhoben. Willi Knothe, Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“, 2. Vors. der SPD, Bezirksvors. Hessen-Süd und Landesvors. der SPD in Hessen. Fritz Ulrich (SPD), Innenminister in Württemberg-Baden.

<sup>50</sup> Vgl. „Neue Zeitung“ vom 5. 7. 1946, S. 2; „Der Tagesspiegel“ vom 12. 7. 1946 („Zur Zeitgeschichte“).

drei Ländern, die man für Anti-Nazis hält, im privaten Bereich sagen und tatsächlich glauben. Es wird interessant sein zu beobachten, wie ähnliche Bemerkungen in Zukunft von den deutschen Behörden behandelt werden. Es scheint ziemlich klar, daß das Problem der öffentlichen Meinung sich nicht von selbst regeln wird, obwohl erwartet werden kann, daß die Lage sich alsbald bessern wird, wenn die Arbeit der Spruchkammern voll in Gang gekommen ist.

## II. *Versuche der Länderregierungen, mit diesem Problem fertigzuwerden.*

Eine öffentliche Meinung zu schaffen, welche die Arbeit der Spruchkammern unterstützt, ist und bleibt eine deutsche Aufgabe. Es ist der besondere Auftrag der Befreiungsministerien, die notwendigen öffentlichen Erklärungen über Inhalt und Zweck des Gesetzes herauszugeben und allgemeine Mißverständnisse und absichtliche Verdrehungen abzustellen. Die Militärregierung kann höchstens Hindernisse ausräumen und einer deutschen Initiative ihre Unterstützung gewähren. Abgesehen von der Veröffentlichung erzieherischer Artikel in der „Neuen Zeitung“ bzw. Hinweisen auf Aspekte der Frage und der Aufforderung gegenüber den Deutschen, vollen Gebrauch von den bestehenden Einrichtungen zu machen, kann und sollte sie nicht die Initiative ergreifen.

1. *Bayern.* Erklärungen und Entschließungen politischer Parteien, wie sie in Bayern veröffentlicht worden sind, haben eine klärende und anregende Wirkung gehabt. Aber eine solche erzieherische Bemühung muß aufeinander abgestimmt und fortgesetzt werden. Deshalb hat Dr. Hoegner im Erziehungsministerium eine besondere Abteilung eingerichtet, deren gegenwärtiger Leiter W. von Knoeringen ist, ein Emigrant, der in Großbritannien besondere Erfolge bei der Umerziehung deutscher Kriegsgefangener hatte. Es ist von Knoerings Aufgabe, laufend die bayerische öffentliche Meinung zu untersuchen, bei der Stärkung des Verantwortungsgeistes im Volk zu helfen, alle wirklich demokratischen Intellektuellen, die jetzt in Bayern leben und einen Beitrag zur politischen Umerziehung leisten können, aus ihrer Zurückgezogenheit hervorzuholen. Er soll den Bemühungen um Umerziehung dadurch praktische Hilfestellung geben, daß er solche Personen mit Gruppen und Organisationen, die an der Übernahme dieser Verantwortung interessiert sind, in Kontakt bringt. Von Knoerings Amt ist eine Art von Sekretariat zur Vermittlung von Rednern und Schriftstellern, wobei er nicht versucht, diese Gruppen unter den Einfluß der Landesregierung zu bringen. Er versammelt derzeit einen Stab von Rednern und Schriftstellern um sich, welche die Botschaft der deutschen Verantwortlichkeit im Rahmen des Gesetzes in jede Stadt und jeden Landkreis Bayerns tragen können. Ich habe dieses interessante Zentrum General McClure gegenüber erwähnt, der vielleicht seinen Journalistenstab aus ihm bereichern könnte, besonders zur Steigerung der Qualität der bayerischen Provinzpresse.

2. *Württemberg-Baden und Großhessen.* Nach meiner Kenntnis wird nichts Vergleichbares in Großhessen oder Württemberg-Baden unternommen. In Württemberg versammelt Staatssekretär Kamm in regelmäßigen Abständen alle Landräte und Bürgermeister, um sie über die Fragen zu informieren, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergeben, und sie wiederum tun Ähnliches zuhause. Das geschieht auch in Großhessen. Radio Stuttgart hat wenigstens einen glänzenden Mitarbeiter, Fritz Ermarth<sup>51</sup>, der in dieser Richtung Brauchbares leistet. Man hofft, daß die zahlreichen Zeitschriften, die in Stuttgart veröffentlicht werden, dieses Thema bald aufgreifen.

<sup>51</sup> Fritz Ermarth (1909–1948), badischer Jurist, 1933–1945 Emigration in USA, 1946–47 Politischer Kommentator in Radio Stuttgart, Juni–Nov. 1947 dessen Intendant, danach bis zu seinem Freitod Abt.-Leiter im württ.-bad. Wirtschaftsministerium.

### III. Die Befreiungsministerien in den drei Ländern.

1. *Die Macht der Ministerien.* Zeit und Erfahrung sind vonnöten, um den drei Befreiungsministern vollständig die Rechte und Pflichten, die sie im Rahmen des Gesetzes besitzen, zum Bewußtsein zu bringen. Während jedem der drei Befreiungsminister wiederholt in unmißverständlicher Weise mitgeteilt wurde, daß sie die volle Verantwortung für die Interpretation und Durchführung des Gesetzes haben, kommen sie immer noch wegen jeder erdenklichen Bagatelle zur Militärregierung gelaufen. Vielleicht ist der Versuch natürlich, die Verantwortung für eine unpopuläre Maßnahme auf die Militärregierung abzuwälzen. So veröffentlichte Staatssekretär Kamm von Württemberg-Baden bei der Ankündigung des Widerrufs vorläufiger Genehmigungen am 1. August in der „Stuttgarter Zeitung“ eine Erklärung, daß die Militärregierung ihn an eine enge Auslegung des Artikels 60 bei der Ausstellung neuer Genehmigungen binde. Oder: Sowohl die Sonderabteilung [der Militärregierung] als auch der Befreiungsminister kann auf vorgeschriebenem Wege die Entlassung eines Landrats (kürzlich als „Schlüsselstellung“ definiert, was von der Sonderabteilung noch überprüft werden muß) anordnen, wenn er von einem Kreistag in Verletzung der Beschäftigungsverbotsklausel in Art. 58 gewählt worden ist<sup>52</sup>. In Baden, wo vier solche Fälle vorkamen, wartet der Befreiungsminister offensichtlich derzeit darauf, daß die Sonderabteilung eingreift, anstatt selbst nach Art. 58 zu handeln.

2. *Allgemeine Bemerkungen über die Befreiungsministerien.* Von der inneren Struktur dieser Ministerien hängt der wirksame und reibungslose Ablauf des ganzen Spruchkammerwesens letztthin ab. Sie ernennen und entlassen die Mitglieder, beaufsichtigen und überprüfen die Arbeit der ordentlichen Spruchkammern und sind allgemein für die Durchführung und Interpretation des Gesetzes verantwortlich. Angesichts der damit verbundenen Schwierigkeiten sind die Fortschritte aller drei Ministerien bis heute bemerkenswert. In keinem anderen Ministerium habe ich in den drei Ländern einen intensiveren Eifer oder eine gewissenhaftere Hingabe an die Arbeit angetroffen. Die Leute arbeiten hier zwischen zwölf und vierzehn Stunden am Tag; während ich in Wiesbaden war, brachen zwei Beamte dieses Ministeriums an Überarbeitung und Unterernährung zusammen. Überall ist das größte Problem, für die Ministerien wie für die Spruchkammern ausgebildetes und fähiges Personal zu finden. Vorläufig ist das Problem zwar gelöst worden, jedoch ist jetzt schon offensichtlich, daß es einen beständigen Wechsel in den Ministerien und insbesondere in den Spruchkammern geben wird, denn es besteht die Neigung, die fähigsten Leute in die Ministerien zu ziehen, während auf lokaler Ebene jeder zögert, Verantwortung auf sich zu nehmen. Das Personalreferat ist jetzt das wichtigste im Ministerium und wird es bleiben.

Gleich hinter dem Personalproblem rangiert die Frage der Ausrüstung, die notwendig ist, wenn die Spruchkammern wirksam arbeiten sollen. Dies bedingt angemessene Unterbringung der öffentlichen Kläger und Spruchkammern, Geschäftsräume, Anstellung von fähigen Ermittlern und Auswertern etc. Die Schwierigkeit, geeignete Räume zu finden, ist in den ausgebombten Städten besonders groß. Bei der Lösung dieses Problems ist durch Zusammenarbeit mit den örtlichen Landräten und Bürgermeistern ein bedeutender Fortschritt erzielt worden. Es gibt aber immer noch Orte, in denen solche Zusammenarbeit nur widerwillig gewährt wird, was den örtlichen Spruchkammervorsitzenden in seiner Tätigkeit behindert. Wegen der ungeheuren Mengen an Papier, die benötigt werden, ist die Entnazifizierungsmaschinerie schnell zu einem der größten Papierverbraucher geworden (Meldebogen, Arbeitsblätter<sup>53</sup> etc.). In Großhessen fand ich allerdings die Papier-

<sup>52</sup> D. h., daß ein ‚politisch belasteter‘ Kandidat zum Landrat gewählt wurde.

<sup>53</sup> Von den Fragebogen wurden auszugswise Kopien hergestellt und verschiedenen Institutionen zur Überprüfung der Angaben gesandt; der Gebrauch solcher ‚Arbeitsblätter‘ wurde später eingeschränkt.

knappeheit wirklich dringend. Nur Großhessen hat noch nicht in großer Auflage eine eigene Ausgabe des Gesetzes veröffentlicht und hängt darin größtenteils von Württemberg-Baden ab. Man hofft, daß bald diese Papierknappheit in Großhessen behoben werden kann.

Der Typ des Beamten, den man in den Ministerien antrifft, befriedigt im ganzen. Vielleicht ist es häßlich, Vergleiche anzustellen. Ich fand die größte Anzahl fähiger und erfahrener Beamten in Bayern. In Württemberg-Baden hat Staatssekretär Kamm buchstäblich von der Luft gelebt, denn er hat in seiner Behörde nicht mehr als zwanzig Leute. Er und sein Ministerialrat Rapp<sup>54</sup> haben fast die ganze Arbeit getan. In Großhessen war Minister Binder wochenlang im Krankenhaus, und ohne die aktive Hilfe des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hilpert hätte Ministerialdirektor Knappstein kaum die ganze Last tragen können.

Die Ministerien in den drei Ländern sind nach einem mehr oder weniger einheitlichen Vorbild organisiert worden, wenngleich es einzelne Unterschiede gibt. Alle drei Ministerien haben Abteilungen für Recht, Personal, Verwaltung und Presse. Großhessen und Württemberg-Baden haben eine besondere Abteilung für Arbeitslager, während Bayern eine andere Lösung gefunden hat<sup>55</sup>. Sowohl Bayern als auch Württemberg-Baden haben eine besondere Abteilung für die Überwachung des Verwaltungspersonals der Landesregierung, während eine solche Abteilung in Großhessen befremdlicherweise fehlt. Andererseits hat Großhessen eine besondere Abteilung für politische Erziehung in Fragen, welche die Durchführung des Gesetzes betreffen, aber während meines letzten Besuches war sie noch nicht besetzt.

Der Plan, den Dr. Pfeiffer als Grundlage für die Reorganisation des Ministeriums in Bayern seit seiner Ernennung anwendet, erscheint mir wirklich brauchbar, um mit allen Problemen fertigzuwerden, die mit der Durchführung des Gesetzes zusammenhängen, mit Ausnahme der Zivilinterniertenlager, für die Dr. Hoegner eine besondere Organisation plant. Dr. Pfeiffer hat in seinem Ministerium auch eine besondere Abteilung für die Ausbildung der Spruchkammervorsitzenden und der öffentlichen Kläger sowie für Öffentlichkeitsarbeit eingeführt. Besondere Schulungen in der Gesetzesinterpretation wurden für die Vorsitzenden und öffentlichen Kläger eingerichtet. [Landgerichtsrat] Dr. [Heinrich] Liebrecht, der so ausgezeichnete Arbeit als Spruchkammervorsitzender in Deggendorf geleistet hat, ist der Chef dieser Erziehungsabteilung geworden. Dr. Pfeiffer hat auch eine besondere Abteilung für die Überprüfung der bislang von den bayerischen Spruchkammern entschiedenen Fälle errichtet<sup>56</sup>. Die erste grobe Überprüfung der bislang entschiedenen Fälle ergab, daß eine ungewöhnlich große Anzahl der Fälle neu verhandelt werden muß. Im letzten Bericht hat Dr. Pfeiffer angegeben, er werde nicht weniger als sechzig Tage benötigen, um die neue Maschine ganz in Gang zu bringen.

Kein Zweifel, sobald sich die wirklichen Probleme, die sich ihnen stellen, zuspitzen, werden auch die anderen Befreiungsministerien eine Reihe von Veränderungen durchmachen. [ . . . ]

---

<sup>54</sup> Andreas Rapp (geb. 1905), nach betriebswirtschaftlichem Studium seit 1941 Steuerberater, 1946-48 als freier Mitarbeiter im Werkvertragsverhältnis Stellvertreter des württ.-bad. Befreiungsministers; seither Wirtschaftsprüfer in Stuttgart.

<sup>55</sup> Hier war zeitweise unter Beteiligung mehrerer Ministerien ein besonderes Landesamt für die Beaufsichtigung der Internierungslager geplant worden. Als die US-Armee diese Lager im Oktober tatsächlich an die Deutschen abgab, wurde diese Aufgabe jedoch auch hier ins Befreiungsministerium gezogen.

<sup>56</sup> Den sog. Kassationshof. Pfeiffer ließ alle Spruchkammern eine Woche schließen und die bislang ergangenen Entscheidungen überprüfen; die meisten Sprüche der Ära Schmitt wurden danach aufgehoben.

### III. 3 Inspektion der Spruchkammern nach einem Jahr [Notizen, April 1947]

Im Frühjahr 1947 wurde bei allen Entnazifizierungsspezialisten auf amerikanischer und deutscher Seite eine Revision des BefrG erwogen. Um zu diesen Plänen Stellung nehmen zu können (vgl. II. 4), bereiste Dorn zunächst mit dem Chef der Sonderabteilung OMGUS die anderen Zonen, um deren Entnazifizierungspraxis zu studieren (vgl. Anm. 23). Anschließend reiste er vom 2.–7. April durch Hessen und Bayern, um den Stand der Spruchkammerarbeit in der US-Zone festzustellen und die Änderungsvorschläge mit Praktikern und Vertretern der öffentlichen Meinung zu besprechen. Die Spruchkammern waren in den ersten Monaten des Jahres 1947 vor allem damit beschäftigt, die vom BefrG nicht Betroffenen und diejenigen, die unter die Weihnachtsamnestie fielen, auszusondern und zu benachrichtigen. Von diesen Reisen Dorns haben sich Notizen aus Nordhessen und Franken erhalten, die im folgenden unwesentlich gekürzt wiedergegeben werden.

Von Helmstedt nach Kassel, wo ich Leutnant Uhland traf, der den öffentlichen Kläger Hüpeden und fünf weitere öffentliche Kläger aus dem Stadtkreis Kassel auftrieb. Saß mit diesen Leuten in ihrer Spruchkammer von 5 bis 7 Uhr abends zusammen. Eindruck von Hüpeden (SPD) gut und von dem öffentlichen Kläger Krug (KPD) auch gut<sup>57</sup>. Der Statistiker gut, aber alle übrigen schauten wie verschmutzte, verdorrte, armselige Wesen aus, die glücklich schienen, wenigstens überhaupt eine Arbeit gefunden zu haben. Drei von acht oder zehn schienen zufriedenstellend. Besprochene Punkte:

1. Sie hatten keine wirkliche Kritik am Gesetz, außer daß man die Zeit des Beschäftigungsverbots nicht auf die Bewährungsfrist bei Minderbelasteten anrechnen konnte<sup>58</sup>. Keiner von ihnen hatte offenbar eine wirkliche Kritik am Gesetz vorzubringen – und auch keine bestimmten Wünsche, daß das Gesetz geändert werde. Nicht einmal Art. 58, denn die derzeitige Definition des Art. 58 und der „gewöhnlichen Arbeit“ sei praktisch schon auf dem Stand, wo Keith's Plan<sup>59</sup> ansetzen will. Eine Änderung würde hier nichts Neues bringen. Das war eine Entdeckung. Hat sich in Fritzlar und auch in Marburg bestätigt. 2. Nicht-Betroffene und Amnestierte<sup>60</sup> werden in Kassel erst in acht Monaten fertig sein. Reuter, der mir als ehrlicher und fähiger Mann erschien, übernahm die Verantwortung und sagte, er könne [die Nicht-Betroffenen und Amnestierten] nicht in weniger als acht Monaten [benachrichtigen], etwa tausend pro Monat. Es wurde mit Listen gemacht, und zwar brauchte man fünf Listen. Dann wurden tatsächlich Ermittlungen über die Amnestierten angestellt. Sie hatten etwa 80 000 Nicht-Betroffene, aber keine Papierkarten zum Verschieken. Sagte ihnen, daß sie dafür zusätzliches Personal bekommen müßten; sie könnten

<sup>57</sup> Oberregierungsrat Theodor Hüpeden (geb. 1887), 1946–48 Vorsitzender der Spruchkammer Kassel-Stadt. Karl Krug (geb. 1906), seit 1947 Vorsitzender der Spruchkammer Büdingen, wurde im April 1948 wegen dienstlicher Mängel suspendiert. Der später erwähnte Jacob Reuter (geb. 1908) war 1947/48 Ermittler bei der Spruchkammer Kassel-Stadt.

<sup>58</sup> Die Sühnemaßnahmen bei der Klasse III (Minderbelastete) bestanden hauptsächlich in Tätigkeitsbeschränkungen für die Dauer einer „Bewährungsfrist“ von in der Regel zwei Jahren; danach wurde der Betroffene meist zum Mitläufer erklärt, wodurch die Beschränkungen zum größten Teil wegfielen. Um diese Zeit zu verkürzen, sollte das Beschäftigungsverbot nach Art. 58 BefrG (vor dem Spruch) auf die Bewährungsfrist angerechnet werden.

<sup>59</sup> Gemeint ist eine Stabsstudie des Chefs Special Branch OMGUS Maj. Minor Keith Wilson „Desirable Changes in the Law of Liberation from National Socialism and Militarism and in Denazification Procedures in the U. S. Zone“ vom 1. 4. 1947 (OMGUS-Papers 148-1/15, National Archives, Suitland Md.). Darin sollte die Verfolgung strafwürdigen Verhaltens von Nazis von der Aufgabe der Säuberung abgetrennt und deutschen Behörden überlassen werden. Dagegen sollte die Militärregierung darüber wachen, daß Hauptschuldige und Aktivisten nicht in den öffentlichen Dienst und sonstige Schlüsselstellungen eindringen. Diese Wiederaufnahme der alten Entlassungspolitik der Special Branches war in eine Reduktion des Art. 58 BefrG, der jedoch bleibende Wirkung behalten sollte, gekleidet.

<sup>60</sup> D. h. die Aussonderung und Benachrichtigung derer, die unter dem BefrG nicht als belastet galten, sowie derjenigen, denen die Jugend- oder die Weihnachtsamnestie gewährt wurde.

die Aufgabe mit dem derzeitigen Personal nicht lösen. 3. Sie hatten noch rund 80 Fälle der Klasse I [Hauptschuldige] und rund 10 000 Fälle der Klasse II [Aktivisten] zu bearbeiten. Hatten bisher nur ein paar Leute der Klasse I verhandelt – glaubten aber, sie könnten in einem Jahr fertig werden; offenbar wurden die Direktiven in dieser Spruchkammer nicht befolgt, nämlich Fälle der Klassen I und II zuerst zu verhandeln<sup>61</sup>. Sie nahmen sich immer noch [zuerst] der Mitläufer an – und die wurden amnestiert. 4. Besprach mit Dr. Bindler<sup>62</sup> (guter Eindruck) das Problem der Berufungskammer und die Anhäufung der Fälle. Auch mit in Leutnant Uhlands Haus am Abend, ungefähr zwei Stunden lang. Ergebnis: Er stimmte mit einer neuen Direktive überein – über [die Zulässigkeit einer] Berufung und des mündlichen Verfahrens nur bei Verurteilung zu Arbeitslager [in der ersten Instanz]<sup>63</sup>. Dr. Bindler drängte nicht auf eine Änderung des Gesetzes, aber er wies wieder auf die vergangene Beschäftigungslosigkeit der Minderbelasteten hin, die auf die Bewährungsfrist nicht angerechnet werden könne. Er sagte, er schicke viele Fälle zurück, weil die Berufungen nicht begründet seien; stimmte zu, daß bei allen schweren Urteilen Berufung eingelegt werde – und daß hier bald Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. 5. Wolfgang Bartels und Dr. Pöschl<sup>64</sup> bei den „Hessischen Nachrichten“ waren über meine Feststellung betroffen, daß die Lage kritisch sei. Bartels glaubte nicht, daß das Gesetz in seiner jetzigen Form befriedigend durchgeführt werden könne: Mangel an politischer Information, zu wenig Nahrungsmittel, Gleichgültigkeit der politischen Parteien; zu wenig fähige Leute engagierten sich in der Sache. Die Nazis gingen aufs Land hinaus, um von unfähigen Spruchkammern verurteilt zu werden, wobei sie besser wegkämen. Mangel an Entschlossenheit. Die Masse der Belasteten mache die Augen der öffentlichen Kläger blind für aktive Nazis. Dr. Pöschl dachte, die Sache werde laufen, wenn mehr fähige Leute überredet werden könnten, sie in die Hand zu nehmen – aber sie würden sich nicht freiwillig zur Verfügung stellen, weil Anwälte zur Zeit soviel Geld verdienen könnten, wie sie wollten. Zu viele Betroffene. Erziehung ja, aber die Parteien täten nichts; könne auch nicht getan werden, bevor sich die Ernährungslage bessere. Verbreitete Verlogenheit der Nazis, die zusammenhielten. Ihre Chance seien Belastete, die, zum Mitläufer erklärt, wieder in ihr Amt gelangt seien, wo sie die Stellen offenhielten und andere Nazis bevorzugten.

Fritzlar am 2. April. Gespräch mit dem ersten öffentlichen Kläger [Jürgen Tesdorpf], einem jungen Mann um die vierzig, auf Draht, völlig vertraut mit seiner Aufgabe. Ausgezeichnete Diskussion mit ihm. Er behauptet, er könne in einem Jahr mit allen Fällen der Klassen I und II fertig sein; 2. er brauche ein Jahr, um die Nicht-Betroffenen und Amnestierten zu beenden; 3. es sei nicht nötig, Art. 58 zu ändern; die gegenwärtige Interpretation der „gewöhnlichen Arbeit“ sei so breit angelegt, daß Mitläufer nahezu jede Stelle bekommen könnten, ausgenommen Schlüsselstellungen; 4. es gebe kein wirkliches Bedürfnis, das Gesetz zu ändern; die Fälle der Amnestierten würden zusammen etwa 1 500 000 ergeben – somit entfielen das Mitläuferproblem, weshalb er sich nun den großen Nazis widmen könne. 6. Schien in einem schweren Mißverständnis über den Termin be-

<sup>61</sup> OMGUS Direktive vom 29. 4. 1946 (in: Blue Handbook, D 4), nach deren Abs. 3 (e) zuerst Inhaber sozialer Führungspositionen, die in den Klassen I und II Belasteten sowie andere Schwerverdächtige abzuurteilen seien.

<sup>62</sup> Rechtsanwalt Dr. Hans Bindler (geb. 1907) gehörte der LDP an und war 1947/48 dienstaufsichtsführender Vorsitzender der Berufungskammer Kassel.

<sup>63</sup> Praktisch wurde jeder Spruch, aus dem schmerzhaftes Rechtsnachteile erwachsen, von den Betroffenen einem Berufungsverfahren unterzogen, in dem in aller Regel eine Herabstufung zum Mitläufer erfolgte. Auch die Verwendung von Rechtsanwälten in den mündlichen Verfahren führte nicht selten dazu, daß die Laien in den Spruchkammern erster Instanz juristisch überhölpelt wurden. Fast alle Entnazifizierungsspezialisten sahen dies als eine Mißbrauchseinladung an und wollten die Berufungsmöglichkeiten beschneiden.

<sup>64</sup> Wolfgang Bartels und Wolfgang Pöschl, Herausgeber der „Hessischen Nachrichten“, Kassel.

fangen, bis wann die Nicht-Betroffenen und Amnestierten fertig sein müßten: 1. April 48 anstatt 47; 7. gab zu, daß er sich nun an die Arbeit machen und zusätzliche Hilfe anwerben müsse. Hatte interessante Ansichten über die Wirkung der Entnazifizierung. Sie würde alle Leute aus der Politik hinaustreiben, und die Deutschen würden unpolitischer denn je werden, nun, nachdem sie sich die Finger verbrannt hätten. Glaubte auch, daß der Apparat jetzt schneller laufe, zumindest in Fritzlar, und daß eine weitere Veränderung des Gesetzes [seiner Durchführung] schaden würde: ordre – contre-ordre – desordre – man solle das Gesetz lassen, wie es ist. Es gebe schon zu viele Interpretationen und Instruktionen, die man nicht mehr überblicken könne. Hatte die Hoffnung, daß er in einem Jahr oder etwas mehr fertig werden könnte, spätestens bis zum Sommer 1948. Stimmt zu, daß es keine Umorientierung der Nazis gäbe. Die Minderbelasteten, zuerst durch das Beschäftigungsverbot und dann durch die Bewährungsfrist bestraft, würden allmählich verbittert. Er fürchtete aber keine Schwierigkeiten mit seinen Hauptschuldigen, da sie ihre Strafe als gerecht annähmen; er gab an, daß viele, denen ihre Anklage bekannt sei, erwarteten, daß sie ins Arbeitslager geschickt würden, und daß sie ihre Strafe als gerecht ansähen. Im ganzen ein scharfsinniger und kluger Mann. Er glaubte, Fritzlar-Homberg werde in fünf Jahren ganz befriedet sein<sup>65</sup>.

### 3. April, Marburg.

Unterhaltungen mit Ahrens, dem Präsidenten der Berufungskammer, und mit dem öffentlichen Kläger der Spruchkammer Marburg Stadt, Hallinger<sup>66</sup>. [Dieser] war überzeugt, daß die Marburger Spruchkammer in einem Jahr fertig werden könnte, 2. daß Nicht-Betroffene und Amnestierte in drei Monaten abgeschlossen werden könnten; 3. er hielt die Sühnemaßnahmen für zu materiell und glaubte, daß Erziehung bzw. „reeducation“ zu einem Teil des Entnazifizierungsprogramms gemacht werden sollte, weil der Zweck des Gesetzes ja politisch sei.

Nebenbei, die Januarkrise ist vorüber – die Spruchkammern sehen nun wieder hoffnungsvoller in die Zukunft und waren überall, wo ich hinkam, eifrig an der Arbeit. Das Fernschreiben vom 13. Februar tut seine Wirkung<sup>67</sup>; Fritzlar bekam endlich sein neues Gebäude und vier neue Schreibmaschinen, und die Berufungskammer Marburg soll ihr Gebäude bekommen. Dr. Bindler soll ein Auto bekommen. Marburg hat in der Geschäftsstelle 18 neue Leute angestellt, um die Fälle der Nicht-Betroffenen und Amnestierten zu erledigen. Überall sah ich neues Leben und neue Aktivität. Allmählich wird es besser. Marburg braucht einen neuen Statistiker. Die Statistiken stimmen dort nie.

Es hängt bei der Entnazifizierung alles daran, fähige und intelligente Leute in führende Positionen zu bekommen – diese Überlegung hat sich mir auf dieser Reise besonders eingeprägt. Verdrehte, fantasie- und gedankenlose Leute können diese Arbeit nicht leisten. Wo es intelligente Leute gibt, kann man es an den Ergebnissen sehen. Wenn man die Ministerien dazu bringt, auf die eine oder andere Weise wirklich fähige und intelligente Leute zu finden und zum Dienst zu verpflichten, dann wird die Aufgabe bewältigt werden. Ahrens beklagt sich über fürchterliche Fehler und offensichtliche Ungerechtigkeiten in einigen Entscheidungen. Das mag vom Gesichtspunkt eines Juristen aus richtig sein – aber die Juristen können, wenn sie darauf beharren, die Grundintention dieses Gesetzes und dieses ganzen Programmes vereiteln. Sagte zu ihm, es sei seine Aufgabe, seine

<sup>65</sup> Nach Auskunft v. J. Tesdorpf war damit gemeint, daß die in der Stadt starken Spannungen zwischen ehem. Wehrmachtsangehörigen und Pgs mit zunehmenden Arbeitsmöglichkeiten bei wachsender wirtschaftlicher Konsolidierung verschwänden.

<sup>66</sup> Amtsgerichtsrat a. D. Wilhelm Ahrens (geb. 1886) war 1940 beim Arbeitsgericht Berlin in den Ruhestand versetzt worden; 1946 Kämmerer in Marburg, dann Vorsitzender und bis 1949 Präsident der Berufungskammer Marburg. Hallinger nicht identifiziert.

<sup>67</sup> Gedr. in: Blue Handbook, D 78. Dadurch wurde von Clay der Entnazifizierung bei der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und bei der Verpflichtung von Personal Priorität eingeräumt.

Vorsitzenden auf sein Niveau zu bringen<sup>68</sup>. Die zweite Überlegung ist, dieses Gesetz von nun an durch Befehl der Militärregierung zu ändern und nicht durch lange Diskussionen mit den Deutschen.

4. April, Marburg.

Langes Gespräch mit Dr. Ludwig Dehio, Direktor des Hessischen Staatsarchivs. Habe ihn seit 1932 nicht mehr gesehen, mit Botzenhart und W. Kienast, als er bekannte, er sei 1/4 Jude. Irgendwie kam er durch – obwohl er, wie er hinzufügte, für Auschwitz vorgesehen gewesen sei. Besuchte ihn in der Calvinstraße 16, wo er bei einer älteren Dame wohnte. Hauptthema war, wie man Quellen über die Nazi Herrschaft, einschließlich ausländischer Quellen, deutschen Forschern zugänglich machen könne. Sowohl Gerhard Ritter als auch Dehio wären gute Kandidaten dafür. 2. Er schreibe ein Buch<sup>69</sup> über insulare und kontinentale Entwicklung: Die Konkurrenz im europäischen Staatensystem habe den Staatsabsolutismus und die absolute Monarchie erzwungen, der Liberalismus habe keine Chance gehabt. Für Europa typisch seien Philipp II. von Spanien, Ludwig XIV., Friedrich der Große, Wilhelm II., Zar Peter, im 19. Jahrhundert und im 20. Bismarck, Hitler und Stalin. [Dehio] glaubte nicht an die Möglichkeit, die Deutschen zu demokratisieren. Umerziehung, zumindest im Sinne der Demokratie, sei ziemlich zwecklos – aber er denke, es sei den Versuch wert – fürchte jedoch, es werde ein Fehlschlag. [ . . ]

4. April

Sah Eugen Kogon, den Verfasser von „Der SS-Staat“<sup>70</sup> und [Herausgeber der] Frankfurter Hefte. So gut wie sein Buch, jung, um die 40, sieben Jahre im KZ mit Werner Hilpert. Sagte, er habe das erste Buch geschrieben, das die Nazis wirklich beeindruckte – ein Nazi im [Internierungslager] Darmstadt sagte, daß das, was Kogon geschrieben habe, die Wahrheit sei und daß Kogon seine Arbeitslagerstrafe um zwei Jahre verlängert habe. War mit K. rund drei Stunden zusammen; wir besprachen Umerziehung, Entnazifizierung und Lager sowie die Schwierigkeiten bei der Umerziehung. Er glaubte, daß die Arbeitslast der Spruchkammern zur Zeit zu groß sei – unterstützte unseren Vorschlag zur Änderung [des Gesetzes], weil das die Mitläufer von den aktiven Nazis, die vor Gericht gestellt werden müßten, trennen würde. Er sah die Schwierigkeit, den Rückzug als eine neue Phase zu rechtfertigen. Das Mitläuferproblem [wäre dann] erledigt. Rechtfertigung vor den Deutschen wäre einfach, schwierig jedoch gegenüber US-Journalisten. Aber nur so sei das Programm zu retten; jetzt könne man es schon bald einen Fehlschlag nennen. 2. Durch die Auseinandersetzung zwischen Ost und West überlebe der deutsche Militarismus und Nationalismus, und der Fehlschlag der Umerziehung lasse sich absehen – er fragt sich, ob nicht seine ganze Mühe umsonst sei. 3. Bekam seine 70 Seiten lange Denkschrift über das Lager Darmstadt<sup>71</sup>, er setzt sich dafür ein, daß man vom Gesichtspunkt der Erziehung aus ein volles Drittel der Internierten retten könne. Hat dem Hessischen Befreiungsministerium einen Plan vorgelegt. Er meint, die Entnazifizierung werde nicht vorwärtsgen, solange sich Ernährungs- und Wirtschaftslage nicht besserten. Das sieht er vom deutschen Gesichtspunkt aus als vordringlich an. Er vermutet, daß die Nazis in Deutschland nicht nur nicht gebessert würden, sondern zu einem neuen Experiment, grausamer und drastischer noch als das letzte, bereit wären. Außer seinem Buch über SS und KZ sei nichts zu ihrer Umerziehung getan worden. Kam zum selben Schluß wie Dehio am Morgen. Schumachers

<sup>68</sup> Die Präsidenten der Berufungskammern waren für die Gesetzesschulung der Spruchkammerpräsidenten in ihrem Regierungsbezirk zuständig.

<sup>69</sup> Ludwig Dehio: Gleichgewicht und Hegemonie, 1948.

<sup>70</sup> Eugen Kogon: Der SS-Staat, Das System der deutschen Konzentrationslager, (zuerst) Frankfurt 1946.

<sup>71</sup> Zusammengefaßt in Eugen Kogon: Der Kampf um Gerechtigkeit, in: Frankfurter Hefte 2 (1947), S. 373 ff.

Nationalismus und die Unaufrichtigkeit der politischen Parteien, die in einer Volksabstimmung über die Ostgrenzen weggeschwemmt würden.

#### 5. April, Frankfurt.

Dr. Stenzel, Herausgeber der „Neuen Nachrichten“, und seine Mitarbeiter<sup>72</sup>. Ergebnis: 1. [Der hessische Befreiungsminister Gottlob] Binder solle Freiwillige für die Stellen der öffentlichen Kläger und Vorsitzenden in der gegenwärtigen Krise aufrufen, weil das Programm von der Qualität der Leute abhängt und Leute mit den höchsten Fähigkeiten für diese Arbeit gerade gut genug seien. 2. Änderung des Gesetzes in der angegebenen Richtung; auch sie glaubten, daß es mit der gegenwärtigen Vermischung von Mitläufern und Aktivisten nicht weitergehen könne; 3. eine Änderung des Art. 58 sei wegen der jetzt geltenden Definition [des Begriffs] „gewöhnliche Arbeit“ nicht notwendig – kein Unternehmen sei durch den Ausschluß von Nazis aus führenden Positionen behindert, nach den Amnestien noch weniger denn je. (Der Gesetzentwurf sei nun zum Rechtsausschuß geschickt, wo er jetzt liege und wahrscheinlich nicht mehr herauskomme<sup>73</sup>.) Es müsse mehr Spruchkammern geben, und es müsse mehr Schwung in die ganze Sache. 5. Im Streit zwischen den politischen Parteien [um die Besetzung der Spruchkammern] sollte das Ministerium stark genug sein, seine eigenen Leute auszuwählen.

#### 5. April, Oppenheimer und?<sup>74</sup>

1. Änderung des Gesetzes. 2. Anklage ohne Bindung an die Formalbelastung – zusammen mit einem strengeren ministeriellen Aufsichtssystem. 3. Ein Revisor solle die Kammern aufsuchen, um nachzusehen, ob alles läuft, und mit der Befugnis, Änderungen anzuordnen. 4. Art. 58 ist kein Problem, reichlich großzügig; während der Krise ministerielle Bemühung um Zusammenarbeit, um die Militärregierung davon abzuhalten, [das Programm wieder] zu übernehmen. [ . . . ]

#### 6. April 47, Bad Kissingen.

[Hauptmann] Schellenberger [Special Branch] hofft, mit den Amnestierten-Fällen Ende April fertig zu sein, was eine große Überraschung ist. Die Qualität der Spruchkammer ist leidlich, aber nicht dazu angetan, mächtigen Nazis Achtung einzuflößen. Der öffentliche Kläger klagt vorrangig nicht die prominenten Nazis, sondern hauptsächlich kleine Fische an – und verstößt damit gegen Befehle der Militärregierung. (Hübsche Stadt, sauber; gut-angezogene Leute und reizende Damen sieht man hier am Ostersonntag auf den Straßen.) Die Sekretärin in der Militärregierung war Gerda G., attraktiv und kenntnisreich – hat mich in ihre Wohnung, während sie mit dem Kurhaus um ein Zimmer telefonierte; hier gab es Skier, ein Gebirgsbild, ordentliche Innenausstattung. Wie alle Kurbäder ist Bad Kissingen ein Hort der Nazis. Aber der Offizier im Special Branch sagte, man habe bislang nur ungefähr zehn der höheren Nazis angeklagt; beklagte sich dann über Art. 58 und gab schließlich doch zu, daß [Art.] 58 so großzügig interpretiert werde, daß er keine wirklichen Schwierigkeiten verursache. Natürlich beklagten sich die Firmen über die Auswirkungen des Art. 58. [ . . . ] Die Entnazifizierung ist in die Hände von „Minderwertigen“ geraten, weil sie die einzigen Unbelasteten sind. Wir müssen Leute finden, die den großen Nazis intellektuell und sozial die Waage halten können, wenn diese Aufgabe gelöst werden soll – oder sie wird nicht gelöst werden. [ . . . ]

Früh am Morgen sah ich, dank der charmanten Gerda, Becker<sup>75</sup>, der ungeeignet war, und den öffentlichen Kläger der Kammer von Bad Kissingen Stadt. Dieser war ein früherer

<sup>72</sup> Offenbar Dr. Hugo Josef Maria Stenzel, der Herausgeber der „Frankfurter Neuen Presse“.

<sup>73</sup> Gemeint sind die „Wiesbadener Beschlüsse“ des Entnazifizierungsausschusses des Länderrats vom 11./12. 2. 1947, vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 471 ff.

<sup>74</sup> ? im Original. Joachim Oppenheimer war damals Oberregierungsrat im Hessischen Ministerium für politische Befreiung und Wiederaufbau.

<sup>75</sup> Leiter der deutschen Unterabteilung des Special Branch der Militärregierung Bad Kissingen.

Bridge-Lehrer – wie in aller Welt er zu seinem gegenwärtigen Amt kam, weiß ich nicht, offenbar ein Vorschlag der SPD. Ich kann mich an seinen Namen nicht erinnern. Er sagte mir, er werde mit den Amnestierten-Fällen Ende des Monats fertig sein, aber er hatte noch nicht einmal mit den Nicht-Betroffenen-Fällen begonnen. Ein Leutnant von der Constabulary verschaffte mir eine Unterkunft im Kurhaus Hotel, während [mein Fahrer] Cat in der Militärregierung untergebracht wurde. Gerda, Gott segne sie, erwischte Becker um 9 Uhr morgens mit diesem Bridge-Lehrer, der ganz wie ein würdevoller Vorsitzender aussah, aber in Wirklichkeit eine leere Hülse war. Sie sagten, sie hätten noch nicht Zeit gefunden, über die Probleme der Spruchkammer nachzudenken, um sie mir zu nennen. Sie erzählten, viele Vorsitzende seien zum Rücktritt geneigt, weil die Berufungskammer in Ansbach alle ihre Entscheidungen aufhebe und zugunsten der Betroffenen revidiere.

Dann weiter mit Gerda zu Walter Gong (alias Waldemar Gordeff<sup>76</sup>), der auf der Staffenburg in einem hübschen Gartenhaus beinahe ganz oben auf dem Berg wohnte; Cat hatte einige Mühe, da hinaufzukommen bei dem starken Regen und über einen schlammigen steilen Weg, der gerade breit genug war, um das Auto durchzulassen. Wir dachten schon, wir seien beinahe oben, als wir zu Leutnant Wulfs Wohnung kamen, aber es ging noch enger und höher hinauf bis zu Gongs Haus. Es war nun zwischen 9.30 und 10 Uhr. Aber kein Zeichen von Leben. Schließlich erschien eine mürrische Frau, als wolle sie dagegen protestieren, daß ihre Einsamkeit gröblich gestört worden sei. Sie ließ uns ein in den vorderen Raum, eine große Glasveranda, warm, angenehm, hübsche Aussicht, aber nur ein Mann mit sportlichen Ambitionen konnte regelmäßig diesen Berg besteigen. Gerda war fröhlich, und wir spekulierten über die Persönlichkeit eines Mannes, der sich diesen Ort zum Wohnen aussuchen würde. Schließlich kam Gordeff, jung, mit vollem Gesicht, um die 40, ein guter Kopf, urban, offen, sprudelnd, intelligent, beweglich; sagte, er sei froh, eine Gelegenheit zu haben, mit mir zu reden. Es beschäftigten ihn viele Dinge. Die Deutschen müßten [die Säuberung] machen, weil die Revolution ausgeblieben sei; der kritische Stand [der Entnazifizierung] war ihm klar, er hielt Loritz<sup>77</sup> für unmöglich, aber man müsse ihm eine faire Chance geben; war überzeugt, daß die anderen ihn nur in dieses Amt gesetzt hätten, um ihn zu vernichten. Verbesserung des Personals. Änderungen des Gesetzes, [die kritischen Punkte seien die Definition der] Betroffenen und die Berufungskammern; glaubte, man könne das Programm davor bewahren, zum allgemeinen Gespött zu werden. Hoffte auf die Möglichkeit, die meisten Leute aus den Zivilinterniertenlagern zu entlassen und sie gegen Kriegsgefangene auszutauschen – auf der Grundlage langfristiger Arbeitsverpflichtung, um sie aus Deutschland hinauszubringen, denn wenn sie hier frei unter den Leuten herumlaufen könnten, würden sie alle Bemühungen um Umerziehung und das demokratische Experiment ruinieren. 2. War beunruhigt über die politischen Parteien und über ihre zweifelhafte Rolle in den Spruchkammern (in Frankfurt wurde z. B. Dr. Rath<sup>78</sup> noch ein CDU-Mann beigegeben, weil diese Partei einen Mann dort haben wollte). Er gab mir eine Sammlung seiner Artikel, die seine Ansichten über die Entnazifizierung wiedergeben. Behandelte mit Gordeff die ganze Liste der Probleme – Terminplan – Personal – Gesetz – Psychologie der öffentlichen Meinung – fortlebender Nazismus, sonst nicht so anregend wie die Unterhaltung mit Kogon oder Bartels. Als wir die Stadt verließen, zeigte uns Gerda noch den Weg.

---

<sup>76</sup> Zur damaligen politischen Einstellung des liberalen Journalisten Walter Gong (geb. 1912) vgl. sein: Deutschlands politischer Weg, in: Hans A. Rümelin: So lebten wir . . . , Ein Querschnitt durch 1947, Willsbach 1947, S. 99 ff.

<sup>77</sup> Alfred Loritz, der Führer der Wirtschaftlichen Aufbau Vereinigung, war von Dez. 1946 bis Juli 1947 Befreiungsminister in Bayern.

<sup>78</sup> Der Chemiker Dr. Julius Rath (geb. 1881), der allerdings auch selbst der CDU nahestand, war 1946–48 Vorsitzender der Spruchkammer Frankfurt und wanderte dann vorübergehend nach USA aus.

Fuhren ohne Stop durch Würzburg weiter nach Ansbach, wo wir um 5 Uhr nachmittags ankamen. [ . . . ] Wollte am Abend Leute sprechen, was ich auch im Falle des Regierungspräsidenten [Hans] Schregle tat, einem SPD-Mann und früheren Professor für englische Literatur in Erlangen. Sah Oberst Whittaker später am Abend. Schregle war überrascht über die kritische Situation und begann, mir seine Geschichte über die 30% Nazis in Gemeinde- und Landkreisverwaltungen zu erzählen, die er säubern wolle. Erwähnte den Fall Grimm in Nürnberg<sup>79</sup>, der Belastete der Gruppe II in Stellungen über „gewöhnliche Arbeit“ beschäftigte, sagte mir aber nicht, daß diese Leute die Zustimmung der Militärregierung hatten, was natürlich der Fall war. Er sagte, daß der Einfluß der Verbindungs- und Sicherheitsoffiziere diese Nazis im Amt halte, weil die Militärregierung nie dazu gekommen sei, diese Kreise zu entnazifizieren. Trainierte S. ziemlich, sprach am nächsten Morgen lange mit ihm und Dr. Schindler<sup>80</sup> und erklärte die Position der Militärregierung. Konnte mir aber darüber nicht ganz klar werden, ob diese Leute hauptsächlich an der Entnazifizierung interessiert sind oder ob sie sich nur bei der Militärregierung einschmeicheln wollen. Denn warum kommen sie zu mir damit? S. sagte, er werde alles in seinen Kräften Stehende tun, um fähige Beamte für die Spruchkammern freizumachen. Schindler sagte, er werde einen [Beamten] abstellen. Warum Loritz nicht zum Regierungspräsidenten komme und um fähigere Beamte bitte, war eine Frage, die niemand beantworten konnte. Ansbach Stadt hat nie einen Vorsitzenden für seine Kammer gehabt. Schregle und Schindler (leider war Koerner nicht da) sagten, sie würden tun, was sie könnten, um Ansbach zu helfen, seine Kammern zu besetzen und die kritische Lage allen, die es angehe, klarzumachen. Beiläufig erfuhr ich, daß Loritz dabei sei, hierherzukommen.

#### 7. April, Ansbach.

Traf den Vorsitzenden der Berufungskammer, Luther, 2 oder 3 Spruchkammervorsitzende und öffentliche Kläger und den Vorsitzenden der Landkreiskammer. Am interessantesten war das Gespräch mit Luther, etwa 38 Jahre alt, jung, fähig. Wußte seine Antworten; tat etwas verdutzt, weil er von dem schlechten Ruf der Berufungskammer anscheinend nichts wußte (Gott, sind diese Deutschen Lügner!). Dann aber gab er die schlechte Arbeit von Stöhr zu, der inzwischen entlassen worden war, weil seine systematische Herabstufung ein öffentlicher Skandal geworden sei<sup>81</sup>. Es stellte sich heraus, daß er dagegen protestiert hatte. Aber auch er war eingestandenermaßen ein Herabstufer. Er rechtfertigte dies, indem er darauf hinwies, daß dies hauptsächlich auf Entscheidungen [der ersten Instanz] vom Juli und August [1946] zutrefte (man beachte das überfällige Datum der Überprüfung dieser Fälle), die von Spruchkammern stammten, die keine Kenntnis des Gesetzes gehabt, keine Beweise anerkannt und irrige Entscheidungen gefällt hätten. Diese Feststellung erschien ziemlich plausibel, denn er gab an, daß er 50% der Fälle, die er zu bearbeiten hatte, bestätigt und eine beträchtliche Anzahl von Fällen zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen habe. Gab an, daß er eine beträchtliche Anzahl von Berufungen als unbegründet abwies, wenn auch im Verhältnis nicht sehr viele. Er hörte sich meinen Vorschlag an, die als überlastet bekannte Lage der Berufungskammern zu erleichtern, und dachte, daß es eine kluge Maßnahme sei, sowohl das Einlegen einer Berufung schwieriger zu machen als auch den Berufungskammern zu helfen, so daß sie mit ihrer Arbeit auf dem laufenden bleiben könnten. Er fand, daß die Qualität der Spruchkammer-Entscheidungen sich seit Oktober erheblich gebessert habe. Er glaubte auch, daß die Berufungskammern zumindest vier Senate bräuchten, um der künftigen Arbeitslast entsprechen zu können. [ . . . ] Nürnberg hat 6 Spruchkammern außer der des Landkreises und einer Berufungskammer.

<sup>79</sup> Nicht identifiziert.

<sup>80</sup> Ernst Schindler, Regierungsvizepräsident in Ansbach.

<sup>81</sup> Dr. Adolf Luther (geb. 1913), Jurist. Friedrich Stöhr (geb. 1868), bis 1936 Amtsgerichtsdirektor in Ansbach. Der Vorsitzende der Landkreisspruchkammer war Georg Stamminger (geb. 1896), Verwaltungsangestellter und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Ansbach.

Die ganze Lage in Nürnberg sei in Verwirrung, seit Sachs<sup>82</sup> zurückgetreten sei. Loritz habe niemanden neu ernannt, und einige der Spruchkammern haben entweder keinen Vorsitzenden oder keine Spruchkammer[mitglieder]. Sie – etwa ein Dutzend Leute – berichteten, daß kein einziges Schreiben des Ministeriums sie erreicht habe, seit Loritz Minister geworden sei. Daß sie Clays Fernschreiben vom 13. Februar 47 nicht erhalten, sondern nur telefonisch davon gehört hätten, daß die zentrale Geschäftsstelle in Nürnberg ein einziges Durcheinander sei, daß sie nicht wüßten, wieviele Meldebogen zu jeder Spruchkammer gehörten, und daß sie deshalb nicht die Meldebogen bekämen, die ihnen gehörten. Daß zusätzliches Personal eingestellt worden sei, um die Nicht-Betroffenen und Amnestierten in Nürnberg zu erledigen. Der Vorsitzende der dortigen Berufungskammer sagte, daß ihn jetzt erst Fälle erreichten, die im letzten Oktober an ihn gesandt worden seien. Er wisse davon, daß es in Schwabach viele Berufungen gebe, aber nicht, wo sie geblieben seien, und auch nicht, wo viele andere Berufungen geblieben seien. Er bat, daß Sachs zurückkommen möge. Sachs habe die Geschäftsstelle in Ordnung gehalten, jetzt sei ein Durcheinander, Sachs habe die örtlichen öffentlichen Kläger und Vorsitzenden ausgebildet, habe ihnen klare Anweisungen und eine Ausbildung gegeben, die für sie alle wertvoll gewesen seien. Es hatte keinen Sinn, mit diesen Leuten über die Amnestierten zu sprechen, weil sie überhaupt nicht mehr wußten, wo ihnen der Kopf stand, und zwar vom Vorsitzenden der Berufungskammer bis herab zu den 4 örtlichen Kammern. Zwei Leute von der Lagerspruchkammer [Langwasser] waren da, einer ein WAV-Mitglied und der andere vielleicht auch. [Sie berichteten,] im Lager Nürnberg gebe es nun zwei öffentliche Kläger. Ein neuer Offizier kann diesen Leuten helfen, die beinahe gar nichts [an Ausrüstung] haben. Was Nürnberg braucht, ist Personal. Dies war die traurigste Versammlung von Entnazifizierern, die ich bisher gesehen habe. Sie sahen buchstäblich zerlumpt aus. Vielleicht waren nicht alle so und besaßen Würde und Persönlichkeit, um diese Aufgabe zu lösen – aber einige von diesen übermüdeten, ärmlichen und ausgehungerten Figuren konnten einem Nazi unmöglich Achtung einflößen.

### III. 4 Die Zukunft des Befreiungsgesetzes [Denkschrift]

Dorns Denkschrift über die Möglichkeiten, das BefrG zu ändern und damit das politische Scheitern der Entnazifizierung abzuwenden bzw. einzudämmen, war innerhalb OMGUS eine Antwort auf die in Anm. 59 genannte Stabsstudie des Special Branch, der die wichtigsten Abteilungsleiter bereits zugestimmt hatten. Sie wollte durch Abänderung weniger Paragraphen das BefrG in seiner Substanz auf die vormalige Säuberungspolitik zurückdrehen und im übrigen den Deutschen nur noch die Verfolgung von NS-Verbrechen sowie die Abwicklung von Einspruchsverfahren gegen die automatische Verhängung von Beschäftigungsverboten über Belastete überlassen. Dorn setzte sich demgegenüber für die deutschen Revisionsvorschläge ein, die sich auf Verfahrensänderungen zur Begrenzung der Flut der Fälle beschränkten. Die Denkschrift liegt in verschiedenen kürzeren, z. T. handschriftlichen Entwürfen vor<sup>83</sup>; hier werden die politisch relevanten Hauptteile der Endfassung wiedergegeben, die Clay am 15. 5. 1947 vorgelegt wurde. Dorn hatte Schlußfolgerungen vermieden, weil er mit Rücksicht auf Clays Eitelkeit den Chef die naheliegende Lösung selbst finden lassen wollte. Allerdings hatte der Entnazifizierungsberater ein gründliches Studium seines ‚politischen Testaments‘ erhofft; Clay sagte aber schon nach einer kursorischen Durchsicht, es handle sich um die vernichtendste Kritik dessen, was er hier zu tun versucht habe, die ihm bisher

<sup>82</sup> Der Vorsitzende der Berufungskammer Nürnberg Camille Sachs (1880–1959) war Anfang 1947 aus Protest gegen die Berufung von Alfred Loritz ins Ministerium zurückgetreten. Nach dessen Sturz wurde er Staatssekretär im Befreiungsministerium (als einziges SPD-Mitglied im zweiten Kabinett Ehard). Nachfolger Sachs' in der Berufungskammer 1947/48 wurde der damalige Oberlandesgerichtsrat und ehem. Königsberger Rechtsanwalt Jürgen Ziebill (geb. 1896), 1948–1951 SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg und seither Präsidialdirektor des Deutschen Städtetages.

<sup>83</sup> OMGUS-Papers 125-1/15, National Archives, Suitland Md.

zu Augen gekommen sei<sup>84</sup>. Erst nach zehn Wochen, als Dorn sich bereits für seine Rückkehr nach USA rüstete, reichte ihm Clay die Denkschrift mit dem Bemerken zurück, er sei zu dem Schluß gekommen, daß das BefrG geändert werden müsse<sup>85</sup>. Diese Wendung dürfte jedoch eher auf den im Sommer 1947 sprunghaft zunehmenden Druck der Rechten in USA, die Entnazifizierung abzubrechen, zurückzuführen sein. Auf Befehl des US-Verteidigungsministers und als Reaktion auf das Gesetz Nr. 201 der SMAD, mit dem die Entnazifizierung in der SBZ stark eingeschränkt wurde, wurde das BefrG der US-Zone am 16. 10. 1947 im wesentlichen gemäß den Vorschlägen Dorns und der Befreiungsminister durch Beschränkung des Beschäftigungsverbots in Art. 58 und Erweiterung des Ermessensspielraums des Klägers in Art. 33 geändert<sup>86</sup>. Dadurch trat jedoch keine wesentliche Änderung im Gesamtverfahren ein. Schon am Jahresende versuchten dann die Amerikaner, die Entnazifizierung ganz abzubrechen, was von Clay und den deutschen Befreiungsministern – hauptsächlich aus Gerechtigkeitsgründen – abgemildert und verzögert wurde<sup>87</sup>.

[Denkschrift, Mai 1947, gekürzt].

Die Zukunft des Befreiungsgesetzes

Es ist ziemlich klar, daß, wenn das Entnazifizierungsprogramm der Militärregierung bis Frühjahr 1948 vollendet sein soll, bestimmte Veränderungen am Befreiungsgesetz notwendig sind. Über die genaue Art dieser Änderung gibt es im gegenwärtigen Augenblick ernste Meinungsverschiedenheiten. Vielleicht hilft es zur Klärung, einige der Punkte, in denen wir uns alle einig sind, aufzuzeigen, die deutsche Kritik am Befreiungsgesetz in seiner gegenwärtigen Form noch einmal festzuhalten und schließlich die Alternativen zu bezeichnen, die sich immer noch den Deutschen und der Militärregierung für eine gemeinsame Lösung des ganzen Problems bieten.

### *I. Die politische Wirkung der Entnazifizierung.*

Außer in totalitären Staaten wie Sowjetrußland und den geschlagenen faschistischen Mächten gibt es kein Vorbild für die erfolgreiche Säuberung einer Mehrheit durch eine Minderheit im Rahmen gesetzlicher Verfahren und demokratischer Institutionen. Gleichwohl erwartet die Militärregierung, daß die Deutschen eine ähnliche Aufgabe mit Hilfe des Befreiungsgesetzes erfüllen.

Auf den ersten Blick stellte die Nazipartei eine Minderheit in der deutschen Gesellschaft dar, da nur ca. 10% der gesamten Bevölkerung Mitglieder waren. Tatsächlich machen jedoch die vom Befreiungsgesetz direkt Betroffenen 27% der erwachsenen Bevölkerung in Hessen und 29% in Bayern aus. Wenn wir, um ein Verständnis der ganzen Einwirkungsbreite des Gesetzes bemüht, die unmittelbaren Familienangehörigen der direkt Betroffenen einschließen, so erhöht sich der Prozentsatz auf annähernd 60%. Strukturell war die Nazipartei hauptsächlich eine mittelständische Erscheinung und umfaßte 70 oder mehr Prozent dieser Klasse. Nach einer kürzlich von gewerkschaftlicher Seite angestellten Untersuchung ging das Arbeiterelement in der Partei nicht über 15% hinaus, während andererseits die Oberschichten, obwohl sie im Verhältnis stark belastet sind, kaum eine zahlenmäßig bedeutende Rolle spielten.

Wird diese Analyse auf die Struktur der deutschen Politik projiziert, entsteht folgendes bezeichnende Bild. 1932 gab es nur zwei wirklich bedeutende, stabile und ideologisch fest verwurzelte politische Gruppen – nicht notwendig politische Parteien – in der deutschen Gesellschaft. Die eine war das marxistische oder sozialistische Element, und die andere war das Zentrums- oder christliche Element. Zusammen genommen ergaben sie annähernd

<sup>84</sup> Dorn, Purge, Kap. XI, S. 10.

<sup>85</sup> Handschriftlicher Vermerk Dorns auf seinem Exemplar der Denkschrift im Nachlaß.

<sup>86</sup> Text des 1. Änderungsgesetzes: Bayer. GVBl. 1947, S. 193 f.; mit Ausführungsvorschriften der Militärregierung, in: Blue Handbook, D 130 f. Zum politischen Hintergrund vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., Kap. IV/5.

<sup>87</sup> Vgl. Fürstenau, a. a. O., S. 96 ff.; A. L. Yakoubian: Western Allied Occupation Policies and Development of German Democracy 1945–1951, Ph. D. Diss. MS, New York 1951, S. 97 ff.; Griffith, a. a. O., S. 338 ff.

40% der gesamten Wählerschaft<sup>88</sup>. Es ist durchaus mit den Tatsachen vereinbar, wenn wir alles Übrige zu einer Art politischen Niemandslands zusammenfassen, d. h. Leute, denen politisches Unterscheidungsvermögen oder irgendein definierbares politisches Bewußtsein fehlte, sieht man vom Nationalismus ab. Die überwiegende Mehrheit der aktiven und nominellen Mitglieder der Nazipartei entstammte diesem politischen Niemandsland. Die Zerstörung der Nazipartei hat diese Lage nicht wesentlich verändert.

Das Befreiungsgesetz drängt diese fluktuierende Gruppe, die größtenteils identisch ist mit dem Mittelstand, in die Defensive. Zugleich wissen die Führer aller politischen Parteien von der Rechten bis zur Linken, daß wenig Hoffnung auf Erfolg für das neue demokratische Experiment bleibt, solange diese Gruppe nicht gewonnen werden kann. Dr. Thomas Dehler, der Vorsitzende der bayerischen FDP und frühere Generalkläger<sup>89</sup>, ist der Meinung, daß das Befreiungsgesetz schon „unsere junge Demokratie ruiniert“ habe. So ist der künftige Weg für das Befreiungsgesetz klar vorgezeichnet. Es muß vermeiden, die Elemente, die integriert werden können, in einen dauernden Gegensatz [zur Demokratie] zu treiben, und zur gleichen Zeit darf es nichts an Schlagkraft gegen die Naziaktivisten einbüßen. Das erste dieser Probleme ist in einem gewissen Grade durch die Amnestien gelöst worden. Die Lösung des zweiten hängt von Änderungen am Befreiungsgesetz ab.

## *II. Deutsche Kritik am Befreiungsgesetz (ehe die Ergebnisse der Amnestien bekannt waren).*

Ein entscheidend wichtiges Gesetz wie das Befreiungsgesetz, welches das Schicksal von Millionen Menschen bestimmt, kann nur dann von Deutschen angewandt und durchgeführt werden, wenn es die uneingeschränkte Unterstützung aller Gegner der Nazis in der deutschen Gesellschaft genießt, so beklagenswert wenige es auch sein mögen. Obwohl sich die Entscheidung, die Entnazifizierung in deutsche Zuständigkeit zu überführen, weit- hin als richtig erwiesen hat, muß man betonen, daß die [antinazistischen] Elemente nie ihre uneingeschränkte Zustimmung zum Gesetz in seiner gegenwärtigen Form gegeben haben. Sicher, die Ministerpräsidenten haben nach Besprechungen mit den Parteiführern erklärt, sie stünden zu ihm. Da es um ihre moralische und politische Rehabilitierung ging, hatten sie keine andere Wahl. Aber Dr. Geiler hat immer wieder das extreme Widerstreben betont, mit dem er das Gesetz unterzeichnet habe, und Dr. Maier unterstützte zwar seine Durchführung, machte aber kein Geheimnis daraus, daß sein Denken davon abwich.

Die Befreiungsminister haben [das Befreiungsgesetz] zwar tatsächlich unterstützt, aber je mehr sie sich seiner administrativen und theoretischen Implikationen bewußt wurden, je größere Schwierigkeiten es ihnen bereitete, die Abneigung in der öffentlichen Meinung zu bekämpfen, desto deutlicher wurde auch ihre Kritik an bestimmten seiner Eigentümlichkeiten. Ihre mutigen und zähen Bemühungen, den Geist und den Buchstaben des Gesetzes gegenüber der deutschen Öffentlichkeit zu vertreten, müssen anerkannt werden. Aber von Anfang an wurden die monatlichen Sitzungen des Länderratsausschusses der Befreiungsminister wirklich ein Tauziehen zwischen den deutschen Ministern, die das Gesetz in seiner Ausdehnung zu beschränken und seine Strenge herabzumildern trachteten, und den Vertretern der Militärregierung, die auf seiner Anwendung mit unverminderter Schärfe bestanden.

Mit der Ratifizierung der Landesverfassungen und den Parlamentswahlen<sup>90</sup> ist die öffentliche Diskussion über das Befreiungsgesetz in eine neue Phase eingetreten. Von nun an

<sup>88</sup> In den Reichstagswahlen 1928 bis 1933 ging der Anteil der auf KPD, SPD, Zentrum und BVP entfallenen Stimmen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten von 45,5% auf 39,5% zurück (nur SPD und Zentrum von 31% auf 26%).

<sup>89</sup> D. h. Leiter der Anklagebehörden im bayerischen Befreiungsministerium in der zweiten Jahreshälfte 1946.

<sup>90</sup> Dezember 1946.

werden öffentliche Diskussionen über das Gesetz, Kritik und Vorschläge seine Durchsetzung ständig begleiten, womit die deutschen Kabinette wie auch die Militärregierung rechnen müssen. Seit Anfang Februar gibt es in den Landtagen eine ansteigende Welle von Petitionen, kritischen Äußerungen und Vorschlägen für eine Änderung des Befreiungsgesetzes. Sie kamen von beinahe jeder politischen Partei, von zwischenparteilichen Ausschüssen, von Landtagsausschüssen, sogar von Gewerkschaften und Lehrervereinigungen, von Kirchen wie derjenigen der Quäker und der evangelischen sowie von den Vertriebenen<sup>91</sup>.

Die erregte Auseinandersetzung um das Gesetz in den Landesparlamenten spitzte sich zu, als diese indirekt von der Militärregierung aufgefordert wurden, durch Gesetze die Befreiungsminister zu ermächtigen, deutsche Bürger zum Dienst in den Spruchkammern zu verpflichten. Im ganzen hat diese Diskussion beruhigend gewirkt, und die notwendigen Gesetze wurden verabschiedet, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten<sup>92</sup>. Die Debatte wurde zwar unter der Voraussetzung geführt, das Befreiungsgesetz sei in seiner Grundkonzeption annehmbar; aber es wurde scharfe Kritik an bestimmten seiner Einzelbestimmungen geübt. Insofern die Debatte ein Prüfstein der Standpunkte der verschiedenen politischen Parteien in der Entnazifizierungsfrage war, half sie, die Atmosphäre zu klären. Es ist nicht schwer, den Standpunkt eines hessischen Juristen zu ermessen, der sagte: „Der Zwang regierte im Dritten Reich, Zwang schuf das Befreiungsgesetz in seinem Unmaß. Zwang soll, da die Freiwilligen nicht ausreichen, die Durchführung des Zwangsgesetzes auch durch Zwangsrichter gegen die Zwangssünder, die neben den wirklich Schuldigen abzuurteilen sind, sichern, eine Orgie des Zwangs! Wie es bis jetzt war, so soll es auch im neuen demokratischen Staat bleiben.“<sup>93</sup> Eine ähnliche Debatte im württemberg-badischen Landtag am 25. April 1947 brachte eine erschöpfende Diskussion der Verdienste des Befreiungsgesetzes durch alle vertretenen Parteien. Der Abgeordnete Nuding, der die mehrstündige Aussprache am Ende kurz zusammenfaßte, fühlte sich zu dem Hinweis verpflichtet, daß es in bestimmten Gruppen (er meinte die CDU) eine wohlwogene Absicht gebe, die Entnazifizierung anzugreifen, ja sie auf die eine oder andere Weise zu verhindern<sup>94</sup>. Er warf Dr. Maria Fritzle (CDU) vor, sie versuche, das Gesetz lächerlich zu machen. Diese hatte kurz zuvor in einer Streitschrift<sup>95</sup> das Befreiungsgesetz heftig angegriffen und als ungerecht bezeichnet. Jetzt erzielte sie mit der Behauptung Beifall, das Befreiungsgesetz sei kein deutsches Gesetz, und die Militärregierung könne, wenn sie darauf erpicht sei, ein von ihr diktiert Gesetz auszuführen, das ja tun<sup>96</sup>. Bezeichnend war auch die Bemerkung von Dr. Kessler (SPD), unter den gegebenen Umständen sei das Gesetz zwar nicht wirklich schlecht, aber es sei „unmöglich, auf die Dauer ein Gesetz durchzuführen, das einen kleinen NSV-Kassier, der noch nicht einmal in der Partei gewesen

<sup>91</sup> Vgl. die Darstellung bei Fürstenau, a. a. O., S. 160 ff.

<sup>92</sup> In Bayern wurde das „Gesetz über die staatsbürgerliche Pflicht zur Mitarbeit an wichtigen Staatsaufgaben“ vom 20. 11. 1946 (in: Schullze, AV 45 a) noch von der Regierung Hoegner erlassen. In Hessen ging das „Gesetz über die staatsbürgerliche Pflicht zur Mitarbeit bei der Durchführung des BefrG“ (Amtsbl. d. hess. Ministeriums f. pol. Befr. 1947, S. 53) hervor aus der Debatte in: Verhandlungen des hess. Landtages, I. WP. Sitzung vom 7. 4. 1947. Das „Gesetz Nr. 25 über Dienstpflicht aus Anlaß des BefrG“ (Losebl. Samml. des Min. f. pol. Befr. Württemberg-Baden, G 12) war das Ergebnis der Debatte in: Verhandlungen des württ.-bad. Landtages, I. WP. Sitzung vom 25. 4. 1947, Bd. 1, S. 352 ff.). Diese Dienstpflichtgesetze haben in der Praxis keine große Bedeutung erlangt.

<sup>93</sup> Ebd., S. 360 (Schlußzitat in der Rede von Maria Fritzle).

<sup>94</sup> Ebd., S. 363 f. Hermann Nuding (KPD) sagte zu der Kritik Fritzles: „Sehr viele juristische Gedanken . . ., die unzweifelhaft, formal gesehen, außerordentlich stichhaltig sind, aber sie führen die Säuberung ad absurdum.“

<sup>95</sup> Maria Fritzle: Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz, Stuttgart 1947.

<sup>96</sup> Verhandlungen des württ.-bad. Landtages, a. a. O., S. 358 ff.

zu sein braucht, in die Gruppe der Belasteten (Klasse II) einreicht. [...] Deshalb müßte um diese Änderung des Gesetzes Nr.104 [...] noch viel ernsthafter gekämpft werden.“<sup>97</sup> Charakteristisch für deutsche Juristen ist die Ansicht von Herrn Walter, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Landtags, die darauf hinauslief, daß sittlich denkende Juristen zögerten, in den Spruchkammern zu amtieren, weil das Befreiungsgesetz fundamentale Grundsätze der Gerechtigkeit verletze<sup>98</sup>, wie sie die Deutschen verstehen. [...]

In den mittleren Teilen der Denkschrift entwickelt Dorn sehr ausführlich die einzelnen technischen Durchführungsprobleme des Befreiungsgesetzes. Im folgenden werden nur aus dem Anfang dieser Darlegungen der Katalog der Hauptprobleme und die Darstellung der Massenfrage der Entnazifizierung wiedergegeben, weil darin schon die grundsätzlichen politischen Gesichtspunkte genannt werden.

[...]

1. Folgen der großen Masse der Personen, die nach dem Befreiungsgesetz angeklagt werden müssen.
2. Die Beschäftigungsverbotsklausel des Art. 58 des Gesetzes.
3. Der Grundsatz der automatischen und zwangsweisen Anklage gemäß Art. 33 Abs. 4 des Gesetzes.
4. Das Problem der kleinen Parteienträger unterhalb der Ortsgruppenleitererebene.
5. Die Gesetzwidrigkeit der 6. Durchführungsverordnung, die die Geldbußen bei Mitläufern auf 2000 RM begrenzt.

*1. Folgen der großen Masse der Personen, die nach dem Befreiungsgesetz angeklagt werden müssen.* Dies ist nach deutscher Ansicht das Kernproblem des ganzen Gesetzes. In diesem Punkt herrscht volle Einmütigkeit. Es gibt keinen Ministerpräsidenten oder Befreiungsminister, öffentlichen Kläger oder Spruchkammervorsitzenden, keine Gewerkschaft oder politische Partei einschließlich der KPD, von den Kirchen ganz zu schweigen, die nicht die Überzeugung teilen, daß sich ein übertrieben großer Teil der deutschen Gesellschaft aufgrund dieses Gesetzes einem individuellen Verfahren unterziehen muß. Diese Tatsache allein hat eine ganze Kette negativer Folgen, deren Schatten das ganze Gesetz verdunkelt. Nur einige dieser Konsequenzen seien hier diskutiert.

a) Es entsteht ein Dilemma, dessen Alternativen den Sinn des Gesetzes pervertieren, betrachtet man ihn vom Standpunkt unparteiischer Gerechtigkeit. Entweder wird der Betroffene zu endlosem Warten verurteilt, was nach dem gegenwärtigen Verfahrenstempo Jahre dauern kann, während derer er unter der Beschäftigungsverbotsklausel des Art. 58 zu leiden hat, die ihn zu gewöhnlicher Arbeit verurteilt. Oder, und das ist ebenso wahrscheinlich, unter dem mächtigen sozialen Druck auf die Spruchkammern entsteht eine bürokratische Komödie mit Schnellverfahren ohne Nachprüfung. Der „Persilschein“ ist zum Gegenstand des Gespöchts in fast jeder Gemeinde der amerikanischen Zone geworden. Solange das Gesetz unverändert bleibt, gibt es keinen Ausweg aus dieser Sackgasse.

b) Darüber hinaus ließ die Tatsache, daß so viele Personen nach dem Gesetz belastet sind, im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit und vieler Spruchkammern den Unterschied zwischen Nazi-Aktivisten und der großen Masse der Mitläufer verschwinden, wodurch sich jene hinter diesen verbergen können. Sie hat deshalb zur Kristallisation dessen geführt, was die fünf im Gesetz definierten Klassen von Nazis gerade vermeiden sollten, nämlich eine Solidarität aller Nazis ohne Unterschied. Man kann heute kein gewöhnliches Parteimitglied finden, das einen Nazi-Aktivisten anzeigt, damit sich dieser nicht räche und jenen ebenfalls als Aktivisten denunziere. Darüber hinaus hat die große Anzahl der Beteiligten ein gewisses Solidaritätsgefühl zwischen Nazis und Nicht-Nazis entstehen lassen. In

<sup>97</sup> Ebd., S. 361 ff. (Auslassungen im Original). Dr. Hermann Keßler (DVP, nicht SPD) war selbst im Spruchkammerapparat tätig und wandte sich sehr heftig gegen die „antiquierten Paragraphen-Philosophien“ Maria Fritzles.

<sup>98</sup> Ebd., S. 353 f. Felix Walter (CDU) fungierte als Ausschußberichterstatter in dieser Debatte.

vielen Gemeinden gibt es klar ersichtlich eine tiefere Sympathie für besessene Nazis als für die Opfer des Faschismus.

Die Solidarität der nach dem Gesetz Belasteten wirkt demoralisierend auf den ganzen Entnazifizierungsapparat. Sie hat nicht nur die Unterscheidung zwischen Aktivisten und Mitläufern ausgelöscht und gleichsam eine Partei der Mitläufer geschaffen, sondern auch den Sinn vieler dafür abgestumpft, welche Merkmale einen aktiven Nazi ausmachen. Wenn ein bescheidener Postbote, der in die Partei gepreßt wurde, dazu verurteilt wird, eine Geldsühne zu bezahlen und soundsoviele Tage lang körperliche Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, warum sollte dann eine bedeutende Persönlichkeit wie Dr. Maier, der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, der 1933 für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, sich nicht einer ähnlichen Sühne unterwerfen müssen? Wäre die erwähnte „Partei der Mitläufer“ nicht eine erschreckende Realität gewesen, hätte es höchstwahrscheinlich überhaupt keinen Fall „Maier gegen Maier“ gegeben<sup>99</sup>.

Das führt zu einer weiteren wichtigen Überlegung. Wenn es soweit gekommen ist, daß die Entnazifizierung nicht mehr nur um der Entnazifizierung willen betrieben wird, so ist das nicht nur ein Mißbrauch des Gesetzes, sondern die ganze Unternehmung wird pervertiert und unmoralisch. Wenn ein Geschäftsmann seinen Kollegen denunziert, nicht um die Gemeinschaft vom Nazismus zu reinigen, sondern um einen lästigen Konkurrenten loszuwerden, dann gerät die Entnazifizierung in der Öffentlichkeit ganz allgemein in Mißkredit. Gleichwohl ist diese Praxis so allgemein üblich geworden, daß die Deutschen dafür ein Wort geprägt haben: „Abschießen“<sup>100</sup>. Es braucht nicht mehr besonders herausgearbeitet zu werden, daß diese Praxis eine nachteilige Wirkung auf das politische Leben in Deutschland ausgeübt hat. Kürzlich kam es in Hessen vor, daß ein Bürgermeister, der im ganzen Land als mutiger Anti-Nazi und Demokrat bekannt war, aufgrund einer Denunziation aus seinem Amt entlassen wurde. Gewiß, er war ein untergeordneter Amtsträger im Reichsbund der Kinderreichen gewesen, und als solcher fällt er unter den Anhang zum Gesetz, obwohl er schon lange vor 1933 aufhörte, irgendeine Verbindung zu dieser harmlosen Organisation zu haben. Wie immer man diesen Vorfall qualifizieren mag, als Entnazifizierung ist er nicht zu beschreiben. Der Fall ist durchaus keine Ausnahme, sondern ziemlich typisch. Diese Entwicklung kann direkt auf das Befreiungsgesetz in seiner gegenwärtigen Form wegen seiner übertrieben breiten Ausdehnung zurückgeführt werden.

c) Eine weitere Folge dieser Lage ist die zunehmende Zurückhaltung achtbarer Leute, ihre Mitwirkung im Entnazifizierungsprozeß anzubieten. Die Deutschen sind sich ebenso klar wie die Militärregierung über den beklagenswert geringen Wert allzu vieler Spruchkammern, wenn es auch fast überall einzelne intelligente, opferbereite und gewissenhafte öffentliche Kläger und Spruchkammervorsitzende gibt. Deutsche Juristen gehörten in ihrer Mehrheit nie zur Vorhut der Anti-Nazis und schrecken nun vor den Spruchkam-

---

<sup>99</sup> Ein Stuttgarter öffentlicher Kläger, Franz K. Maier, hatte ein Entnazifizierungsverfahren gegen den Ministerpräsidenten eingeleitet, weil dieser 1933 als Reichstagsabgeordneter der Staatspartei dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte. Weil er formal dafür nicht zuständig war, wurde der Kläger (der gleichzeitig Lizenzträger der Stuttgarter Zeitung war und für entsprechende Publizität gesorgt hatte) seines Amtes enthoben. Schließlich wurde der Fall aufgrund eines Gutachtens des Rechtsausschusses des Länderrats niedergeschlagen, das die subjektive Tatseite, ob jemand die NS-Gewaltherrschaft unterstützen wollte, als entscheidend hervorhob. Feither waren die Kläger in fast allen Spruchkammerverfahren in erheblicher Beweisnot. Vgl. Fürstenau, a. a. O., S. 194 ff.; sowie die Apologie bei Maier, Grundstein, a. a. O., S. 327 ff.; 338 ff.

<sup>100</sup> Das folgende ist eine Paraphrase einer Äußerung des Ministerialdirektors im hess. Befreiungsministerium, Karl-Heinrich Knapstein (CDU), auf einer Tagung der Heidelberger Aktionsgruppe. Erich Mugdan (Hrsg.): Die Neutralität Deutschlands und der Frieden, Schriften der Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus, Heft 2, Heidelberg 1947, S. 47.

mern zurück, als wären sie etwas Schmutziges. Die Dienstverpflichtungsgesetze, die jüngst in den Landtagen verabschiedet wurden, sind ein bloßer Notbehelf. Sie werden die Anzahl der Räder in der Spruchkammermaschinerie vergrößern und die Produktion erhöhen, aber die Wiederherstellung des Entnazifizierungsprozesses, so daß er seinen wesentlichen Zweck erfüllen könnte, wäre etwas ganz anderes.

d) Eine weitere direkte Folge der großen Anzahl belasteter Personen ist der Streik der Belastungszeugen, der ein immer größeres Ausmaß annimmt. Auf der anderen Seite ist heute die Bereitschaft, Entlastungszeugnisse abzugeben, gerade auch in Fällen, in denen es ungerechtfertigt ist, größer als vor einem Jahr. Daß ein Nazi-Aktivist 20 Zeugen aufbringen kann, die ihm gute Referenzen ausstellen, kommt alle Tage vor. Die katholische wie protestantische Geistlichkeit kann man nicht von einer gewissen Verantwortung für diese Sachlage freisprechen. In Nordbayern zirkuliert ein richtiggehender Führer für Geistliche mit Hinweisen, wie sie vor der Spruchkammer zugunsten ihrer Gemeindeglieder aussagen können, der sich liest wie ein Auszug aus der Abhandlung eines Jesuiten des 17. Jahrhunderts über moralische Kasuistik. Solange sich nicht mit Erfolg ein Keil zwischen die Nazi-Aktivisten und die kleinen Nazis treiben läßt, wird es schwierig sein, diese Lage zu meistern. [ . . ]

#### *VI. Die Alternativen.*

Man würde um die Frage herumgehen, sagte man, daß es nur zwei alternative Pläne für eine Revision des Befreiungsgesetzes gebe. Es gibt eine ganze Reihe, und es gibt auch Einwände gegen alle. Sie stellen alle mehr oder weniger eine Begünstigung dar. Es geht darum, einen Plan oder eine Kombination von Plänen auszuwählen, wodurch sowohl die Würde wie auch die Wirksamkeit des Verfahrens garantiert wird.

Welcher Plan es auch immer sein mag, er muß die Unterstützung der antinazistischen Elemente unter den Deutschen haben. Die Militärregierung hat diese Elemente in ihr Vertrauen gezogen. Das Befreiungsgesetz selbst ist ein Ergebnis von Vorschlägen sowohl der Deutschen wie der Militärregierung und wurde durch freie und offene Diskussion erreicht. Ein ganzes Jahr lang sind die Vertreter der Militärregierung mit den Deutschen an einem Tisch zusammengesessen, um gemeinsame Probleme zu diskutieren und für beide Teile befriedigende Lösungen zu erzielen. Niemand kann diese Sitzungen des Länderratsausschusses einen Fehlschlag nennen. Im Gegenteil, sie waren außerordentlich fruchtbar für beide Seiten. Während beim ursprünglichen Entwurf des Gesetzes Juristen das Übergewicht hatten, brachten diese Sitzungen politische, soziale und administrative Realitäten ans Licht, aus denen die endgültige Revision des Gesetzes Nutzen ziehen könnte. Schließlich stimmt der Verfasser dieser Denkschrift mit zwei der Landdirektoren der Militärregierung in dem Glauben überein, daß sich die Deutschen in den letzten Monaten durch ihre rastlosen Bemühungen, das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form trotz aller bekannten Mängel auszuführen, wiederum ein großes Maß unseres Vertrauens verdient haben.

1. *Der deutsche Plan.* Der folgende Plan, der sich aus der vorhergehenden Betrachtung ergibt, wird hier behandelt, weil er aus deutschen Quellen gewonnen ist und das darstellt, was die Deutschen selbst für praktikabel halten. Er wird ohne jede Bemühung um eine endgültige rechtliche Formulierung nur zusammengefaßt. Dabei bleiben deutsche Vorschläge für eine Revision des Gesetzes wie z. B. für Art. 51 betr. Kennkarte oder für Art. 47 betr. Berufungskammern<sup>101</sup> hier ausgeklammert, weil sie kein Gegenstand der Auseinandersetzung sind. Diese Diskussion beschränkt sich auf die strittigen Fragen der deutschen Vorschläge.

<sup>101</sup> Nach Art. 58 (1) BefrG war die Spruchkammerklassifizierung in den Personalausweis einzutragen. Diese Brandmarkung wurde insbesondere von Kamm sehr stark angegriffen; allgemein war man der Meinung, man schaffe damit ein neues Parteibuch. Diese Eintragungen wurden schon sehr bald eingestellt. Zu Art. 47 vgl. Anm. 63.

Diese deutschen Vorschläge zielen, wie im Falle der Stabsstudie, die von der OMGUS-Abteilung für Inneres vorgelegt wurde, auf eine Revision des Art. 33 Abs. 4 und des Art. 58. Sie wollen den Grundsatz der obligatorischen Anklage für Betroffene in der Klasse I des Anhangs und für Mitglieder der Organisationen, die vom Internationalen Militärgerichtshof als verbrecherisch erklärt wurden, beibehalten. Sie wollen ebenso den Grundsatz der obligatorischen Anklage für die Klasse II nach der Rechtsvermutung aufrechterhalten, jedoch mit folgenden Ausnahmen: Die einfachen Parteimitglieder, die nach 1933 eingetreten sind, und die Mitglieder der Verbände, soweit diese nicht als verbrecherisch erklärt worden sind, die kleinen Amtsträger der Partei, insbesondere solche unter der Ebene der Ortsgruppenleiter, und die Unteroffiziersränge in den Verbänden, die nicht als verbrecherisch erklärt worden sind. Mit anderen Worten, wenn der öffentliche Kläger nach der Voruntersuchung feststellt, daß das Beweismaterial die Anklage als Belasteter oder Minderbelasteter für Personen dieser Gruppen nicht unterstützt, so wird er die Möglichkeit haben, sie als Mitläufer anzuklagen. Der deutsche Vorschlag zielt auch auf eine entsprechende Revision des Art. 58. Gemäß diesem Vorschlag würde die Gewöhnliche-Arbeit-Klausel für die Klasse I und die Mitglieder der verbrecherischen Organisationen und für die Gruppen in Klasse II, die nicht ausdrücklich ausgenommen sind, beibehalten werden. Für alle anderen würde der Grundsatz der gewöhnlichen Arbeit aufgegeben werden, und stattdessen würden sie nur von Schlüsselstellungen ausgeschlossen sein, wie sie in der Kontrollratsdirektive Nr. 24 und dem Vorschlag für die Revision des Art. 58 in der Stabsstudie der Innen-Abteilung<sup>102</sup> definiert sind.

Es ist leicht, diese Vorschläge zu kritisieren. Manche würden die Kontrollratsdirektive Nr. 24 gegen sie ins Gefecht führen. Gleichwohl ist Art. 58 in der vorgeschlagenen Form vollkommen vereinbar mit diesem Dokument und geht sogar noch darüber hinaus. Sie ist um ein gutes Stück weniger großzügig als die vorgeschlagene Formulierung des Art. 58 in der Stabsstudie der Innen-Abteilung, die den Begriff gewöhnliche Arbeit vollkommen abschafft. Gewiß verlangt die Kontrollratsdirektive Nr. 24 die obligatorische Entlassung der [von der Herabstufung durch den Kläger] ausgenommenen Gruppen in der Klasse II der Gesetzesvermutung, aber auch nach dieser Direktive können in einem Verfahren Personen dieser Gruppen zu nominellen Parteimitgliedern erklärt werden. Freilich wird eingewandt werden, daß die Anklage solcher Personen als Mitläufer sie für den öffentlichen Dienst verfügbar mache, aus dem sie jetzt durch die Kontrollratsdirektive Nr. 24 ausgesperrt sind. Es ist kein Zynismus zu antworten, daß wir in Wirklichkeit keine Wahl haben. Entweder sollte der öffentliche Kläger nach sorgfältiger Überprüfung des Beweismaterials die Möglichkeit haben, solche Personen in Klasse IV anzuklagen, dann werden sie [aus dem Verfahren] als Mitläufer hervorgehen, oder er muß sie nach der jetzigen Regelung in Klasse II anklagen, dann werden sie aus dem Verfahren ebenfalls als Mitläufer hervorgehen. Warum sollten wir darauf bestehen, die deutschen öffentlichen Kläger nur deshalb lächerlich zu machen, um den Sonderabteilungen ihre eindrucksvollen Statistiken über obligatorische Entlassungen zu erhalten?

All dies läuft auf eine beträchtliche Erweiterung der Entscheidungsfreiheit hinaus, die den öffentlichen Klägern zugestanden wird. Aber auch jeder Plan, der jetzt in diesem Hauptquartier diskutiert wird, beabsichtigt genau das. Den öffentlichen Kläger zu nolle prosequi<sup>103</sup> zu ermächtigen bzw. dazu, Fälle niederzuschlagen, die nur gering belastete Personen betreffen, geht sogar sehr viel weiter. Das gleiche gilt für den Plan der Innen-Abteilung, der vom öffentlichen Kläger überhaupt nicht verlangt, Personen in Klasse II anzuklagen.

Es ist auch möglich, die Auswahl der Personengruppen zu kritisieren, die der deutsche Plan von der obligatorischen Anklage in Klasse II nach der Gesetzesvermutung ausneh-

<sup>102</sup> Vgl. Anm. 59.

<sup>103</sup> Opportunitätsprinzip, d. h. die Ermächtigung des Klägers, Bagatellfälle nach eigenem Ermessen einzustellen.

men will. Am besten vertreten werden können die gewöhnlichen Parteimitglieder, die nach 1933 eingetreten sind, und die Mitglieder der Verbände, soweit diese nicht als verbrecherisch erklärt worden sind. Gute Gründe gibt es auch für die Einbeziehung der kleinen Amtsträger der angeschlossenen und betreuten Verbände, insoweit sie keine bezahlten Funktionäre waren und nur subalterne und Routine-Funktionen ausübten. Am schwierigsten zu verteidigen ist der Fall bei den ordentlichen Parteiamtsträgern unter der Ebene der Ortsgruppenleiter und für die Unteroffiziersränge in den nicht als verbrecherisch erklärten Verbänden. Die Deutschen jedoch haben mit bemerkenswerter Zähigkeit auf der Einbeziehung auch dieser letzten Gruppe beharrt. Schließlich sollte auch mit Vorsicht bei der Revision des Art. 35 Abs. 4 vorgegangen werden, damit Personen dieser Gruppen, die von der obligatorischen Anklage in Klasse II ausgenommen worden sind, nicht plötzlich für eine der beiden Amnestien geeignet erscheinen, wenn der öffentliche Kläger sich einmal entschlossen hat, sie in Klasse IV anzuklagen<sup>104</sup>.

Die ganze Bedeutung dieser Vorschläge tritt hervor, wenn man sich klarmacht, daß mit der Anklage in Klasse IV kein mündliches oder schriftliches Verfahren mehr stattfinden muß und der schnellere Sühnebescheid angewandt werden kann. [. . .]<sup>105</sup>

*2. Der Plan der Innen-Abteilung [OMGUS]:* Die Schwäche dieses Plans springt ins Auge. Es bedeutet eine scharfe Abkehr von der ursprünglichen Konzeption des Befreiungsgesetzes, die Verfolgung von Mitläufern zu verbieten und sie auch für eine wesentliche Zahl Betroffener der Klasse II nach der Gesetzesvermutung abzuschaffen, alle Sühnemaßnahmen für diese Personen über Bord zu werfen, ausgenommen die, daß sie vor dem Verfahren keine Schlüsselstellungen in der öffentlichen Verwaltung und in bedeutenden Wirtschaftsunternehmungen bekleiden können, und sie dazu zu verpflichten, ein Verfahren gegen sich selbst in Gang zu bringen oder für immer ausgeschlossen zu bleiben. Insofern handelt es sich um eine Kapitulation des Sühnecedankens, wie er im Befreiungsgesetz und in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 aufgestellt wurde, und um eine Rückkehr zum Ausschließungskonzept der Kontrollratsdirektive Nr. 24. Ein Seemann in Not entschließt sich, Tonnage abzuwerfen, um den wertvollsten Teil seiner Ladung zu retten, und dabei kann er Diskriminierung nicht vermeiden. All das ist vereinigt mit einem Instruktionsbrief an die Landdirektoren der Militärregierung<sup>106</sup>, der so drastisch ist, daß er der Einrichtung eines Special Branch innerhalb der Befreiungsministerien gleichkommt. Diese Instruktionen machen den Grundsatz deutscher Verantwortlichkeit lächerlich, verwandeln den Befreiungsminister in eine Karikatur der Militärregierung, und sind obendrein geeignet, genau jenen öffentlichen Ungehorsam zu provozieren, den der Plan gerade verhindern sollte.

Gleichwohl werden die Ergänzungsvorschläge<sup>107</sup> selbst der sorgfältigsten Prüfung standhalten. Sie sind klar, gut durchdacht und stimmen in sich. Sie bleiben auf dem Boden unserer grundsätzlichen politischen Direktiven und Viermächteverpflichtungen. Sie stellen eine praktische Antwort auf die Übereinkunft dar, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz<sup>108</sup> erreicht wurde: „. . . sein Augenmerk auf eine beschleunigte Aburteilung von Kriegsverbrechern, Mitgliedern der Verbrecherorganisationen der Nazis sowie Aktivist zu richten, ohne die unterschiedslose Aburteilung der nominellen Mitglieder vorzuschreiben.“ Die vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes sind die Frucht einer bitteren

<sup>104</sup> Genau dies wurde später jedoch die herrschende Übung der Spruchkammern.

<sup>105</sup> Auslassung: technische Vorschläge für ein Schnellverfahren.

<sup>106</sup> Dieser Entwurf (wie Anm. 63) sah vor, daß die Militärregierung wieder ‚complete control‘ über die Durchführung der Entnazifizierung übernehmen und die deutschen Ausführungsbehörden den Sonderabteilungen der Militärregierung direkt unterstellen sollte.

<sup>107</sup> Entwürfe für die Änderung der einzelnen Artikel des BefrG in OMGUS-Papers 29-1/11, National Archives, Suitland Md.

<sup>108</sup> Text der Entnazifizierungsvereinbarung in: Europa Archiv 2 (1947), S. 736.

Erfahrung; in der Tat sind sie vernünftiger als viele der Argumente, mit denen sie in der Stabsstudie begründet werden. Um ihren Befürwortern gerecht zu werden, sollte man jedoch sagen, daß dieser Plan darauf abzielt, die Verfolgung der „aktiven Förderer des Naziregimes“ zu intensivieren, nicht, sie zu verringern.

Zwei Grundüberlegungen beherrschen den ganzen Plan: Die Verfahren auf Nazi-Aktivisten zu beschränken und dadurch die Zahl der Abzuurteilenden auf ein Maß zu reduzieren, das sich bewältigen läßt, und die zwingende Notwendigkeit einer durchgreifenden Voruntersuchung, die eine wirksame Verfolgung erst möglich macht. Unbestreitbar ist dieser Standpunkt wohlbegründet. Er versucht, dieselben Ergebnisse, die auch bei dem entsprechenden deutschen Plan angestrebt werden, in einer kühneren und direkteren Weise zu erzielen. Er würde die Spruchkammer von einer großen Anzahl unwichtiger Verfahren befreien, die mit Sprüchen enden, die überhaupt keine politische, psychologische oder sittliche Wirkung haben. Er würde einen wesentlichen Beitrag dazu darstellen, der oben erwähnten bürokratischen Komödie des „Persilscheins“ ein Ende zu bereiten und die Würde und Ernsthaftigkeit der gesamten Unternehmung wiederherzustellen. Er würde zum erstenmal den Spruchkammermechanismus ganz auf die Verfolgung der aktiven Förderer des Naziregimes konzentrieren und dadurch die geschlossene Unterstützung der Anti-Nazi-Elemente in der deutschen Gesellschaft gewinnen, soweit dies jetzt noch möglich ist.

Während zur Zeit an eine Reduzierung der Zahl der Spruchkammern nicht gedacht werden kann, mag man diesen Plan sehr wohl als eine Vorbedingung für eine Verbesserung ihrer Qualität ansehen. Ministerpräsident Ehard (Bayern) hat einmal die Äußerung getan, wenn er sicher sein könnte, daß die Verfahren nur auf die Verfolgung der aktiven Nazis abzielten, wäre er willens und bereit, Bayern nach den bestqualifizierten öffentlichen Klägern und Spruchkammervorsitzenden kreuz und quer durchzukämmen. Dr. Maier (Württemberg-Baden) ist auch der Meinung, daß im Rahmen eines solchen Programms die fähigeren antinazistischen Juristen sich als Freiwillige zur Verfügung stellen würden. Solange man sich nicht auf eine Formulierung des Befreiungsgesetzes einigen kann, die für deutsche Juristen annehmbar ist, wird seine Durchführung zwangsläufig mit einem Fehlschlag enden<sup>109</sup>.

Es erhebt sich die Frage, ob die Unterscheidung, die dieser Plan zwischen der Bestrafung der schwerer belasteten Nazis auf der einen Seite und dem Ausschluß aller übrigen von Schlüsselstellungen in der öffentlichen Verwaltung und wichtigen Wirtschaftsunternehmungen auf der anderen Seite macht, auf einem vernünftigen Grundsatz beruht. Von vornherein sei eingeräumt, daß, solange keine Währungsreform in Aussicht steht, die Sühnemaßnahmen für Mitläufer, wie sie jetzt verhängt werden, nutzlos und ohne Wirkung sind. Aber es gibt noch eine wichtigere Erwägung, die sich an dieser Stelle aufdrängt. Die Amnestien und die zahlreichen Mitläuferverfahren zu Beginn des Jahres haben einer beträchtlichen Zahl von Personen, die früher entlassen oder von Ämtern ausgeschlossen waren, den Zugang zu allen höheren Stellungen wieder eröffnet. Man kann nicht sagen, daß dieses Ergebnis unerwünscht war. Jedoch hat es gewisse unerwünschte Folgen verursacht und wird das auch weiterhin tun. Solange einzelne Mitläufer in ihre früheren Stellungen wiederingesetzt werden, wo sie in einer Überzahl demokratisch gesinnter Beamten untergehen, gibt es keinen Grund zur Beunruhigung. Aber was soll man tun, wenn in gewissen Behörden und Ministerien rehabilitierte Mitläufer geballt in Erscheinung treten? An gewissen Stellen ist es schon geschehen, und die Zeit könnte nicht mehr fern sein, da sie in bestimmten Behörden die Mehrheit stellen<sup>110</sup>.

Wir sollten allmählich wissen, daß zwischen Zunftbrüdern eine nahezu unzerstörbare Solidarität herrscht. Spruchkammern können nicht die liberalen und sittlichen Qualitäten demokratischer Führung hervorbringen. Diese Entwicklung kann und sollte man dem Be-

<sup>109</sup> Dieser ganze Satz im Original unterstrichen.

<sup>110</sup> Dies trat ein. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtages, 1. WP, Beilage Nr. 2403.

freierungsgesetz nicht zur Last legen. Deshalb wird darauf gedrängt, daß die Wiedereinstellungsgesetze<sup>111</sup> der Länder noch einmal einer durchgreifenden Überprüfung unterzogen werden. Aber solange es keine anderen Garantien gibt, ist diese Entwicklung auf das Befreiungsgesetz zurückzuführen. Das schärfste Urteil, das man über den oben besprochenen deutschen Plan aussprechen kann, lautet, er werde diesen Vorgang beschleunigen und erleichtern. Der Plan der Innen-Abteilung kann ihn aber auch nicht verhindern. Durch die Trennung [der Entnazifizierten] in verbrecherische Nazielemente zur Bestrafung und alle anderen zur Ausschließung [von höheren Stellungen] wird er den Vorgang jedoch wenigstens aufhalten, weil diese anderen so lange von Schlüsselstellungen ausgeschlossen bleiben, bis sie Verfahren gegen sich selbst anstrengen und vor einer Spruchkammer beweisen, daß es keinen Einwand gegen ihre Befähigung zu solchen Stellungen gibt. Solange nicht etwas Derartiges geschieht oder wir zu der Theorie zurückkehren, daß Schlüsselstellungen von der Militärregierung genehmigt werden müssen, oder andere Garantien in den Wiedereinstellungsgesetzen suchen, kann man mit Sicherheit für die Zukunft periodische Säuberungen in gewissen Behörden vorhersagen<sup>112</sup>.

Während dieser Plan einen bedeutenden Beitrag zu klarem Denken und staatsmännischer Vernunft geleistet hat, indem er die Bestrafung der kriminellen Nazielemente von der Säuberung oder Ausschließung anderer Nazis aus Schlüsselstellungen in der Verwaltung und in der Wirtschaft getrennt hat, [bleibt doch die Frage,] was soll aus den „aktiven Förderern des Naziregimes“ werden, die wir vor Gericht zu bringen verpflichtet sind? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Antwort, die der Plan auf diese Frage gibt, immer noch ein wenig verschwommen ist. [. . .]<sup>113</sup>

In dieser Analyse wurde versucht, die Vorzüge und Schwächen der verschiedenen Vorschläge, die gemacht worden sind, dem Militärgouverneur und seinem Stellvertreter<sup>114</sup> zur Prüfung darzulegen. Wenn der Militärgouverneur seine Entscheidung getroffen hat über die Art der Abänderungen des Befreiungsgesetzes, die er, wenn überhaupt, zu unternehmen gewillt ist, sollte er solche Abänderungen dem Länderrat zur Diskussion und Verabschiedung vorlegen, damit gegebenenfalls eine Revision des Gesetzes in dem Rahmen, in dem es ursprünglich verabschiedet wurde, erwirkt wird.

Dr. W. L. Dorn

### III. 5 Grundprobleme der Entnazifizierung im Rückblick [Briefauszug]

Clay legte Dorn im Frühjahr 1949 den Entwurf seiner Memoiren<sup>115</sup> vor. In einem Schreiben an Clay vom 11. 5. 1949 schlug Dorn einige Änderungen vor. Der weitaus größte Teil des Briefes, der im folgenden wiedergegeben ist, war der Entnazifizierung gewidmet und stellt ein Resümee jener Probleme dar, die Dorn im Rückblick als die wichtigsten erschienen und in deren Beurteilung er sich von Clay z. T. unterschied.

[Aus Brief Dorns an Clay, 11. 5. 1949: Bemerkungen zu Clays Memoirentwurf]  
[. . .] Über den Entnazifizierungsabschnitt. Während diese gefilterte und ziemlich offizielle Zusammenfassung im ganzen richtig ist, sollte sie doch stärker im Bewußtsein sowohl der linken wie der rechten Kritik geschrieben werden. Ungeachtet aller Kritik kann man

<sup>111</sup> Texte der drei Länderverordnungen in: Schullze AV 52.

<sup>112</sup> Dieser ganze Satz im Original unterstrichen.

<sup>113</sup> Auslassung einiger kritischer Anmerkungen zur Formulierung der Art. 33 und 58 in Wilsons Plan.

<sup>114</sup> Gen. Frank Keating.

<sup>115</sup> Mit der Endfassung Lucius D. Clay: Decision in Germany. Garden City N. Y. 1950, war Dorn gerade auf dem Gebiet der Entnazifizierung sehr unzufrieden, weil Clay seine Bemerkungen nicht berücksichtigt hatte (zu seinen Marginalien vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 239).

sagen, daß letztlich die ursprüngliche Absicht ziemlich gründlich ausgeführt worden ist, wenn man auch zugeben muß, daß in Einzelfällen Ungerechtigkeiten vorgekommen sind. Auf Kritik wie diejenige Winston Churchills vor dem britischen Parlament im Herbst 1948, daß das ganze Verfahren zu lange gedauert hat und noch immer weitergeht<sup>116</sup>, antwortet man meines Erachtens am besten, daß dies genauso für die Verfahren gegen Kollaboranten in Frankreich und Belgien gilt.

Man sollte zugeben, daß die ganze Frage kontrovers ist und bleiben wird, weil verschiedene Leute unter Entnazifizierung Verschiedenes verstehen. Dieser Begriff erhält seine volle Bedeutung erst im Licht der umfassenden Ziele der Besatzung. Offiziell sind die Briten und wir ungeachtet unserer verschiedenen Verfahrensweisen vom Grundsatz der individuellen Verantwortung ausgegangen. Die Russen haben eine marxistische Faschismustheorie zugrundegelegt und meinten, ihr Ziel erreicht zu haben, wenn sie die deutsche Industrie in ihrer Zone sozialisierten oder wenn sie frühere Naziaktivisten überredeten, der SED beizutreten. Man sollte einräumen, daß viele Leute zu Hause in den USA wie auch viele Deutsche, insbesondere Sozialdemokraten, diese marxistische Faschismusinterpretation teilten.

Auch wenn Sie dieser Frage nur begrenzten Raum widmen können, schlage ich vor, daß Sie die folgenden Gesichtspunkte berücksichtigen :

1. Wenn die Entnazifizierung in ganz Deutschland wirksam werden sollte, hätte sie in allen vier Zonen einheitlich durchgeführt werden müssen. Als diese Einheitlichkeit unwiederbringlich verloren war, büßte die Entnazifizierung viel von ihrer Bedeutung bei der deutschen Bevölkerung ein. Es genügte ja nicht, ein früheres Parteimitglied in der einen Zone als Belasteten zu verurteilen, wenn es in einer anderen ein hohes öffentliches Amt bekleiden konnte. Sie können mit gutem Gewissen sagen, daß Sie dieses Dilemma zu einem frühen Zeitpunkt erkannt haben und deshalb dafür eingetreten sind, daß der Kontrollrat die amerikanische Direktive v. 7. Juli [1945] sich zu eigen mache. Tatsächlich wurde daraus die Kontrollratsdirektive Nr. 24 v. 12. Januar 1946. Ebenso brachten Sie das Befreiungsgesetz beinahe sofort nach seiner Annahme am 5. März 1946 im Kontrollrat ein, woraus es im Oktober 1946 verstümmelt und elendiglich unwirksam als Kontrollratsdirektive Nr. 38 hervorging<sup>117</sup>. Trotz dieser offenbaren Erfolge der USA in der Vertretung ihrer Gerichtsverfahren im Kontrollrat ist der Versuch, einheitliche Verfahren in ganz Deutschland durchzusetzen, gescheitert. Zwar gab es oberflächliche Ähnlichkeiten im Vorgehen der vier Zonen; in Wirklichkeit verfolgte jedoch jeder Zonenkommandeur seine eigene Richtung. Verhängnisvoll auch nur für den Anschein einheitlicher Durchführung war die Verkündung des Gesetzes Nr. 201 durch den Sowjetischen Kommandeur im August 1947, das einer Amnestie für alle nominellen Nazis gleichkam. (Das ist keine Kritik des russischen Gesetzes, denn dieses war im Gegenteil ein sehr vernünftiger Schritt.) Als der Sowjetische Kommandeur schließlich im März 1948 das Entnazifizierungsprogramm als beendet erklärte und die Entnazifizierungsausschüsse in der Sowjetischen Zone auflöste<sup>118</sup>, wurde es äußerst schwierig, in irgendeiner Zone das Entnazifizierungsprogramm noch weiter fortzuführen. Zu dieser Zeit war das ganze Entnazifizierungsprogramm ein Gegenstand tagespolitischer Auseinandersetzungen geworden, so daß Rückwirkungen in den anderen Zonen unvermeidlich wurden. Schon darin lag die bemerkenswerte Scharfsinnigkeit von General Sokolowskijs Gesetz Nr. 201 vom August 1947, das den ersten Änderungen am Befreiungsgesetz etwa vier Wochen vorausging. Diese Interdependenz zwischen den Zonen scheint mir wesentlich für jeden zusammenfassenden Be-

---

<sup>116</sup> Winston Churchill in der Deutschlanddebatte des Unterhauses vom 28. 10. 1948 (vgl. Hansard, House of Commons, Deb. 5 s, vol 457, London 1948, S. 254 f.).

<sup>117</sup> Vgl. Anm. 7, 13 und 106.

<sup>118</sup> Die SMAD-Befehle Nr. 201 vom 16. 8. 1947 und Nr. 35 vom 26. 2. 1948 in: Außenministerien der DDR und der UdSSR (Hrsg.): Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968, Nr. 171 u. 205.

richt über die Entnazifizierung in der US-Zone. Erinnern Sie sich nur der Schwierigkeiten in den bizonalen Verwaltungen<sup>119</sup>.

2. Zu keiner Zeit hat sich beweisen lassen, daß die Entnazifizierung das Haupt- oder überhaupt ein ernsthaftes Hindernis wirtschaftlichen Wiederaufschwungs war, wie das so viele amerikanische Businessmen<sup>120</sup> und leider auch einige Mitglieder Ihres Stabes glaubten. Die wirklichen Ursachen des wirtschaftlichen Stillstands vor der Währungsreform lagen anderswo, nämlich im Mangel an Nahrungsmitteln, Kohle, Verkehrsmitteln, und in der politischen und wirtschaftlichen Desorganisation, die dem Krieg auf dem Fuße folgte. Die Reichsbahn z. B., bei der zwischen Januar und Mai 1946 annähernd 17 000 Beschäftigte entlassen worden waren, erholte sich bemerkenswert schnell. Als General Patton auf Befehl General Eisenhowers am 29. 9. 1945 die führenden 17 aktiven Nazis im Bayerischen Landwirtschaftsministerium entließ<sup>121</sup>, arbeitete dieses wirksamer als zuvor, was anhand der Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion bewiesen werden kann. Sie werden sich noch erinnern, daß General Patton angeführt hatte, er könne nicht zur selben Zeit die notwendigen Lebensmittel für die DP's zusammenbringen und [die damit beauftragten Behörden] entnazifizieren. Im übrigen, auch wenn Sie das nicht erwähnen wollen, wurde der Art. 58 [BefrG] mit seinem Beschäftigungsverbot in der Privatwirtschaft niemals wirklich durchgeführt.

3. Das Befreiungsgesetz war, trotz seiner Vorzüge und des erhabenen Idealismus, der auf amerikanischer wie auf deutscher Seite hinter ihm stand, keine ganz befriedigende Regelung. Es führte als neues Konzept den Strafgedanken in das Entnazifizierungsverfahren ein. Deshalb war es ein Fehler, die Kontrollratsdirektive Nr. 24, die der Entlassung und Disqualifizierung [für die Bekleidung öffentlicher Ämter] dienen sollte, zum integrierenden Bestandteil des Gesetzes zu machen. Die Entlassungskategorien dieser Direktive eigneten sich nicht im selben Maße als Straftatbestände – und unsere britischen Freunde haben das auch klar erkannt<sup>122</sup>. Die Liste der Belasteten der Klasse II im Anhang zum Gesetz war viel zu umfassend. Im übrigen irritierte der dem deutschen Strafrecht unbekannt Grundsatz der Zwangsanklage die deutschen Richter, die wie die Briten Anklagen aufgrund von Beweisen und nicht nach Kategorien vorzogen. Auch war das Gesetz viel zu kompliziert, um von Laien ohne juristische Ausbildung wirksam angewandt zu werden. Diese Kritikpunkte, die sich aus der Erfahrung derjenigen ergaben, die das Gesetz durchführen sollten, wurden in der Folge bei den Änderungen des Befreiungsgesetzes berücksichtigt, die im Herbst 1947 und Frühjahr 1948 vorgenommen wurden. Zwar wurde das Gesetz durch die Änderungen für die Deutschen eher annehmbar, zugleich aber auch stumpf.

Man muß sich keine Gewissensbisse machen, die Mängel des ursprünglichen Gesetzes heute zugeben – denn jedes Gesetz, und erst recht ein solches, geht unvermeidlich durch eine Reihe von Veränderungen, um es an die Wirklichkeit und an die objektive Natur des Problems anzupassen. Unser Begriff von der Struktur der Naziartei war ein ganz anderer, als wir nach Deutschland kamen, als er es heute nach vier Jahren Entnazifizierungserfahrung ist. Wenn wir heute zurückblicken, erkennen wir, daß die Aufspürung der aktiven Nazis die gigantische Aufgabe, alle Mitläufer einem Verfahren zu unterziehen, kaum wert war. Denn die Zahl der Mitläufer, die durch die Spruchkammern tatsächlich [zu Belasteten oder Hauptschuldigen] heraufgestuft worden sind, war zu bedeutungslos

---

<sup>119</sup> Von seiten der britischen Zone wurden für bizonale Verwaltungen vielfach Personen benannt, die nach den Entnazifizierungsvorschriften der US-Zone hätten entlassen werden müssen. Die süddeutschen Länder fühlten sich angesichts ihrer weitaus geringeren Personalreserven diskriminiert und forderten von Clay mit diesem Argument eine Milderung der Regelungen in der US-Zone.

<sup>120</sup> Am prominentesten Lewis H. Brown: A Report on Germany, New York 1947, S. 37 f., 146.

<sup>121</sup> Nach einer Untersuchung und auf Vorschlag Dorns.

<sup>122</sup> Vgl. Fürstenau, a. a. O., S. 103 ff.

und klein. Dies mag ein trauriges Eingeständnis sein, aber es ist die Wahrheit. Meines Erachtens gibt es [heute] allgemeine Übereinstimmung darüber, daß wir mehr Erfolg gehabt hätten, wenn die Militärregierung willkürlich die Zahl von 100 000 [der schwersten Fälle] bestimmt, das Beweismaterial gegen diese zusammengetragen und den Deutschen zur Aburteilung vorgelegt hätte.

Sie sagen, es sei zu früh, den Erfolg des ganzen Vorhabens zu beurteilen. Ist das wirklich wahr? Sicher hat sich unsere Politik in dieser Frage wie in anderen Fragen, z. B. bezüglich des Industrieniveaus, der Reparationen etc., seit 1945 entwickelt. Aber kann man nach vier Jahren sagen, ob die Militärregierung die ursprüngliche Politik der Direktive 1067 ausgeführt hat, wie diese in der Folge durch spätere Ausgaben und internationale Konferenzen modifiziert worden ist? Die Antwort kann man weniger einer statistischen Zusammenstellung als einer qualitativen Analyse der Arbeit der deutschen Spruchkammern in der US-Zone entnehmen. Das ist zugegebenermaßen im Augenblick noch schwierig.

Wenn man von Erfolg spricht, muß man das sicherlich qualifizieren. Die Arbeit der Spruchkammern war alles andere als gleichmäßig. Im ganzen waren die gewissenhaften Spruchkammern zahlreicher als die liederlichen und nachlässigen. Auch wenn man alle Mängel und Schwächen der deutschen Spruchkammern einräumt, glauben doch seit der Moskauer Konferenz<sup>123</sup> nur noch wenige, daß es ein Fehler war, diesen Auftrag an die Deutschen zu übergeben. Ich glaube, es wäre klug, der Kritik damit zuvorzukommen, daß Sie das Zurückfluten der Mitläufer in die Verwaltung erwähnen und erklären, daß dies nicht unerwünscht war. Man kann mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß prominente Nazis nicht in hohe öffentliche Ämter wiederingestellt worden sind. Nicht ganz so sicher ist das allerdings bei wichtigen Organisationen der Privatwirtschaft. [ . . . ]

Kirchen. Ihre Bemerkung, daß „die Kirchenführer nur zögernd diejenigen Geistlichen entließen, die der Partei angehört hatten“, ist nur ein matter Abglanz dessen, was tatsächlich ruchbar wurde. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß es dabei einen bemerkenswerten Unterschied zwischen der katholischen und den evangelischen Kirchen gab. Nirgendwo hat die katholische Kirche bei der Säuberung von aktiven Nazis unter ihren Priestern Schwierigkeiten bereitet. Anders war die Lage bei der evangelischen Kirche, die aufgrund ihrer nationalistischen und konservativen Traditionen stark von der Nazi-Bewegung beeinflusst wurde. Zwar haben die Landeskirchen, geführt von ihrem Anti-Nazi-Flügel, der Bekennenden Kirche, freiwillig einige hundert der bekanntesten Nazi-Geistlichen entlassen. Aber die Zahl der tatsächlich Entlassenen erreichte bei weitem nicht die derjenigen, die vom Befreiungsgesetz betroffen waren. Bischof Wurm, ein mutiger und ernsthafter Gegner des Nazi-Regimes, wurde nun einer der unerbittlichsten Kritiker der Entnazifizierungsverfahren nach dem Gesetz, und Pastor Niemöller rief sogar in der Öffentlichkeit die protestantischen Laien auf, Zeugenaussagen vor den Spruchkammern zu verweigern<sup>124</sup>. Im August 1946 sandte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Delegation zur Militärregierung, die dafür eintreten sollte, daß die verbliebenen Nazi-Geistlichen von den Bestimmungen des Befreiungsgesetzes ausgenommen werden sollten, denn es sei ein unberechtigter Eingriff in Kirchenangelegenheiten, einen ehemaligen Nazi-Geistlichen an der Ausübung der geistlichen Pflichten seines Amtes zu hindern. Dieses Argument konnte die Militärregierung nicht akzeptieren. Zwar achtete sie sorgfältig das deutsche kanonische Recht und die Lehre vom göttlichen Charakter kirchlicher Ämter, aber sie konnte nicht zulassen, daß bei der Entnazifizierung die Geistlichen gegenüber den Laien begünstigt würden, zumal die Kirche zu den Institutionen in der deutschen Gesellschaft gehört, die am stärksten an der Bildung der öffentlichen Meinung teilnehmen.

<sup>123</sup> Gemeint ist die Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947.

<sup>124</sup> Über eine der zahlreichen kritischen Stellungnahmen Theophil Wurms im Namen der EKD berichtet „Neue Zeitung“ vom 17. 5. 1946; Der Hirtenbrief Martin Niemöllers in: *dass.* vom 5. 2. 1948.

General Clay insistierte zwar auf einer strikten Anwendung des Gesetzes, das ehemaligen Nazi-Geistlichen verbot, vor ihrem Spruchkammerverfahren die Kanzel zu besteigen, er ließ jedoch am 22. 8. 1946 einen Befehl, der allen derartigen Geistlichen ein Vorzugsverfahren gewährte, das bis zum 20. 10. 1946 abgeschlossen sein mußte<sup>125</sup>. Dank der Unterstützung durch die deutschen Ministerpräsidenten und des klugen Verhaltens des Entnazifizierungsausschusses des Länderrats wurde die Maßnahme zu einem erfolgreichen Ende geführt, und zwar ohne weitere Schwierigkeiten mit den Kirchenführungen. In diesem Zusammenhang sollte auch darauf verwiesen werden, daß Dr. Dibelius, der derzeitige Führer der Evangelischen Kirche und protestantische Bischof von Berlin, unter den energischsten Kirchenführern war, sowohl in dem negativen Prozeß einer Säuberung der Kirche von ungeeigneten Geistlichen wie auch in der begeisterten Führung zu einer wirklichen religiösen Erneuerung.

---

<sup>125</sup> Bereits zuvor war ein Abkommen mit der evang. Kirche geschlossen worden, das ihr Disziplinarverfahren gegen die ‚Deutschen Christen‘ unter ihren Pfarrern erlauben sollte, um entsprechenden Spruchkammerverfahren zuvorzukommen. Vgl. Kormann, a. a. O., S. 80 f.

#### IV. DER SCHRITT ZUM WESTSTAAT ALS KRISE

Als Dorn Ende März 1949 für zwei Monate in die US-Zone zurückkehrte, um in OMGUS bei der Bilanz der Militärregierung zu helfen<sup>1</sup>, traf er auf eine spannungsgeladene Situation: Schienen doch die künftigen Rollen Westdeutschlands und Frankreichs in Europa ungeklärt, die antifaschistischen Reformen der frühen Militärregierung gescheitert, der Parlamentarische Rat in der Krise, die Besatzungsbehörden kurz vor ihrem Abbau noch zum Druck auf die Deutschen in die Richtung einer ungeliebten Amerikanisierung entschlossen, die soziale Frage besonders der Flüchtlinge, der Wohnungslosen, der Arbeitsuchenden unbeantwortet, die liberale Führungsschicht der ersten Nachkriegsjahre in der US-Zone politisch in der Sackgasse und das Wiedererwachen eines neuen deutschen Nationalismus, der den Osten gegen den Westen ausspielen könnte, durchaus denkbar.

Die historiographische Behandlung dieser Zeit ist teils der Entstehung des Grundgesetzes gewidmet, seinen Unterschieden gegenüber der Weimarer Reichsverfassung, dem Einfluß einzelner Personen und Interessengruppen auf seine Regelungen<sup>2</sup>. Im übrigen dominiert der Eindruck, daß nicht hier die wahren Entscheidungen fielen zugunsten Weststaat, Westintegration, Remilitarisierung, sondern daß der Parlamentarische Rat nur die Konsequenzen aus Marshall-Plan und Blockade, Währungsreform und der Entwicklung des Koalitions-Oppositions-Modells im bizonalen Wirtschaftsrat zog<sup>3</sup>. Sicher sind hier internationale und wirtschaftliche Vorentscheidungen politisch nachvollzogen und rechtlich formuliert worden, wobei aus einem naturrechtlichen Grundkonsensus heraus in einer Art historischem Wiederholungszwang vor allem Gefahren vorgebaut wurde, welche die erste Republik als bürgerliche Demokratie bedroht hatten. Den Zeitgenossen aber schien diese Verfassungsgebung, an der die Bevöl-

<sup>1</sup> Nach Konsultationen im State Department um den 20. 3. 1949 kam Dorn am 24. 3. in Frankfurt an und bereiste – nach einem Besuch im OMGUS-Hauptquartier in Berlin – zwischen dem 28. 3. und 16. 4. die vier Länder der US-Zone. Am 20. 4. war er wieder in Berlin (hier brechen die im folgenden wiedergegebenen Notizen ab) und sah Clays Memoirentwurf durch, zu dem er am 11. 5. eine Stellungnahme abgab (vgl. III.5). In der Folge beriet er offenbar den Historical Branch OMGUS und wurde zwischen dem 19. und 26. 5. mehrfach ausführlich von dessen Leiter, Dr. David G. White, für das ‚oral history project‘ der OMGUS Geschichte interviewt. Vermutlich ist er im Juni 1949 nach USA zurückgekehrt, nachdem er noch einen kurzen Aufsatz für den „Monat“ geschrieben hatte (vgl. Anm. 29 z. Einleitung).

<sup>2</sup> Friedrich Karl Fromme: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, 2. Aufl. Tübingen 1962; Volker Otto: Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates, Bonn 1971; John Ford Golay: The Founding of the Federal Republic of Germany, 2. Aufl. Chicago/London 1965; Peter H. Merkl: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965; Carl J. Friedrich: Rebuilding the German Constitution, in: *Americ. Pol. Science Rev.* 43 (1949), S. 461 ff., 704 ff.; Gudrun Stoltenberg: Das Wahlsystem zum ersten Bundestag, Funktion und Bedeutung des Parlamentarischen Rates, Phil. Diss. Heidelberg 1970; Erhard Lange: Der Parlamentarische Rat und die Entstehung des ersten Bundeswahlgesetzes, in: *VfZG* 20 (1972), S. 280 ff.; Rudolf Morsey: Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat, in: ebd. 18 (1970), S. 62 ff.; Werner Sörgel: Konsensus und Interessen, Stuttgart 1969.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz, a. a. O., bes. S. 606 ff., 688 ff.; John Gimbel: Besatzungspolitik, a. a. O., S. 271 ff. u. passim; vgl. auch Edward H. Litchfield: *Emergence of German Government*, in: Litchfield (Hrsg.), a. a. O., S. 19 ff.

kerung sehr geringen Anteil nahm, nur als ein Element einer umfassenderen politischen Krise, die zwar kaum Spielraum für deutsche Entscheidungen ließ und insofern in ihrer Entwicklungsrichtung vorgezeichnet erscheinen mochte, deren Ergebnisse und Kosten aber nicht abzusehen waren. Dabei fällt auf, daß bei Dorn und seinen Gesprächspartnern das im Parlamentarischen Rat und später viel strapazierte Pathos der nationalen Teilung fast völlig fehlt. Daß der Weg der Westzonen in den Westen führte, war den Insidern in den Landeshauptstädten in internen Gesprächen längst vertraut; sie bewegte die Frage nach dem Wie.

Deshalb erscheint als erste internationale Frage auch nicht der Kalte Krieg – Sowjetunion und Kommunismus werden allenthalben als Feind vorausgesetzt –, sondern das Problem der Beziehungen der USA und Westdeutschlands zu Frankreich, das bereits wie ein roter Faden die Geschichte der Westzonen durchzog, nunmehr aber weniger als alliiertes denn als westeuropäisches Problem erscheint. War es realistisch, irgendeine Form westeuropäischer Integration anzustreben, solange die Bedingungen der Hauptpartner – des widerstrebenden Alliierten und der Besetzten, die sich aus ihrer Lage emanzipieren wollten – sehr unterschiedlich, wenn nicht gegensätzlich waren und für jeden die Rekonsolidierung seiner besonderen Volkswirtschaft ganz im Vordergrund stand? Wenn nicht, wo lag die Priorität des US-Engagements? In Westdeutschland, wie Clay meinte – und damit in der Gefahr, Frankreich in seiner Sonderrolle in Europa langfristig zu bestätigen und alsbald neue Schwierigkeiten gewärtigen zu müssen, wenn es um die Einigung über das Grundgesetz, das Besatzungsstatut, die OEEC und die Territorialreform der seit der Zonengrenzziehung zerstückelten Länder ging? In Frankreich, wie Dulles meinte – und damit in der Gefahr, die soziale und politische Krise in Westdeutschland anzuheizen oder doch nicht zu entschärfen, einen unkalkulierbaren deutschen Nationalismus zu begünstigen, damit die ‚Front‘ des Westens zu schwächen, die amerikanischen Interessen in Deutschland aufs Spiel zu setzen und die Möglichkeit zu verbauen, die deutsche Frage in der europäischen aufgehen zu lassen<sup>4</sup>?

Die französisch-amerikanischen Interessengegensätze in der Deutschlandpolitik hatten die Vorgeschichte und die Arbeit des Parlamentarischen Rates begleitet, und zwar um so mehr, als beide Alliierten in Deutschland von extremen Exponenten ihrer Grundhaltung vertreten wurden. Um der wirtschaftlichen Rekonstruktion willen drängte Clay auf beschleunigte und vollständige Schaffung eines Staatsapparats. Dieser war für ihn nur ein weiterer Schritt der auf Kommunal-, Länder- und Bizonenebene begonnenen „emergence of German government“, in der deutsche Selbstverwaltung und alliierte Auftragsverwaltung stets untrennbar verbunden geblieben waren, zur Verschmelzung des deutschen Souveränitätszuwachses mit amerikanischen Interessen<sup>5</sup>. General Koenig jedoch vertrat die Wünsche seines Landes nach weitgehender Dezentralisierung Deutschlands, Verankerung französischer Interessen an der Ruhr und Einschaltung in die anderen zentralen deutschen Fragen in der besonderen Akzentuierung des Gaullismus. Zwar war in Frankreich im Zuge des Kalten Krieges von der „Dritten Kraft“ der Gedanke einer europäischen Vereinigung in den Vordergrund geschoben worden, die Gaullisten – zumal in Berlin – erwiesen sich jedoch in

---

<sup>4</sup> Zu Dulles vgl. John Foster Dulles: Krieg oder Frieden, Wien/Stuttgart 1950, S. 139 f., 245 f. Das State Department nahm eine vermittelnde Stellung ein, vgl. Schwarz, a. a. O., S. 86 ff., 142 ff.

<sup>5</sup> Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 291 f.

der politischen Praxis als ein retardierendes Element<sup>6</sup>. Im März und April 1949 war vor diesem Hintergrund der Parlamentarische Rat in seinen Beziehungen zu den Militärgouverneuren über der Föderalismusfrage in die Krise gekommen. Mehrheitlich wandte er sich gegen die zunächst der französischen Sicherheitspolitik entsprungene Auflage, das Schwergewicht der öffentlichen Finanzen bei den Ländern zu belassen und damit dem Bund keine direkte Gestaltungsmöglichkeit auf den wichtigsten sozio-ökonomischen Gebieten zu geben<sup>7</sup>. Da diese Front von der SPD angeführt wurde, trat Clay, den im übrigen die Föderalismusfrage nicht mehr interessierte, ausnahmsweise auf die Seite der Franzosen: Er fürchtete, die Sozialdemokraten wollten die Finanzzuständigkeit des Bundes nur, weil sie Geld für ihr Enteignungsprogramm bräuchten<sup>8</sup>. Deshalb wurde die Frage den Regierungen vorgelegt. Indessen einigten sich die Außenminister auf einen Kompromiß, den Clay aber möglichst lange zurückhalten wollte, damit das Zugeständnis nicht als Zurückweichen vor der SPD ausgelegt werde<sup>9</sup>. Da Schumacher am 20. April<sup>10</sup> jedoch – anders als die CDU – spektakulär

<sup>6</sup> Vgl. F. Roy Willis: *The French in Germany*, Stanford 1962, S. 77 f., 55 ff.; Gilbert Zieburg: *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945*, Pfullingen 1970, S. 32 ff., 46 ff.; den Lernprozeß des französischen politischen Systems während des Kalten Krieges, der zu einem neuen Konsens führte, den die Gaullisten jedoch mit deutlichen traditionalistischen Akzenten in ihrer Deutschlandpolitik versahen, zeigt Klaus Hänsch: *Frankreich zwischen Ost und West*, Berlin/New York 1972, S. 189 ff. Vgl. auch Schwarz, a. a. O., S. 191 ff.

<sup>7</sup> Im Aide Memoire der Militärgouverneure an den Parlamentarischen Rat vom 22. 11. 1948 Abs. 2 (d) (gedr. in Litchfield, a. a. O., S. 564) war die Direktive enthalten, daß der Bund nur im Rahmen seiner Aufgaben sowie im Zuge der Rahmengesetzgebung zur Vereinheitlichung von Länderregelungen Steuern erheben könne. Nachdem der Parlamentarische Rat im Februar seinen Entwurf vorgelegt hatte und der bayerische Ministerpräsident gegen dessen zentralistische Finanzregelung protestiert hatte, intervenierten die Militärgouverneure auf französischen Einspruch hin erneut mit einem Memorandum vom 2. 3. 1949, Abs. 5 (ebd. S. 567 f.) und verlangten eine Umgewichtung der Steuererhebungscompetenz vom Bund auf die Länder. Am 10. bzw. 17. 3. 1949 legte der Siebener-Ausschuß des Parlamentarischen Rates Gegenvorschläge vor, die jedoch von den alliierten Verbindungsoffizieren als unzureichend bezeichnet wurden, weil die Bundesfinanzverwaltung beibehalten war (ebd. S. 569 ff.). Dorn kam mitten in den darauf folgenden Nervenkrieg hinein, der einerseits durch eine Aufforderung der Außenministerkonferenz vom 5. 4. 1949 an den Parlamentarischen Rat, den Abschluß der Verfassungsberatungen im Geist der Londoner Empfehlungen zu beschleunigen (Golay, a. a. O., S. 103), andererseits durch das Bestreben aller Parteien, sich den Übergang in die 'nationale Opposition' offen zu halten, angeheizt wurde. Die CDU/CSU und später die FDP gingen – nicht zuletzt, weil die alliierten Forderungen den Wünschen eines Teils der bayerischen Fraktion entsprachen – zuerst in die Knie und sagten, sie wollten das gesamte Gesetzgebungswerk nicht um einzelner Vorschriften willen gefährden. Die SPD sah diese Gefahr als gering an, wollte als nationale Kraft den Alliierten einen deutschen Sieg abpressen und schlug einen provokanten Kurs ein, indem sie nicht nur an den ursprünglichen Vorschlägen des mittlerweile umgefallenen Siebener-Ausschusses festhielt, sondern auf ihre anfänglichen Bedenken gegen eine voll ausgeformte Verfassung, die unter der Besatzung formuliert wurde, überhaupt zurückkam.

<sup>8</sup> S. u. Dorns Gespräch mit Clay. Für Clays taktisches Verhältnis zum Föderalismus vgl. auch Gimbel, *Besatzungspolitik*, a. a. O., S. 171 ff., 304 ff.

<sup>9</sup> Golay, a. a. O., S. 104. Die Bekanntgabe der Zugeständnisse wurde den Militärgouverneuren überlassen. Allgemein verbreitet waren Gerüchte, daß sie durch britische Kanäle den Sozialdemokraten bekannt geworden seien und diese in ihrer kompromißlosen Haltung bestärkt hätten. Vgl. zu dieser ganzen Affäre auch Gimbel, *Besatzungspolitik*, a. a. O., S. 295 ff.; Morsey, a. a. O., S. 79 ff.; Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, Frankfurt 1967 (TB), S. 161 ff.; Clay, a. a. O., S. 472 ff.; *Der Spiegel* vom 30. 4. 1949, S. 3 f.; Heino Kaack: *Das Problem einer außenpolitischen Alternative für Deutschland*, Phil. Diss., Kiel 1965, S. 204 ff.

<sup>10</sup> Zur SPD-Konferenz vom 20./21. 4. 1949 vgl. neben den genannten Darstellungen die Sonderausgabe der *Süddeutschen Zeitung* vom 21. 4. 1949; Fried Wesemann: *Kurt Schumacher*, Frankfurt 1952, S. 156 ff.

auf seinem Standpunkt beharrte, während die Militärgouverneure ihre Rückzugslinie noch nicht offen bezogen hatten, sollte sich Clays Kalkül zerschlagen, zumal er nun aus Washington zur Publikation der Zugeständnisse angewiesen wurde.

Clays Bemühungen, weitere Erfolge der SPD zu bremsen, waren nicht so überflüssig, wie es im Rückblick die Kontinuität von Semler über Erhard und Pünder zu Adenauer erscheinen lassen mag. Schon in Bonn war die SPD mit ebenso vielen Abgeordneten wie die CDU/CSU vertreten, und die Umgruppierung des Parteiensystems ließ gerade eine Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte und ein wachsendes und sich radikalisiertes Proletariat befürchten. Während der Arbeit des Parlamentarischen Rates bahnte sich eine schwere soziale Krise in den Westzonen an, die sich um so explosiver ausnahm, als zugleich die alliierten Kontrollen zurückgezogen wurden. 1949 überschritt der Arbeiteranteil an allen Erwerbstätigen erstmals in Deutschland die 50-%-Grenze<sup>11</sup>; bezogen auf das Jahr 1938 (100) waren die Lebenshaltungskosten im März 1949 auf 167 gestiegen und die Reallöhne auf 77,8 gefallen<sup>12</sup>. Die Bauern und Gewerbetreibenden unter den Vertriebenen und Flüchtlingen machten einen tiefen Statusverfall durch, was manche als Verproletarisierung begriffen; etwa ein Drittel von ihnen war arbeitslos<sup>13</sup>. Nach der Währungsreform wurden aber auch alle unproduktiv Beschäftigten unter den Einheimischen abgestoßen, während die Heimkehrer die Masse der Arbeitslosen noch vermehrten, die sich in der Bizone im April 1949 gegenüber dem Vorjahr auf 1,25 Mill. verdreifacht hatte<sup>14</sup>. Selbst wenn man von der Qualität des Notwohnungsbaus jener Jahre absieht, war – bei beständigem Zustrom neuer Wohnungsuchender – rein quantitativ noch nicht einmal ein Fünftel des Wohnungsbedarfs durch die Bautätigkeit seit Kriegsende gedeckt worden<sup>15</sup>.

Da die Vertriebenen vor allem in ländlichen Gebieten angesiedelt wurden, extremisierten sich die Bedürfnisse der vorwiegend agrarischen Länder nach einem interregionalen Finanz- und Bevölkerungsausgleich, der ohne starke zentrale Institutionen nicht vorstellbar war. Gerade in den Gebieten traditioneller konservativer Stabilität spitzten sich Wohnungsnot, Deklassierung, Arbeitslosigkeit und die Spannungen zwischen den Einheimischen und den Vertriebenen und Flüchtlingen zu. Der Überhang an weiblichen und minderjährigen Kriegshinterbliebenen und auch nur die notdürftigste Fürsorge für die Kriegsversehrten und sonstigen Kriegsoffer blähten vollends die Sozialhaushalte der Länder in einer Weise auf, daß disponible Mittel für konstruktive Aufgaben nicht verblieben. Doch auch die Konzentration auf die Soziallasten hatte in den politischen Belastungen ihre Grenzen. Während der Blockadezeit überstieg die Belastung der Bizone durch die Berlin-Hilfe – und sei es durch Zweckentfremdung amerikanischer Kreditprogramme – die Serviceleistungen der amerikanischen Armee bei weitem<sup>16</sup>, und die Besatzungskosten fraßen in der Bizone ca. 28% der Länderhaushalte (französische Zone 67%)<sup>17</sup> auf. In der SPD sah man die Chancen eines

<sup>11</sup> André Piettre: *L'économie allemande contemporaine*, Paris o. J. (1952), S. 386.

<sup>12</sup> Ebd. S. 615.

<sup>13</sup> Vgl. ebd. S. 390 ff.; und jetzt zusammenfassend Hans W. Schoenberg: *Germans from the East*, The Hague 1970, S. 41 ff., 51 ff.

<sup>14</sup> Piettre, a. a. O., S. 406.

<sup>15</sup> Ebd. S. 330; andere Schätzungen setzten den Bedarf noch wesentlich höher an, vgl. z. B. Friedrich Lütge: *Wohnungswirtschaft*, 2. Aufl. Stuttgart 1949, S. 483 f.

<sup>16</sup> Vgl. Rüdiger Proske: *Die Kosten der Aktion Berlin*, in: *Frankfurter Hefte* 4 (1949), S. 384 ff. Vgl. Anm. 161.

<sup>17</sup> Eduard Wolf: *Aufwendungen für die Besatzungsmächte, öffentliche Haushalte und Sozialprodukt in den einzelnen Zonen*, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Wirt-*

Lastenausgleichs schwinden. Neben den sozialen und politischen Lasten stellten die Personalhaushalte als dritter großer Posten die Länderregierungen vor ein Dilemma: Die nach der Entnazifizierung in den öffentlichen Dienst zurückströmenden Mitläufer nahmen die Stellen der nicht speziell vorgebildeten Antifaschisten, die nach 1945 herangezogen worden waren, vielfach ein, weil ihr Pensionsanspruch am leichtesten durch Wiederverwendung bei gleichzeitiger Aufkündigung der Angestelltenverträge der neuen Mitarbeiter einzulösen war<sup>18</sup>. Den Länderregierungen drohte Handlungsunfähigkeit, wenn nicht eine beschleunigte wirtschaftliche Erholung mit einem Abbau der Besatzungs- und politischen Lasten einherging und einen Spielraum für die sozialpolitische Entschärfung des Flüchtlings-, Vertriebenen-, Heimkehrer-, Obdachlosen- und Arbeitslosenproblems schuf.

Schon mußten sie ohne wesentliche Gegenmittel mitansehen, wie das durch die alliierten Lizenzierungskontrollen in der frühen Nachkriegszeit stabil gehaltene Parteiensystem sich aufzulösen begann: Das verunsicherte Bürgertum schien in Einheimische- und Flüchtlingsparteien auseinanderzulaufen<sup>19</sup>, eine neue nationale Rechte in der Organisation<sup>20</sup>; eine Rückversicherung der Nationalisten bei den Kommunisten wurde angesichts des Angebots der Volkskongreßbewegung allgemein befürchtet. Vermehrte deutsche Souveränität hieß verringerter innenpolitischer Spielraum der deutschen Verwaltungen. Auch auf dem am längsten gehüteten Gebiet der Publizistik begannen am Rande der lizenzierten Tagespresse kleine Wochenblätter auf zunehmendes Interesse zu stoßen, weil sie in mehr oder minder versteckter Form die Alliierten für die Lage in Deutschland verantwortlich machten und nationalkonservative Symbole anklingen ließen<sup>21</sup>. Das stabile System der auf kontrollierte Eliten reduzierten Politik der ersten Nachkriegsjahre schien ins Gleiten zu kommen, unterhöhlt zu werden. Die Länderregierungen und ihr Parlamentarischer Rat standen unter Erfolgswang; ihre ‚raison d'être‘ lag im Kompromiß mit den Westmächten, der sozioökonomische und verfassungspolitische Fortschritte herbeiführen mußte. Als die Jessup-Malik-Verhandlungen<sup>22</sup> die Beendigung der Blockade Berlins avisierten, mußten sie befürchten, daß

---

schaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin 1948, S. 116 ff.; die dort S. 128 angegebenen Anteile an den Länderhaushalten beziehen sich auf das Jahr 1947.

<sup>18</sup> Am eklatantesten war das Mißverhältnis zwischen der Wiedereinstellung Entnazifizierter und der sog. Sicherstellung der Entnazifizierer, die nur teilweise erfolgte und selten mehr als eine einjährige Abfindung bedeutete. Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 530 ff.

<sup>19</sup> Der größte Schock war schon im April/Mai 1948 von den Gemeinde- und Kreiswahlen in Bayern ausgegangen, bei denen die CSU zwei Fünftel ihrer Wähler an die Bayern-Partei und einen Wahlverein der ‚Neubürger‘ abgeben mußte. Diese Tendenz war noch immer im Ansteigen und ließ die SPD in Bayern in der Landtagswahl 1950 zur stimmstärksten Partei werden. Ähnliche Einbrüche waren in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu beobachten. Vgl. zur Bayern-Partei Ilse Unger, a. a. O., S. 128 ff., sowie Hermann Meyn: Die deutsche Partei, Düsseldorf 1965; Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960, Meisenheim 1968.

<sup>20</sup> Vgl. Kurt P. Tauber: Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1 Middletown Conn. 1967, S. 81 ff.

<sup>21</sup> Die bedeutendste dieser Wochenzeitungen in der amerikanischen Zone war Eugen Gerstenmaiers ‚Christ und Welt‘, deren führende Mitarbeiter aus dem ‚Tat‘-Kreis und anderen Gruppierungen der ‚Konservativen Revolution‘ der Weimarer Zeit kamen und sich nunmehr teilweise in der nationalistischen ‚Deutschen Union‘ betätigten. Vgl. ebd., S. 124 ff.

<sup>22</sup> Im März und April verhandelten die Botschafter der USA und der UdSSR bei den Vereinten Nationen über die Aufhebung der sowjetischen Blockade Westberlins und die westalliierte Blockade der SBZ; am 5. 5. wurde angekündigt, daß am 12. 5. die Restriktionen fielen und am 23. 5. 1949 in Paris eine Außenministerkonferenz der vier Alliierten stattfand. Offenbar hatten die Sowjets gehofft, in letzter Minute noch der Konsolidierung des westlichen Blocks ent-

die Amerikaner ihr Interesse an forcierter Weststaatlichkeit verlieren könnten<sup>23</sup> und sich dann die in Bewegung gekommene politische Öffentlichkeit der nationalen Frage bemächtigte und sich von rechts und links zugleich gegen diejenigen wenden könnte, die den Westalliierten in Bonn bei der Herbeiführung „des nationalen Notstandes“ und der „planmäßigen Aufspaltung Deutschlands“ geholfen hatten – wie am 18. 3. 1949 der Volksrat der SBZ erklärt hatte<sup>24</sup>.

Solche Befürchtungen schienen angesichts des Verhaltens der Militärregierung in den letzten Monaten ihrer direkten Kontrolle nicht aus der Luft gegriffen. Entgegen den Hoffnungen der deutschen Führungsschicht, schrittweise in die volle Souveränität hineinzuwachsen und in deren Vorfeld auf Achtung rechnen zu können, machte die Militärregierung einen Kehraus, um statt der vielen gescheiterten Reformen wenigstens ein Minimum an liberaler Struktur, und sei es aufgezwingen, zu hinterlassen. Am spektakulärsten war in den vergangenen Monaten der Streit um die Gewerbe-freiheit und die Beamtenrechtsneuregelung gewesen. In beiden Fällen hatten die Amerikaner in langen Verhandlungen nicht vermocht, die führenden Deutschen in den Ländern und in der Bizone zur freiwilligen Übernahme der einschlägigen amerikanischen Vorschriften zu veranlassen. Im ersten Fall wurde darauf hingewiesen, daß die Abschaffung der Mitentscheidung der Berufsverbände über die Niederlassung Gewerbetreibender sowie der Anforderung entsprechender Qualifikationen zu einem Verfall des Handwerks und zur Kurpfuscherei führe. Im Hintergrund dieser Auseinandersetzungen stand die Befürchtung, daß sich in den Handwerks- und Handelskammern die Einheimischen gegen die neue Konkurrenz der Vertriebenen durch Verweigerung der Niederlassung wehrten; allerdings war 1945 bis 1949 die Mehrheit aller Neueintragungen in die Handwerksrolle auf Grund von Ausnahmegenehmigungen, d. h. ohne Gesellen- bzw. Meisterprüfung, erfolgt<sup>25</sup>. Ob nun als Maßnahme zur Entbindung neuer wirtschaftlicher Initiative zu rechtfertigen oder nicht, der einseitige Erlass der US-Militärregierung, außer in wenigen Ausnahmen die Niederlassung freier Berufe und Gewerbe von allen Qualifikationen unabhängig zu machen<sup>26</sup>, mußte im etablierten Kleinbürgertum einen Sturm der Entrüstung auslösen, dem die führenden

---

gegenwirken zu können. Zu den Verhandlungen vgl. W. Phillips Davison: Die Blockade von Berlin, Berlin 1959, S. 320 ff.; Harry S. Truman: Memoirs, Bd. 2, Garden City 1956, S. 130 f.; Dean Acheson: Present at the Creation, My Years in the State Department, London 1970, S. 267 ff.

<sup>23</sup> Stalin hatte ursprünglich als Bedingung für die Aufhebung der Blockade den Stop der Weststaatsbildung genannt. „Bonn reagierte mit Torschlußpanik“, schrieb der Spiegel vom 12. 5. 1949, S. 5, auf die (falsche) Nachricht, die Westalliierten wollten den Parlamentarischen Rat auf Eis legen und erneute interalliierte Verhandlungen pflegen. „Bei den Bonner Provisionalräten wirkte diese Nachricht wie Rizinus.“ Sie hasteten das Grundgesetz zu Ende, so daß es – bedeutungsschwer am 8. 5. – verabschiedet werden konnte, vor allem aber vor der Pariser Außenministerkonferenz der vier Mächte.

<sup>24</sup> Vgl. den Bericht über die 6. Tagung des Deutschen Volksrates, in: Keesings Archiv 1948/49, S. 1862 E.

<sup>25</sup> Vgl. Der Spiegel vom 22. 1. 1949, S. 18 f., sowie Karl W. Böttcher: Zwang zur Freiheit, in: Frankfurter Hefte 4 (1949), S. 200 ff.

<sup>26</sup> Ein vom bizonalen Wirtschaftsrat am 9. 7. 1948 verabschiedetes Gewerbezulassungsgesetz war aus formalen Gründen von der Militärregierung nicht genehmigt worden (vgl. Tilman Pünder: Das bizonale Interregnum, Köln/Berlin 1966, S. 202, 229 f.), die in der Folge deutsche Gegenvorschläge für eine unbeschränkte Gewerbebefreiheit verlangte. Als weder die Bizone noch die Länder solche Vorschläge vorlegten, hob OMGUS am 29. 11. 1948 alle diesbezüglichen Beschränkungen auf und zeigte sich im Dezember in Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten unzugänglich. Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 337 f.

Vertreter der CDU/CSU und der FDP entweder selbst Ausdruck geben<sup>27</sup> oder gewärtigen mußten, daß nun auch der Kern ihrer Basis für radikale Parolen anfällig wurde und in Bewegung geriet.

Auch im Falle der Beamtenrechtsneuregelung ließ sich darüber streiten, ob die Gleichstellung von Beamten und öffentlichen Angestellten und die pauschale Inkompatibilität jedweden Mandats mit dem öffentlichen Dienst wirklich einen Fortschritt gegenüber der deutschen Tradition bedeuteten oder ob die Übernahme der US-Regelung nur eine frühere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung reflektierte. Die Einrichtung zentraler Personalämter, durch die in den USA der Patronatstradition in den Ressorts begegnet worden war, konnte angesichts der ausgebildeten Karrieremuster des öffentlichen Dienstes auf dem europäischen Kontinent ohnehin nicht denselben Sinn haben und wurde von den Länderregierungen schon des längeren dilatorisch behandelt. Als die Militärregierung, die seit 1946 auf eine Gesamtreform des öffentlichen Dienstes gedrungen hatte, schließlich kurz vor Torschluß mit Wirkung vom 15. 3. 1949 zusammen mit den Briten ein bizonales Beamtenengesetz<sup>28</sup> erließ, um entsprechende Regelungen der BRD zu präjudizieren und vor allem einen Beamten-Bundestag<sup>29</sup> zu vermeiden, waren wiederum wichtige Stabilisatoren des politischen Systems zu heftiger Opposition gereizt. Die Beamtenlobby drängte gerade den Parlamentarischen Rat, die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ sowie einen Rechtsanspruch der entnazifizierten Beamten auf Wiedereinstellung verfassungsrechtlich zu ver-

<sup>27</sup> Vgl. den Bericht des temperamentvollen Wortführers der deutschen Seite, Reinhold Maier: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966, S. 122 ff. Das einheimische Handwerk hat gleich bei Beginn der BRD seine Interessen wieder durchgesetzt.

<sup>28</sup> Gesetz Nr. 15 „Verwaltungsangehörige der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ (Beil. 2 zum Jg. 1949 GBl. Verw. d. Ver. Wirtschaftsgebiets). Es wurde erlassen, obwohl eine entsprechende deutsche Gesetzgebung bereits eingeleitet war (vgl. das „Übergangsgesetz“ und das Personalamtsgesetz in: ebd. 1948, S. 54 ff., sowie Wirtschaftsrat: Wörtlicher Bericht, S. 1878 f.). Die Vorverhandlungen hatten gezeigt, daß die Deutschen die §§ 2 (keine Aufteilung in Beamte und Angestellte, sondern ein neuer Zwischenstatus unter dem Begriff „Beamter“) und 26 (Unvereinbarkeit von Amt und Mandat) nicht übernehmen würden. Auch dieser Oktroy war langfristig bedeutungslos (vgl. das vorläufige Bundespersonalgesetz vom 17. 5. 1950 [BGBl. S. 207 ff.] und dann bes. das Deutsche Beamtenengesetz i. d. F. vom 30. 6. 1950 [BGBl. S. 279 ff.]). Zur Vorgeschichte von Ges. Nr. 15 vgl. Der Spiegel vom 12. 2. 1949, S. 3 f.; Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 308 f.; Pünder, Interregnum, a. a. O., S. 168 ff., 231 ff. Nachdem die Militärregierung zwei Tage vor der auf den 18. 2. 1949 festgesetzten zweiten und dritten Lesung des deutschen Gesetzentwurfs im Wirtschaftsrat die Materie an sich gezogen hatte und Clay wenig später drohte, er werde im Falle eines Beamtenstreiks gegen Ges. Nr. 15 seine Truppen einsetzen, war die Verbitterung auf deutscher Seite besonders groß. Eine aus deutscher Erfahrung geschriebene Würdigung des Reformbemühens der Militärregierung bezüglich des öffentlichen Dienstes gibt Arnold Brecht: Personnel Management, in: Litchfield, a. a. O., S. 263 ff. (S. 275 ff. zu Ges. Nr. 15). Zu den deutschen Positionen bezüglich einer Beamtenrechtsneuregelung vgl. die ausführliche Diskussion in: Die Wandlung 4 (1969), S. 122 ff., 195 ff., 332 ff., mit Beiträgen u. a. von Rudolf Mueller (FDP), Hans Erich Freudenberg (parteilos), Gerhard Schröder (CDU), Heinrich v. Brentano (CDU), Georg August Zinn (SPD), Franz Böhm (CDU) und Alfred Weber. Zur Änderung d. Ges. Nr. 15 vgl. Anm. 172.

<sup>29</sup> Konrad Mommsen: Bonn – ein Beamtenparlament?, in: ebd. S. 250 ff., wies im März auf die „Verfälschung von Exekutive und Legislative“ als den „wunden Punkt der neuen deutschen Demokratie“ hin. Nahezu 60% Beamte im Parlamentarischen Rat signalisierten den Mangel an neuen Führungskräften in den Ländern. Bekanntlich ist auch diese Absicht der Militärregierung gescheitert. Noch in der dritten Legislaturperiode saßen im Bundestag über 30% derzeitige oder ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes (vgl. Gerhard Loewenberg: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969, S. 150), und das Thema Amt und Mandat blieb in den Landtagen bis Ende der 60er Jahre aktuell.

ankern<sup>30</sup>. Die Beruhigung in den Mittelschichten und die Effektivierung der Verwaltung, die man sich davon versprechen mochte, mußten verpuffen, wenn die Besatzungsmächte gleichzeitig diese Grundsätze überhaupt abschafften. Noch mehr unter die Haut ging die Inkompatibilitätsvorschrift, denn mit ihr wurde die in den Ländern beamtete Intelligenz, nicht zuletzt die Professoren, vor die Alternative politischer Enthaltensamkeit oder Berufspolitik gestellt. Wie immer die Wahl ausfallen mochte, wurde damit das ohnehin geringe Personalreservoir der ‚45er‘ in der US-Zone weiter beschnitten, das stabilisierende Element der Landesverwaltungen zurückgedrängt und das Feld den „Parteihengsten“ (Dorn) freigegeben. Von diesen aber konnte niemand sagen, was sie täten, es sei denn, sich dem anzupassen, was sich an traditionellen Einstellungen in der Bevölkerung mit zunehmender Entlastung von der alliierten Kontrolle Luft machte und Einfluß verlangte.

Was die Militärregierung bewogen hat, die Krise in den Westzonen während der Verfassungsgebung durch solche Diktate, die keine bleibende Wirkung haben konnten, zusätzlich zu belasten, ist nicht bekannt. Man kann sich ja kaum vorstellen, daß man ernsthaft mit bloßen Erlassen, deren Durchführung schon bald nicht mehr erzwungen werden konnte, ein Schulsystem<sup>31</sup>, einen Verwaltungsapparat, eine Gewerbeordnung reformieren wollte. Vielleicht waren diese Maßnahmen nur Zugeständnisse, die innerhalb der Militärregierung an die ‚Reformisten‘ gemacht werden mußten, damit sie nicht über das Scheitern der grundlegenden Reformen – der Entnazifizierung, der Dekartellisierung, der Reeducation – in der US-Öffentlichkeit und vor den Alliierten Alarm schlugen. Die Welle der rückflutenden Entnazifizierten in den Ministerien und Gerichtshöfen beunruhigte auch den einstigen Entnazifizierungsberater Dorn, und er konnte seine Sorgen nur durch ständige Wiederholung der wenig überzeugenden Formel, es seien ja keine Aktivisten und sie würden von ihrer Umgebung absorbiert<sup>32</sup>, überdecken. Aber dies war für ihn eine abgeschlossene, nicht mehr wiederholbare Erfahrung, deretwegen jetzt noch einmal Zugeständnisse an die Reformdiktatoren in den eigenen Reihen zu machen ihm den Preis zunehmender Isolierung der in der Besatzungszeit herangebildeten politischen Führungsschicht nicht wert war. Denn je mehr Zwang die Amerikaner zur Durchsetzung ihrer Politik anwandten, desto deutlicher ging auf deutscher Seite die Führung an die Parteiprotagonisten der britischen Zone verloren<sup>33</sup>.

Im Schicksal der seit Mitte 1947 zunehmend verunsicherten liberalen Führungsschicht in den Ländern sah Dorn das langfristige Problem der deutschen Innenpolitik. Diese Schicht war schmal und überzog die soziale Rekonsolidierung, deren Spannungen viel deutlicher in der Taktik der Parteiführer und in der Auflösung des Parteiensystems zum Ausdruck kamen, nur wie ein Firnis, der nunmehr abzublättern drohte. Wie alle

---

<sup>30</sup> Vgl. Art. 33 (5) und 131 GG und Soergel, a. a. O., S. 120 ff.

<sup>31</sup> Hier läßt sich auf Länderebene schon 1948 dasselbe zunehmend abruptere Vorgehen der Militärregierung gegen deutsche Reformobstruktion bei derselben langfristigen Wirkungslosigkeit feststellen. Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 310 ff.; Karl-Ernst Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie?, Düsseldorf 1970, S. 90 ff.; Isa Huelz: Schulpolitik in Bayern, Hamburg 1970, S. 127 ff.

<sup>32</sup> Er glaubte selbst nicht recht an dieses Trostpflaster, wußte er doch, daß der Mitläuferbescheid wenig genug über die tatsächlichen Einstellungen der Betroffenen aussagte, und diese nunmehr oft in den Verwaltungen in der Mehrheit waren.

<sup>33</sup> Morsey, a. a. O., S. 89, rechnet es Adenauers taktischem Geschick zu, daß während des Parlamentarischen Rates die Länder- und die Bizonenverwaltungen politisch ausgeschaltet wurden.

kritischen Betrachter damals sah Dorn in den Parteien, wie sie von Adenauer und Schumacher vertreten wurden, keine in Organisation und Zielen demokratischen Organe der gesellschaftlichen Reform, sondern künstlich rekonstruierte Manipulationsapparate der Weimarer „Parteihengste“. Und doch waren gerade sie jetzt zu einem politischen Integrationsmedium ohne Alternative geworden. Die föderalistische Position der Ministerpräsidenten war seit der zweiten Bizonenstufe, als Clay den Ländern aus Angst vor einer sozialdemokratischen Mehrheit die wesentlichen Mitwirkungsrechte entzogen hatte, geschwächt. Bei den Auseinandersetzungen um die Frankfurter Dokumente im Juli 1948 hatten die Ländervertreter nur mühsam und ohne großen Erfolg über die Parteigrenzen hinweg zu einer gemeinsamen Position finden können. In Ihren Verwaltungen standen sie einer Mehrheit von Beamten gegenüber, die nach der Entnazifizierung sich nur der Not gehorchend der neuen Führung unterworfen hatten. In der Öffentlichkeit begegneten die Etablierten einer Kritik, die sie nicht gewohnt waren und die durch die Stadtforen von der Militärregierung noch ermuntert wurde, während ihnen die Hände gebunden waren, dieser Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese Führungsschicht war Dorns Gesprächspartner: pragmatische Länderminister, liberale Publizisten; Kaisen, nicht Schumacher; Kogon und nicht die „Adenauer-Deutschen“.

Damit erscheinen Dorns Notizen seiner Reise durch die US-Zone im Frühjahr 1949 als eine Bilanz und ein Anachronismus zugleich. Längst war der deutsche politische und administrative Apparat so ausgebaut, daß der durch das Land reisende Inspektor, für den es 1945/46 kaum einen Kommunikationsersatz gegeben hatte, wie ein Relikt aus der Postkutschenzeit anmutet. Die Gesprächspartner von einst saßen zwar noch immer auf denselben Stühlen, aber die Ereignisse gingen an ihnen vorbei, und sie warteten, was in Berlin, Frankfurt oder Bonn geschehen würde. Diese Gesprächspartner repräsentierten die Einheit von Rekonstruktion, Reform und deutsch-alliiertes Zusammenarbeiten in den ersten beiden Jahren nach Potsdam. Aber sie konnten die sozialen und politischen Kräfte nicht mehr integrieren, als diese aus der Kontrolle der Besatzungsmacht allmählich heraustraten. Wie diese Krise durch die Amalgamierung dieser politischen Schicht mit den Weimarer „Parteihengsten“ und jenen sozio-ökonomischen Eliten, deren Kontinuität weder 1933 noch 1945 wirksam unterbrochen worden war, überwunden und wie aus dem überqualifizierten Krisenpotential des Jahres 1945 der Treibsatz des „Wirtschaftswunders“ wurde, ist bekannt. Was hier zu zeigen war, und dies mag eine gewisse Dramatisierung der Lage in dieser Einführung rechtfertigen, war die Existenz dieser Krise, in der das politische System der Besatzungszeit an den Rand seiner Leistungsfähigkeit gekommen war.

[Notizen, während einer Reise durch die US-Zone]

20. März 1949<sup>34</sup>. Bei meiner Rückkehr nach Deutschland scheint das ganze deutsche Problem für neue Überlegungen offen zu sein, desgleichen die amerikanische Politik. Es gibt schon Stimmen, die uns vorwerfen, im Namen des europäischen Wiederaufbaus dem Potsdamer Abkommen den Rücken gekehrt zu haben, unbekümmert die deutsche Schwerindustrie wieder aufzubauen, anstatt die deutsche Wirtschaft in die Richtung einer Konsumgüterindustrie umzubilden, und schließlich Westdeutschland auf Kosten Frankreichs, unseres verlässlichsten Verbündeten auf dem europäischen Kontinent, zu fördern. Gleichzeitig wendet sich dieses Westdeutschland immer noch gegen die Demontage von Fabriken, die wieder ein Kriegspotential werden könnten. Die Deutschen protestieren gegen

<sup>34</sup> Unter dem 20. 3. 1949 hat Dorn offenbar seine Eindrücke vorangegangener Gespräche in Washington zusammengefaßt.

die Internationale Ruhrbehörde<sup>35</sup>, die ihre Schwerindustrie – Steinkohle, Koks und Stahl – zusammen mit der Westeuropas in Gang setzt; allerdings scheint es gegen den militärischen Sicherheitsrat<sup>36</sup> keine ähnlichen Ressentiments zu geben. Die Franzosen beharren noch auf ihrem Widerstand in der Frage des Besatzungsstatuts und, wie es scheint, der Bonner Verfassung, hauptsächlich weil sie nicht wünschen, daß die westdeutsche Bundesregierung das Recht zur Erhebung von Steuern haben soll, und weil sie gegen den amerikanischen Vorschlag eines obersten Gerichtshofs sind, der Streitigkeiten beilegen soll, die im Rahmen des Besatzungsstatuts notwendig erwachsen werden. Die Briten erregen sich jetzt schon über die Ausweitung des deutschen Außenhandels, der ein gewaltiger Konkurrent zu werden droht.

Es erscheint nun unumgänglich, irgendwie die einzelnen Elemente unserer Besatzungspolitik zu koordinieren: die Ruhrdemontagen, die neue zulässige Industriekapazität, das Besatzungsstatut, das Ausmaß der deutschen Außenhandelskompetenz, die der Bundesregierung nach der Bonner Verfassung eingeräumte Macht, d. h. deren Recht, Steuern zu erheben, die deutsche Rolle in der OEEC<sup>37</sup>, das *quid pro quo* in der Internationalen Ruhrbehörde und die Art und Weise, wie diese Behörde funktionieren soll. Diese drei Elemente unserer Politik müssen auf einen einzigen sinnvollen Nenner in Europa gebracht werden. Das ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Deutschland muß mehr oder weniger ein gleichberechtigter Partner im Westen werden, oder es wird ein Brückenkopf des Ostens. Dieses müssen wir zu verhindern versuchen, für jenes aber ist die Zeit noch nicht reif. Macht sich die Militärregierung, machen sich die Deutschen ganz klar, daß der Argwohn in Westeuropa zuerst beschwichtigt werden muß, bevor die Deutschen gleichberechtigte Partner im Westen werden können? Das ist vor allem ein deutsches und ein europäisches Problem. Das westliche Bündnis ist ja jetzt erst im Entstehen – und wer weiß, wie lange es währen wird, bis der europäische Ministerrat und die europäische Versammlung arbeiten<sup>38</sup> und sich eingespielt haben werden? Einstweilen kann die alliierte Deutschlandpolitik nicht endgültig festgelegt werden, [denn sie] muß auf die westliche Union bezogen sein. Bis dahin sind radikale Richtungswechsel unserer Deutschlandpolitik unmöglich. Gleichwohl ist irgendeine Vereinbarung über das Besatzungsstatut jetzt unumgänglich. Den Franzosen nachgeben? Gewiß, ohne die Franzosen oder gegen die Franzosen können wir das deutsche Problem im Rahmen Europas als ganzem nicht lösen. Klar ist auch, daß die Deutschen lernen müssen, mit ihren Nachbarn im Westen auszukommen, und daß sie Opfer bringen müssen, die im Augenblick unpopulär sind und es bleiben werden; es scheint keine andere Lösung zu geben.

Gibt es irgendeinen wichtigen Gegensatz zwischen den Lebensinteressen Frankreichs bzw. Großbritanniens und denen der Vereinigten Staaten? Gewiß wäre es eine kurzsichtige amerikanische Politik, Westdeutschland gegen französische und britische Opposition aufzubauen, wenigstens so lange, als wir das ERP-Programm<sup>39</sup> für Europa als ganzes vorwärts-

---

<sup>35</sup> Mit der Internationalen Ruhrbehörde, in der die Westalliierten und die Westdeutschen je drei und die Benelux-Länder je eine Stimme haben sollten, wurde den Nachbarn Deutschlands im Westen die Entscheidung für die staatliche Zusammenfassung der Westzonen auf der Londoner Sechsmächtekonferenz schmackhaft gemacht. Zu ihrer Konstruktion vgl. Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, 2. Aufl. Frankfurt/Berlin 1961, S. 461 ff.

<sup>36</sup> Gemeint ist offenbar die Gründung der NATO durch den Brüsseler Pakt vom 17. 3. 1948, die sich nach der offiziellen Begründung gegen die „Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik“ richtete.

<sup>37</sup> Die „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ wurde am 16. 4. 1948 in Paris von 16 Staaten und den drei westlichen Militärgouverneuren im Namen der Westzonen zur Koordinierung der Verwertung der Marshall-Plan-Hilfe gegründet.

<sup>38</sup> Gemeint sind der Ministerausschuß und die beratende Versammlung des Europa-Rats, dessen Statut vom 5. 5. 1949 auf der Londoner Konferenz der Zehn im März und April ausgearbeitet wurde.

<sup>39</sup> European Recovery Program, der sog. Marshall-Plan.

treiben. Wir müssen anscheinend genau das tun, woran es unserer Politik bisher gefehlt hat: Deutschland auf eine Weise, die gleichermaßen die Westeuropäer wie die Deutschen befriedigt, in das westeuropäische System einbauen; denn bestimmt wollen wir genauso wenig wie England oder Frankreich ein europäisches Bündnis, das von den Deutschen beherrscht wird. Nach einem schrecklichen Krieg können solche Opfer durchaus von den Deutschen als dem besiegten Volk zuerst erwartet werden. Freilich droht, wenn eine solche Richtung eingeschlagen wird, daß der deutsche Nationalismus von neuem angestachelt wird: Die Deutschen werden den Osten gegen den Westen ausspielen wollen und vice versa – können wir ihnen das verdenken? Ja, wenn dadurch eine lebensfähige westliche Union verhindert wird. Aber haben die Deutschen ein politisches und kulturelles Gewissen entwickelt, seit ich im August 1947 wegging? Damals hatten sie keines. Ich denke immer wieder an Joe Müllers<sup>40</sup> dringenden Wunsch, zu einem Arrangement mit den Russen zu kommen. Aber ist das heute möglich außer aufgrund von russischen Bedingungen? Seit Februar 1948 (Tschechoslowakei<sup>41</sup>) haben wir eine Ahnung davon, wie diese Bedingungen aussehen. Mit anderen Worten, die Deutschen können den Osten nicht gegen den Westen ausspielen. Oder doch? Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die Verfassung des Volkskongresses<sup>42</sup> nicht unwichtig, die in ganz Deutschland in den heutigen Morgenzeitungen angeboten wird. Frage: Welche Rolle können die Deutschen jetzt in der westlichen Union bzw. durch Rückgewinnung eigener Initiative in der Spannung zwischen Ost und West spielen? Ist ein zweites Rapallo heute psychologisch möglich? Ich kann diese Frage noch nicht beantworten. Auf den ersten Blick kann kein verantwortlicher westdeutscher Politiker wirklich mit dem Programm der SED zusammenwirken, und einige von ihnen haben auch festgestellt, daß sie es nicht können. Das wird genau beobachtet werden müssen.

J B<sup>43</sup>: General Koenig ist ein Gaullist, verdrossen über Francois-Poncet, der ihn überallhin begleitet und sein Nachfolger werden könnte. Schuman o. k., hat aber Schwierigkeiten mit den gaullistischen Elementen im Außenministerium<sup>44</sup>. Starker Druck des State

---

<sup>40</sup> Der CSU-Vorsitzende Josef Müller teilte die vor allem von Jakob Kaiser vertretene Vorstellung, daß Deutschland eine ‚Brücke‘ zwischen Ost und West sein müsse. Als KZ-Mithäftling eines Neffen des sowjetischen Außenministers Molotow hatte er sich eine Beziehung zum russischen Hauptquartier in Berlin-Karlsborst aufgebaut.

<sup>41</sup> Anspannung auf die von den Kommunisten in der Koalitionsregierung vorbereitete und unter dem Druck von Arbeitermilizen erfolgte Umbildung der tschechoslowakischen Regierung durch Rücktritt der nichtkommunistischen Kabinettsmitglieder (12. 2. 1948) und die Ersetzung Benes' durch Gottwald als Staatspräsidenten im Rahmen einer neuen volksdemokratischen Verfassung im Juni. Der Prager Umsturz war für die Westintegration der öffentlichen Meinung in Europa und USA besonders wichtig, weil er gewöhnlich als Beweis sowjetischer Expansionswünsche interpretiert und zur Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Kommunisten im Rahmen der Containment-Politik herangezogen wurde.

<sup>42</sup> Der deutsche Volksrat nahm auf seiner 6. Sitzung am 19. 5. 1949 die auf seiner letzten Sitzung bereits gebilligte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik an und schrieb für den 15. 5. 1949 Wahlen zum 3. Volkskongreß aus. Dieser setzte sich aus 1525 Abg. der SBZ und 616 von der ‚Nationalen Front‘ der SBZ bestimmten Abg. der Westzonen zusammen und verabschiedete die Verfassung (GBl. d. DDR [1949], S. 5 ff.).

<sup>43</sup> Jacob D. Beam, Deutschlandspezialist im State Department, 1934–40 Sekretär der US-Botschaft in Berlin, 1945–47 stellv. Leiter des Office of Political Affairs OMGUS. Seither einer der Trouble Shooters im Kalten Krieg: 1952/53 Leiter der US-Botschaft in Moskau, 1955 stellv. Leiter des politischen Planungsstabs im State Department, 1957/61 Botschafter in Polen und Beauftragter für die amerikanisch-chinesischen Gespräche, 1962–66 führend in der internationalen Abt., Arms Control and Disarmament Agency, 1966–69 Botschafter in Prag, seither Botschafter in Moskau.

<sup>44</sup> Pierre Koenig, 1945–49 französischer Militärgouverneur in Deutschland. Der frühere französische Botschafter in Berlin André François-Poncet vertrat als Liberaler die Konzeption der Regierung der ‚Dritten Kraft‘, das Deutschlandproblem durch die europäische Vereinigung zu

Department auf die Franzosen; keine neuen Verhandlungen über die württemberg-badische Grenze; der deutsche Ausschuß über den Zusammenschluß ist noch bei der Arbeit<sup>45</sup>.

RM<sup>46</sup>: Einigung jetzt über 167 Fabriken zur Demontage, etwa zehn noch strittig. Er will das so schnell wie möglich aus dem Weg schaffen, unterhielt sich darüber mit Lew Douglas, während ich bei ihm war. Da er weitere Revisionen der zulässigen Industriekapazität vorausieht, will er einen Keil zugunsten des deutschen Schiffbaus hineintreiben – so daß später nur noch über das Ausmaß verhandelt werden kann. ECA spielt eine ständig wachsende Rolle; spielte durch die Festlegung der Anzahl der Betriebe eine wichtige Rolle in der Frage der Reparationen; bis zum 4. April ist darüber noch kein volles Einverständnis mit den Briten und Franzosen zu erwarten<sup>47</sup>.

Dr. Knappstein<sup>48</sup>, einer der besten deutschen Journalisten, in Washington: sah besser denn je zuvor aus. Sagte, er habe nun genug zu essen. Intelligent und gutes Urteil.

1. Er beklagte sich über das „Kreuzzugs“-Element in der Militärregierung, das fünf verschiedene Gesetzgebungsvorgänge aufgehoben und sich über sie hinweggesetzt habe, drei auf Landesebene und zwei im Wirtschaftsrat<sup>49</sup>; wenn dies zu oft angewandt werde, mache man aus der deutschen Regierung ein Marionettentheater – eine ohnehin weitverbreitete Ansicht. Das verursache nicht so sehr Opposition als vielmehr politische Teilnahmslosigkeit bei den Massen. Zitierte den Bauern, der sagt, warum soll man zu den Wahlen gehen, warum wählen, wenn die Regierung ja doch nicht nach eigener Erkenntnis handeln kann. Beklagte sich besonders über das Beamtengesetz, das von Clay-Robertson verordnet worden sei, obwohl das hessische Parlament<sup>50</sup> dasselbe Gesetz mit kleinen Veränderungen nach acht Tagen verabschiedet hätte. Die Wirkung dieser Vetos sei entmutigend.

2. Die Neutralisierungsbewegung sei ernst zu nehmen, geführt von Dr. Rudolf Mueller; verbreiteter Zuspriech. Sie werde von vielen deutschen Intellektuellen und Politikern in dem Glauben unterstützt, daß Deutschland neutral sein könne. Das werde von den Rus-

---

lösen, mit besonderem Nachdruck. Seit November 1948 war er politischer Berater Koenigs, dann französischer Hochkommissar und Botschafter in Bonn. Robert Schuman, MRP, damals französischer Außenminister.

<sup>45</sup> Aufgrund der Ermächtigung des 2. Frankfurter Dokuments und einer Initiative des Stuttgarter Landtags fand zwischen August 1948 und Oktober 1950 eine Serie von Verhandlungen der drei Ministerpräsidenten des späteren Landes Baden-Württemberg über die Vereinigung der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden statt, die scheiterten. Erst nachdem der Bund im Frühjahr 1951 die Initiative ergriffen hatte, kam es zum Zusammenschluß. Vgl. Maier, Erinnerungen, a. a. O., S. 67 ff., sowie Konstanzer, a. a. O., ab S. 99.

<sup>46</sup> Robert Murphy, 1945–49 Vertreter des US State Department in Deutschland und politischer Berater des amerikanischen Militärgouverneurs, war im Februar 1949 Director of the Office of German and Austrian Affairs im State Department geworden. Sein Vorgänger James Riddleberger vertrat ihn vorübergehend bis zur Ablösung General Clays durch den amerikanischen Hochkommissar John J. McCloy in Berlin.

<sup>47</sup> Ergebnis des sog. Humphrey-Ausschusses, der im Auftrage des Chefs der Marshall-Plan-Verwaltung (ECA), Paul Hoffmann, die Westzonen bereist hatte, war eine reduzierte Demontageliste. Vgl. Keesings Archiv 1948/49, S. 1861 G, 1892 A. Der amerikanische Gesandte in London, Lewis Douglas, erwirkte dazu die britische und französische Zustimmung. Vgl. Clay, a. a. O., S. 358 f. Der Beschluß wurde nach der Washingtoner Konferenz der westalliierten Außenminister vom 5. bis 8. April 1949 veröffentlicht und enthielt auch eine partielle Aufhebung des Produktionsverbots von Schiffen.

<sup>48</sup> Karl Heinrich Knappstein (geb. 1906), ehemaliger Redakteur der Frankfurter Zeitung und Ministerialdirektor (CDU) im hessischen Ministerium für politische Befreiung und Wiederaufbau, 1948/49 Pressechef der bizonalen Verwaltung, dann Diplomat. 1962–69 Botschafter der BRD in USA.

<sup>49</sup> Vgl. Anm. 25–31, sowie die Zusammenstellung der Eingriffe der Militärregierungen in die Gesetzgebung des Wirtschaftsrates bei Pünder, Interregnum, a. a. O., S. 227 ff.

<sup>50</sup> Gemeint sind Ges. Nr. 15 und der bizonale Wirtschaftsrat.

sen begrüßt<sup>51</sup>. Während die russische neutrale Verfassung<sup>52</sup> als lächerlich betrachtet werde, sei diese Auffassung von Neutralität ernst zu nehmen – sie reiche in die politischen Parteien hinein.

3. Pressekorrespondenten im Ausland sollten die Entwicklung der öffentlichen Meinung und der Meinung der Presse für deutsche Nachrichten-Agenturen zusammenfassen. Die amerikanische Psychologie sei Knappstein unbekannt gewesen, der sie erst in Washington entdeckt habe; hätte bestimmte Entscheidungen für die deutsche Masse und für die Treuhänder für Ruhrkohle und -stahl verhindern können. Das ist eine Frage von lebenswichtiger Bedeutung für die deutsche politische Erziehung, nämlich, was denkt das Ausland; sie bekommen es von keiner der derzeitigen Agenturen schnell genug. Das könnte in Verbindung mit den Handelsvertretungen im Ausland gemacht werden, besser noch mit Journalisten, die Zeitungsartikel zusammenfassen könnten, oder durch private Organisationen. Es wird sich lohnen, das zu untersuchen. Versprach, darüber an Bob Murphy zu schreiben und es gegenüber LDC<sup>53</sup> zu erwähnen. Wissenschaftlerprojekt.

4. Abnahme der KPD in Lokalwahlen. Nordrhein-Westfalen von 14% auf 7½% – und so überall im Westen<sup>54</sup>. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer.

22. März abends. [. . .]<sup>55</sup>

Erinnere mich an Knappsteins Feststellung über die Gaullisten in der Pariser OEEC und in Deutschland, die die Deutschen bearbeiteten. Ein gaullistischer Führer soll gesagt haben, daß der General aus politischen Gründen, d. h. um an die Regierung zu kommen, mit den Deutschen hart sein müsse (so sieht es nach den Wahlen am letzten Sonntag nicht aus: um 29%; Commies 25%<sup>56</sup>). Wenn er erst einmal an der Regierung sei, werde er den Deutschen volle Gleichberechtigung gewähren und auch seine gegenwärtige Dezentralisierungspolitik fallen lassen. Jack [Beam] hielt auch Schuman in der Frage des Besatzungsstatuts und der Bonner Verfassung für vernünftig genug, um der deutschen Bundesregierung das Recht zur Erhebung von Steuern zu gewähren: wogegen er sich nach Presseberichten jetzt wende. Die Franzosen hätten aufgrund ihres Mangels an Arbeitskräften eine Angstpsychose. Knappstein sagt aber, daß die Franzosen nach ihren Werbungen unter den Deutschen nur 20 000 als dauernde Bürger ausgewählt hätten – Grund dafür sei auch der Mangel an Schwerindustrie. Allerdings betonte Bob Murphy die Tatsache, daß wir den Franzosen rund eine Milliarde ERP-Geld gäben, um ihre Schwerindustrie aufzubauen. Wenn sie es dann immer noch nicht können, möge Gott ihnen helfen. Sollen die U. S. die deutsche Expansion aufhalten, die kommen muß, wenn die französische Erfolglosigkeit kuriert werden soll? Das entsprach zwar sicher nicht der Stimmung im State Department – aber dies war die Tendenz von James Martins „j'accuse“ gegen William Draper, einem Artikel im New Republic dieser Woche<sup>57</sup>.

---

<sup>51</sup> Schwarz, a. a. O., Kap. VII, bes. S. 355 ff., analysiert ausführlich die Bestrebungen des Nauerheimer Kreises und verwandter Neutralisten. Die „Tägliche Rundschau“ der SMAD vom 11. 3. 1949 hatte die Bemühungen Ulrich Noacks begrüßt und den Geist von Rapallo beschworen.

<sup>52</sup> Vgl. Anm. 42.

<sup>53</sup> Lucius D. Clay.

<sup>54</sup> Außer im Saargebiet verlor die KPD nach 1948 in allen Ländern der Westzonen, insbesondere in den großen, wo ihr einstiger Anteil (zwischen 6 und 14%) z. T. mehr als halbiert wurde.

<sup>55</sup> Auf dem Flug nach Europa; dazwischen Itinerarangaben.

<sup>56</sup> Bei den französischen Kantonalwahlen vom 21. 3. 1949 erhielt der RPF (Gaullisten) 25,54% und der PCF („Commies“ für Kommunisten) 23,54%.

<sup>57</sup> James Stewart Martin: German Policy after Draper – The Banker-general's withdrawal from government should be the occasion for a re-examination of our Germany-firstism, in: New Republic, 21. 3. 1949, S. 11–14. Martin war zuvor Chef der Dekartellisierungsabt., Economics Div., OMGUS, gewesen.

24. März [ . . . ]<sup>58</sup>. War etwa anderthalb Stunden bei Addy, der ausgezeichnet in Form war. Adcock sprach über den Bizonal Board und McReady, mit dem er kurz darauf zusammentreffen sollte. Man sprach über die zwölf Ruhr-Treuhänder; und ich erfuhr, daß jede der veröffentlichten Listen ohne Autorisierung veröffentlicht worden sei, daß nicht einmal er die Liste kannte, der anscheinend die Gewerkschaften zugestimmt hatten. Hatte eine eher nachsichtige Meinung von den zwölfen und von der endgültigen Ernennung<sup>59</sup>. Erzählte auch von der Verordnung des Beamtengesetzes durch die beiden Militärgouverneure, weil Dr. Köhler ihm keine Zusicherung habe geben können, daß bzw. wann dieses Gesetz verabschiedet würde<sup>60</sup>. Also eine ganz andere Version als die Knappsteins, der gesagt hatte, daß es innerhalb von acht Tagen verabschiedet worden wäre. Adcock hat ein betriebsames Unternehmen zu leiten – der einzige Ort, wo in Deutschland wirklich etwas geschieht. Mochte mit den Deutschen nicht fraternisieren (es ist der alte Addy, Neuengländer bis ins Mark), weil er nicht vergessen kann und nicht vergessen hat. Gab zu, er sei unfähig, sich mit Deutschen im gesellschaftlichen Rahmen an einen Tisch zu setzen; einem Deutschen, der ihn in sein Heim eingeladen hätte, verpflichtet zu sein – der Gedanke allein mache ihn rasend. Gleichwohl hielt er Dr. Köhler für einen anständigen und ernsthaften Mann; glaubte, daß Bonn unnötig mit der Verfassung steckenbleibe. Hielt alle Deutschen für Zentralisten, ausgenommen die Bayern, die mit dem Londoner Abkommen durchaus zufrieden seien; erwähnte die Instruktionen der beiden Militärgouverneure an Bonn, die Verfassung dem Londoner Abkommen anzupassen. [ . . . ]<sup>61</sup>

25. März. Ein herrlich aufregender Tag wie ehemals – sah Clay, Hays, Gailey und Frank Howley; nach dem Frühstück im Harnack-Haus fuhr ich zu OMGUS und schaute zuerst bei General Gailey hinein<sup>62</sup>. Wurde aufs herzlichste und freundschaftlichste von diesem Mann begrüßt, der ständig als Stabschef die Stellung hält, seit er Anfang 1946 von der Verwaltungsabteilung kam und diese Aufgabe übernahm. Nie fällt er aus, und er arbeitet bis sieben oder acht Uhr abends, um sowohl für Hays wie für Clay die Sachen fertig zu machen. Er sagte mir, Clay wolle, daß ich den Jungs von der Militärregierungsgeschichte aushelfe, aber vorher und nachher solle ich – wie einst – durch die Zone fahren, um herauszufinden, was sich seit meiner Abreise ereignet habe. Nichts wäre meinen Wünschen mehr entgegengekommen als diese Aufgabenverbindung. Später kam Hays herein, den ich zum erstenmal traf, und ich sprach mit beiden etwa eine Stunde. Da ich frisch von zu Hause kam, mußte ich am meisten erzählen. Sprach davon, daß die Militärregierung keine wirksame Publicity habe. Hays betonte die unwirksame Art der Öffentlichkeitsarbeit der Militärregierung; er glaubte, unsere Korrespondenten füllten außer bei Tagesnachrichten ihre Aufgabe nicht voll aus, und plädierte – ein famoser Vorschlag – für etwas wie ein

---

<sup>58</sup> Dorn war mittags in Frankfurt angekommen und besuchte als erstes seinen alten Chef, Gen. Clarence L. Adcock, nunmehr US-Chef des Bipartite Control Office (BICO), des alliierten Aufsichtsorgans der Bizone. Von britischer Seite stand ihm General Sir Gordon McReady vor.

<sup>59</sup> Gemäß der Erklärung der BICO-Chefs zum Ges. Nr. 75 vom 10. 11. 1948 wurden die der Neuordnung unterworfenen Großunternehmen, insbes. des Bergbaus an der Ruhr, von einem Treuhändergremium verwaltet. United Press hatte am 21. 3. 1949 eine angeblich von Clay und Robertson gebilligte Liste veröffentlicht, die aus folgenden Unternehmern, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern bestand: Karl Barich, Heinrich Dinkelbach, Gotthard von Falkenhausen, Fritz Harders, Günter Henle, Herbert Monden, Alfons Wagner; Heinrich Deist, Willy Geldmacher, Heinrich Meier, Artur Menge und Erich Potthoff. Sie war im Wirtschaftsrat heftig umstritten, vgl. die geplante Sitzung vom 18. 2. 1949 (Wörtlicher Bericht, S. 1472 ff.).

<sup>60</sup> Erich Köhler, Präsident des bizonalen Wirtschaftsrates. Zu Ges. Nr. 15 vgl. Anm. 28.

<sup>61</sup> Gemeint ist das in Anm. 7 erwähnte Memorandum vom 2. 3. 1949. Ausgelassen sind hier Angaben über den Flug nach und die Ankunft in Berlin.

<sup>62</sup> General George Hays, Clays Stellvertreter in OMGUS 1949; Brig.-Gen. Charles K. Gailey Jr., OMGUS Stabschef; Col. Frank Howley, US-Stadtkommandant in Berlin. Das Harnack-Haus diente OMGUS als Gästehaus.

Weißbuch über die Militärregierung, das zusammen mit den wesentlichsten Informationen auch die Probleme und die Schwächen enthalten sollte.

Um elf Uhr dann in Clays Büro, wo ich die nächsten zwei Stunden blieb. Clay war so aufgeschlossen, klarsichtig und so entschieden, wie er immer auf mich wirkte, und sah so frisch und vital aus, wie ich ihn nur je gesehen hatte. Es war eine der besten und kernigsten Unterredungen, die ich je mit ihm hatte: Unsere Gesprächsthemen reichten von Martins Artikel – Clay begann von selbst davon – bis zum europäischen Bündnis und den Nachteilen des Ruhr-Abkommens. Er hatte präzise Ansichten über jedes der Themen – bezweifelte fast jede Ansicht oder Meinung, zu der ich mich während dieser sehr langen Unterredung erkühnte. Es ist beinahe unmöglich, auch nur zusammenzufassen, was bei dieser Unterredung gesagt wurde. Ich erwähnte Jimmy Martins Artikel in *New Republic* und den von Hale in *Harper's [Magazine]*<sup>63</sup> und stellte fest, daß er sowohl die täglichen Berichte als auch die ganze Literatur über die Militärregierung, die in den Vereinigten Staaten erschienen ist, sorgfältig studiert hatte. Wir besprachen ziemlich im einzelnen, was ich tun sollte: zuerst durch die Zone fahren und versuchen, eine Bilanz der Veränderungen seit meiner Abreise zu ziehen, und dann zurückkehren, um ihm zu berichten. Zweitens Dave White helfen, in Umrissen die Militärregierungsgeschichte zusammenzustellen<sup>64</sup>. Diese beiden Aufträge sind genau das, was ich am liebsten tun will, denn ich möchte mich nicht wieder in den Maschen, ich sollte sagen: unentwirrbaren Schlingen der Militärregierungsverwaltung und -politik verfangen. Am wichtigsten von Clays Bemerkungen war zunächst, was er mir über die Niederschrift seines Anteils an der Geschichte erzählte. Er sagte, er habe rund 30 000 Worte über sein Hauptamt [OMGUS] und 80 000 Worte über alles zusammen diktiert, aber er sei der Meinung, daß das, was er geschrieben habe, noch eine ungeordnete Masse von Einzelheiten sei, die nur in bequeme Abschnitte aufgeteilt seien. Ich fragte ihn, ob er mit den Beziehungen Clay – Washington begonnen habe. Er gab jedoch an, daß er seine Arbeit nach Sachgebieten angefangen habe: internationale Konferenzen; die frühen Direktiven aus Washington; die Ernährungs- und Wirtschaftslage; seine acht Besuche in Washington und die Pariser Konferenz, die Byrnes' Stuttgarter Grundsatzrede zum Ergebnis hatte; die Moskauer Konferenz und die Londoner Konferenz; die Sechs-Mächte-Konferenzen über die Ruhr im Juni und Dezember. Er glaube, daß seine Beziehungen zu Washington so tief in jedes einzelne Teil der Geschichte verwoben seien, daß jedermann mit geringer Mühe sie bis ins einzelne herausarbeiten könne. Er meinte sogar sagen zu können, daß es zwar Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Washington gegeben, er aber schließlich doch jene Entscheidungen befolgt habe, die in Washington für ihn gefällt worden seien. Die Unfähigkeit des Armeeministeriums und des Außenministeriums, eine förderliche gemeinsame Politik zu Hause zu verfolgen, sei die Hauptursache der Schwierigkeiten gewesen. Er sagte, er plane nicht, seine Geschichte zu veröffentlichen, könne aber vielleicht später einmal daran denken<sup>65</sup>; er glaube auch, daß nur wenige eine solche Geschichte lesen würden, daß sie vor allem für Historiker geschrieben werde – und daß die meisten Leute nur danach schauen würden, wie oft dieser oder jener erwähnt sei, ob Lob oder Tadel auf diesen oder jenen gehäuft werde, und daß er sich nicht an solche absurde Nichtigkeiten verlieren wolle. Ich erwähnte in diesem Zusammenhang Henry Stimson's Buch<sup>66</sup>; aber er sagte, daß dieses sich hauptsächlich mit dem früheren Teil seiner Laufbahn beschäftige. Wo Stimson aber zur jüngsten Vergangenheit

<sup>63</sup> William Harlan Hale: General Clay – On his Own, in: *Harper's Magazine*, Dezember 1948, S. 86–94. Hale war politischer Berater in der ICD gewesen.

<sup>64</sup> Clay hatte das umfangliche Programm einer OMGUS-Historie gestoppt und stattdessen die Anfertigung einer Chronologie und anderer Vorarbeiten angeordnet. Vgl. Guy A. Lee: *Guide to Studies of the Historical Division, Office of the High Commissioner for Germany, HICOG 1953*, S. 3 f. Das wesentliche Ergebnis war eine unveröffentlichte dreibändige Chronologie von Joseph R. Starr.

<sup>65</sup> Clays Memoiren erschienen ein Jahr später.

<sup>66</sup> Henry L. Stimson und McGeorge Bundy: *On Active Service in Peace and War*, New York 1950.

komme, gieße er das Lob einigermaßen gleichmäßig in alle Richtungen. Ich gab meiner Überzeugung Ausdruck, daß angesichts der Rolle, die er in der Tat doch gespielt habe, er eine ausdrückliche Behandlung des Verhältnisses Washington – Clay nicht umgehen könne; daß sie auf jeden Fall den wesentlichsten Teil der Geschichte ausmachen werde<sup>67</sup>.

Der zweite Gesprächsgegenstand war das Problem Deutschland und Europa. Er glaubte nicht, daß es hoffnungsvolle Aussichten für eine wirklich effektive westliche Union gebe, und zwar wegen der überwältigenden Macht des wirtschaftlichen und politischen Nationalismus. Berlin wolle eine sozialistische Union, während die Franzosen noch eine kapitalistische Wirtschaft und Freiheit des Unternehmertums hätten. Diese Verschiedenheit wirtschaftlicher Systeme verhindere einen wirksamen Zusammenschluß Europas. Er meinte auch, daß das ERP, ursprünglich etwas rein Wirtschaftliches, ein größeres Ziel verfolge, aber nicht erreiche; was dabei herauskommen werde, seien sechzehn nationale Wirtschaftseinheiten, die mit uns nur in einem begrenzten Rahmen zusammenarbeiten würden – und daß es inmitten dieser Verwirrung das Vernünftigste sei, eine deutsche Wirtschaft aufzubauen. Er behandelte den ganzen Komplex Ruhr-Schwerindustrie und Frankreich.

Dulles' Name wurde erwähnt im Zusammenhang mit holländischen Schiffahrtsverträgen. Das Außenministerium habe das Kriegsministerium in Wirklichkeit nur kritisiert, weil es nicht um Appropriationen beim Kongreß einkommen mußte, wenn es aber dazu gezwungen gewesen wäre, so hätte es sich den Gesichtspunkten des Kriegsministeriums gewiß angeschlossen; in den Beziehungen zwischen dem Außen- und dem Kriegsministerium sei dieser Punkt betont worden<sup>68</sup>. Er werde auf diese Gegenstände später zurückkommen. Inzwischen wünsche er, daß ich in die Zone hinausginge, um einen Überblick zu gewinnen. Seine Art war nie liebenswürdiger und leutseliger; obwohl er entschiedene und präzise Meinungen über alle Gegenstände hatte, war er bereit, jede gegenteilige Meinung oder Position zu diskutieren. Er sprach von seiner Unfähigkeit, mit Dulles auszukommen, der – auf seine internationale Kirchenkonferenz versessen – es abgelehnt habe, Clays besondere Lage (Appropriationen durch den Kongreß) in Betracht zu ziehen<sup>69</sup>. Als ich kritisch bemerkte, Dulles sei trotz besseren Wissens unerbittlich gegen ihn, war er geneigt zuzustimmen, denn Dulles habe es besser wissen müssen – oder nicht? Wenn ich vor sechzehn Monaten das Außenministerium so abgrundtief unwissend darüber fand, was eigentlich vor sich gehe, um wieviel weniger wußte es Dulles. Wir wiederholten, daß schließlich das Außenministerium ja sein besonderes Berichtswesen habe – Bob Murphys ganze Truppe, und daß Bob das Außenministerium auf dem laufenden hielte<sup>70</sup>.

---

<sup>67</sup> Dieser Rat wurde in Clays ‚Entscheidung in Deutschland‘ nicht befolgt.

<sup>68</sup> Vgl. Clay, a. a. O., S. 75. Der Konflikt der Ministerien hatte organisatorische Wurzeln – das Militär hatte einen großen Apparat in Deutschland zu unterhalten, und ein Teil der amerikanischen Subventionen für die Westzonen lief durch seinen Etat, während das Außenministerium frei von solchen Belastungen war –, jedoch außenpolitische Konsequenzen. Während das Kriegsministerium die Subventionsbedürftigkeit der Westzonen durch eine Sanierungsaktion beenden wollte, richteten sich die langfristigen Planungen des State Department darauf, Westeuropa als Ganzes zum Partner zu gewinnen, weshalb es ein offeneres Ohr für das französische Unbehagen angesichts der Bevorzugung Deutschlands hatte. Siehe auch Schwarz, a. a. O., S. 86 ff., 152 ff.

<sup>69</sup> Bagatellisiert findet sich dieser Konflikt bei Clay, a. a. O., S. 172, und Dulles, a. a. O., S. 139 f., und in dessen bissigen Bemerkungen über Clays angebliche Deutschfreundlichkeit, S. 140, 245 f. Der Presbyterianer Dulles hatte auf der Tagung des Weltkirchenrates in Amsterdam im September 1948 in einer scharfen antikommunistischen Rede den Ost-West-Konflikt auf eine Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Christentum reduziert (vgl. auch ebd., S. 14 ff.).

<sup>70</sup> In Deutschland wurde der Streit der Ministerien an der Codefrage, ob das Außenministerium ein eigenes Berichtssystem in Deutschland unterhalten dürfe, ausgetragen. Vgl. Clay, a. a. O., S. 72 ff.; Murphy, a. a. O., S. 356; Zink, United States in Germany, a. a. O., S. 33, 74.

26. März. Besuch im Sturmschritt. Mr. Panuch, Sonderberater, hat gute Informationen über die frühen Vorgänge zu Hause bei Patterson, Echols, McCloy, Byrnes wie auch über die jetzigen hier – scheint seine Finger fast überall drin zu haben<sup>71</sup>. Dynamisches Wesen mit einem klaren Auge für das Wesentliche: kennt die ganze Rivalität zwischen Kriegs- und Außen[ministerium] und den Versuch des Außenministeriums, wieder Boden zu gewinnen. Verbreitete sich über die Absurdität, eine die Richtlinien formulierende Institution [wie das State Department] von der Verantwortung [für ihre Durchführung] zu trennen, und betonte, daß nur der Präsident allein die Politik bestimme und bestimmen müsse. Ein engherziger Teufel, der unterstellt, daß all das und nur das, was über den Präsidenten gelaufen ist, die offizielle Politik darstellt. Er berichtete von der Kommission, die in Berlin war, um die neue Organisation festzulegen: ziviler [Hoch-]Kommissar und Armee-Befehlshaber mit scharfer Aufgabentrennung<sup>72</sup>. Verwies auf die Absurdität eines Oberkommandierenden, denn selbst jetzt noch unterstehe General [William H.] Tunner der Luftwaffe zu Hause statt Clay.

Machte die übliche Langeweile der sonabendlichen Stabsbesprechung mit. Oberst John Raymond, Chef der Rechtsabteilung, geht jetzt nach Hause. Clay leitete die Versammlung mit seiner üblichen Liebeshwürdigkeit und seinem Scharfsinn. Die verschiedenen Bericht-erstatte lernten ihre Beiträge herunter, brachten aber nichts Interessantes auf. Trocken war Ken Daytons Bericht über Bonn, wo, wie er sagte, die Gruppen sich zersplitterten; sagte nichts über die zweite Ablehnung des Kompromisses über die Bonner Verfassung<sup>73</sup>. [Der Chef der Polizeiabteilung] Theo Hall berichtete, daß das hessische Finanzministerium die örtlichen Finanzen im Würgegriff habe und die Gemeinden zwingt, ihre Polizei-truppe stärker zu beschneiden, als es die Sicherheit erlaube. Clay sagte, dies sei ein schwerer Angriff auf die Selbstverwaltung, die wir einzusetzen versuchten, und daß Hessen sich nicht der Verfassung gemäß verhalte, aber Theo war der Meinung, daß zwar die bayerische und württemberg-badische Verfassung klare Aussagen über die örtliche Selbstverwaltung auf finanziellem Gebiet machten, die hessische Verfassung aber nicht.

Dann war ich etwa für eine Stunde bei Jimmy Riddleberger. Sprach hauptsächlich über unsere politische Situation im allgemeinen, die Verzögerung der Verfassung, die eine gute Chance habe, abgelehnt zu werden, das Besatzungsstatut und den Zusammenschluß. Er meinte, daß unsere Position angesichts der russischen Einheitspolitik prekär werde. War bei der Besprechung Clay-Schuman vor ein oder zwei Wochen dabei<sup>74</sup>. Schuman sei ein sehr vernünftiger und fähiger Mann, der auf unserem Standpunkt stehe, aber nicht Herr in seinem eigenen gaullistischen Hause sei, solange General Koenig noch da sei, und er Koenig nicht loswerden könne<sup>75</sup>. Koenig bekomme Befehle aus zwei verschiedenen Quellen – so schwach sei der Zugriff, den die Regierung Queuille über ihn habe; die Armee sei durchsetzt mit Gaullisten und das Außenministerium desgleichen. Das Gespräch mußte kurz sein, war aber eines der anregendsten für mich, denn Riddleberger ist lebhaft, gut

<sup>71</sup> J. Anthony Panuch, internationaler Wirtschaftsanwalt und 1945–47 Byrnes' Dep. Ass. Sec. of State for Administration, war seit 1947 eine Art rechte Hand Clays, mit dem er schon früher im Office of War Mobilization zusammengearbeitet hatte. Vgl. Delbert Clark, a. a. O., S. 75 f., und OMGUS Weekly Inf. Bull. vom 15. 9. 1947, S. 5. Robert P. Patterson, 1945–47 Kriegsminister, davor wie McCloy Undersecretary im Kriegsministerium. Gen. Oliver P. Echols – wie Clay Armeeingenieur –, Chef der I. A. & C. Div. USGrCC; Vertreter Clays in OMGUS 1945/46; Chef der CAD im Kriegsministerium 1946/47. James F. Byrnes war Clays Chef im War Mobilization Board und 1945–47 US-Außenminister.

<sup>72</sup> Vgl. Zink, United States in Germany, a. a. O., S. 45.

<sup>73</sup> Gemeint ist die Ablehnung der Vermittlungsvorschläge des Siebener-Ausschusses des Parlamentarischen Rates.

<sup>74</sup> Vgl. den ausführlichen Bericht bei Clay, a. a. O., S. 467 ff. Die Unterredung fand am 20. 3. 1949 in Paris statt.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 455 ff. Clays Beschwerde über seinen französischen Kollegen in seinem Kabel vom 22. 11. 1948.

unterrichtet und im ganzen einer der fähigsten Leute in der Deutschlandpolitik, die ich kenne. [...] <sup>76</sup>

28. März. Anderthalb Stunden bei Dr. [Hugo Josef Maria] Stenzel, dem Herausgeber der „Neuen Presse“; Mittagessen mit Addy; dann hinaus nach Wiesbaden, um Sheehan und E. K. Neumann<sup>77</sup> zu treffen: Unmöglich, eine Beschreibung aller drei Besprechungen zu versuchen. Stenzel kritisierte sowohl die Bonner Parteien wie die Militärregierung, diese weil sie die Grenzen der deutschen Souveränität nicht klar feststellte. Die Parteien vertreten die ihnen von ihren Ideologen vorgegebenen Standpunkte und lösten nicht die anstehenden Fragen. Die alte Clique aus dem Auswärtigen Amt komme wieder nach vorn, um in Bonn eine unabhängige Rolle zu spielen. Entscheidend sei dies: Je mehr Vollmachten an die Deutschen übergeben würden, desto offensichtlicher werde die Gefahr beider Seiten – der Deutschen und der Amerikaner –, sich nicht zu verstehen; beide arbeiteten und sprächen mit entgegengesetzten Zwecken miteinander. Ich will damit nicht sagen, daß die Verbindung zwischen Bonn und der US-Militärregierung versagt habe, aber es gibt viele Mißverständnisse, und die Kommunikation ist nicht ganz ausreichend. Habe das Gefühl, daß man wieder zum Interventionalismus von 1946 zurückgekommen ist. Nicht nur in Bonn, sondern auch auf Landesebene in Wiesbaden. Möchte mit Herausgebern zusammenkommen, die eine kenntnisreiche und unabhängige Spezies zu sein scheinen. Am interessantesten von allen war das Gespräch mit Sheehan und Neumann. Begannen, die Verhältnisse von damals und jetzt zu vergleichen: neue Probleme, jetzt werden mehr Ideen und bessere Leute gebraucht. Die neue nützliche Rolle der Verbindungsoffiziere in den Umorientierungsprojekten hat ihre Beibehaltung am Ort mehr als gerechtfertigt<sup>78</sup>. Neue Themen: Sozialisation und Bedeutung des freien Unternehmertums in der Umorientierung. Das Entnazifizierungsministerium soll aufgelöst werden, seine Aufgaben sollen an die Justiz übergehen. Die alten Themen waren Parteien, Wahlen, Ernährung, Transport, Erziehungsaufgabe (nicht beendet, aber Stein<sup>79</sup> arbeitet auf ein neues Gesetz hin, das noch nicht verabschiedet ist), Entnazifizierung, Nahrungsmittelabgaben. Neue Währungen und Konsequenzen. Dieser Unterschied der früher und heute vorherrschenden Interessen der Militärregierung führt zur kritischen Überprüfung der gegenwärtigen Tätigkeit. Er stimmte nicht zu, daß wir die Erziehung aufgeben könnten. Der Informationsdienst [der Militärregierung] übe noch immer eine genaue Kontrolle aus – Überbleibsel aus den Tagen der Entnazifizierung. Die erstinstanzlichen Verfahren der Entnazifizierung sind beinahe vorüber: Wenn man den hohen Anteil der Nazis, die wieder im Amt sind, überprüft, so ist das bloße statistische Zählen der Parteimitglieder absurd: 50% heißt gar nichts; die Frage ist, wieviele derer, die als Schwerbelastete, Belastete und Minderbelastete verurteilt wurden, wieder im Amt sind. Dies erst würde den entscheidenden Gesichtspunkt geben, von ihnen sind aber nur sehr wenige wieder in der Verwaltung, anders in der Wirtschaft. Die Umorientierung erfordert eine gesonderte Diskussion: Nur hier in

---

<sup>76</sup> Auslassung einiger Anmerkungen über Privatgespräche und einen Rundgang in Berlin sowie die Itinerarangaben über seinen Flug nach Frankfurt.

<sup>77</sup> Ernest K. Neumann, Rechtsanwalt und Landespolitiker aus New Mexico, Luftwaffenoberstleutnant, damals ‚executive officer‘ der hessischen Landesmilitärregierung, deren stellvertretender Direktor Francis E. Sheehan war.

<sup>78</sup> Von den örtlichen Auswirkungen her kritischer über die Rolle der Verbindungsoffiziere in der Umerziehung John Gimbel: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Köln/Berlin 1964, S. 226 ff.; vgl. auch Mary Handy, a. a. O., S. 233 ff.

<sup>79</sup> Der hessische Kultusminister Erwin Stein (CDU). In Hessen war eine Kampagne der CDU und der Gymnasiallehrer gegen das amerikanische Modell der differenzierten Gesamtschule im Gange. Als ersten Schritt hatte die Militärregierung die sechsjährige allgemeine Grundstufe verordnet. Der Kultusminister verschleppte eine entsprechende deutsche Gesetzgebung, bis nach der Gründung der BRD die Amerikaner nicht mehr zugreifen konnten und die Sache im Sande verlief.

Hessen habe ich etwas von dem frühen Kreuzzugsgeist unter den Militärregierungsbeamten gefunden: beinahe 1000 Stadtversammlungen und Foren im Monat.

[. . .]<sup>80</sup> 30. März. Sah Shell und Wood<sup>81</sup>, die mir den Fehlschlag der Entnazifizierung in Bayern erklären wollten und sich im allgemeinen über die Unwissenheit und Albernheit von OMGB nicht zurückhielten. Der Gouverneur<sup>82</sup> sei ein windiger, wiewohl gutwilliger Parteipolitiker, der hilfreich sein wolle; den Nachrichtendienst hielten sie für besonders unwirksam. Dann sah ich den Gouverneur, der allenfalls eine Ahnung von der Lage hatte. Er sagte, daß die Bodenreform in Bayern nicht durchgeführt sei; daß er ein Arrangement mit Mrs. Sam Woods treffe, die viel Land besitze und ihre Leute feudalistisch behandle, sowie mit dem Fürsten von Thurn und Taxis. Er sagte, daß die Entnazifizierung, soweit man je von ihr überzeugt gewesen sei, fehlgeschlagen sei, und deutete damit an, daß er nicht tatsächlich von ihr überzeugt gewesen sei und nur Befehle ausgeführt habe<sup>83</sup>. Hielt natürlich viel von der Umorientierung, die er wie jedermann für einen großen Erfolg hielt. Seine Beziehungen zur bayerischen Regierung seien ebenso gut wie zu Joe Müller. Das Erziehungsgesetz müsse nach und nach ausgeführt werden, in bezug auf Schulgeldfreiheit etc. Im allgemeinen war er umgänglich und hilfreich, er sagte, ich solle Mr. Kennedy besuchen, der früher im OSS war und offensichtlich hier so etwas wie sein Panuch ist; Bolds ist sein Stellvertreter und Lord sein Chef v. Dienst<sup>84</sup>. Dann ging ich zu Kennedy, der über die Maßnahmen und die Politik der Militärregierung gut unterrichtet schien, der mit Stolz von seinem Nachrichtendienst unter [Don T.] Shea sprach. Von verschiedenen Seiten hörte ich, daß die Leute in der Erziehung[sabteilung] vor den bayerischen Klerikalen kapituliert hätten.

Dann sprach ich mit Charles Winning, dem Vorsitzenden des Koordinierungsausschusses für Umorientierungsfragen<sup>85</sup>, der mir wiederum die Zahl der Versammlungen, Stadtversammlungen, Foren, Diskussionsgruppen über Fragen der Gemeindeverwaltung und alle anderen Gebiete zeigte. Er dachte [allerdings] weniger in Statistiken und gab zu, daß nicht notwendig jede Versammlung ein durchschlagender Erfolg des demokratischen Gedankens sei. (Manche sagen, es gäbe außer Diskussion und Gerede keine feste Richtung. Und das mag jeder Bayer.) Die Parteien protestieren offensichtlich deshalb, weil sie nach ihrer Weigerung zum Engagement sich nun gezwungen sehen, innerparteiliche Demokratie einzuführen. Der Erfolg wird danach bemessen, ob zuweilen ein Bürgermeister amtsenthoben oder einem Beamten Verantwortung vor der Öffentlichkeit beigebracht wird – besonders bei Bürgermeistern und Landräten, die ja schließlich auch gewählt sind. Gewiß kommt etwas dabei heraus. Gibt es einen interventionistischen Eifer in OMGB? Seit langer Zeit sind nur zehn Gesetze nicht genehmigt worden; trotzdem war Hoegner jüngst

<sup>80</sup> Itinerarangaben ausgelassen. Dorn fuhr am 29. 3. nach München.

<sup>81</sup> Curtis Shell, Entnazifizierungsberater, und Cecil Wood, Chef des Special Branch der bayerischen Landesmilitärregierung.

<sup>82</sup> Murray D. Van Wagoner, geb. 1898, Straßenbauingenieur, demokratischer Gouverneur des Staates Michigan 1941–42; 1948–49 Militärgouverneur in Bayern.

<sup>83</sup> Tatsächlich wandte sich der Militärgouverneur nicht gegen die Entnazifizierung, sondern gegen ihre Einbeziehung in die ‚Turn it over to the Germans‘-Politik durch das Befreiungsgesetz. Vgl. die offenbar von seinem Stab ausgearbeitete große Kritik in seinem Memorandum vom 9. 6. 1948 an Pollock (in dessen Nachlaß), das von führenden Kreisen in OMGB mit Entsetzen abgelehnt wurde. Litchfield und Pollock sprachen in einem Interofficememorandum vom 18. 6. 1948 von einer „confession of incompetence and bankruptcy“ (ebd.).

<sup>84</sup> Edward F. Kennedy war ‚special adviser‘ des Gouverneurs, dessen Stellvertreter und Nachfolger Clarence M. Bolds und dessen Stellvertreter wiederum R. R. Lord war.

<sup>85</sup> Dr. Charles D. Winning, der ehemalige Militärgouverneur in Württemberg-Baden und geschäftsführende Leiter des RGCO, war nunmehr als Direktor der Education and Cultural Relations Division der bayerischen Landesmilitärregierung Vorsitzender des im Spätsommer 1948 zur besseren Koordinierung der mit der Reorientierung befaßten Abteilungen gebildeten Referentenausschusses.

wütend. Reden sie aneinander vorbei? Friedmann<sup>86</sup> scheint das zu meinen – und ich kann dasselbe sagen, soweit mein Eindruck von V[an] W[agoner] reicht; er hat nur eine Ahnung von der Lage und weiß, was er nach Clays Willen nicht tun soll. Was stellt er dar im Sinne eines sittlichen Einflusses auf die Deutschen? So gut wie nichts.

Übt die Militärregierung einen bestimmenden Einfluß aus oder wird sie bestimmt? Ich würde wieder sagen, daß die bayerische Militärregierung von der bayerischen Atmosphäre aufgesogen wird. Missionarischer Eifer – was wäre amerikanischer – unter den Umorientierungsleuten; die Entnazifizierungsleute dagegen sind müde und beinahe hoffnungslos und sprechen von Fehlschlag. Dieser Fehlschlag der Entnazifizierung habe zwei Gründe: 1. die Zulassung so vieler Randfiguren<sup>87</sup> in hohe öffentliche Ämter (Bürgermeister, Landräte, Referenten) und ihre Konzentration in Behörden (z. B. besonders Justiz und Forstverwaltung); 2. daß die neuen Beamten, die jetzt herangebildet sind, ihre Stellen Nazis überlassen müssen, die entlastet wurden. Wenn nicht weniger als 81% der alten Richter, die Parteigenossen waren, nun wieder im Amt sind, so stellt sich die Frage: Was hat die Militärregierung wirklich erreicht? Man kann natürlich einwenden, daß der Prozentsatz als solcher nichts bedeute – nur eben die Rückkehr der Beamten von vor 1945 in ihre alten Positionen. Aber sind nach vier Jahren 20% ein angemessener Anteil für die Erneuerung? Kurz: Die alten Beamten sind zurück – aber jedermann versichert mir, daß Schwerbelastete, Belastete und Minderbelastete nicht darunter seien, zumindest nicht in Regierungsämtern. Natürlich muß man gleich dazu sagen, daß diese Leute ja durch die Entscheidungen der Entnazifizierungs-Spruchkammern heruntergestuft worden sind. Verbreitet ist die Rückkehr [der ehemaligen Nationalsozialisten] auch unter den Bürgermeistern, aber am stärksten war sie in der Wirtschaft und Industrie, wo nur die völlige Enteignung die Leute hätte hinauszwingen können. Bei den Innen- und Arbeitsministerien ist der Anteil am geringsten. Man könnte diese Entwicklung mit Bestürzung und Beunruhigung zur Kenntnis nehmen; aber wer könnte leugnen, daß dies nur das Ergebnis dessen ist, was wir beabsichtigten, als wir alle vormaligen Beschränkungen bei den Personaleinstellungen im öffentlichen Dienst aufhoben? Was ist mit dem bayerischen Wiedereinstellungsgesetz<sup>88</sup> geschehen?

Dann um fünf Uhr abends zu Werner Friedmann, dem [Mit-]Herausgeber der „Süddeutschen Zeitung“, der für mich der informativste Gesprächspartner war, den ich bislang getroffen habe. Friedmann ist mutig, geradeheraus, ehrlich und schreibt auch nicht annähernd, was die reaktionäre Öffentlichkeit wünscht; zusammen mit Reger<sup>89</sup> und Stenzel ist er einer der brauchbarsten Leute in der amerikanischen Zone. Es ging ihm hauptsächlich darum: Wollen die Vereinigten Staaten wirklich ein westliches Deutschland? Es scheine, daß sie im Unterschied zu den Russen ihre [bisherige] Politik aufgegeben haben und nun in Bonn versuchten, ein westliches Deutschland unmöglich zu machen. Mit anderen Worten, es gebe in Bayern und Bonn die weitverbreitete Ansicht, daß die Vereinigten Staaten sich gerne von ihrer öffentlich verkündeten Politik zurückziehen würden und Westdeutschland nur als Bauern im europäischen Schachspiel benutzten. Man habe den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten ihren Standpunkt nicht mit völliger Aufrichtigkeit gleich zu Beginn in Bonn klargemacht hätten, daß sie die Deutschen im Dunkeln herum-

<sup>86</sup> Werner Friedmann, Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“.

<sup>87</sup> Gemeint sind NS-Mitläufer.

<sup>88</sup> Gemeint ist die „Verordnung Nr. 115 zur Regelung der Rechtsverhältnisse der vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffenen Beamten“ vom 29. 1. 1947 (BayGVBl. 1947, S. 82ff.). Durch Art. 6 und 7 in Verb. mit Art. 3 konnten danach Beamte, die von der Spruchkammer zum Minderbelasteten oder Mitläufer erklärt worden waren, wieder eingestellt werden, wenn sie „über die politischen, liberalen und moralischen Eigenschaften verfügen, die erwarten lassen, daß sie zur Entwicklung und Förderung der Demokratie in Deutschland beitragen werden“. Dieser Filter, der auf Formulierungen der Militärregierung zurückging, erwies sich als unwirksam.

<sup>89</sup> Erik Reger, Romancier und freier Journalist, seit 1945 Lizenträger des Berliner „Tagesspiegel“.

tappen ließen und sich ruckartig zurückgezogen hätten, als diese mit ihren konkreten Vorschlägen ankamen. Friedmann war gewiß auch sehr kritisch gegenüber den deutschen Parteien in Bonn: Sie seien politisch unrealistisch, auf internationalem Gebiet vergäßen sie die Trends der öffentlichen Meinung in Frankreich und sonstwo ganz in dem Stil, in dem Dr. Pünder der internationalen Lage nicht gewahr gewesen sei, als er BICO die Liste der Treuhänder vorschlug<sup>90</sup>. Die Verfassungsväter von Bonn hätten natürlich all das in die Richtung einer europäischen Union steuern können, indem sie alles vermieden, was den Rest Europas hätte irritieren können, aber dann kam Dr. Adenauers Berner Rede<sup>91</sup>, die darauf hinauslief, daß das deutsche Volk anders als die Armeen nicht bedingungslos kapituliert habe, eine Rede, die eine antideutsche Meinung in ganz Europa entfachte. All dies stärkt meine Überzeugung, daß das deutsche Problem nur im Rahmen einer westlichen Union, die stark genug ist, [Deutschland] zu absorbieren, gelöst werden kann. Wenn dies nicht geschieht, werden die Deutschen sich nach Osten wenden und versuchen, ihr Neutralitätsspiel anzufangen, das im Kern ein russisches Spiel ist. Wenn wir jedoch Deutschland wiederaufbauen, ohne über eine westliche Union Sicherheit zu haben, so wäre ein derartiges Verhalten in der Tat wahnsinnig. Friedmann stimmte zu, daß der Aufbau Westdeutschlands in einer westlichen Union auf Kosten Europas eine zerfahrene Politik wäre; gleich schlecht wäre eine Politik, die Deutschland in eine westliche Union im Sinne eines Bündnisses souveräner Staaten aufnehmen würde. Diese Ansicht war von einem gaullistischen Vertreter Frankreichs in Bayern geäußert worden.

Ich verfolge diesen Gedanken mit Landin am Abend weiter. Er sagte, daß Hans Simons unsere Bedingungen Bonn gegenüber klarmacht, daß er aber wegen der Ruhrkonferenz habe notwendig vage bleiben müssen und vor Dezember sich nicht habe genauer festlegen können, ja dies selbst heute noch nicht könne<sup>92</sup>. Glaube, daß wir den Deutschen Ideale geben müssen, wie sie der Kulturrat von Den Haag unter Rougemont<sup>93</sup> ausgearbeitet hat, und daß wir beständig die Deutschen und die Europäer zur Bildung einer westlichen Union unter Druck setzen müssen. Ohne eine solche Aussicht werden die gegenwärtig noch milden Ausdrucksformen eines deutschen Nationalismus ein wahrer Sturm werden, oder die deutsche Jugend wird sich dem Radikalismus zuwenden.

30. März. Verbrachte den Morgen mit [Ludwig] Hagenauer [CSU], dem bayerischen Entnazifizierungsminister, der sich wegen seiner Seriosität und seiner Anständigkeit in diesem Amt seit meiner Abreise 1947 gehalten hat, mehr als zwei Jahre, die längste Amtsdauer [eines Befreiungsministers] in Bayern bisher. Erfuhr von ihm die folgenden Tatsachen: 1. Es gibt in Bayern etwa 11 000 Personen, die in die Gruppen I und II, und etwa 52 000, die in die Gruppe III eingereiht wurden<sup>94</sup>. 2. Er hielt das [Befreiungs-]Gesetz für zu

<sup>90</sup> Vgl. Anm. 7 und 59. Hermann Pünder (CDU), Oberdirektor der Verwaltung der Bizone.

<sup>91</sup> Rede des Präsidenten des Parlamentarischen Rates vor der schweizerischen Gruppe der Interparlamentarischen Union am 23. 3. 1949. Ausführliche Auszüge und Beschäftigung mit der Aufnahme in der Öffentlichkeit bei Adenauer, a. a. O., S. 174 ff.

<sup>92</sup> Gemeint ist die zweite Londoner Sechsmächtekonferenz im November 1948, die das Ruhr-Statut ausgearbeitet hat. Vgl. Anm. 7. Harold W. Landin, früher in der Landesmilitärregierung Hessen, jetzt Consultant der Civil Administration Division OMGUS. In ihr leitete den Governmental Structures Branch (1947–1949) Hans Simons (geb. 1893), ehemaliger Regierungspräsident in Niederschlesien, nunmehr Politologe an der New School of Social Research (1950–1960 ihr Präsident). Er war der ständige OMGUS-Vertreter gegenüber dem Parlamentarischen Rat.

<sup>93</sup> Die Anstöße zu gemeinsamer Pflege abendländischer Kultur, wie sie vom Kongreß von Europa im Mai 1948 in Den Haag ausgegangen waren, konkretisierten sich u. a. im „Europäischen Kulturzentrum“ in Genf und im „Kongreß für die Freiheit der Kultur“. Der schweizerische Schriftsteller Denis de Rougemont, ein liberal-konservativer Vertreter des französischen Personalismus, war Präsident beider Organisationen.

<sup>94</sup> Diese Zahlen beziehen sich nur auf die erste Instanz.

kompliziert und gab die Schwächen der Spruchkammern (Mangel an Ausbildung und an Grundsätzen) und auch die Neigung zur Herabstufung zu. 3. Es stehen immer noch 5000 Berufungsfälle und 6000 erstinstanzliche Fälle an; die letzten hoffte er bis Juni erledigt zu haben. 4. Kein Mitläufer oder mehr kann Mitglied des Landtags oder Oberbürgermeister einer großen Gemeinde werden. 5. Gab zu, daß 81% der Richter und Staatsanwälte wieder ins bayerische Justizministerium zurückgelangt sind. Sagte, daß ihm diese Zahl nicht gefalle, daß man aber daran im Augenblick nichts ändern könne. Man soll nicht vergessen, daß unter diesen keine Mitglieder der Klasse I, II oder III seien und daß ein Mitläufer nur nach einer speziellen Ausbildung und nur zu untergeordneten Stellen zugelassen werden könne; daß alle diese Leute von der Militärregierung gesiebt worden seien; daß nur die Leute angenommen werden könnten, welche die [juristischen] Prüfungen bestanden hätten; daß 204 Stellen im Justizministerium noch immer offen seien. Mit anderen Worten: Der Justizminister betrachte die Spruchkammerentscheidung nicht als endgültig und verweise auf den Mangel an qualifizierten Richtern. Verwies auf das Problem, Stellen für die früheren Spruchkammervorsitzenden und öffentlichen Ankläger zu finden; zwei Dritteln von ihnen (4000) sei durch das Gesetz<sup>95</sup> eine öffentliche oder private Anstellung garantiert worden. Hagenauer verwies noch auf eine weitere Tatsache von großer Bedeutung bei der Beibehaltung früherer Nazi-Parteimitglieder: Wenn ein Richter, der zum Mitläufer erklärt worden ist, aus seinem Amt entlassen wird, schuldet ihm der Staat eine Pension. Wenn ein neuer Mann ernannt wird, so muß der Staat sowohl das Gehalt des Neuen wie das Ruhegehalt des Pensionierten bezahlen. Deshalb müsse der Staat im Interesse der Wirtschaftlichkeit versuchen, so viele Mitläufer-Richter wiederanzustellen, wie er nur könne. Was er von der Justiz gesagt habe, gelte auch für andere Ministerien, wo ausgebildetes Personal notwendig sei; nur im Bereich des Arbeitsministeriums, wo dies weniger dringend sei, habe beinahe durchweg neues Personal angestellt werden können<sup>96</sup>. Nehme man das Gesetz einmal als das, was es sei, so sei das Endergebnis wirklich nicht so enttäuschend. Aber freilich: Die Spruchkammern seien schlecht besetzt gewesen, und sie hätten unzureichende Arbeit geleistet. Sie seien nicht ordentlich ausgebildet gewesen, man habe sie aber auch nicht ausbilden können wegen ihrer Masse; er gab alle Fehler zu.

Wenn man die Entnazifizierung einschätzen will, muß man die Gerichtsverhandlungen gegen Nazis, die in Verbrechen verwickelt waren, mit berücksichtigen:

1. 1946: 81 Personen vor Gericht gestellt und verurteilt;
2. 1947 bis Januar 48: 325 Personen;
3. 1948 bis 1. 1. 1949: 267;
4. am 1. Januar 1949 noch 2182 Fälle anhängig [. . .]<sup>97</sup>.

Die jetzt noch anhängigen Fälle werden in etwa einem Jahr abgeschlossen sein, das ist sehr wichtig. Herr F.<sup>98</sup>, von dem ich diese Statistiken bekam, wies darauf hin, daß die 81% Nazi-Pg's in der Justiz ihre Wirkung gehabt hätten: Die Militärregierung müsse nämlich mehr Entscheidungen als früher aufheben, worum das Justizministerium die Militärregierung oft bitte. Aber die oben erwähnten Zahlen sind erstaunlich hoch; sie müssen zu den wirklich schweren Entnazifizierungsfällen dazugerechnet werden.

<sup>95</sup> „Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen“ vom 27. 3. 1948 (BayGVBl. 1948, S. 48 ff. und DVO, S. 112 ff.).

<sup>96</sup> Der Hauptgrund für die andere Lage im Arbeitsministerium lag nicht in dort angeblich geringerer Spezialisierung, sondern darin, daß die Arbeitsminister, durchgehend Gewerkschaftler, auf entsprechende Personen aus den Gewerkschaften zurückgegriffen hatten.

<sup>97</sup> Da in der Entnazifizierung nur die politische Seite von Verbrechen zu berücksichtigen war, die strafrechtliche Würdigung derselben Verbrechen vorbehalten blieb und der Grundsatz ne bis in idem dem Befreiungsgesetz fremd war, können diese Zahlen nicht zu den Schwerbelastetenziffern der Spruchkammern addiert werden. Am Rande notierte Dorn, daß zu den 673 Verurteilungen in Bayern 628 in Württemberg-Baden und 610 in Hessen hinzukämen.

<sup>98</sup> Name unleserlich.

Dr. Hoegner wies darauf hin, daß die Rückkehr der Nazis in ihre Stellungen folgende Wirkung habe: Der Verwaltungsgerichtshof habe die Nichtigkeit aller Wohnungsbevorzugungen von Antinazis festgestellt. Er erwähnte auch die Tendenz, andere Gesetze abzuschaffen, durch die Nazis diskriminiert würden. Rapallo-Mentalität. Haussleiter von der CSU hat sie, wie sie Joe Müller hatte. Desgleichen haben sie die meisten Protestanten in Westdeutschland, wo sie nun eine Minderheit<sup>99</sup> sind und sich Sorgen um ihre Brüder jenseits des eisernen Vorhangs machen. Offensichtlich hat die Vorstellung einer Neutralität zwischen Ost und West seit meiner Abreise in großem Stil an Boden gewonnen. Aber wenn sie vorhanden ist, so kommt sie doch nicht so unverschämt in der Presse zum Ausdruck. Hoegner hielt Dr. Schumacher für stur und meinte, daß wegen dieser Sturheit in Bonn nichts herauskommen werde. Überaus kritisch gegenüber dem Provisorium in Bonn, schon weil er ohnehin bayerischer Föderalist sei. Er hob hervor, daß Schumacher um jeden Preis die Mehrheit wolle und daß er seine Zentralgewalt zum Zwecke der Sozialisierung brauche.

1. April. Zwei Stunden bei Dr. [Hans] Ehard – der aufgebracht war über unsere widersprüchliche Politik, einerseits zu versuchen, eine verantwortliche Demokratie aufzubauen, und zur selben Zeit unseren Interventionismus fortzusetzen. Er bezog das nicht nur auf Bonn, sondern auch auf seine Regierung in Bayern. Vielleicht handle es sich nicht einmal so sehr um den Gebrauch des Vetos als darum, daß man von ihnen verlange, widersprüchliche Dinge zu tun. Warum wird [– fragten die Amerikaner –] die Bodenreform nicht durchgeführt, die ohne finanzielle Aufwendungen nicht zu erreichen ist, und dann überlasteten sie den Etat mit unveränderlichen Einzelposten, was die Durchführung der Bodenreform unmöglich mache. Er gebrauchte die Bodenreform nur als Beispiel, das auch für andere Gebiete gelte. Wie es scheint, ist die Regierung tatsächlich finanziell in Druck. Er war richtig wütend über den Mangel an Unterstützung, den Mangel an Anerkennung für das, was geleistet worden war, über die beständige Kritik [der Militärregierung] am Regime, die seine Autorität untergrabe, welche auch von unten her angegriffen werde. Er kam immer wieder auf den Geist des Interventionismus zurück, den Geist von 1946. Er sprach von der großen Vitalität der Deutschen, die nun ihren größeren Kalorienverbrauch in eine unabhängigere Gesinnung umsetzen. Aber er verurteilte aufs schärfste die nationalistischen Übertreibungen Dr. Schumachers und der Sozialdemokraten, wobei er allerdings die bayerischen Sozialisten weitgehend ausnahm. Ihn beschäftigt das Wohnungsproblem. Dabei arbeitet er eng mit Messerschmitt in Augsburg zusammen, der sich von der Flugzeugproduktion abgewandt habe und sich nun der Lösung des Wohnungsproblems widme. Dieser brauche eine Staatsgarantie; Ehard würde ihm gerne helfen, die Herstellung seiner vorgefabrizierten Häuser in Gang zu bringen. Eine langfristige Staatsanleihe wird vom Landtag nicht genehmigt werden, bei dem er darum einkommen muß; eine kurzfristige Anleihe wird von der Militärregierung jedoch verboten werden. So war er am Ende seines Lateins, wie er Messerschmitts Projekt in Schwung bringen bzw. wirkliche finanzielle Unterstützung finden könne. Das war für ihn eine ernste Sache. Er könne überhaupt nichts tun, bevor ein richtiges Wohnungsprogramm beginne; Dr. Messerschmitts Genie könne es in Gang bringen. Dieser habe ein russisches Angebot, ihm eine größere [Flugzeug-]Fabrik zu geben, als er jemals in Deutschland gehabt habe, abgelehnt, weil er genug davon habe<sup>100</sup>. [ . . . ]

Ehard über Bonn: Er war der einzige Ministerpräsident, der vor dem Siebener-Ausschuß erschien<sup>101</sup>. Kritisierte die Auswechselbarkeit der Mitglieder. Ist natürlich wütend über

<sup>99</sup> Bei der Volkszählung 1950 waren 51% der Westdeutschen Protestanten.

<sup>100</sup> Vgl. den Bericht über die Einweihung des ersten Hauses nach der Montagebauart Messerschmitts in: Der Spiegel vom 12. 2. 1949, S. 20 f. Auslassung: Fragmente über Gerüchte, daß die Bayerpartei kommunistisch unterwandert, destruktiv und mit den Franzosen im Pakt sei.

<sup>101</sup> CSU und KPD waren nicht im Siebener-Ausschuß vertreten, Ehard legte am 10. 3. 1949 vor

Schumachers taktische Schachzüge und über einen möglichen Fehlschlag Bonns. Schumacher ist für ihn der Preuße, der Zentralist, um des Sozialismus willen; er will nicht, daß Bayern und der Süden vom Norden und vom preußischen Deutschland bezwungen werden, das dies stets versuchte. Stimmt auch zu, daß intelligente Franzosen einen ‚Bundesstaat‘ und keinen ‚Einheitsstaat‘ wünschten, und glaubte, daß Frankreich, wenn es nicht eine mäßig starke Bundesregierung akzeptiere, nur seiner eigenen Sache schade. Die dualistische Tendenz der französischen Politik war ihm bewußt. Er beschwerte sich nicht über die Ruhr- und Sicherheitsbehörde, betonte jedoch seine Opposition gegen ein Diktat in Bonn. Frage: Haben wir uns in Bonn falsch verhalten? Ehard war nicht beunruhigt über die 81% Pg's in der Justiz: Die Justiz sei erst ganz zuletzt vom Naziregime absorbiert worden, und es habe zwar reaktionäre Richter gegeben, aber wenig Nazis<sup>102</sup>. Er berichtete von der Siebung der Mitläufer und ihrer Erziehung, bevor sie als Beamte und Richter akzeptiert würden.

Ehard sagte, Joe Müller sammle Material gegen ihn, aber er kämpfe auf verlorenem Posten. Hundhammer wolle nicht an die Macht, aber auch nicht Müllers Führung. Die Frage, ob Ehard die Führung übernehmen solle, wird jetzt möglich, aber er selbst schien sich nicht dafür zu begeistern<sup>103</sup>. Er fürchtete Baumgartners Radikalismus, der verrückterweise gegen Bonn sei und wolle, daß Bayern nur einen Staatenbund mit den anderen Ländern eingehe. Ehard betrachtete ihn offensichtlich als eine Gefahr für die CSU und sagte, er wisse, daß es in der Bayernpartei Kommunisten gebe. Er meinte, Haussleiter<sup>104</sup> wolle sowohl mit den Russen wie mit den Franzosen in Verbindung bleiben. Er hielt es für sehr unglücklich, daß die Sozialisten nicht mehr in der bayerischen Regierung seien, und sagte, dies sei von Dr. Schumacher befohlen worden<sup>105</sup>.

Ehard war auch der Meinung, daß das Umorientierungsprogramm mehr Schaden anrichte, als es nütze. Er könne nicht ständig zu diesen Versammlungen hinausgehen, um sich zu verteidigen; in vielen Orten kämen diese Versammlungen nur den Kommunisten zugute und trügen noch mehr dazu bei, die Autorität der Regierung zu unterminieren. Es war ganz offensichtlich, daß er über das Programm verstimmt war, weil es die Leute gegen die Regierung aufbringe. Verfolgte diese Fragen weiter mit John Elliot<sup>106</sup>, erkühnte mich zu der Meinung, daß Institutionen – die in Amerika durchaus vernünftig seien – ganz andere Wirkungen hätten, wenn sie einfach nach Deutschland übertragen und kopiert würden. Denn die Militärregierung mache diese Dinge, nicht die Deutschen. Diese Feststellung würde manche unserer Leute vor Wut zum Heulen bringen. Warum müssen die Deutschen alles machen, was wir tun? Und auf dieselbe Weise, wie wir es tun? Unzweifelhaft ist die Einrichtung neu für Deutschland, ansonsten hätte das Programm schwerlich die zahlenmäßige und öffentliche Unterstützung, die es tatsächlich hat.

Nachmittags Sitzung über die Flüchtlinge. Im ganzen ist das Problem ernster, als es vor 18 Monaten war: Seit die Kontrolle über die Flüchtlingsbewegungen abgeschafft wurde,

---

dem Ausschuß die bayerische Position dar, die sich im wesentlichen mit den Forderungen der Militärgouverneure zum Föderalismus deckte. Insbesondere sollte der Bundesrat ein Vetorecht gegen Bundessteuern erheben können. Vgl. „Neue Zeitung“ vom 10. 3. und „Bayerische Landeszeitung“ vom 11. 3. 1948.

<sup>102</sup> Als Vorsitzender des Erbhofgerichts (Senatspräsident am OLG München 1933–1945) war Ehard ein intimer Kenner der Materie.

<sup>103</sup> Sechs Wochen später wurde Ehard anstelle Josef Müllers zum Parteivorsitzenden gewählt (Tagung der CSU in Straubing am 28. 5. 1949). Vgl. Berberich, a. a. O., S. 96 ff.

<sup>104</sup> Josef Müllers Stellvertreter August Haussleiter suchte im Frühjahr 1949 Kontakt zu neutralistischen Gruppierungen wie den Nauheimer- und St.-Goarer-Kreisen und der ‚Deutschen Union‘; im Herbst trat er aus der CSU aus und gründete eine eigene nationalistische Splittergruppe ‚Deutsche Gemeinschaft‘, die sich zum Nationalbolschewismus hin entwickeln sollte.

<sup>105</sup> Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 293 ff., und Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher, Stanford 1965, S. 128 ff. Das dritte Kabinett Ehard seit Dezember 1950 war eine Koalition CSU-SPD-BHE gegen die Bayernpartei.

<sup>106</sup> Leiter des Political Activities Branch, Civil Administration Div. OMGUS.

ist Bayern der Hauptleidtragende. Im Durchschnitt täglich 200 Grenzübertritte, die meisten kommen in ein Lager. Wegen des Mangels an Kontrolle ist die Auswirkung der Währungsreform auf die Flüchtlingsindustrien (die gemischt werden sollten) noch schlimmer: Wenn die wirtschaftliche Entwicklung vorangehe und die Neuankömmlinge nicht an ihr beteiligt seien, würden sie leicht einem gefährlichen Radikalismus, sei er kommunistisch oder nationalistisch, erliegen. [. . .] Nicht selten gebe es agents provocateurs unter ihnen, wenn auch nicht alle gesunden Flüchtlinge russische Agenten seien, wie Ehard zu verstehen gab. Er räumte ein, daß die Lager in schlechtem Zustand seien, aber der größte Teil dieser Last falle auf Bayern<sup>107</sup>, weil andere Länder nicht zu helfen bereit seien. Es sei unmöglich, diese Leute zu absorbieren und in die Wirtschaft einzugliedern. Was das Wählen betrifft, so bekommen sie das Wahlrecht, die Sudetendeutschen sogar automatisch: Die crux an der ganzen Frage ist das Wohnungsproblem, weil es zur Zeit relativ wenig Wohnungsbau gibt.

2. April [. . .]<sup>108</sup>. Ich bemühte mich meiner sanftesten und verbindlichsten Manieren gegenüber Hundhammer, der offensichtlich geschmeichelt war, daß ich ihn aufsuchte. Obwohl sein Verhalten korrekt war, mangelte es ihm an Schliff. Erzählte mir, daß er durch kulturelle Programme eine Annäherung an Frankreich suche, obwohl es sich offensichtlich um eine Kopie französischer Vorlagen handelte. Er sei im Hause des Bankiers Lazard<sup>109</sup> empfangen worden, der im Krieg einen Sohn verloren habe, und sie seien in Tränen auseinandergegangen. Erzählte das alles mit mäßig gutem Geschmack, oder besser: mit leicht ostentativ gutem Geschmack. Aber ich habe keinen Grund, ihn für einen Heuchler zu halten. Berichtete mir von der leidvollen und widerstrebenden Annahme der Schulgeldfreiheit, denn Schulgeld hätten früher alle Leute mit einem Einkommen über 4500 Mark bezahlt – eine alte Tradition des Landadels und eine bedeutende Finanzquelle, die es dem Kultusminister erlaubt habe, höhere Lehrergehälter zu bezahlen, und zwar im Verhältnis auch höhere, wie er hinzuzufügen sich nicht versagen konnte, als die Lehrer in vielen Staaten der USA bezögen. Aber, fuhr er fort, es sei ihm möglich gewesen, einiges von seinem System zu retten, so daß das Erziehungsgesetz für ihn annehmbar sei<sup>110</sup>. Er war offensichtlich geschmeichelt, als ich ihm gratulierte, daß er Franz Schnabel und [Heinrich] Mitteis für die Universität München gewonnen habe, die ihm wenig Schwierigkeiten mache. Er erzählte mir, daß er von dem Institut zur Erforschung des Naziregimes und seinem Plan wisse (wenngleich das sicher nicht viel für ihn bedeutete), daß Dr. Kroll sein Direktor werden und daß es eine Kommission haben solle, aber daß es ein bloßer Plan bleibe<sup>111</sup>; er schien sich erst dann dafür zu interessieren, als ich den Namen Gerhard Ritters aus Freiburg erwähnte. Er versprach mir eine Zusammenfassung des Plans.

<sup>107</sup> Bayern nahm unter den deutschen Ländern mit 1,9 Mill. am meisten Vertriebene auf, dann folgten Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war Schleswig-Holstein am stärksten durch den Zuzug Vertriebener belastet.

<sup>108</sup> Itinerarangaben.

<sup>109</sup> Vermutlich ein Teilhaber des Pariser Bankhauses Lazard Frères & Cie, mit Niederlassungen in London und New York.

<sup>110</sup> Das „Gesetz über die Schulgeldfreiheit“ vom 5. 3. 1949 (BayGVBl. 1949, S. 59) sah zwischen 1948 und 1950 den schrittweisen Abbau des Schulgeldes an öffentlichen Schulen vor. Zu seiner Vorgeschichte in harten Verhandlungen zwischen Militärregierung, SPD und FDP einerseits und CSU und Kirchen andererseits vgl. Handy, a. a. O., S. 163 ff., Huelsz, a. a. O., S. 130 ff.

<sup>111</sup> Nachdem in der Gründungsphase des Instituts für Zeitgeschichte 1947 keine praktikable Lösung zwischen dem sozialdemokratischen Wunsch nach publikumswirksamer Aufklärung und dem christlich-sozialen Wunsch nach historischer Forschung über den NS mit eher national-apologetischer Tendenz zustande gekommen war und vor allem die Stiftungsgelder der Länder nicht entrichtet worden waren, setzten sich Anfang 1949 die Konservativen zwar konzeptionell durch und bestimmten Gerhard Kroll (als Nationalökonom oberfränkischer CSU-Gründer und Ständestaatstheoretiker, CSU-MdL, Landrat und Mitglied des Parlamentarischen Rats) zum

Hielt die Foren für lächerlich und ärgerlich; lächerlich, weil nicht die besten Amerikaner an ihnen teilnahmen, gefährlich, weil die Stadtversammlung in München nur den Kommunisten und „Radaumachern“ eine Tribüne verschaffe. An dieser Stadtversammlung nahmen zwar die besten Amerikaner teil, aber es gebe eine Menge Gerede und Gequassel, und kein Minister wolle beständig kritisiert werden. Das alles könnten ausgezeichnete Institutionen in den USA sein, aber in Deutschland brauche die Regierung ein gewisses Maß an Autorität, und es sei ein ungesunder Zustand, wenn die Regierung beständig kritisiert werden sollte (sollten um die Hälfte gekürzt werden). Er meinte, daß es immer noch zu zahlreiche Militärregierungsbeamte gebe, und beklagte ihre kleinliche Einmischung in Detailfragen. Weniger und kenntnisreichere Offiziere würden zu besseren deutsch-amerikanischen Beziehungen beitragen. Schätzte offenbar den Bildungsgrad der Militärregierungsbeamten nicht sehr hoch ein, obwohl er mit dem Direktor für Erziehung und dem Universitätsoffizier<sup>112</sup> (der, wie ich hörte, eine Rede zur Verteidigung von Hundhammers Programm hielt) zurechtzukommen schien. Er hielt aber die zahlreichen und detaillierten Einmischungen in das deutsche System für unnötig. [ . . . ]

Schließlich kam Hundhammer auf Bonn zu sprechen sowie auf die bayerische Weigerung, von der Position abzugehen, die es im Siebener-Ausschuß zum Ausdruck gebracht habe, sonst werde Bayern und werde er gegen die Verfassung stimmen. Er erwähnte die Tatsache, daß General Sir Brian Robertson den Sozialisten gesagt habe, daß die Militärgouverneure den Vorschlag der Bonner prüfen würden, auch wenn diese sich weigerten, das alliierte Memorandum zu akzeptieren. Ich brachte meine Überraschung zum Ausdruck, daß Bonn den Gedanken einer provisorischen Verfassung mit solch offensichtlicher Ernsthaftigkeit erwäge. Antwort: das provisorische Arrangement werde den Rahmen für die ganze Zukunft stecken<sup>113</sup>.

Dann eineinhalb Stunden mit von Knoeringen, dem Führer der bayerischen SPD, der, seit ich ihn das letzte Mal gesehen hatte, eine größere politische Reife erlangt hat. Jetzt weniger ein Ideologe als ein Anwalt praktischer Maßnahmen. [ . . . ] Knoeringen wollte, daß die ganze wirtschaftliche und finanzielle Frage auch mit dem Landtag diskutiert werde, damit dieser eine Vorstellung bekommen könne, worum es gehe. Er nahm das Wohnungsproblem, von dem er jetzt ganz besessen ist, als Beispiel, um zu zeigen, daß ein Bund à la 1815 nicht funktionieren würde und könne. So bringe etwa Hamburg für den Wohnungsbau einen erheblich größeren Etat zusammen als der gesamte bayerische Staat (was ich nicht ganz verstehe); nur eine Stelle auf Bundesebene könne in einer Mangelwirtschaft einen Ausgleich anordnen. Nur in Deutschland als ganzem könne man mit dem Wohnungsproblem angemessen fertigwerden. Und da wolle Baumgartner, der Führer der Bayernpartei, mit den anderen Ländern nur einen Vertrag abschließen und im übrigen Bayern unabhängig erhalten. Eine Bundesregierung müsse Zwang zum Wohle des Ganzen anwenden können, das sei weder Preußentum noch Zentralismus, sondern Vernunft. Ich brachte meine Ansicht zum Ausdruck, daß die Frage des Föderalismus nach dem Verlust Ostdeutschland für den Westen nicht mehr virulent sei, von den französischen Ängsten einmal abgesehen, die man verstehen müsse; man müsse französisches Vertrauen erwerben. Eine extreme Dezentralisierung würde jedoch nur eine ebenso extreme zentra-

---

Gründungsdirektor, aber im April waren die finanziellen Zusicherungen der Länder immer noch nicht eingelöst (vgl. Der Spiegel vom 23. 4. 1949, S. 8 f.). Zur Gründungsgeschichte vgl. John Gimbel: The Origins of the Institut für Zeitgeschichte, in: Americ. Hist. Rev. 70 (1965), S. 714 ff., und Hellmuth Auerbach: Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZG 18 (1970), S. 529 ff.

<sup>112</sup> Vgl. Anm. 85. Für die Universitäten war in der Landesmilitärregierung Clifton C. Winn zuständig.

<sup>113</sup> Beim 80. Geburtstag des Kronprinzen Rupprecht sagte Hundhammer, Bayern könne sich nicht auf Jahrhunderte an eine Verfassung binden, die ihm von den anderen Ländern aufgezwungen werde. Notfalls solle Bayern einfach außerhalb des Bundes bleiben. Diese Rede wurde heftig umstritten. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 3. 5. 1949 und Merkl. a. a. O., S. 170 ff.

listische Gegenbewegung hervorrufen, und das hieße Wind für die Segel der Nationalisten und Militaristen, die ja nicht verschwunden seien. Die Entnazifizierung sei nun vorüber, das Wasser sei über den Damm, und man könne nichts dagegen tun. Aber es sollte wie in Bayern Gesetze geben, um Mitläufer aus dem Landtag und aus den Oberbürgermeisterämtern herauszuhalten<sup>114</sup>. Sie sollten außerdem bestimmen: Wenn irgendein Beamter mit Nazi-Vergangenheit sich wie ein Nazi äußere und verhalte oder irgendetwas tue, das Nazi-Gesinnung erkennen lasse, werde sein ganzer früherer Fall wiedereröffnet und er aus seinem Amt entlassen.

Diese Frage der Entnazifizierung habe ich auch mit dem CIO-Vertreter Mr. Cope<sup>115</sup> besprochen. Der ist entrüstet, will nach Hause gehen, um eine Untersuchung der ganzen Entnazifizierungsfrage durch den Kongreß, die Gewerkschaften und die Kooperativen einzuleiten. Cope will das ganze Stück noch einmal über die Bühne gehen lassen, was unmöglich ist. Verabredete mich mit ihm nach meiner Rückkehr nach Berlin. Cope vertritt den Standpunkt der extremen Linken in der Entnazifizierungsfrage, der ja auch für unsere eigenen Entnazifizierungsfanatiker charakteristisch ist. Hat die Illusion, daß die ganze Sache noch einmal getan werden könne – in der Erziehung. Ich gebrauchte die Richter als Illustration; aber die meisten dieser Leute [wie Cope] wissen ja nicht, was wirklich vor sich gegangen ist. Und es wird Zeit, daß dies mit einigem Anspruch auf Ehrlichkeit und Genauigkeit nachgeholt wird. [..]<sup>116</sup>

Nazi-Pg's im Beamtentum. Zwei Dinge müssen uns beschäftigen. Die angespannte Finanzlage zwingt die Länder zur Zeit, einen Pg, dessen Verfahren abgeschlossen und der zum Mitläufer erklärt worden ist, eher zu beschäftigen als einen Nicht-Nazi oder Anti-Nazi, weil der frühere Beamte durch diese Einstufung [als Mitläufer] seine Pensionsrechte nicht verloren hat<sup>117</sup>. Andernfalls wäre die Regierung gezwungen, sowohl seine Pension als auch das Gehalt des neuen Nicht-Nazi-Beamten zu bezahlen, was sie unter den derzeitigen Bedingungen zu vermeiden wünscht. Deshalb sieht man sich zur Zeit gezwungen, die Nazi-Beamten zu beschäftigen. Das bedeutet aber auch, daß eine beträchtliche Zahl von Nicht-Nazi-Beamten, die zuvor in die Verwaltung gebracht worden waren, ihre Stellungen zugunsten von Nazis verloren haben. Wie groß diese Gruppe ist, ist nur schwer zu sagen. Das andere Problem ist die Verpflichtung des Staates, Beschäftigung für die Mitglieder der Spruchkammern, die geschlossen worden sind, in Bayern zu finden. Viele von ihnen haben Beamtenstatus, während andere, in der Tat die Mehrheit, ihn nicht haben. Darüber hinaus gibt es immer noch die alte Neigung, bestimmte Stellungen offenzuhalten, bis die Spruchkammerentscheidung [des früheren Stelleninhabers vorliegt]. Die Ausschließung von Nicht-Nazi-Beamten und von früheren Spruchkammermitgliedern aus Schlüsselstellungen des öffentlichen Dienstes ist jetzt Anlaß zu großer Sorge nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für die Öffentlichkeit und für die Militärregierung, die [genauer] die Auswirkungen ihrer Direktiven kalkulieren sollte. Nun wird Druck ausgeübt werden sowohl von zu Hause (Zeuge: Cope) wie von den Deutschen, damit etwas in dieser Frage geschieht. Copes Versuch, die ganze Operation des Hausputzes noch einmal zu beginnen, ist vom deutschen wie vom amerikanischen Standpunkt aus unmöglich. Allerdings kann man auch kaum die Invasion der Nazi-Pg's in den öffentlichen Dienst rückgängig machen, weil sie vollkommen den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Eine neue Welle der Entnazifizierung würde wieder alle deutschen Einwände gegen die

<sup>114</sup> Vgl. Landtagswahlgesetz (BayGVBl. 1946, S. 309 ff.) Art. 47 (2); Landkreiswahlgesetz (ebd. 1948, S. 17 f.) Art. 4 (2); Gemeindevahlgesetz (ebd., S. 19 ff.) Art. 30 (1).

<sup>115</sup> Ein nicht identifizierter Repräsentant des amerikanischen Gewerkschaftsverbands „Congress of Industrial Organizations“.

<sup>116</sup> Auslassung einer ausführlichen Paraphrase des Leitartikels im ‚Figaro‘ vom 1. 4. 1949, der die reservierte Haltung Frankreichs gegenüber der staatlichen und wirtschaftlichen Konsolidierung der Westzonen kritisiert und für die Versöhnung mit den Westdeutschen eintritt, weil ohne sie Rumpfeuropa nur ein Brückenkopf wäre.

<sup>117</sup> Vgl. Art. 13 (3) der in Anm. 88 zit. Verordnung Nr. 113 sowie die Anm. 18 und 95.

Rechtsunsicherheit auslösen. Abzuleugnen jedoch, daß diese Invasion Folgen hatte, hieße, das Offenbare zu leugnen. Der Pg sitzt wieder an seinem Schreibtisch, und niemand kann entscheiden, ob er aktiver Nazi war oder nicht. Denn auf dieser Ebene könnte der größte Teil der Verfahren in Zweifel gezogen werden, einfach weil in ihren Fällen Nazi-Aktivität nur sehr schwer nachzuweisen ist. Und doch sollten bloße Statistiken die Militärregierung nicht ängstigen und zu vorschnellen und unklugen Handlungen verführen.

Viele Dinge kann man heute nicht mehr machen, wenn man nicht all die schrecklichen Nöte der ersten Jahre der Militärregierung wieder heraufbeschwören will. [Die Militärregierung] kann strenge Regeln für Neuernennungen erlassen, da jetzt der erste Bedarf an alten Beamten befriedigt worden ist, und damit ein weiteres Einströmen des Nazi-Elements verhindern. Die andere [Möglichkeit] ist, anspruchsvolle Regeln für die Beamten im Amt zu erlassen und sich absolut zu vergewissern, daß der Verwaltungsgerichtshof zuverlässig ist, was er in Bayern gerade nicht ist. Wenn irgendein Beamter bei einer genau zu definierenden Nazität ertappt wird, sollte in der gerichtlichen Behandlung seine ganze Vergangenheit wieder aufgerollt werden können. Kann das der alte Verwaltungsgerichtshof? Oder sollte es ein Sondergericht sein, dessen Kompetenz den ganzen Beamtenkörper erfaßt, ein Gericht, vor das jeder Beamte gezogen werden kann und das über Naziverfehlungen von Beamten entscheiden sollte? [ . . . ]

5. April. Lange Unterredung über die württemberg-badischen Richter mit Dr. Schön, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs<sup>118</sup>. Sie seien hier im Vergleich zu anderswo durch die Militärregierung relativ eingeschüchtert. Er glaubte nicht, daß die 50% Richter, die früher Pg's waren, eine Gefahr seien, weil die meisten dieser Leute der Nazifizierung 1933 widerstanden hätten. Eine andere Sache sei es mit den jungen Referendaren, die nach 1933 eingestellt worden seien: Sie hätten durch die Schulungskurse gehen müssen, bevor sie endgültig akzeptiert und ernannt worden seien. Sie seien gewöhnlich Pg's, aber nur selten wirkliche Nazis. Im allgemeinen glaubte er, daß die Richterschaft nicht unabhängig genug sei, nicht so unabhängig wie der Verwaltungsgerichtshof. [ . . . ]<sup>119</sup>

Dr. Schön kam auf die Frage der [Rechts-]Gleichheit zu sprechen und wies darauf hin, daß über die gesetzliche Diskriminierung von Nazis in Art. 104 der Verfassung gehandelt werde, die bestimme, daß derartige Gesetzgebung bis zum 1. 1. 1949 gelten solle. Offensichtlich hat aber in Bayern, Hoegner zufolge, der bayerische Verwaltungsgerichtshof die gesetzliche Diskriminierung aufgrund der Rechtsgleichheit für ungültig erklärt, während in Württemberg-Baden der Verwaltungsgerichtshof entschied, daß die alte Gesetzgebung im Augenblick in Kraft bleibe, während es nach dem 1. 1. 1949 keine neue ähnliche Gesetzgebung geben dürfe<sup>120</sup>. Das ist die Lage in Württemberg-Baden. Schön sieht deshalb

<sup>118</sup> Dorn war am 4. 5. nach Stuttgart gefahren. Seine Gespräche mit Staatsrat Konrad Wittwer (DVP) im Staatsministerium waren ergebnislos geblieben, von seiner Unterhaltung mit dem Militärgouverneur Gen. Charles P. Gross machte er keine Aufzeichnung. Xaver Schön (geb. 1900), 1947–1951 Richter, danach Senatspräsident am württ.-bad. Verwaltungsgerichtshof, seit 1958 Vizepräsident und Präsident des Oberverwaltungsgerichts Stuttgart.

<sup>119</sup> Hier eingeschoben eine Notiz über eine Stellungnahme des Justizministers Josef Beyerle (CDU) im württ.-bad. Landtag vom 23. 2. 1949 (Verhandlungen, 1. Wahlperiode, S. 2661) zu angeblich 80% ehem. Pg's in der Justiz. Er sagte, bei den Richtern seien es ‚nur‘ etwas über 50%, im gehobenen Dienst und Notariat um 70%; der Grund für ihre Wiedereinstellung sei ihre Spezialausbildung. Für eine Bilanz der Wiedereinstellungspraxis in Württemberg-Baden per 1. 6. 1948 vgl. ebd., Beilage 597 vom 11. 6. 1948.

<sup>120</sup> Der Unterschied bestand darin, daß Art. 104 württ.-bad. Verfassung eine Frist für die Gültigkeit der Diskriminierungsgesetzgebung setzte, während Art. 184 bayer. Verfassung nur feststellte, daß die ‚Gültigkeit von Gesetzen‘, die gegen den NS gerichtet seien, von der Verfassung nicht berührt werde. Der bayerische Verwaltungs- und später auch der Verfassungsgerichtshof legten dies so aus, daß nur der Verfassungsgebung vorgängige Gesetzgebung nicht berührt werde. Da es aber außer dem BefrG in dieser Phase nur entsprechende Verordnungen gab und spätere Gesetze als verfassungswidrig aufgehoben wurden, waren nur noch die durch-

keine spezielle Gefahr in diesen Mitläufern bzw. in anderen, die nun in der Rechtsprechung beschäftigt sind. Es gebe keine Nazi-Entscheidungen, ja, er warf diesen Leuten eher einen Mangel an Rückgrat vor. Ich sprach mit Schön über die Rapallo-Mentalität. Er wies auf den leidenden Mitläufer hin, der im Westen keine Anstellung bzw. keine sichere Position finde und glaube, es könne ihm bei den Russen besser gehen. Er hielt dies für eine weit verbreitete Meinung unter ehemaligen Nazis, die gewiß kein russisches Regime wollten, die aber vermuteten, daß es am Ende doch kommen werde, und sich darauf einstellten. Dieselbe Einstellung der Deutschen berichtete mir auch Thompson<sup>121</sup>: Wenn ich mich mit den Russen einlasse, wird mir jetzt nichts sonderlich Nachteiliges geschehen, während man mich später einen Kopf kürzer machen wird, wenn ich mich bei den Amis und im Westen engagiere. Er glaubte auch, daß ungeachtet der wirtschaftlichen Hilfe und des Reorientierungsprogramms die amerikanische Militärregierung an Ansehen verloren habe. Erwähnte die Franzosen, die die Deutschen zwar ausbeuteten, aber sie durch ihre kulturellen Programme gewannen, während die Amerikaner sich um Reorientierung bemühten. [. . .]

5. April. Ernst Meyer<sup>122</sup>. Etwas skeptisch über die Möglichkeit der Militärregierung, grundlegende deutsche Traditionen und Gewohnheiten zu verändern. Scharfe Kritik am Beamtengesetz, das nach US-Vorbild gemacht sei. Die Reichsbahn sei hier anders als zu Hause eine staatliche Institution; er hielt es für absurd, Bahnbeamte aus dem Landtag auszuschließen, auch Leute von verschiedenen Verwaltungsebenen, Gemeindeverwaltungen und Lehrer; es sei o. k., Leute von derselben Ebene (Land, Kreis, Gemeinde) auszuschließen, aber warum alle? Zu viele brauchbare Leute würden dadurch vom Gemeinwesen ausgeschlossen. Meyer hoffte, daß diese vorgesehenen Maßnahmen nicht in das neue württemberg-badische Beamtengesetz hineingezwungen würden, sie würden zuviel Bürgersinn<sup>123</sup> ausschließen. Die Beamten in Württemberg-Baden hätten einen anti-autoritären Ruf und seien ganz verschieden von denen in Preußen, was historisch richtig ist. Meyer berührte den Wunsch, Württemberg-Baden nach dem amerikanischen Bild umzuformen, glaubte aber, das würde einige Mühe kosten, und hoffte, daß es Veränderungen auf der bizonalen Ebene geben werde. Denn da gebe es wichtige deutsche Einwände gegen unsere MG-Politik. Meyer erwähnte dann Bonn, wo sich am Sonntag die Parteien geeinigt hätten, mit der Trennung von Bundes- und Landesfinanzen aufzuräumen: Die Bundesautorität müsse wegen des Finanzausgleichs der Länder ein beträchtliches Übergewicht haben<sup>124</sup>. Bestimmte Länder wie Schleswig-Holstein bedürften einiger Hilfe von außen, um überhaupt auszukommen. Clays Entscheidung gegen die Bestrafung eines Landes, das spart<sup>125</sup>.

Meyer hatte keine Befürchtungen wegen des Wiedereintritts der Mitläufer in den öffentlichen Dienst, weil diese Leute in jedem Fall gewonnen werden müßten. Nach all ihren Leiden würde sie weitere Diskriminierung dem demokratischen Experiment entfremden. Erwähnte den Fall eines Veters, der eine gute Partie gemacht habe und eine Mühle be-

---

weg befristeten Sühnen, welche die Spruchkammern verhängt hatten, gültig. Im Effekt liefen die Regelungen beider Länder also auf dasselbe hinaus.

<sup>121</sup> Wahrscheinlich fälschlich für Payne Templeton, den Leiter der Erziehungsunterabteilung in der württ.-bad. Militärregierung.

<sup>122</sup> Wahrscheinlich ist der Gesprächspartner der 1901 geb. Ernst Mayer (sic!), LPD-Mitgründer in Sachsen 1945, danach geschäftsführender DVP-Vorsitzender in Württemberg und Journalist in Stuttgart, DVP/FDP-MdB seit 1949.

<sup>123</sup> Im Original: „too many public spirited citizens“.

<sup>124</sup> Offenbar unrichtig, vgl. Golay, a. a. O., S. 80 ff.

<sup>125</sup> Die Militärgouverneure der USA und Frankreichs hatten gegen einen vom Bund gesteuerten Finanzausgleich Einwände erhoben, weil dies die Länder vom Bund abhängig mache (Golay, a. a. O., S. 90 f.). Offenbar war dabei auch das Argument aufgetreten, daß Länder mit verhältnismäßig niedriger Ausgabenpolitik schlecht weglkämen.

sitze. Man habe ihn aufgefordert, Parteimitglied zu werden, was er tat; als 1944 der Ortsgruppenleiter ging, mußte er dessen Geschäfte übernehmen. Jetzt sei er Belasteter mit einer schweren Geldstrafe in DM, während andere in RM gezahlt hätten: keine Gerechtigkeit. Er habe überhaupt kein Vertrauen mehr zur demokratischen Gerechtigkeit. [ . . . ]

Meyer war auch der Auffassung, daß die Deutschen hier sicherlich nach Westen ausgerichtet seien, und bezweifelte, daß es eine weitreichende kommunistische Infiltration in Schlüsselstellungen gebe. Es sei schmerzlich, daß die Familienbande zum Osten zerschnitten würden, aber im Augenblick müsse man sie preisgeben. Er sagte, daß sogar Nadolny<sup>126</sup> sich keine Illusionen über die Möglichkeiten der Deutschen mache, eine vermittelnde Rolle zwischen Ost und West zu spielen, und daß die Deutschen im Osten überwältigend anti-russisch und nationalistisch – aber nicht im russischen Sinne – seien. Dies war eine sehr ernüchternde Unterredung. Die Kommunisten ziehen in öffentlichen Versammlungen auf lokaler Ebene mit den Amerikanern in der Frage der Grundrechte am selben Strang: illegale Haussuchungen deutscher Polizeibeamten.

Dann traf ich mich dank Anderson mit Arrian, Starr und Steiner (Erziehung und Nachrichtendienst, ICD). Lewis<sup>127</sup> über die Folgen des Wiedereintritts der Nazis in den öffentlichen Dienst nach den Spruchkammerverfahren. Keiner von ihnen, besonders Steiner, war irgendwie über den Eintritt dieser Beamten in die Verwaltung beunruhigt. Ihr Standpunkt war, daß der gegenwärtige Kampf nicht wirklich gegen den Nazismus, ja nicht einmal gegen den Militarismus gehe, sondern gegen die autoritäre Tradition der deutschen Verwaltung und des Beamtentums. Alle waren auf dieses Reorientierungsprogramm konzentriert, das sie alle unterstützten; keiner zweifelte an seinem Sinn, im Gegenteil, sie hielten es für notwendig. Auch nicht einer fühlte sich über die Konzentration von Nazis in bestimmten Verwaltungszweigen beunruhigt, und keiner wußte von nachteiligen Wirkungen auch nur in einer einzigen Behörde zu berichten: weder in der Rechtsprechung noch in der Landwirtschaft noch im Finanzwesen. Viele beunruhigte dagegen die kommunistische Infiltration in die Verwaltung.

Ernst Meyer über das Pressegesetz. Er hoffte, daß die Militärregierung nicht wieder intervenieren werde, um an dem württemberg-badischen Pressegesetz herumzupfuschen. Das alte Pressegesetz aus dem Jahr 1874 sei trotz Majestäts- und Beamtenbeleidigung nicht so schlecht gewesen. Das Gesetz<sup>128</sup> sei nicht allzu gut, [aber] er glaubte, daß die Verfassungsbestimmungen über die Pressefreiheit ausreichten und daß ein detailliertes Gesetz so lange unnötig sei, als die Verfassung in Kraft sei. Wenn die Verfassung mißachtet werde, so werde auch ein noch so hartes Pressegesetz mißachtet. Ein Pressegesetz allein könne nicht die Freiheit der Presse garantieren, wenn es nicht auf Seiten der öffentlichen Mei-

<sup>126</sup> Der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rudolf Nadolny, war am 13. 3. 1949 aus Berlin zu Besprechungen mit führenden Politikern der Bizone und der CDU (u. a. mit H. Pünder, L. Erhard, Steltzer, Abs und v. Prittwitz u. Gaffron) nach Bad Godesberg gekommen. Zusammen mit dem Berliner CDU-Gründer Andreas Hermes wollte er eine Initiative zur Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung einleiten. Da der Verdacht aufkam, er handele in russischem Auftrag, um ein neues Rapallo anzubahnen, distanzierten sich bald die beteiligten Prominenten; zugleich wurden solche Gespräche jedoch auch als Druckmittel in der Auseinandersetzung des Parlamentarischen Rates mit den westlichen Militärgouverneuren benutzt. Nadolny wiederholte seinen Besuch am 25. 8. 1949, fand aber nur noch einige nationalkonservative Außenseiter der CDU als Gesprächspartner. Er sagte u. a.: „Die westdeutsche Bundesregierung sei eine völlig unbedeutende vorübergehende Erscheinung, die hoffentlich bald verschwinden werde.“ Keesings Archiv 1948/49, S. 1851 K, 2050 G. Vgl. auch Der Spiegel vom 26. 3. 1949, S. 5 f. Der Fall erregte auch in der Tagespresse großes Aufsehen.

<sup>127</sup> David F. Anderson, Executive Officer der Landesmilitärregierung Württemberg-Baden; sowie die Abteilungsleiter George L. Erion (Wirtschaftsabteilung); J. Ward Starr (Nachrichtenabteilung); John P. Steiner (Erziehungsabteilung) und Chester B. Lewis (Verwaltungsabteilung).

<sup>128</sup> Gesetz über die Freiheit der Presse vom 1. 4. 1949 (RegBl. Württ.-Bad. 1949, S. 59 f.). Zur Vorgeschichte Harold Hurwitz: Die Stunde Null der deutschen Presse, Köln 1972, S. 183 ff.

nung einen überwältigenden Willen gebe, diese Tendenz des Gesetzes zu unterstützen. Er konnte nicht verstehen, warum die Militärregierung auf einem detaillierten Gesetz bestehe. Schließlich gebe es Pressefreiheit in Deutschland nicht zum erstenmal seit der US-Besetzung – viele Amerikaner seien geneigt zu glauben, vor der US-Besetzung sei überhaupt nichts erreicht worden. [. . .]

Allgemeine Überlegungen. Man kann in der Tat den Wandel der Militärregierung in den vergangenen 18 Monaten nicht übersehen: Wir haben die frühere Regel, uns nicht in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen, fallengelassen, und die Militärregierung ist weit über ihr ursprüngliches Ziel in der Frage der Demokratisierung hinausgeschossen: Es gibt ja nicht nur das Reorientierungsprogramm, sondern das Beamtengesetz (beide haben gute und schlechte Züge), [sowie die Projekte] Gewerbefreiheit, Grundrechte, kommunale Selbstverwaltung. Wir haben das Recht halb privater Organisationen, Verwaltungsfunktionen auszufüllen, in Frage gestellt<sup>129</sup>. Übersteigt dieses Programm nicht unsere Fähigkeit, es durchzuführen? Ich glaube, teilweise ja. Ein Teil der Gesetze, die den Deutschen aufgezwungen wurden, verlangt einen zu scharfen Bruch mit der Vergangenheit, [z. B.] die Abschaffung der sakrosankten Rechte des Beamten gegen das Volk. Viel davon wird mit dem Verschwinden der US-Autorität vergehen. Verlangt das amerikanische Interesse einen solch einschneidenden Wandel in den inneren Angelegenheiten? Mit dem ERP haben wir klug gehandelt, aber hier haben wir es mit politischen Traditionen und Ideologien zu tun, die von den unseren verschieden sind und die nicht in einem Tag verändert werden können. Die Einführung dieses Programms verpflichtet uns zu einer langfristigen Besetzung, weil vieles davon nur in einer Reihe von Jahren erreicht werden könnte. Zweifellos ist es vernünftig, Landesbeamte im Landtag daran zu hindern, über ihre eigenen Arbeitsbedingungen Gesetze zu beschließen – im württemberg-badischen Landtag können zur Zeit 18 [Landesbeamte] an Gesetzen über ihre eigenen Gehälter, über das Budget und ähnliche Gesetze mitwirken. Das ist kein gesunder Zustand. Auf der anderen Seite: Hält man alle Beamten ohne Unterschied aus dem Landtag heraus, so widerspricht das der deutschen Tradition, die in den Landtagen so übel nicht war. Für das nationale Parlament ist eine Debatte darüber nicht mehr realistisch, seit Clay das [bizonale Beamten-]Gesetz erlassen hat – aber auf der Ebene der Landtage könnte man noch immer etwas tun.

6. April. [Fritz] Ulrich, Innenminister von Württemberg-Baden [SPD]. Sein wichtigster Punkt war der allgemeine Eindruck, daß die US-Militärregierung eher bereit sei, Dinge wie das Beamten- oder das Gewerbefreiheitsgesetz zu erlassen oder zu genehmigen, als solche Vorschläge vordringlich zu behandeln, die der deutschen Arbeiterschaft nützen – z. B. den Lastenausgleich, das Anpassungsgesetz für Versicherungsgesellschaften – und die [Wiedergutmachung an] Opfern des Faschismus<sup>130</sup>. Ulrich vertrat den Standpunkt, daß diese speziellen Arbeiterprobleme größere Aufmerksamkeit verdienen, daß diese Probleme im Westen besser als im Osten gelöst werden müßten, um eine Anziehungskraft auf den Osten auszuüben. Der Westen müsse diese Probleme besser als der Osten lösen, er solle mit einem konzertierten Plan vorgehen, der das Los des Mannes auf der Straße im Westen verbessere. Wenn das mit einem gewissen Grad von Erfolg geschähe, so würde es im Westen keine kommunistische Gefahr geben.

Ulrich zeigte keinerlei Beunruhigung über den Wiedereintritt von Nazis in ministerielle Positionen, weil sie im ganzen vor ihrer Ernennung sorgfältig geprüft würden. Er dachte,

<sup>129</sup> Gemeint ist die Untersagung der Mitwirkung der Handels- und Handwerkskammern an der Niederlassungsgenehmigung Gewerbetreibender.

<sup>130</sup> Zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz, „Soforthilfegesetz“ und zum „Gesetz zur . . . Verbesserung von Leistungen nach dem Körperbeschädigtenleistungsgesetz . . .“ vgl. T. Pünder, a. a. O., S. 228 ff. Das „Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung“ vom 22. 8. 1949 (GBl. d. Verw. d. Ver. Wirtschaftsgebiets S. 263 f.) war durch Einspruch des bizonalen Länderrats aufgehoben worden.

sie seien am zahlreichsten im Justiz- und Finanzministerium (aber nicht bei der Landwirtschaft). Stimmt zu, daß man zur Zeit dagegen nichts machen könne. Die Minister könnten jedoch mehr frühere Spruchkammermitglieder ernennen, die geeignet und nun ohne Arbeit seien. Er sagte, Clay oder andere [führende Vertreter der Militärregierung] wären gut beraten, wenn sie öffentlich den [Länder-]Regierungen sagten, daß die Personalämter auch diese Anti- und Nicht-Nazis berücksichtigen und nicht nur unter jeder Bedingung alle früheren Mitläufer durchfüttern sollten, nur weil sie nach dem Entnazifizierungsverfahren wieder eingestellt werden könnten.

Ulrich ist im ganzen mit der wirtschaftlichen Entwicklung zufrieden. Der Fortschritt in der Ernährung und in der Produktion sei überall bemerkbar, besonders in Stuttgart. Er war nicht besonders beunruhigt über das gegenwärtige Lohn- und Preisverhältnis. Er glaubte, die Preise würden, wie Erhard versprochen habe, noch sinken. Er wies besonders auf die ausgeprägte Selbstdisziplin der Gewerkschaften hin, die sehr wenige Streiks in den letzten fünf, sechs Monaten begonnen hätten. Er wollte im Augenblick abwarten, ob Erhards Versprechungen einträfen. Ulrich sprach auch über das Beamtengesetz – im ganzen mit Zustimmung, brachte aber die Hoffnung zum Ausdruck, daß für die Wahl zum Landtag die Bürgermeister, Bahnbeamten und dergleichen zugelassen, die Beamten auf Landesebene hingegen streng ausgeschlossen würden. (Sie haben schon ein Gesetz, das Kreisbeamten verbietet, im Kreistag zu sitzen<sup>131</sup>.) Im Zusammenhang mit dem Programm, dem gemeinen Mann in der gegenwärtigen Lage zu helfen, sprach Ulrich vom Wohnungsprogramm. Er erwähnte ein 75-Millionen-DM-Programm, das im Landtag gerade für den Bau von 10 000 billigen Wohnungseinheiten verabschiedet worden sei<sup>132</sup>. Dies werde mehr zur Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft als irgendein anderes Programm beitragen. Er kannte von Knoeringens Plan in Bayern und billigte ihn. Über Bonn sagte Ulrich nur, daß es eine Bundesfinanzverwaltung geben müsse, obwohl er darüber nicht sonderlich erregt war, weil sich diese Probleme mit der Zeit von selbst lösen würden.

Verbrachte heute morgen zwei Stunden in der Informationskontrollabteilung Württemberg-Baden. Diese Leute machten sich Sorgen über Nazis, die in die Presse zurückkehren – „Das Wespennest“ und „Christ und Welt“. [Diese Wochenzeitung] sei offensichtlich nationalistisch, militaristisch und autoritär, gegen den Nürnberg-Film eingestellt und habe ihn als töricht und unmoralisch abgelehnt; sie haben den Leuten geraten, ihn nicht anzusehen. „Christ und Welt“ sei nominell eine religiöse Wochenzeitung, in der Tat aber das Sprachrohr einer Gruppe von Wehrmachtsoffizieren, Marineoffizieren in Kiel: Illusion einer nationalen Wiedererweckung. Sie bringt nationalistische und militaristische Bilder auf ihrer Titelseite. Ihre Auflage ist von 8000 auf 80 000 gestiegen. Eine protestantische Gruppe, die starkes Interesse an ihren Glaubensgefährten auf der anderen Seite des eisernen Vorhangs zeigt: etwas wie der Nauheimer Kreis und die Ulrich-Noack-Gruppe<sup>133</sup>. Bemerkenswerter Mangel an religiösen Artikeln, aber soweit ich Ausgaben geprüft habe, nicht besonders gefährlich. Auf der anderen Seite trägt sie nicht gerade mit besonderem Eifer zur internationalen Verständigung bei. [ . . . ]

7. April. [ . . . ] Rief die „Rhein-Neckar-Zeitung“ an, fand aber, daß Theodor Heuß in Bonn war, und wandte mich so an Dr. [Heinrich] Knorr, SPD, Herausgeber der Zeitung, ein netter und liebenswerter Mann, der mich nicht enttäuschte, als ich ihn bat, ihn stehenden Fußes besuchen zu dürfen. Versuchte, ihn dazu zu bringen, über Bonn und andere Dinge zu reden. Er mochte das Beamtengesetz nicht und fand keinen Geschmack an unse-

<sup>131</sup> Art. 19 der Kreisordnung vom 7. 3. 1946 (RegBl. Württ.-Bad. 1946, S. 45 ff.). Dasselbe galt auf Gemeindeebene, vgl. Art. 37 (2) d. Dt. Gemeindeordnung i. d. F. vom 6. 2. 1946 (ebd., S. 55 ff.).

<sup>132</sup> Gesetz Nr. 361 „2. Ges. über finanzielle Maßnahmen zur Förderung des Wiederaufbaus und zur Wohnraumbeschaffung“ vom 10. 3. 1949 (RegBl. Württ.-Bad. 1949, S. 44 f.).

<sup>133</sup> Vgl. Anm. 21 und 51.

ren belästigenden Einmischungen in deutsche Angelegenheiten. Er teilte Dr. Schumachers Meinung, daß es eine Bundesfinanzverwaltung geben müsse, wenn die Bundesregierung leistungsfähig sein solle. Es sei vernünftig und notwendig, daß Schumacher auf diesem Minimum beharre. Ohne sie werde es keinen ‚Lastenausgleich‘ mit Bayern oder dem Rheinland geben. Das Gewerbefreiheitsgesetz fand er gut, aber warum mußte es diktiert werden? War der Ansicht, daß Noacks Neutralitätsbewegung und der Nauheimer Kreis wirklich unbedeutend seien, daß es nur sehr wenige Leute gebe, die die Illusion hätten, Deutschland könne zwischen Ost und West vermitteln. [Er glaubte auch,] daß die Sorge der Deutschen um ihre Brüder auf der anderen Seite des eisernen Vorhangs ehrlich und spontan sei, aber dies sei eine ganz andere Sache. Er nannte das 75-Millionen-DM-Wohnungsprojekt des württemberg-badischen Landtags einen guten Anfang; so auch dessen Beamtengesetz und das neue Wahlgesetz<sup>134</sup>. Er kritisierte das BICO-Beamtengesetz als zu grob und zu stürmisch. Im übrigen ein fähiger Mann, aber ohne festen persönlichen Zugriff oder klaren Standpunkt.

Einen solchen Standpunkt fand ich natürlich, als ich Professor Hans von Eckardt in Heidelberg besuchte. Der entrüstete sich darüber, daß die Militärregierung derart ungeduldig sei und plötzlich von sich aus Gesetze diktiere wie das Beamten- und das Gewerbefreiheitsgesetz (das er im übrigen vorzüglich fand). Da die Männer in Bonn gute und ernsthafte Leute seien, die ehrliche Arbeit zu leisten versuchten, könne er das plötzliche Befehlen der Militärregierung nicht verstehen. Aber seine größte Entrüstung hatte er für das Beamtengesetz aufgespart. Er selbst wisse nicht, noch könne er jemanden finden, der gewußt hätte, was ein „aktiver Beamter“<sup>135</sup> bedeuten solle. Sollen damit die zwei Millionen deutscher Beamter plötzlich davon ausgeschlossen werden, ein politisches Mandat im nationalen Parlament wahrzunehmen, oder meine dies nur einige von ihnen auf der Reichsebene? Gehörten die Bürgermeister, die Lehrer, die Professoren etc. dazu? Wenn das letztere zutrefte, wäre die Folge eine verhängnisvolle Ausschließung der deutschen Intelligenz, die für eine wirksame und kluge Gesetzgebung heute unerlässlich sei. Angesichts der deutschen Tradition sei dieses Gesetz, wenn es tatsächlich derartig drastisch [gemeint sei], eine Vergewaltigung – obwohl viele Einzelbestimmungen vernünftig seien. Wenn dieses Gesetz Bürgermeister, Professoren, Geistliche daran hindern solle, im Parlament zu sitzen, dann werde es die Macht nicht überdauern, die es oktroyiert habe. [. . .] Er – wie auch später Geiler – war überrascht darüber, daß die Militärregierung ein Gesetz über einen derartigen Gegenstand erließ, ohne vorher die Deutschen ausreichend gehört zu haben. Er wie Geiler vermißte die frühere Zusammenarbeit im Länderrat, als solche Angelegenheiten mit den Deutschen ausdiskutiert worden waren; stattdessen jetzt dieses einseitige Diktat. Meine Ansicht ist, daß dieses Gesetz die Deutschen nicht überzeugt hat: Wir Amerikaner können Deutschland nicht nach unserem Bilde umgestalten. Das Überraschende ist, daß die Briten zugestimmt haben. Vielleicht kann eine spätere Interpretation, wenn sie großzügiger als der Wortlaut ist, einige seiner Züge mäßigen. Eckardt sprach dann über die Dürftigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und der Militärregierung, was bei den Franzosen besser klappe. Im ganzen war er jedoch über die Franzosen entsetzt, die ihre Kreaturen hätten, was Gott sei Dank in der US-Zone deutlich fehle.

<sup>134</sup> Vgl. Anm. 132; Beamtengesetz für Württemberg-Baden vom 19. 11. 1946 (RegBl. Württ.-Bad. 1946, S. 249 ff.), dessen Art. 21 (2), der eine aktive politische Betätigung von Beamten bis 31. 12. 1948 limitiert hatte, soeben durch Gesetz (ebd. 1949, S. 4) bis zur Bildung des Südweststaates verlängert worden war. Bezügl. des „neuen“ Wahlgesetzes sind offenbar die Vorlagen des noch nicht vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Bundestagswahlgesetzes gemeint.

<sup>135</sup> Deutsch im Original. Dieser Ausdruck kommt jedoch im deutschen Text des Ges. Nr. 15, der verbindlich war, nicht vor. Dort wird nur von „Beamte“ gesprochen, wobei sich dieser Begriff auf alle Bediensteten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (ausgenommen Arbeiter) bezieht (vgl. Anm. 28).

Die offenen Foren seien ausgezeichnet – so Eckardt wie auch Dr. Knorr –, weil die Sache vernünftig sei und nun einen wirklichen Dienst leiste. Dr. Knorr war der Meinung, daß keine politische Partei so große und häufige Zuhörermengen fesseln könne, denn die Leute seien es überdrüssig, die Tiraden der Parteien anzuhören; aber hier gebe es praktische und konkrete Gegenstände, die weitverbreitetes Interesse erweckten, ruhige objektive Erklärungen und Darlegungen, kurze Antworten. Nach Knorrs Meinung garantierte in der Tat die Militärregierung die politische Neutralität dieser Diskussionen. Er habe die Wählerschaft noch nie so gut gekannt wie seit der Einrichtung dieser Foren. Er nehme regelmäßig teil, und seine Anwesenheit habe auch seine Kollegen von den anderen Parteien dazu gebracht, weil sie sonst Boden bei der Wählerschaft verlören. Mit anderen Worten gab er zu, daß diese neue Institution eine tiefe Wirkung auf die alten verknöcherten politischen Parteien ausübe, sie der Wählerschaft gewahr mache, ihre Aufmerksamkeit auf praktische Fragen hinlenke. Wäre diese Institution eingeführt worden, bevor wir die Organisation politischer Parteien erlaubten, so wäre es durchaus nicht unwahrscheinlich gewesen, daß die Männer, die jetzt an ihrer Spitze stehen, die Rolle der Öffentlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft ernster nähmen. [. . .]<sup>136</sup>

Eckardt beklagte die Wirkung der Währungsreform auf Universitäten, Kirchen, Rentner. Nach dem letzten Krieg habe die Währungsstabilisierung eine Aufwertung gerade für kleine Leute mit sich gebracht, was jetzt nicht getan werden könne. Die örtlichen Offiziere sagten, daß es die Mark gefährden würde. Das hält man für Unsinn. Er will nun Lastenausgleich. Anpassungsmaßnahmen für diejenigen, die von Renten leben; für die Opfer des Faschismus Wiedergutmachung – das bleibe nun wegen der Militärregierung stecken, und gerade diese Leute seien die Leidtragenden<sup>137</sup>. Freilich dürfe die Militärregierung weder die neue DM gefährden noch könne sie eine Sozialgesetzgebung in großem Ausmaß in Gang bringen, aber sie sollte nicht vergessen, daß diese sozialen Erwägungen eine lange und ehrenvolle Geschichte in Deutschland haben. Wenn die Deutschen ein vernünftiges Programm in dieser Richtung in Gang bringen wollten, solle sie die Militärregierung daran nicht hindern. Dies und das Wohnungsproblem sind die dringendsten Fragen, die sich den Deutschen stellen.

Die intellektuelle Blockade gegen Deutschland ist ein weiterer der Punkte, die Eckardt erhitzten. Er verwahrt sich dagegen, daß die Emigranten immer noch das Deutschlandbild der Welt formten und daß der deutsche Intellektuelle keine Chance habe, wie auch das neue Deutschland keine Stimme habe. Es gebe keine Möglichkeit, das deutsche Buch ins Ausland zu exportieren; es bestehe immer noch eine Export- und Importsperr für deutsche Bücher, und deutsche Institute und Forschungsinstitutionen hätten keine Möglichkeit, ausländische Literatur zu kaufen. Dr. Karl Geiler ist jetzt Vorsitzender der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, und er will seine Organisation wieder ins Geschäft bringen, um Stiftungen für deutsche Akademien, Universitäten und Büchereien zu bekommen. Aber [es sei immer noch eine große Aufgabe,] das wissenschaftliche Werk anderer Länder, nicht nur der Vereinigten Staaten, der deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen und der Welt zu zeigen, was die Deutschen denken und woran sie arbeiten. Er will, daß die Buchzensur aufgehoben wird, die Export-, Importverbote fallen und daß jener Austausch an Wissen und Gedanken wieder ermöglicht wird, ohne den weder Wissenschaft noch Philosophie gedeihen könnten. Internationale und europäische Kongresse können nicht leisten, was das ausländische und das deutsche Buch erreichen können. Laßt sie ihren guten Willen zeigen, die Greuel ihrer Vergangenheit wiedergutzumachen, ihren Geist von den Schrecken der Vergangenheit zu befreien, gebt ihnen Freiheit zur Forschung. Kein Land in Europa, das nicht eine neue Interpretation seiner Vergangenheit suchte. Helft den

---

<sup>136</sup> Auslassung kurzer Notizen eines Gesprächs mit dem ehem. hess. Ministerpräsidenten Karl Geiler, das sich vorwiegend mit der Tätigkeit Geilers als Rektor der Universität Heidelberg sowie in verschiedenen Vereinigungen, insbesondere in der Europabewegung, beschäftigte.

<sup>137</sup> Vgl. Anm. 134.

Deutschen, ihren Platz in Europa und in der Welt zu finden. Die Abschaffung der Beschränkungen wird nicht sofort nur Gutes hervorbringen. Es wird auch die Adenauer-Deutschen geben – aber wenn das sich ändern soll, dann muß es einen freien Austausch an Ideen, Büchern, Zeitschriften geben, einen anderen Weg gibt es nicht. Viele und sogar die besten Deutschen wissen noch immer nicht, wie beklagenswert rückständig sie sind. Kultur ist keine Sache des Staates oder des Völkerrechts, sie ist darüber erhaben und autonom, und sie hat, so arm sie auch sein mag, ein Recht, sich frei von Bevormundung zu entfalten.

8. April. Dr. [Dolf] Sternberger, Herausgeber der „Wandlung“ in Heidelberg; [...] hübsch und offen, schien ein bißchen müde, aber wurde bald warm. Er begann mit dem Beamtengesetz, von dem er glaubte, daß es trotz seiner Vorzüge und guter Absichten im Namen der Demokratie eine ungünstige Wirkung auf die deutsche Demokratie ausüben müsse. Die neue Definition des Beamten unter Einschluß der Angestellten sei viel zu umfassend und vernichte das Gute am alten Beamtentum. Aber seine Hauptkritik sparte er sich auf für die unterschiedslose Ausschließung aller Beamten (außer den Richtern) von der Kandidatur zum Parlament: Das sei bedauerlich, weil höchstens noch Rechtsanwälte (sogar dies sei fragwürdig) und Leute aus der Wirtschaft übrigblieben, aber alle Lehrer, Bahnbeamten und Professoren ausgeschlossen würden. Das könne sich Deutschland zu einer Zeit wie dieser, in der Sachkompetenz von großer Bedeutung sei, nicht leisten. Sternberger beklagte die interventionistische Neigung der Militärregierung in den vergangenen Monaten in Bonn und Frankfurt, erwähnte jedoch die Länder nicht. Auch er begrüßte die neuen offenen Foren.

Worum geht es eigentlich? Dies alles kam im alten Länderrat nicht vor, wo die Verbindung und der Gedankenaustausch zwischen der Militärregierung und den Deutschen ausgezeichnet waren. [...] Woran liegt es, daß zwei so wichtige Gesetze wie die über das Beamtentum und über die Gewerbefreiheit von den Militärgouverneuren erlassen werden müssen und daß die Verbindung mit Bonn offensichtlich so unwirksam ist? Hängt es wirklich daran, daß der Wirtschaftsrat indirekt gewählt ist und sich weniger unmittelbar verantwortlich weiß? Das könnte nur einer sagen, der beständigen Kontakt mit dem Wirtschaftsrat gehabt hat. Ich habe von den Deutschen nichts gehört, das diesen Gegenstand wirklich erhellen würde. Sternberger schreibt es der indirekten Wahl zu<sup>138</sup>. Aber das kann sicher nicht die ganze Antwort sein, wenn es überhaupt eine Antwort ist. Richtig ist, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme [jetzt] schwieriger sind. Aber man muß sich die wirkliche Leistung ansehen: 1. Währungsreform<sup>139</sup>, 2. Beamtengesetz, 5. Gewerbefreiheit – drei der wichtigsten Sachen mußten von der Militärregierung verordnet werden. Offensichtlich leistet der Wirtschaftsrat nicht, was er sollte. Dabei dürfte es sich kaum darum handeln, daß sich die politischen Parteien blockieren, obwohl die Sozialisten oft eine gerissene Politik betrieben haben. Wie oft erscheinen dort die Militärgouverneure? Wer sind die Verbindungsleute, sind sie zu formalistisch? Sie geben keine Stellungnahme ab, bevor die Deutschen sich festgelegt haben. Nach derselben Schablone scheinen sich die Dinge jetzt in Bonn zu wiederholen. Gibt es wirklich niemanden, der Adenauer beibringen könnte, daß die Gouverneure an internationale Abkommen gebunden sind, die sich nicht so leicht ändern lassen? Es gibt Meinungsverschiedenheiten unter den Deutschen: erstens darüber, ob Bonn richtig und ausreichend über den Rahmen informiert wurde, in

<sup>138</sup> Vgl. Dolf Sternberger: Demokratie der Furcht oder Demokratie der Courage?, in: Die Wandlung 4 (1949), S. 3 ff.

<sup>139</sup> In diesem Fall wurden Vertreter der Bizone nur als Referentenstab benutzt, während alle entsprechenden Maßnahmen von den Militärregierungen verordnet wurden. Dies diente der Geheimhaltung und Beschleunigung der Aktion, denn es war zu befürchten, daß eine geregelte Gesetzgebung die Währungsreform mit einem sozialen Lastenausgleich verbinden werde. Zur deutschen Beteiligung vgl. T. Pünder, a. a. O., S. 173 ff.

dem sie ihre Arbeit tun müssen. Einige sagen: Die Information wurde nur in der Form von Empfehlungen gegeben, die man als guten Rat ansehen konnte oder als eine Warnung, die vielleicht sogar absichtlich von Leuten mißverstanden wurde, die meinen, sie könnten in der internationalen Politik mitreden. Aber Adenauers Äußerung ist einfach ein Zeichen blinder Gedankenlosigkeit, weil Bonn ja nicht völlig souverän ist. Kurz, die Kommunikation zwischen den Deutschen und der Militärregierung ist aller Wahrscheinlichkeit nach ungenügend. Der Ausschuß der Verbindungsleute<sup>140</sup> ist dabei eine vernünftige Sache, und nichts könnte auf der Landesebene besser sein, wo dies zur Zeit noch nicht praktiziert wird. Eine Verständigung über finanzielle Probleme ist schwierig, und wenn kein Experte zur Verfügung steht, muß man eben auf eine spätere formelle Antwort warten. Aber jetzt habe sich die Lage so entwickelt, daß Bonn sein Ansehen im deutschen Volk zum großen Teil verloren hat – Eckardt sagte sogar, er glaube, es wäre das beste, wenn das ganze Grundgesetz scheitere. Die Grenzen [der deutschen Verfassungsgebung] mußten diktiert werden, aber diese Grenzen, die nun wiederholt festgestellt wurden, haben zu der verbreiteten Ansicht geführt, daß Bonn nur ein Puppentheater sei, dem es allerdings an Witz fehle. [. . .]<sup>141</sup>

10. April, Sonntag. Heute abend Gespräch mit einem nüchternen und klugen Spruchkammervorsitzenden. Wir waren uns darin einig, daß der Nazismus als aktivistisches Programm tot sei, aber diese Leute<sup>142</sup> sticheln und kritisieren immer noch. Das erscheint jetzt in der Form eines nationalistischen Wiedererwachens. Dann darf man auch nicht vergessen, daß der Nazismus nicht aus dem blauen Himmel fiel; einige seiner Elemente haben Wurzeln, die tief im Deutschen verankert sind: Da gibt es immer noch die autoritäre Tradition, die anti-egalitäre Einstellung, den Militarismus. Das erscheint zwar nicht in den Tageszeitungen, aber in den Wochenzeitungen. Die Tagespresse spricht wenig über die Heimkehrer, aber die Wochenzeitungen bringen, um Leser zu fangen, Bilder von militärischen Szenen, Artikel über das jetzt polonisierte Ostdeutschland, über deutsche Patente, die von den US eingesackt worden sind. Die Tagespresse kann solche Themen vermeiden, nicht aber die Wochenzeitungen – und dieses Zeug wird verschlungen. Es ist nicht mehr reiner Nazismus, sondern eine Rückkehr zu den psychologischen Wurzeln, aus denen der Nazismus wuchs, und stellt zugleich eine Reaktion auf die Bevormundung durch die Besatzungsmächte dar. Kurz: Die wiedereingesetzten Mitläufer als solche sind keine akute Gefahr, noch ist es dieser Nationalismus, von dem so viele Leute zungenfertig daherreden; aber was sich zu beobachten lohnen wird, ist die alldeutsche Mentalität: antidemokratisch, antiinternationalistisch, antisemitisch, autoritär und vielleicht noch ein Schuß Preußentum. Immer wenn die katholische Kirche sich zu reformieren versuchte, schuf sie einen neuen Mönchsorden; immer wenn die Deutschen eine nationalistische Reform erreichen wollten, kehrten sie in der einen oder anderen Form zu dem jetzt erloschenen Preußentum zurück. Am besten ist es, diese Sache sich austoben zu lassen, ohne zu versuchen, sie mit Gewalt zu unterdrücken. Druck würde sie stählen.

---

<sup>140</sup> Wahrscheinlich sind hier die gemeinsamen Beratungen des Siebener-Ausschusses des Parlamentarischen Rates mit den alliierten Verbindungsbeamten gemeint.

<sup>141</sup> Auslassung der Itinerarangaben. Nach der Reise nach Wiesbaden hatte Dorn dort von Ernst Anspach von der Rechtsabteilung der hess. Landesmilitärregierung erfahren, daß auch hier 55% der Richter und Staatsanwälte ehemalige Nationalsozialisten seien, aber dies habe keine große Bedeutung, weil es im Justizministerium und im Oberlandesgericht keine Belasteten gebe, der Justizminister besonders scharf durchgreife und entnazifizierte Richter zunächst nur auf Widerruf anstelle und alle Urteile einer Überprüfung durch die Berufungsinstanz unterzogen würden. Auf der anderen Seite sei der finanzielle Druck, Mitläufer in den aktiven Dienst zu übernehmen, auch in Hessen stark.

<sup>142</sup> Die früheren NS-Anhänger.

Mommsen<sup>143</sup> über das Beamtengesetz: Die Unsicherheit der Amtsdauer<sup>144</sup> wird die Fähigkeiten hinaustreiben; in einem Land, das so überbevölkert ist wie Deutschland, biete es größere Schwierigkeiten, seine Laufbahn zu wechseln, als in einer immer noch mobilen Gesellschaft wie den USA. Hier werde das amerikanische Muster des Civil Service Deutschland aufgedrängt; eine drastische Maßnahme, die einerseits trotz ihrer Drastik nach Zinn<sup>145</sup> nicht weit genug gehe, um die alte Bürokratie aufzusprengen, andererseits aber weitergehe, als es eine bloße Reform dürfe. Man erinnere sich an die alte Schmoller-Kontroverse, ob Bürokraten eine juristische oder wirtschaftliche Ausbildung haben sollten, und die Praxis Friedrichs des Großen, der auf wirtschaftlichen und geschäftlichen Erfahrungen [bei seinen Beamten] bestand. Warum opponiert die SPD gegen das Bonner Programm<sup>146</sup>? Weil dessen föderalistische Struktur dieser zentralistischen Partei eine völlige Veränderung ihrer Struktur aufzwingen werde. Es werde die Partei föderalisieren, in jedem Land mehr oder weniger unabhängige Zentren schaffen – und nichts könne ihr Parteivorstand weniger wünschen.

11. April. [...] Noble, Gesser und Meyr<sup>147</sup> über das BICO Beamtengesetz. Stimmt überein, daß das Wahlgesetz, die Parteien und das Beamtentum im Parlamentarischen Rat (mit insgesamt 64% Beamten) derzeit die schwierigsten Militärregierungsprobleme auf dem Gebiet der Demokratisierung seien. Dieselbe Partei- und Beamtenclique, die auch die Regierungen und Parteien auf Landesebene beherrsche, könne man in Bonn wiederfinden, samt ihrem anscheinend unversöhnlichen Standpunkt. Stellte fest, daß Noble, Gesser und Meyr ernsthaft das BICO Beamtengesetz begrüßen. In Hessen traten sie für ein neues und drastisches Beamtengesetz ein, weil das alte im Juni auslaufe, während derzeit das Kommunalbeamtengesetz, das in Bälde fertig sein sollte, festgefahren sei<sup>148</sup>. Diese Leute sagen, daß 44% [der Abgeordneten] des Hessischen Landtags Beamte verschiedener Ebenen seien. Deshalb fürchten sie, daß das von diesen vorgeschlagene Beamtengesetz keine Zähne haben wird. Offenbar hat der Wirtschaftsrat vor dem Erlaß des BICO Beamtengesetzes 5000 Ernennungen vorgenommen. Er sei mit [dem Gesetz] steckengeblieben und habe es über fünf Monate verschleppt, und als er in korrekter Form ermahnt wurde, habe er durch seine Inaktivität provoziert, daß es verordnet wurde. Sicher war es eine drastische Maßnahme, aber sie war absolut notwendig, um die Vetternwirtschaft in den bizonalen Institutionen zu brechen. Die Parteiführer seien Beamte; sie halten am P[arlamentarischen] R[at] fest, um sich in den Parteien, in den gesetzgebenden Körperschaften und im Staat zu halten; das sei noch schlimmer, als es jemals während der Wei-

<sup>143</sup> Konrad Mommsen, Mitarbeiter des ‚Sozialistischen Jahrhundert‘ und der ‚Wandlung‘ sowie der Heidelberger Aktionsgruppe. Damals Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Frankfurt.

<sup>144</sup> Nach den §§ 9 und 19–21 des Ges. Nr. 15 waren Beamte auf Lebenszeit zunächst ein Jahr auf Probe einzustellen; daneben sollte es Beamte auf Kündigung mit einer Laufzeit von in der Regel nicht mehr als einem Jahr geben. Für den Augenblick hieß dies, daß alle Beamten kündbar waren.

<sup>145</sup> Vgl. Georg August Zinn: Ausschreibung aller öffentlichen Stellen, in: Die Wandlung 4 (1949), S. 142 ff., wo der damalige Leiter des hessischen Landespersonalamtes u. a. fordert, daß der Umfang des öffentlichen Dienstes bei schnell wechselnden Staatsaufgaben flexibel bleiben müsse und die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit „erst nach einer längeren Bewährung und nur im gereiften Lebensalter erfolgen“ solle.

<sup>146</sup> Die westalliierten Anforderungen an das Grundgesetz.

<sup>147</sup> Dale Noble, Chef der Civil Administration Division und wahrscheinlich Milton M. Mayer, der Referent für Regierungsangelegenheiten in der hess. Landesmilitärregierung.

<sup>148</sup> Die Bemühungen der Militärregierung scheiterten. 1949 wurden in Hessen allein zwei Gesetze zur Verlängerung des Beamtengesetzes verabschiedet, 1950 schließlich die Befristung ganz aufgehoben (GVBl. Hessen 1949, S. 55, 133 sowie 1950, S. 1). Das alte Beamtenges. (ebd. 1946, S. 205 ff.) i. d. F. vom 7. 5. 1948 (ebd. 1948, S. 53 ff.) blieb also und wurde später dem Bundesrecht angepaßt (ebd. 1952, S. 80 ff.).

marer Republik war. Diese Leute glauben natürlich, es sei möglich, das System Jeffersons in Deutschland einzuführen: Gewaltenteilung einschließlich innerparteilicher Demokratie und Wahlgesetz. Aber ist nicht all das bis zu einem gewissen Grad die Folge unserer verfrühten Zulassung politischer Parteien? Wir haben sie im Herbst 1945 wiederbelebt, als nur die alten Parteihengste verfügbar waren, und diese Leute – mit nur geringen Änderungen – sitzen alle heute immer noch da: in den Ländern, in den Kabinetten, in den bizonalen Institutionen, im Wirtschaftsrat, dessen Mitglieder durch die Landesparlamente gewählt wurden – diese Leute plapperten nur über die [Volks-]Souveränität, aber sie hätten keinen Mut, sie auszuüben. Das bizonale Beamtengesetz wird eine Revision der Pensions- und Rentenversicherungsregelungen erzwingen, worauf Alfred Weber hingewiesen hat, denn man kann nicht allen diesen Leuten Pensionen bezahlen. Dieselbe Lage wie in den bizonalen Institutionen existiert in den Ländern. Frage ist, ob das bizonale Gesetz eine Revision in den Ländern herbeiführen wird. Die meisten Leute in der Militärregierung glauben dies.

Auch [Werner] Hilpert ist der Ansicht, daß der Länderrat der US-Zone besser gearbeitet hat als der [bizonale] Verwaltungsrat mit Dr. [Hermann] Pünder und der Wirtschaftsrat, der indirekt gewählt und deshalb schwach sei. Zu schwach jedenfalls, um einen starken Standpunkt zu vertreten. Daß diese ganze Sache ein Fehlschlag sei und daß die Ausdehnung des Länderrats mit einem Parlamentarischen Rat besser funktioniert hätte. Denn dort habe man objektiv diskutieren können, aber im Wirtschaftsrat gebe es nur Manöver um politische Positionen. Scharf kritisierte er Dr. Schumacher und seine unbeugsame Opposition. Anscheinend hielt er es mit uns in der Frage des föderalistischen Gedankens, sagte aber, er habe versucht, Höpker-Aschoff<sup>149</sup> bezüglich der Trennung von Bundes- und Landesfinanzen zu beeinflussen. Er war der Ansicht, daß, selbst wenn [eine Bundesfinanzverwaltung] zustandekomme, keine Beamten für sie verfügbar seien, weil die Länder alle aufgesogen hätten. Hilpert wünschte sich eine lockere Handhabung der Defizit-Finanzierung sowie ein breiteres Kreditsystem. [...] Unsere Leute gaben an, wir erschwerten Kredite, bis Westdeutschland hergestellt sei und bis ein Wohnungsprogramm für ganz Westdeutschland ausgearbeitet werden könne. Hilpert wies darauf hin, daß Hamburg mehr als genug Geld habe, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern aber mit Defizit arbeiteten. [...] Die Flüchtlinge würden bald um die Erlaubnis einkommen, eigene politische Parteien zu bilden. Sie würden radikal; das einzige, wodurch sie mit den Einheimischen integriert werden können, sei Arbeit und Wohnung; dies müsse schnell geschaffen werden, oder man werde die Folgen sehen.

CAD<sup>150</sup> Hessen: Über das Beamtengesetz hat es reichlich Publizität gegeben; es war in angemessener Form erklärt worden und war bekannt, bevor es erlassen worden ist.

12. April. Morgens bei [Joachim] Oppenheimer im Hessischen Entnazifizierungsministerium. Nach den Erschütterungen der amerikanischen Politik im Frühjahr<sup>151</sup> hat er die Entnazifizierung seit Dezember wieder ins Lot gebracht und erledigt nun vollends die Arbeit mit acht Spruchkammern und acht Berufungskammern, die ungefähr 500 Fälle im Monat aburteilen. Das Personal dieser Kammern ist vollkommen neu, sie arbeiten besser, obwohl die Verfahren nun auf Dokumente gestützt werden müssen, weil Zeugen nur noch selten erscheinen. Er hat immer noch rund 300 [Häftlinge] im Darmstädter Lager, doppelt so viele wie Württemberg-Baden oder Bayern. Viele der schweren Fälle kommen jetzt erst herein; allerdings werde von Zeit zu Zeit auch ein Gestapo-Mann nur zum

<sup>149</sup> Hermann Höpker-Aschoff (FDP), ehem. preußischer Finanzminister, Vorsitzender des Finanzausschusses des Parlamentarischen Rates, dann MdB.

<sup>150</sup> Innenabteilung der hess. Militärregierung.

<sup>151</sup> Gemeint ist der Druck der US-Militärregierung auf die deutschen Landesregierungen, die Entnazifizierung so schnell wie möglich zu beenden. Gleichzeitig wurden die amerikanischen Special Branches abgebaut und das 2. Änderungsgesetz zum Befreiungsgesetz vom 25. 3. 1948 erlassen.

Mitläufer erklärt. Oppenheimer glaubt, daß der große Wandel im Oktober 1947 mit der Abänderung des Art. 58 (die wünschenswert und gut war) und mit der Vergrößerung des Ermessensspielraums des Öffentlichen Klägers<sup>152</sup> gekommen sei, aber eine wirklich drastische Veränderung erst mit dem „Aufräum“befehl im Frühjahr 1948, der zusammen mit den anderen zu viele ernsthafte Fälle hinausfegte. Aber er glaubt, daß sich seit der Abschaffung der US-Kontrollen (Mängel- und Irrtumsberichte) die Spruchkammern frei fühlten, zu tun, was sie wollten, und dies habe eine Veränderung des Personals zur Folge gehabt. Seitdem geschehe die Prüfung nur durch das Ministerium, und seine [Oppenheimers] Anwesenheit garantiere, daß dies gründlich geschehe. Die Folgen der Politik waren ihm nicht gleichgültig. Er erwähnte, 35% der Nazis seien wieder im öffentlichen Dienst, die meisten davon in untergeordneten Positionen, aber nicht alle. Einige sogar trotz Einstufung in eine höhere Klasse, obwohl es hier keine dauernde Anstellung gebe, sondern nur Beamte auf Widerruf. Sie seien auch wieder in einigen Ämtern wie dem Wirtschaftsamt, wo sie schaden könnten. Wenn z. B. ein früherer Spruchkammervorsitzender oder Öffentlicher Kläger eine Anstellung oder Lieferungen wolle, sagten sie, es sei nichts frei. Es gebe zwar ein Gesetz, daß jede Behörde 2% [ihres Personalbestands] aus dem Spruchkammerpersonal nehmen müsse, aber seit der Währungsreform habe das Finanzministerium eine Kürzung um 20% angeordnet. Deshalb komme nur ein sehr geringer Teil des Spruchkammerpersonals wieder in ein Amt, ungeachtet des vorhandenen Gesetzes<sup>153</sup>.

Flüchtlinge. Oppenheimer hatte eine ganze Menge über die Gefahr zu sagen, die aus dieser Richtung komme. Sie zu entnazifizieren, sei unmöglich, weil es an Beweisen aus dem Osten mangle. Sie stellten nun in vielen Grenzkreisen die wichtigste politische Gruppe dar. Er erwähnte die Kreistagswahlen in Alsfeld, wo die SPD und die CDU je 50% verloren hätten und FDP und NDP zusammen die absolute Mehrheit hätten<sup>154</sup>. [Die Flüchtlinge] seien nationalistisch, sprächen von einem Krieg zwischen Ost und West, wodurch sie ihre alte Heimat wiedererlangen würden; viele Nazis seien unter ihnen – radikal im Sinne der Rechten. Sie seien heimatlos und arbeitslos und hätten kein Interesse am gegenwärtigen Regime; radikal antirussisch und antikommunistisch. Die Wahlen in Alsfeld seien ein klarer Beweis, daß sie zur Zeit eine politische Gefahr für die deutsche Demokratie darstellten. Die Regierung sei sich natürlich dieser Gefahr bewußt und habe gerade zwei Millionen DM zur Linderung ihrer Not bereitgestellt. Aber das einzige Heilmittel, das eine wirkliche Behebung der Not bringen könne, sei ein allgemeines Wohnungsprogramm zusammen mit [der Neuansiedelung von] Industrien, die Arbeiter absorbieren könnten. Die Regierung hat Geld; aber mit dem Bauen wachsen auch die Baukosten, wie Dr. Hilpert gestern aufgezeigt hat. Er sprach von einem sozialen Wohnungsprogramm [...]. Oppenheimer ist über die derzeitige Stimmung [unter den Flüchtlingen] besorgt; sie gingen in die NDP, eine nationalistische Partei mit nationalistischen Slogans. Die KPD habe zwar ihre ursprüngliche Mitgliederschaft verloren, aber die Nazis strömten in sie ein. Die SPD habe stark verloren, weil sie mit der CDU zusammengespield, die Sozialisierung, den Lastenausgleich und eine wirkliche Hilfe für die Heimkehrer nicht erreicht habe. Die

<sup>152</sup> Vgl. II. 4.

<sup>153</sup> Vgl. Gesetz zur Überführung der bei der polit. Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen vom 23. 3. 1948 (GVBl. Hessen 1948, S. 45 ff.) § 15 i. V. m. DVO vom 18. 5. 1948 (ebd., S. 72) Abs. 4. Offenbar war der Erfolg gering, so daß zwei weitere DVO notwendig wurden, um das Landespersonalamt bei der Unterbringung dieser Personen zu unterstützen (vgl. ebd. 1949, S. 154 und 1950, S. 91 f.).

<sup>154</sup> Die auf Nordhessen begrenzte nationalkonservative ‚Nationaldemokratische Partei‘ unter Heinrich Leuchtgens (früher MdL der Landvolkspartei, später MdB der FDP und der ‚Nationalen Rechten‘) hatte in den Kreistagswahlen vom 28. 4. 1948 in Hessen 3,4% der Stimmen erhalten. Bei einer Nachwahl in Alsfeld im Frühjahr 1949 hatte sie im Landkreis 19,5% und in Alsfeld-Stadt 31,5% der Stimmen erhalten, nachdem sie heftig gegen die Entnazifizierung vom Leder gezogen hatte und die Wahlbeteiligung gering geblieben war. Vgl. Tauber, a. a. O., S. 78.

CDU habe verloren, weil sie für die gegenwärtige Politik verantwortlich sei, deren strenges Kreditsystem zu wenig führe. Es gibt Geld. Es gibt Baumaterial. Und doch wächst die Arbeitslosigkeit immer noch. Zusammen mit der ungenügenden Hilfe für die Flüchtlinge habe das ihre derzeitige Stimmung hervorgebracht, und diese sei vor allem undemokratisch. Man vergleiche den Wiesbadener Kurier vom 12. April<sup>155</sup>.

12. April. Kogon, Herausgeber der Frankfurter Hefte. Es ist immer unklug, wegen der Not des Augenblicks auf Kosten der größeren Perspektive zu handeln. Kogon ist der erste Deutsche, der sich um Weitblick bemüht und ein größeres Blickfeld besitzt, das er in den USA bekommen hat. Kogon ist zur Zeit natürlich vor allem mit Bonn beschäftigt. Er sprach von Dr. Schumacher, der, bettlägerig, manische Züge entwickelt habe<sup>156</sup>. Er versuchte, sein Verhalten zu erklären. 1. Der F. D. R.<sup>157</sup> Deutschlands, der sich über körperliche Leiden und Schwächen erhebt; er hat Führerqualitäten. 2. Durch seine Opposition hat er die Chance, nationale Elemente anzuziehen, die es in der SPD reichlich gibt, Max Brauer (die Kaiserlichen Sozialisten), Carlo Schmid, Hoegner etc.; er kann nicht zulassen, daß dieses Element von einer Partei der Rechten organisiert wird, was angesichts der Verfassungsfrage im Entstehen begriffen sein könnte. 3. Die SPD könne sich nicht erlauben, die Formierung Westdeutschlands scheitern zu lassen, auch die SPD-Führung, [z. B.] Leutgens<sup>158</sup>, sein außenpolitischer Berater, sehe das. Er werde gewiß verhandeln und schließlich mit einem verkürzten Grundgesetz von 80 statt 250 Artikeln hervortreten, das er in Reserve halte<sup>159</sup>. Klar ist, daß sich die SPD, wenn sie die gegenwärtige Verfassung akzeptierte, reorganisieren müßte; [Schumacher] könne aber nicht der Parteidisziplin in 12 Ländern sicher sein, ohne ein ungeheures Ausmaß an Verhandlungen, das er vermeiden müsse. Er hoffe auf eine deutsche sozialistische Führung in Europa in 3 oder 4 Jahren: Denn die Briten würden zu Hause reichlich zu tun haben, die Franzosen seien in verschiedene politische Gruppen zersplittert, die Belgier uneinig, die Holländer keine Marxisten; nur die deutschen Sozialisten hätten eine gesunde marxistische Tradition. Zur Zeit freilich sei die Verbindung von Transport House<sup>160</sup>, London, zu Schumachers Hauptquartier offensichtlich und beständig [wirksam], und es sei kein Zufall, daß General Sir Brian Robertson der SPD sagte, sie solle aushalten, ihre Vorschläge würden in Betracht gezogen werden. Aber diese Verbindung habe in der Außenministerkonferenz bezüglich der Anweisungen an Bonn versagt. Bevin habe an Boden verloren, und Bonn könne der Direktive der Außenminister nicht ausweichen. Voraussichtlich werde deshalb Schumacher

<sup>155</sup> Vgl. „Wiesbadener Kurier“ vom 12. 4. 1949, S. 1 „Flüchtlingssiedler“ und S. 6 „Flüchtlingsverlust“.

<sup>156</sup> Schumacher erholte sich nur langsam von einer Beinamputation; am 20. 4. 1949 erschien er zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit.

<sup>157</sup> Franklin D. Roosevelt litt an den Folgen einer Kinderlähmung und konnte nie mehr ohne Krücken oder Stöcke gehen.

<sup>158</sup> Gemeint ist offenbar Gerhard Lütken (geb. 1893), sozialdemokratischer Diplomat und England-Emigrant (1937–1947). 1949 außenpol. Referent im SPD-Parteivorstand und MdB.

<sup>159</sup> Nachdem die CDU unter dem Druck der Alliierten vom ‚großen Kompromiß‘ abgegangen war, zog die SPD aus dem Siebener-Ausschuß aus und wollte einen ‚vereinfachten Entwurf‘ erstellen, der sachliche Änderungen mit einer 2/3-Kürzung verbinden sollte. Der dann am 23. 4. publizierte Entwurf umfaßte aber 124 Artikel und war im wesentlichen der Wiederaufbau der SPD-Verhandlungsposition für die nun anstehenden zwischenparteilichen Kompromisse. Die SPD wollte die Intervention der Militärgouverneure zugunsten der Extremföderalisten neutralisieren. Vgl. Keesings Archiv 1948/49, S. 1884 A, 1889 C, 1903 C, Wiedergabe der wesentl. Änderungen. Damit schloß die SPD zugleich an ihr anfängliches Argument an, daß sich die westdeutsche Verfassung angesichts des Provisoriumscharakters des westdeutschen Staates und der unter der Besatzung beschränkten Selbstbestimmung mit den notwendigsten Regelungen im Sinne eines Organisationsstatuts begnügen solle. Vgl. den sog. 2. Menzel-Entwurf vom 2. 9. 1948, in: Sörgel, a. a. O., S. 279 ff.

<sup>160</sup> Für: Führung der Labour Party.

seine Opposition dramatisieren, und zuguterletzt werde sein internationaler Verbündeter mit dieser kurzen Verfassung von 80 Artikeln hervortreten.

Die amerikanische Politik sei vernünftig gewesen: Erst der wirtschaftliche Wiederaufbau, und dann könne man im Sog des wirtschaftlichen Aufschwungs das soziale Problem an sich herankommen lassen, um es zu lösen. Versuche, diese Politik kritisch zu überprüfen. Wir haben das ERP in Gang gebracht, die Produktion ist um 85% angestiegen, die Leute essen; aber im deflationären Prozeß sind die Arbeitslosigkeit und das Flüchtlingsproblem wichtiger geworden. Man kann das Flüchtlingsproblem nicht verniedlichen, es ist explosiv, besonders, da es jetzt ein ungeheures politisches Potential geworden ist. Kann eine soziale Note in die amerikanische Politik hineinkommen, ohne daß diese kapituliert? [. . .] Clay hat erklärt, die Wohnungsfrage sei eine deutsche Sache, darüber hinaus wird das Gegenkonto<sup>161</sup> jetzt für die Unterstützung der Berliner Luftbrücke und zur Ernährung Berlins gebraucht. Die Kosten der Berlinoperation für Ernährung, Post etc. sind niederschmetternd und schlagen ein schreckliches Loch in den Etat der Westzonen. Kann diese Ausgabe auf unabsehbare Zeit weitergehen? Ich meine, müssen die Deutschen jede Art von Ausgaben für soziale Zwecke beenden, um die Berliner Luftbrücke zu unterstützen? Mittlerweile fordern das Flüchtlingsproblem, der Lastenausgleich, die Anpassung der Pensionen und Renten infolge der Währungsreform größere Aufmerksamkeit.

Kogon glaubte, die Beamten- und Gewerbebefreiungsgesetze seien zwar unpopulär, aber in ihren langfristigen Auswirkungen nicht ungünstig für die Militärregierung. Denn die Durchschnittsdeutschen kritisierten die Bürokraten noch mehr als die Militärregierung. „Sie haben ja doch nichts gemacht.“ Er kannte die scharfe Kritik am Beamtengesetz, die von Leuten wie [Alfred] Weber kommt, [meinte] aber, es werde zwar Opposition dagegen geben, sie werde aber wegen der Dringlichkeit anderer Probleme abebben. Dieses Gesetz wie auch das einschneidendere zur Gewerbebefreiung werde langfristige Wirkungen haben, aber man werde sie beim schnellen Gang der Dinge aus den Augen verlieren. Kogon hielt für den großen Fehler der Militärregierung, daß sie im Namen der Demokratie Deutschland die Struktur des amerikanischen Erziehungssystems vorgeschrieben habe. Er hielt das für eine falsche Einmischung in das Elternrecht, die Erziehung der Kinder zu bestimmen<sup>162</sup>. Zwar drängte ich ihn fortgesetzt, diesen Punkt zu erläutern, aber er war offensichtlich gefühlsmäßig zu tief an dieser Frage engagiert. Ich hatte nie viel Sympathie für den Dogmatismus unserer Erzieher; die Briten scheinen nicht so weit gegangen zu sein. In der französischen Zone werde die humanistische Bildung in jeder Hinsicht unterstützt, in der US-Zone werde sie dagegen als undemokratisch verketzert. Darauf ist es schwer zu antworten, wenn man überhaupt irgendeine Achtung vor humanistischer Bildung hat. Aber welcher amerikanische T. C.<sup>163</sup>-Mann hat das schon?

Abfluß deutscher Finanzen, bevor sozialpolitische Überlegungen beginnen können: 1. Berlin, 2, Besatzungskosten, 3. Flüchtlinge, 4. Wiedergutmachungsfonds.

13. April [. . .] saß ich mit Merton von der Metallgesellschaft<sup>164</sup> zusammen, einem bemerkenswerten Mann, halb Engländer. Spricht englisch so gut wie deutsch, weil er – teilweise

<sup>161</sup> Gemeint ist der Fonds, in dem im Rahmen des GARIOA-Programms die deutschen Zahlungen für die sog. A-Importe (amerikanische Agrarüberschüsse zur deutschen Ernährung) zusammenflossen und der an sich zur Kreditierung produktiver und Infrastrukturinvestitionen genützt werden sollte. Bis zum 31. 3. 1949 waren für die Luftbrücke ca. 155 Mill. Dollar Transportkosten aufgewendet worden. Darüber hinaus erhielt Berlin seit dem Beginn der Blockade aus Mitteln der GARIOA und der Bizone (Überbrückungskredit, Notopfer-Berlin, später Kaffeesteuer) Hilfe in einer monatlichen Höhe um 90 Mill. DM, die z. T. als Kredite erschienen. Vgl. Proske, a. a. O., S. 385 ff.; Pietre, a. a. O., S. 469 ff. (zur GARIOA); Jürgen Fijalkowski u. a.: Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, Köln/Opladen 1967, S. 238 f.

<sup>162</sup> Vgl. Anm. 79.

<sup>163</sup> Teachers' College, Pädagogische Hochschule.

<sup>164</sup> Richard Merton (geb. 1881), Aufsichtsratsvorsitzender des Frankfurter Mischkonzerns „Metallgesellschaft AG“, deren Stammhaus das 1881 gegründete Metallhandelsunternehmen Wilhelm

jüdischer Herkunft – den Krieg in Großbritannien verbrachte. Ein Geschäftsmann, der über alles in Wirtschaft und Politik informiert ist. Deutschland komme ohne eine Bundesfinanzverwaltung nicht aus. Der „Lastenausgleich“ werde den Flüchtlingen nicht viel helfen, aber man müsse vielleicht die Anträge durchgehen. Überhaupt hatte er ein vorzügliches Verständnis der wirtschaftlichen Lage. Die gegenwärtige knappe Kreditlage müsse etwas gelockert werden. Man könne den Flüchtlingen zwar mit Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungen helfen, aber grundsätzlich sei die Sache unlösbar. Er hielt es für ein europäisches Problem: Und die Franzosen sollten mehrere 100 000 [Vertriebene] abnehmen. Da er etwas von einem Nationalisten hat, verurteilte er unsere Kulturpolitik. Er kenne die Lage der Flüchtlinge sehr gut von seiner Sommervilla bei Frankfurt. Er selbst gehöre ja zu den saturierten 5% der deutschen Bevölkerung, aber diese armen Teufel hätten keine Zukunft: Textilarbeiter, aber keine Textilfabriken. Bauern, frühere reiche Grundbesitzer arbeiteten Pläne für die Wiederbesiedlung des Ostens nach dem nächsten Krieg aus. Auf dem Schwarzen Markt gediehen sie, aber der sei jetzt ruiniert, keine Arbeit und keine Zukunft – kein Wunder, daß sie radikal seien.

Dann eine Stunde lang bei Dr. [Walter] Kolb, dem derzeitigen Frankfurter Oberbürgermeister und Präsidenten des Städtetags. Wollte mit ihm über die Autonomie und Selbstverwaltung der Gemeinden angesichts der Einmischung der Landesregierung, besonders des Finanzministeriums, diskutieren. Das war für ihn ein wunder Punkt, besonders da Clay Frankfurt kritisiert hatte, weil hier die Trümmerräumung noch nicht gelungen sei. Frankfurt sei verschuldet, könne seine Arbeiter nicht bezahlen; habe kein Geld, weil der Finanzminister den Großstädten ihren Teil [am Steueraufkommen] nicht zukommen lasse. Frankfurt zahle 80 Millionen Steuern und bekomme nur 10 Millionen zurück; die Großstädte würden dazu vom Finanzminister verpflichtet. Man könne die beste Verfassung in der Welt haben, aber sie werde nicht arbeiten, wenn der Finanz[minister] sich weigere, den Großstädten einen angemessenen Anteil der Einkommensteuer zu geben. Das Aufräumungsprogramm sei gestoppt worden. Er sprach vom Städtetag, und zwar von der Petition an den Finanzminister und den Landtag, die Zuteilung aus dem Finanzaufkommen [des Landes] an die Großstädte zu erweitern<sup>165</sup>. [ . . . ]

Während ich dann am Abend in der Halle des Carlton Hotels saß: Siehe da, blickte ich geradewegs auf Kapitän Jeffs und Wilhelm Kaisen aus Bremen. War entzückt über dieses zufällige Zusammentreffen, weil ich Kaisen seit Herbst 1946 nicht mehr gesehen hatte. Kaisen in strahlender Laune; er sagte (scherzend), Dr. Schumacher sei vollständig verrückt. Seine Magengeschwüre seien ausgeheilt, seit sein Bein amputiert worden sei. Meine Vermutung, Schumachers Verhalten sei taktisch, teilte er nicht. Dann erinnerten wir uns an früher, als ich ihn auf seinem Bauernhof gefunden hatte [ . . . ]. Habe herzliche Empfindungen für diesen ausgeglichenen, nüchternen und vernünftigen Sozialdemokraten, der eine ruhige Hand und einen abwägenden Kopf hat. Wenn er nur ein bißchen mehr von der akademischen Ausbildung Schumachers hätte! Ich glaube, er hätte dessen Führung in Frage stellen können, wie es Dr. Reuter könnte und meiner Meinung nach auch tun wird.

14. April. Am frühen Nachmittag besuchte ich Herrn Richter, den Generalsekretär der hessischen Gewerkschaften<sup>166</sup>. Er sprach von der Disziplin der hessischen Gewerkschaft

Merton war. Merton wurde führender Funktionär internationaler Handelskammervereinigungen und Präsident des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft.

<sup>165</sup> Die Gemeinden waren von den Ländern bei der Erschließung ihrer Finanzquellen abhängig, da ihnen gerade der Versuch mißlang, im Parlamentarischen Rat neben einer allgemeinen Verankerung des Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung auch eine Beteiligung am Gesamtsteueraufkommen und Finanzausgleich verfassungsrechtlich abzusichern. Vgl. neben Sörgel, a. a. O., S. 158 ff., Otto Ziebill: Geschichte des deutschen Städtetages, Stuttgart 1955, S. 245 ff., und Wolfgang Hofmann: Städtetag und Verfassungsordnung, Stuttgart 1966, S. 144 ff.

<sup>166</sup> Willi Richter (geb. 1894), Mitglied des bizonalen Wirtschaftsrats (SPD) 1947–1949, MdB 1949–1957, seit 1956 Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

ten, die trotz der Lücke, die zwischen Löhnen und Preisen klappte, von Streiks Abstand nahmen, um die Preisspirale nicht in Bewegung zu setzen. Die Gewerkschaften seien willens, Erhard eine Chance zu geben. Er räumte ein, daß dessen Politik bisher günstige Ergebnisse gehabt habe, obwohl seine Jedermann-Kampagne nach der Währungsreform zu spät gekommen sei. Richter ist nicht die Sorte Gewerkschaftsführer, wie ich sie mir vorgestellt hatte. Ich hatte einen feurigen Marxisten erwartet, aber keine Spur davon. Über die allgemeinen Ziele der Gewerkschaften diskutierte er nicht; ihn beschäftigte offenbar vor allem ihre erzieherische Aufgabe. Er sprach des längeren von der Gewerkschaftsschule in Frankfurt<sup>167</sup>, wo man sich erfolgreich um die Heranbildung eines brauchbaren Nachwuchses bemühe, sowie von Fernkursen für Arbeiter über Wirtschaft, Buchhaltung, Mathematik, Grundlagen des Ingenieurwesens etc.; nach Absolvierung dieser Kurse hätten die Leute die Voraussetzungen, um auf die Frankfurter Schule zu kommen. Er wies auf die vollständige Integration der Flüchtlinge in den Gewerkschaften und auf die Arbeit der Gewerkschaftssekretäre unter [Flüchtlingen] hin. Sie unterhielten einen bezahlten Sekretär in jedem Landkreis mit sehr vielen Flüchtlingen. Dieses System mache sich trotz seiner Kosten bezahlt. Er vertrat in der Flüchtlingsfrage einen hoffnungsvolleren Standpunkt, allerdings hielt er eine Steuerreform für notwendig. Er war über das Wiedereindringen von Nazis in den öffentlichen Dienst nicht besorgt und billigte das Beamten- und das Gewerbefreiheitsgesetz. Dann griff er das Wohnungsproblem auf und erzählte von den Kooperativen und von Wohnungsprojekten, die von den Gewerkschaften finanziert würden. Sprach davon, daß man Geld sparen müsse und daß die Gewerkschaften überall dazu ermunterten. Er erwähnte im besonderen zwei Wohnungsbauprojekte, ein fertiges und eines im Gange, auf gewerkschaftseigenem Boden. Beklagte sich nicht über Hilpert, hoffte aber auf eine Lockerung der Kreditrestriktionen.

Morgens war ich zwei Stunden bei Dr. Erich Köhler, dem Präsidenten des Wirtschaftsrats. Er begann sofort mit den kurz- und langfristigen Investitionsplänen und diskutierte dann das Lastenausgleichsgesetz, für das er die Zustimmung der Militärregierung erhoffte, nicht nur, weil es notwendig sei, sondern weil es positive Handhaben biete, um die Flüchtlinge gesellschaftlich zu integrieren. Es beinhalte hauptsächlich Darlehen an junge [ehemalige] Soldaten, um sich einrichten zu können. Er fragte sich, ob die Militärregierung diese direkte Hilfe genehmigen werde<sup>168</sup> oder ob sie einen anderen Plan unterstütze, um den Flüchtlingen zu helfen. Er erwähnte Details dieses Plans, den ich noch nicht gelesen hatte, und gab mir Literatur darüber. Köhler hoffte, daß die Militärregierung die Deutschen ihr Stimmrecht in der OEEC ausüben lassen werde, bevor Westdeutschland konstituiert sei – ich würde eher nein sagen, wenn in Bonn noch weiter gezögert wird. Allgemein wollte Köhler den Wirtschaftsrat mit einigen höchst bedeutsamen Gesetzgebungswerken bedenken. Dieser Mann ist wirklich klug, anpassungsfähig und höflich; auch Addy schien von seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit überzeugt zu sein. Köhler kritisierte noch einmal den Erlaß des Beamtengesetzes, das zu 90% dem deutschen Gesetz entspreche; es seien nur einige amerikanische Besonderheiten hinzugekommen, die auf Deutschland kaum anwendbar seien. Wenn er Minister wäre, würde er keinem Beamten des Personalamts erlauben, seine wichtigsten Berater und Beamten zu ernennen. Offensichtlich ist er politisch ehrgeizig, erwähnte eine Einladung in die USA, zu der er jetzt keine Zeit habe; auch wolle er nur als offizieller Vertreter und nicht als Privatperson reisen. Vor dem Auslaufen des Wirtschaftsrats will er noch: Steuerreform, Lastenausgleich, Finanzausgleich, lang- und kurzfristige Kredite – um mit ‚éclat‘ zu schließen<sup>169</sup>. Er sprach mit offenbarem Stolz

<sup>167</sup> Akademie der Arbeit.

<sup>168</sup> Das nach einer Intervention der Militärregierung zustandegekommene ‚Soforthilfegesetz‘ (GBl. d. Verw. d. Ver. Wirtschaftsgebiets S. 205 ff.) sah zwar eine Hausratshilfe und eine Aufbauhilfe (§§ 44 f.) vor, jedoch nur für Flüchtlinge, Sachgeschädigte und politisch Verfolgte (§ 31).

<sup>169</sup> Da die Militärregierung den Standpunkt vertrat, daß grundlegende sozialpolitische Fragen erst durch die Organe der BRD entschieden werden sollten, ist dieses Programm nur bruch-

vom Wirtschaftsrat, der das Grundgesetz hätte schnell[er] schreiben können, trotz der Position der Sozialisten. Er sagte, er habe eng mit Dahrendorf<sup>170</sup>, dem SPD-Führer, zusammengearbeitet, und diese Kooperation sei vorzüglich gewesen. War natürlich äußerst kritisch gegen Schumacher und seine Parteihengste.

Am späten Nachmittag hielt ich bei IG-Farben und sprach kurz mit Wolfsburger<sup>171</sup>, tut sich offensichtlich viel auf sein Beamtengesetz zugute, obwohl er das zunehmende Geheul kennt. Anscheinend weiß er, was er tut, und war auch in enger Verbindung mit den Deutschen, während [das Gesetz] entworfen wurde. Gleichwohl schien er sich der Kritik, die dagegen erhoben wurde, nicht bewußt zu sein. Allerdings war er behend genug, auf jede kritische Bemerkung eine Antwort parat zu haben. Zweifellos war ihm der revolutionäre Charakter seines Gesetzes klar, und er hoffte zuversichtlich, daß es von den Ländern nachgeahmt werde, die in Kürze vergleichbare Landesgesetze machen müssen. Vielleicht war ein so weitgehendes Gesetz jetzt notwendig, aber ob es so bleiben wird, ist eine andere Frage. Hörte von Addy, daß das Gesetz nicht endgültig sei. Die Deutschen hätten einige Gegenvorschläge gemacht, die auf Clays Entscheidung hin geprüft werden sollten. Addy war grundsätzlich gegen eine Neuüberprüfung, aber ich glaube, es ist der beste Weg, das Gesetz [als Modell] für die Zukunft zu retten, wenn man es ganz oder doch wenigstens gewisse Bestimmungen darin überprüft<sup>172</sup>.

Sah Hans Simons im Korridor und [Konrad] Mommsen, der vor der SPD-Sitzung am 20. April<sup>173</sup> ziemlich Angst hatte, weil die Leute, die sich dort trafen, mit Ausnahme Kaisens und einiger anderer zum größten Teil Schumachers Kreaturen seien, die mit aller Wahrscheinlichkeit seinen Befehlen folgen und gegen den Kompromiß in der Verfassung, den die CDU akzeptieren wolle, stimmen würden.

15. April. [...] <sup>174</sup> Verbrachte den ganzen Tag mit Kaisen, dem vernünftigsten, ernsthaftesten und staatsmännischsten Führer in der SPD, vielleicht mit Ausnahme von Dr. Ernst Reuter [dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin]. Es war die längste und intensivste Diskussion, die ich je mit einem Deutschen hatte: über annähernd jede Phase der Militärregierung und der deutschen Politik, insbesondere die Schumachers, die ihn offensichtlich beunruhigte. Es war auffallend, wie er den ganzen Tag immer wieder auf

---

stückhaft durchgeführt worden. Immerhin wurde jedoch – in Anpassungs-, Überleitungs- und Notgesetze aufgesplittet – eine Reihe von derartigen Maßnahmen noch im Laufe des Sommers in Kraft gesetzt. Vgl. die Zusammenstellung bei T. Pünder, a. a. O., S. 212 ff.

<sup>170</sup> Gustav D. J. Dahrendorf (geb. 1901), SPD-MdR 1932/33, Mitglied des Berliner Zentralausschusses der SPD und Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in der SBZ 1945/46; Vizepräsident des Wirtschaftsrates der Bizone.

<sup>171</sup> Ellsworth C. Wolfesperger, US-Abteilungsleiter für öffentlichen Dienst und Verwaltungsgerichtsbarkeit in der BICO, die im ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben in Frankfurt untergebracht war.

<sup>172</sup> Ges. Nr. 15 wurde durch Verordnung der Militärgouverneure zum 20. 5. 1949 geändert (Beil. Nr. 4 z. GBl. d. Verw. d. Ver. Wirtschaftsgebiets 1949, S. 3 f.). Dadurch wurde u. a. durch Einführung des ‚Beamten auf Probe‘, eine Verlängerungsmöglichkeit des Beamten auf Kündigung und die Präzisierung des Disziplinarrechts eine Annäherung an die beamtenrechtliche Tradition vollzogen. Zugleich wurde den bizonalen Beamten die Wahrnehmung von Wahlämtern auf kommunaler Ebene (Gemeinderäte, Kreistage) freigegeben. Von deutscher Seite wurde diese Änderung aber nur als Linderung des Affronts betrachtet; Ges. Nr. 15 lief mit der Übernahme des bizonalen Personals in die Bundesverwaltungen aus, ohne modellbildende Kraft entwickelt zu haben. Vgl. T. Pünder, a. a. O., S. 293 f. u. Anm. 28.

<sup>173</sup> Vgl. Anm. 10.

<sup>174</sup> Itinerarangaben über Reise nach Bremen. In der dortigen Militärregierung erfuhr er, daß hier nur ca. 10 NS-Verbrecherprozesse stattgefunden hätten und es keine routinemäßige Überprüfung deutscher Gerichtsurteile gebe. Das Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Bremen, Wilhelm Kaisen (SPD), begann bei einem Essen beim Landesmilitärgouverneur, Kapitän Charles R. Jeffs, und zog sich dann über elf Stunden hin.

Schumacher und den Standpunkt zurückkam, den er am 20. April in Hannover bezüglich der Verfassung einnehmen werde. Verschiedentlich warf er die Frage auf, was geschehen solle, wenn die SPD den Kompromiß ablehne und auch der andere Plan sich nicht bewähre<sup>175</sup>. Er fürchtete, die Franzosen würden gegen eine Revision der Verfassung ihr Veto gemäß Besatzungsstatut einlegen. Verschiedentlich erklärte er seinen eigenen Standpunkt und wollte von mir offenbar die ganzen internationalen Folgen eines Scheiterns [des Parlamentarischen Rates] erfahren. Sein Standpunkt: Wir sind nicht souverän, wir müssen die politischen Richtlinien der Außenminister annehmen – wenn sie nicht an Schumacher in einer vollständig anderen Form gelangt sein sollten, nämlich mit der Hinzufügung, daß ihr Plan einer Bundesfinanzverwaltung<sup>176</sup> angenommen würde.

Der Standpunkt, den Kaisen am 20. April in Hannover einnehmen will, beruht auf folgendem Grundgedanken: Dieses Grundgesetz ist provisorisch und kann nicht anders sein. Allerdings wissen wir, daß die Franzosen gegen eine Veränderung der Verfassung etwas einwenden könnten; in der Tat fürchten wir genau das. Aber dieses Risiko müssen wir auf uns nehmen, denn es wäre eine Illusion [, zu meinen], wir seien im Augenblick souverän. Es mag sein, daß sich dieses Grundgesetz nicht bewähren wird, aber erst wenn wir es ein Jahr lang versucht haben, können wir den Alliierten beweisen, daß es nicht geht, und die Frage der Bundesfinanz[verwaltung] mit den Außenministern erfolgreich austragen. (Aber er ist sich nicht sicher. Und Sir Brian [Robertson] sagte den Bonner Führern, daß sie [den] Grad von Zentralisierung durchbringen könnten, den Schumacher für die Deutschen für notwendig hält). Wir sollten diesen Kompromiß, der uns jetzt aufgezwungen wird, unter der Bedingung annehmen, daß wir die Frage nach einem Jahr wieder zur Debatte stellen können. Wenn es ein Befehl ist, müssen wir ihn akzeptieren, weil wir eine unabhängige Politik nicht treiben können. Kaisen betonte, daß Schumacher beständig an die Ostzone und ihre Forderung nach Zentralisierung denke und daß dies kein Monopol der Commies werden dürfe. Die Sozialisten haben natürlich auch ein eigenes Motiv für Zentralisierung: Sozialisierung. Außerdem, glaubte Kaisen, könne Schumacher es nicht zulassen, daß der Nationalismus die Sache einer Rechtspartei werde, weil dies das Ende des Sozialismus wäre, dessen Zukunft ohnehin prekär genug sei. Kaisen jedoch war an den internationalen Zusammenhängen interessiert: Der Westen wolle Westdeutschland jetzt und mache seine Errichtung zur Bedingung jener neuen Privilegien<sup>177</sup>, die versprochen worden seien. Während Kaisen sprach, war es klar, daß er geistig um einen Standpunkt rang und das, was er zu mir sagte, keine Festlegung, sondern nur den Versuch bedeutete, eine Grundlage für eine Entscheidung zu finden. Er war ganz und gar nicht sicher, daß der 20. April die Entscheidung bringen werde, die die Alliierten wünschten. Eine Weile spekulierte er darüber, was die Ministerpräsidenten zur Vermeidung der Gefahr tun könnten und würden. Immerhin habe man den Länderrat und den Wirtschaftsrat, aber er war besorgt über die OEEC, die eine Rolle spielen müsse. Wir waren uns einig, daß Deutschland jetzt in die westliche Union hineinkommen müsse. In der allgemeinen Richtung schien es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns zu geben. Allerdings kam er immer wieder auf die internationale Position [Deutschlands] zurück.

Im Zusammenhang mit Schumachers Standpunkt, sagte Kaisen, müsse man sich seiner Ansicht über das Ost-West-Verhältnis erinnern: Einerseits stelle die Sowjetunion die deutsche Einheit heraus<sup>178</sup>, und andererseits schwele untergründig eine nationale Bewegung an, was er für unvermeidbar halte und nicht dem Zugriff der Propaganda einer anderen, nämlich einer Rechtspartei, überlassen wolle. Im Lichte der Notwendigkeit, Westdeutschland in die gegenwärtige Organisation Westeuropas einzugliedern, beklagte

---

<sup>175</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der ‚bereinigte Entwurf‘ des GG, den die SPD damals vorbereitete.

<sup>176</sup> Der Plan der SPD.

<sup>177</sup> Anhebung der zulässigen Industriekapazität, Senkung der Demontagen, ERP-Kredite, Souveränitätszuwachs.

<sup>178</sup> Frei für: „Soviet R. sponsoring the national issue“.

Kaisens Mangel an Flexibilität. [Diese Eingliederung] sei jetzt die erste Notwendigkeit, nicht eine endgültige Verfassung. Auf der anderen Seite ermögliche das Besatzungsstatut Frankreich, später eine Änderung der Verfassung zu blockieren, was [auch] für Kaisen ein beunruhigender Gedanke war. So fragte er sich, ob Schumachers Position am Ende nicht doch die richtige sei, obwohl er das nicht sagte. Kaisen ist *der* Gegenspieler Schumachers, und wenn Schumacher verliert, gewinnt Kaisen, gewinnt auch die Unterstützung der Partei. [Allerdings] gehört Kaisen durchaus nicht zu den Parteibürokraten, die sich am 20. April in Hannover versammeln. Die Frage seiner Führerschaft steht zur Debatte. Kaisen erwähnte, einige SPD-Leute hätten ihn gebeten, die Führung zu übernehmen; ob er damit die Parteiführung oder die Führung Westdeutschlands<sup>179</sup> meinte, kann ich nicht sagen – vermutlich das zweite, angesichts seiner von Anbeginn an geschickten und klugen Behandlung der Bremer Lage. Kaisens Gesundheit ist nicht gut, mußte neulich Urlaub nehmen, aber im allgemeinen blieb er während dieser langen elfstündigen Diskussion gut in Form. Während dieser ganzen Zeit dachte er darüber nach, was er tun sollte. Mehrfach sagte er: Wir wollen diese Finanzzuständigkeit des Bundes, aber seit der Konferenz der Außenminister werden wir uns dem Unvermeidlichen beugen, weil wir es uns zu diesem Augenblick nicht leisten können, dem gesamten Westen zu opponieren. Wir nehmen den Kompromiß jetzt an, um Deutschland in das westliche Europa zu integrieren. Sicher werden wir das nur mit bösen Ahnungen versuchen können; wenn [die Finanzverfassung dann] gescheitert ist, kommen wir auf unsere alte Position zurück und haben dann die besseren Argumente<sup>180</sup>.

Was Kaisen am tiefsten berührte, war das Erziehungsproblem. Er sagte, er könne die Niederlage und die Besatzung als Folge einer verbrecherischen deutschen Regierung akzeptieren, er könne ruinierte Städte und Industrien, die schwierige Aufgabe des Wiederaufbaus Deutschlands akzeptieren; aber die Verfälschung seines Erziehungssystems und der Zusammenbruch der sittlichen Substanz, das sei zuviel für ihn. Er erzählte, daß er als Bürgermeister von Zeit zu Zeit unangemeldet Schulen besuche, und was er da sehe, bringe ihn zum Weinen. An diesem Punkt brach Kaisen zusammen, Tränen kamen ihm in die Augen, als er seine Hände in einer Geste völliger Verzweiflung wegen des Erziehungssystems über dem Kopf zusammenschlug. Schlechte Erziehung und Nazilehrer, die ihre alten Doktrinen lehrten, dieser ganze Ruin des Erziehungssystems entsetzte ihn über die Maßen. Und doch könne man im Augenblick nicht viel dagegen tun: Neue Lehrer bekomme man nur schrittweise und langsam, und es werde viel Zeit, Nachdenken und Mühe kosten, das deutsche Erziehungssystem in Ordnung zu bringen und der deutschen Kultur neue Möglichkeiten zu eröffnen.

20. April. Heute hat Dr. Schumacher den Militärgouverneuren den Fehdehandschuh vor die Füße geworfen. Wir sind weder britisch noch russisch noch französisch noch amerikanisch, wir sind die Partei der deutschen arbeitenden Massen und bereit zur Zusammenarbeit der Nationen. Die SPD ist die Partei der Zusammenarbeit, nicht die Partei der Unterwerfung – natürlich ein Hinweis darauf, daß die CDU die Partei sei, die den Part der Militärgouverneure mitspielte, während die SPD national und deutsch sei. Es ist richtig, was Mommsen mir gesagt hat: Schumacher hat die SPD-Funktionäre des Vorstands fest in der Hand. Es ist ein Akt der Auflehnung, der – wie man vermutet – von Transport House eingeflüstert sein mag. Aber es ist ein kühnes, mutiges, ein gefährliches Spiel, den Außenministern trotzen zu wollen, nachdem man sie gegen die Militärgouverneure aus-

<sup>179</sup> Gemeint ist eine Kandidatur zum Bundeskanzleramt.

<sup>180</sup> Nach Wesemann, a. a. O., S. 158, sagte Schumacher am 20. 4. 1949 in Hannover: „Der Tod der Demokratie sind nicht die ihr feindlichen Prinzipien, sondern es ist die Passivität, das Nichtkämpfen und das Auf-die-Gunst-der-Entwicklung-Hoffen. Ein schweres Heute wird durch die Erfolge von morgen und übermorgen gerechtfertigt. Man muß die Schwierigkeiten durchkämpfen, um der Katastrophe zu entgehen. Das ist deutsch und europäisch gedacht.“

gespielt hat. „Er mag sich durchsetzen“, sagte Clay, aber er [Clay] werde nicht hierbleiben, wenn er nun eine andere Politik vertreten müßte, nachdem er die föderalistische Position als amtliche Politik der Vereinigten Staaten seit Ende des Krieges vertreten habe. [Schumacher] könnte den Standpunkt der Franzosen noch mehr als zuvor verhärten. Da er das Anschwellen einer nationalen Bewegung unter sich spürt, glaubt er, er könne die Militärgouverneure herausfordern; aber es gibt bereits scharfe deutsche Kritik. War anderthalb Stunden bei Clay: Er ist entschlossen dagegen, jetzt eine neue zentralistische Politik zu vertreten. Ob Zentralismus oder Föderalismus für Deutschland richtig sei, wisse er nicht. Aber Föderalismus war ein Eckstein unserer Politik, auf dem wir die ganze Militärregierung aufgebaut haben. Das wolle er zu diesem späten Zeitpunkt, kurz bevor er sich zurückziehe<sup>181</sup>, nicht [mehr] ändern. Zuguterletzt hätten wir die Franzosen auf unseren Standpunkt herübergezogen, wie könnten wir da jetzt unsere Linie ändern? Allerdings möge auch hier gelten, daß bellende Hunde nicht beißen: Das Communiqué erlaube nämlich die Interpretation, daß der Bund Bundessteuern und die Länder die Bundessteuern haben sollten<sup>182</sup>. Um die Volkssouveränität zu stärken, wolle Schumacher die Macht des Bundesrates (wenn CDU) zurückschrauben; vermutlich wolle er eine starke Ausgangsposition haben und die Macht des Parlaments erweitern. Eines ist klar, Clay wird das Schumacher-Dokument<sup>183</sup> nicht genehmigen, welchen Standpunkt auch immer das State Department zu Hause vertreten mag, eher wird er zurücktreten.

Mittlerweile kündigt das britische Hauptquartier an, daß die Militärgouverneure die verkürzte Form der Verfassung, von 184 auf 124 Artikel reduziert, als Grundlage für das Grundgesetz akzeptieren sollten, wenn der Parlamentarische Rat sich für den SPD-Vorschlag entscheiden sollte. Wichtig sei nur, daß die alliierten Empfehlungen nicht mißachtet würden. In diesem Fall würden die Gouverneure an ihre Regierungen Bericht erstatten und um eine Entscheidung bitten. Die Briten sagen, es gebe keinen Grund zu glauben, daß die Regierungen von ihren Empfehlungen abwichen. Aber was wird die CDU sagen? Es geht wirklich um die Frage: Wer wird Deutschland regieren? Schumacher, der preußische Autoritäre; sicher ist er kein Militarist, sagt Clay, aber er glaubt an Autorität. Die CDU könnte sagen: Unser Standpunkt ist weder die russisch-zentralistische Position Schumachers noch die der Alliierten, es ist unsere ureigene, und so die ganze Sache auf die SPD zurückwerfen, die sich nunmehr klar in eine beneidenswerte nationale Rolle hineinmanövriert hat.

---

<sup>181</sup> Clay kehrte am 15. 5. 1949 nach Washington zurück.

<sup>182</sup> Zwar sollten Bund und Länder eigene Finanzverwaltungen erhalten; soweit die Steuern dem Bunde zufließen sollten, waren aber die Länder als Auftragsverwaltungen des Bundes vorgesehen. Vgl. den Bericht in Keesings Archiv 1949, 1903 C.

<sup>183</sup> D. h. das verkürzte Grundgesetz, das die SPD nunmehr vorschlug. Wie sich an der kompromißbereiten Haltung der SPD in der Praxis des Parlamentarischen Rates nach der Übermittlung der Konzessionen der Außenminister zeigen sollte, lag eine Durchsetzung ihrer Position offenbar auch nicht im Erwartungshorizont der SPD.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BefrG	Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BGBL	Bundesgesetzblatt
BICO	Bipartite Control Office
BVP	Bayerische Volkspartei
CAD	Civil Administration Division
CCS	Combined Chiefs of Staff
CIC	Counter Intelligence Corps
COMZONE	Communications Zone
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPs	Displaced Persons
DVO	Durchführungsverordnung
DVP	Demokratische Volkspartei
EAC	European Advisory Commission
ECA	Economic Cooperation Administration
ECAD	European Civil Affairs Division
ERP	European Recovery Program („Marshall-Plan“)
GARIOA	Government Aid and Relief in Occupied Areas
GG	Grundgesetz
HICOG	US High Commissioner for Germany
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
JCS	Joint Chiefs of Staff
KGF	Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus
LPD	Liberal-Demokratische Partei
MdB	Mitglied des Bundestags
MdR	Mitglied des Reichstags
MG	Military Government, Militärregierung
MS	Manuskript bzw. Maschinenschriftlich
NPD	Nationaldemokratische Partei
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OMGB	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government for Germany, US-Zone of Occupation/Control, Berlin
OSS	Office of Strategic Services
PID	Political Intelligence Division
RGCO	Regional Government Coordination Office
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMGO	Senior Military Government Officer
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
USFET	US-Forces, European Theater, Headquarters
USGrCC	US-Group Control Council
VfZG	Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte
WP	Wahlperiode

PERSONENREGISTER

Kursivdruck verweist auf Angaben zur seinerzeitigen beruflichen oder politischen Stellung, z. T. auch auf weitere biographische Daten (vgl. S. 19). Namen nicht identifizierter Personen sind eingeklammert.

- Abs, Hermann J., Bankier 152  
 Adcock, Clarence L. 12, 48–50, 54, 62, 78, 88, 97, 137, 141, 166–167  
 Adenauer, Konrad 127, 131–132, 144, 158–159  
 Ahrens, Wilhelm 104  
 Alexander, Thomas 79  
 Anderson, David F. 153  
 Anderson, Eugene N. 11  
 Andre, Joseph 52, 53, 60  
 Andreas, Willy 86  
 Anspach, Ernst 159  
 Apelt, Hermann (DVP/BDV), Bremer Senator für Wirtschaft, Häfen und Verkehr 40–42  
 Aretin, Erwein v. 72  
 Arnal, Pierre Albert 63–64  
 Balles, Hans, Anf. 1946 Stellv. des Reg.-Präs. v. Oberbayern 95  
 (Bard), Hauptmann, MG Krefeld 28, 31  
 Bard, Erwin W., Major MG Bremen 42  
 Barich, Karl, Hüttendirektor 137  
 Barnstead, Margaret 10  
 Bartels, Wolfgang 103, 107  
 Baumgartner, Josef 147, 149  
 Beam, Jacob D. 134, 136  
 Becker, Wilhelm 106–107  
 Behrens, Philipp H. 40  
 Beneš, Eduard 134  
 Bergsträsser, Ludwig 65  
 Bernstein, Bernard 27  
 Bevin, Ernest (Labour), brit. Außenminister 163  
 Beyerle, Josef 151  
 Binder, Gottlob 65, 101, 106  
 Bindler, Hans 103  
 Bismarck, Otto v. 105  
 Bock, Rudolf 64  
 Böhmer, Kurt 76  
 Bolds, Clarence M. 142  
 Botzenhart, Erich, Leiter d. Frhr. v. Stein-Archiv 105  
 Brauer, Max, 1946–53, 1957–60 Reg. Bürgermeister, Hamburg 163  
 (Braun), Justizrat 72  
 Brentano, Lujo 83  
 Bromage, Arthur, Politologe, Oberst in A1A1 und MG Bayern 1945 29  
 Brüning, Heinrich 82  
 Bülow, Bernhard v. 82  
 (Burrow), Oberst MG Krefeld 31  
 Byrnes, James F. 12, 140  
 Caffery, Jefferson, 1944–49 US-Botschafter in Frankreich 47  
 Cahn-Garnier, Fritz 64  
 Churchill, Sir Winston 120  
 Clay, Eugene 60  
 Clay, Lucius D. 12, 14–15, 18, 22, 40, 45, 47, 49, 54–55, 57, 60, 62, 79, 88, 90, 93, 96–97, 109–110, 119, 121, 123–127, 130, 132, 135–140, 143, 152, 155, 167, 170  
 (Cope), Vertreter des US-Gewerkschaftsbundes CIO 150  
 Dalferes, Roy L. 50  
 Dawson, William W. 26, 28–29, 48, 50–54, 60–62  
 Dahrendorf, Gustav D. J. 167  
 Dayton, Kenneth, Berater für Regierungsangelegenheiten, CAD OMGUS 140  
 Dehio, Ludwig 10, 105  
 Dehler, Thomas 68, 111  
 Dehning, Gustav 40  
 Deist, Heinrich (SPD), Wirtschaftsjurist 137  
 Dibelius, Otto 123  
 Dillard, Hardy 25, 26  
 Dinkelbach, Heinrich, Stahltruhänder 137  
 Dönitz, Karl 85  
 Dorn, Louis B. 9  
 Dorn, Marie Roeder 9  
 Dornbusch, Josef, Inhaber einer Druckmaschinenfabrik in Krefeld 30–31  
 Douglas, Lewis 135  
 Draper, William, Bankier, General, 1945–47 Direktor, Economics Div. OMGUS, 1947–49 Undersecretary of the Army 61, 136

- Duckwitz, Richard 40  
 Dulles, Allen W., OSS-Vertreter in der Schweiz 58  
 Dulles, John Foster, US-Senator, außenpolitischer Sprecher der Republikaner 125, 139  
 Dunbaugh, F. M. 76
- Eaton, Richard 35, 38-39  
 Echols, Oliver P. 69, 140  
 Eckardt, Hans Felix v. 86, 156-159  
 Ehard, Annelore 72  
 Ehard, Hans (CSU), 1945/46 Staatssekretär im Justizministerium, 1946-54 bayerischer Ministerpräsident 72-73, 76, 118, 146-148  
 Ehlers, Adolf 41-42  
 Eisenhower, Dwight D. 12, 21-23, 27, 29, 49, 57, 121  
 Elliot, John 147  
 Emmerick, C. M., Major, MG Aschaffenburg 67-68  
 Engert, Otto 36  
 Engländer, Ernst 30, 34  
 Erhard, Ludwig, 1948-49 Dir. d. Verw. f. Wirtschaft der Bizone 127, 153, 155, 166  
 Erion, George L. 153  
 Ermath, Fritz 99
- Fackler, Franz Xaver 70, 72  
 Fahy, Charles 92  
 Falkenhausen, Gotthard v., Bankier 137  
 Falkner, Ernst 56  
 Faulhaber, Michael, Kardinal 70-71, 95  
 Fendt, Franz 96  
 Fleissner, Heinrich (SPD), Polizeipräsident in Leipzig 1923-33 und April-Aug. 1945 36-37, 39  
 François-Poncet, André 134  
 (Franklin), MG Hersbruck 76  
 (Frey), Regierungspräsidium Nordbaden 64  
 (Fried), Hauptmann, MG Krefeld 32  
 Friedensburg, Ferdinand 58-59  
 Friedmann, Werner 143-144  
 Friedrich d. Gr. 9-10, 13, 16, 105, 160  
 Fritze, Maria 112-113  
 Furtwängler, Wilhelm 86
- Gailey, Charles K., Jr. 137  
 (Garland) MG Krefeld 34  
 de Gaulle, Charles 47, 63-64, 136  
 Geiler, Karl 59, 65-66, 81, 111, 156-157
- Geldmacher, Willy, OB Bochum 137  
 Gerngroß, Rupprecht 70  
 Gerstenmaier, Eugen (CDU), Vors. d. Hilfswerks der Ev. Kirche 128  
 (Gesser), MG Hessen 160  
 Geßler, Otto 82  
 (Giezelt), NKFD Leipzig 38  
 Gilbert, Felix, deutsch-amerikanischer Historiker, OSS-Mitarbeiter 11  
 Glossbrenner, Daniel I. 27  
 Glum, Friedrich, 1947 in der bayer. Staatskanzlei 14  
 Godin, Michael v. 70-71  
 (Gödicke, Marthel), NKFD Leipzig 35  
 Goerdeler, Carl-Friedrich 86  
 Goethe, Johann-Wolfgang v. 83  
 Goldhammer, Bruno 94-95  
 Gong, Walter, Schriftstellername v. Waldemar Gordeff 107  
 Gottlieb, Manuel 61  
 Gottwald, Klement 134  
 Graf, Eugen 69  
 Grigory, Russell 17  
 (Grimm), Nürnberg 108  
 Gröber, Conrad, Erzbischof von Freiburg 63  
 Groscurth, Reinhard 40  
 Gross, Charles P. 52, 151  
 (Grünthal), Leipzig 36-37
- Habe, Hans 85  
 Hagenauer, Ludwig 144-145  
 Haight, E. M. 75, 77  
 Hakewell-Smith, Sir Edmund, brit. Generalmajor 40  
 Hale, William Harlan 138  
 (Halländer), Konsul in Leipzig 35  
 (Hallinger), öffentlicher Kläger in Marburg 104  
 Hall, Thomas E. 140  
 Hamberger, Robert Ph. 65  
 Hanges, Heinrich 40  
 Harders, Fritz, Stahltreuhänder 137  
 Harnier, Adolf v., Führer einer monarchistischen Widerstandsgruppe in Bayern 70  
 Hassell, Ulrich v. 86  
 Haubach, Theodor 86  
 Haussleiter, August 146-147  
 Hays, George 137  
 Heimannsberg, Magnus 65  
 Heimerich, Hermann, OB Mannheim 59  
 Hellpach, Willy 86

- Hemmeter, Walter 72  
 Henle, Günter 137  
 Hermes, Andreas 66, 153  
 Hertel, Fritz 68  
 Hertling, Georg v. 82  
 (Hess) Oberst, MG Württemberg, Planungsphase 26  
 Heuss, Theodor 60, 63, 155  
 Heyden, Hubert v. 65  
 Heyl, C. H. 43  
 Hilldring, John H., CAD War Department 69  
 Hilpert, Werner 66–67, 98, 101, 105, 161–162, 166  
 Hinde, Sir W. Robert N., General, stellv. brit. Gouverneur von Berlin 1944–48 29  
 Hintze, Otto 10  
 Hirschberger, Fritz 70–73  
 Hitler, Adolf 79, 82–83, 87, 105  
 Hoch, Fritz 58, 65  
 (Höflitz) NKFD Leipzig 37  
 Hoegner, Wilhelm (SPD), 1945/46 u. 1954/57 bayer. Ministerpräsident, 1947 und 1950/54 stellv. Ministerpräsident 13, 49, 59, 67–68, 70–74, 78–81, 84–86, 94–99, 101, 142, 146, 163  
 Höltermann, Arthur 94–95  
 Höpker-Aschoff, Hermann 161  
 Hoffmann, Arthur 36  
 Hoffmann, Paul 135  
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu 82  
 Holborn, Hajo, deutsch-amerikanischer Historiker, OSS-Mitarbeiter 10–11  
 Holl, Karl, Literaturhistoriker, 1945 Reg.-Präs. Nordbaden 47  
 Horlacher, Michael, Vors. d. bayer. Bauernverbandes 73  
 Howley, Frank 28–29, 51, 137  
 Huber, Kurt 86  
 Hüpeden, Theodor 102  
 Hugenberg, Alfred 73  
 Huggins, Mable Thyra 10  
 Humphrey, E. N. 76–77  
 Hundhammer, Alois (CSU), 1946–50 bayer. Unterrichts- und Kultusminister 70, 147–149
- Jaenicke, Wolfgang 77  
 Jahn, Hans 36–37  
 Jaspers, Karl 86  
 Jefferson, Thomas 161  
 Jeffs, Charles R. 50, 165, 167
- Jessup, Philipp Caryl, US-Delegierter bei der UNO 128  
 Jodl, Alfred, Generaloberst 85  
 Johnson, C. T. 26, 28, 67  
 Jones, H. M., Major, MG Aachen 28
- Kästner, Erich 81, 85  
 Kaisen, Wilhelm (SPD), 1945 Senator für Wohlfahrt, danach Senatspräsident in Bremen 13, 40–42, 132, 165, 167–169  
 Kahr, Gustav v. 82  
 Kaiser, Jacob (CDU), Vors. der kath. Sozialausschüsse 134  
 Kamm, Gottlob 98–101, 115  
 Keating, Frank 119  
 Keegan, Charles E. 26, 50  
 Kehr, Eckart, Historiker 10  
 Keitel, Wilhelm, Generalfeldmarschall 85 (Kennedy), kanadischer Oberstleutnant, MG Bremen 40–41  
 Kennedy, Edward F. 142  
 Keßler, Hermann 112–113  
 Kienast, Walther, Historiker in Frankfurt 105  
 Kloss, Paul 35–36  
 Knappstein, Karl-Heinrich 101, 114, 135–137  
 Knoeringen, Waldemar v. 79, 99, 149–150, 155  
 Knorr, Heinrich 155–157  
 Knothe, Willi 98  
 Köhler, Erich 137, 166–167  
 Köhler, Heinrich (CDU), stellv. Ministerpräs. Württemberg-Baden 47, 60–64  
 Koeltz, Louis M., General, stellv. franz. Militärgouverneur 29  
 Koenig, Pierre 125, 134–135, 140  
 Körner, Ernst 69, 108  
 Kogon, Eugen 105, 107, 132, 163–164  
 Kolb, Joseph Otto 68  
 Kolb, Walter 165  
 Kraege, Oberst 29  
 Kremer, Paul 81  
 (Kress), Oberstleutnant, stellv. Militärgouverneur Hessen 67  
 Kroll, Gerhard 148  
 Krug, Karl 102  
 Kunz, Egon 95  
 Kupfer, Angelus Abt von Ettal 70
- Landgraf, Arthur Michael 68  
 Landin, Harold 65–67, 144

- Lattre de Tassigny, Jean Marie Gabriel de, Maréchal de France, Kommandeur der 1. franz. Armee 60
- Laukhoff, Perry, Political Affairs Div. OMGUS 48
- (Lazard), franz. Bankier 148
- Lebsche, Max 72-73
- Lee, E. M., Oberst, MG Wetzlar 67
- Leuchtgens, Heinrich 162
- Lewis, Chester B. 153
- Ley, Hermann 35-37
- Liebrecht, Heinrich 101
- (Lindemann) NKFD Leipzig 38
- Lippmann, Walter, amerikanischer Publizist 13, 18
- Litchfield, Edward H., Direktor CAD OM-GUS 25, 142
- Lörcher, Albert 95
- Lord, R. R. 142
- Lorentzen, Richard 30
- Loritz, Alfred 107-109
- Lowell, William S. 74-75
- Ludendorff, Erich 83
- Ludwig III., König v. Bayern 82
- Ludwig XIV., König v. Frankreich 105
- Lützens, Gerhard 163
- Luther, Adolf 108
- (Lutzberger) 95
- Maier, Franz K. 114
- Maier, Reinhold (DVP/FDP), Ministerpräsident Württemberg-Baden 52-53, 59-63, 111, 114, 118, 130
- Malik, Jakob Aleksandrowitsch, stellv. Außenminister der Sowjetunion und UNO-Delegierter 128
- Marcuse, Herbert, deutsch-amerikanischer Sozialphilosoph, OSS-Mitarbeiter 11
- Martin, James Stewart 136, 138
- Mathews, Robert, Jurist in Austin, Texas 9
- Mathews, Shailer N. 9
- Mattes, Wilhelm 65
- Mayer, Ernst 152-153
- (Mayer, Heinz) vgl. Martin Riedmayr (?) 72
- Mayer, Milton M. 160
- McCloy, John J. 135, 140
- McClure, Robert A. 79, 87, 99
- (McCullough) Oberst, MG-Ausbildung 28-29
- McReady, Sir Gordon 137
- Meier, Heinrich 137
- Meinecke, Friedrich 10, 86
- Meixner, Georg, Prälat 70
- Meyer-Sevenich, Maria, MdL (CDU) in Niedersachsen 98
- Menge, Artur 137
- Merton, Richard 164-165
- Merton, Wilhelm 164-165
- Meservy, Douglas W. 39
- Messerschmitt, Willy, Flugzeugkonstrukteur und Industrieller, nach 1945 zunächst im Fertighaus- und Kleinkraftfahrzeuggeschäft tätig 146
- Mitteis, Heinrich, Historiker in München 148
- Mierendorff, Carlo 86
- Mommsen, Konrad 160, 167, 169
- Monden, Herbert 137
- Montgelas, Maximilian v. 83
- Montgomery of Alamein, Bernard Law, brit. Feldmarschall 22
- Morgenthau, Henry 21, 89
- Morley, Henry C. 74
- (Morris), Hauptmann, MG Homburg bei Krefeld 32
- Müller, Josef (CSU), 1945-49 Parteivorsitzender, seit 1947 stellv. Ministerpräs. in Bayern 67, 69, 70-74, 80, 83, 94, 96-97, 134, 142, 146-147
- Müller, Oskar 65
- Mueller, Rudolf 65, 135
- Muller, Walter J. 50, 54, 79, 96
- Murphy, Robert D. 57, 68-69, 79, 135-136, 139
- Nadolny, Rudolf 153
- Nawrath, Dr. 41
- Neff, Richard 77-78
- (Neumann) Hauptmann, MG Alzenau 74
- Neumann, Ernest K. 141
- Neumann, Franz L., deutsch-amerikanischer Jurist und Politologe, OSS-Mitarbeiter 11
- Newman, James B. 26, 28, 50, 54, 59, 64-67
- Niemöller, F. G. E. Martin, Präsident der ev. Kirche in Hessen und Nassau 122
- Nischalke, Martin 65
- Noack, Ulrich, Historiker in Würzburg 81, 136, 155-156
- Noble, Dale 160
- Nolting-Hauff, Wilhelm (Parteilos), Senator für Finanzen in Bremen 40

- (Norton) Hauptmann, MG Coburg 76  
 Nothnagel, Alfred 34–35  
 Nuding, Hermann 112
- Oncken, Hermann 86  
 Oppenheimer, Fritz E. 88  
 Oppenheimer, Joachim 106, 161–163  
 Ott, Karl 64
- Padover, Saul K. 30  
 Panuch, J. Anthony 140, 142  
 Parkman, Henry 43, 55, 79  
 Patterson, Robert P. 140  
 Patton, George S., Jr. 18, 49–50, 121  
 Paulmann, Christian (SPD), Senator für  
 Erziehung in Bremen 40  
 Pendleton, II. McE. 24, 27–28  
 (Penser), Baumeister in Leipzig 35  
 Peter I., Zar von Rußland 105  
 Pfeiffer, Anton 72, 84, 92, 94–95, 97, 101  
 (Pfister) Kulturreferent d. bayer. Staats-  
 kanzlei 1946 72  
 Philipp II., König von Spanien 105  
 Pieck, Wilhelm, Vorsitzender der KPD/  
 SED 95  
 Pinder, Wilhelm 86  
 Plache, Bruno 35  
 Platz, Bernhard 40  
 Plesse, Karl 35, 38  
 Pöschl, Wolfgang 103  
 Pollock, James Kerr 18, 20, 25, 47–48, 53,  
 55, 57, 142  
 Popitz, Johannes 86  
 Potthoff, Erich, Leiter des Wirtschaftswis-  
 senschaftlichen Instituts der Gewerk-  
 schaften 137  
 Praetorius, Emil 86  
 (Price), Oberst, Leiter der Bezirksmilitär-  
 regierung Nordhessen 58  
 Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm  
 v., bis 1933 deutscher Botschafter in  
 USA, außenpolitischer Berater Josef  
 Müllers 153  
 Pünder, Hermann 127, 144, 153, 161
- Queuille, Henri, Radikalsozialist bzw.  
 Linksrepublikaner, 1948–49, 1950 und  
 1951 franz. Ministerpräsident 140
- Radbruch, Gustav 86  
 Raeder, Erich, Großadmiral 85
- Ransome, Robert St. George, brit. General-  
 major 29  
 Rapp, Andreas 101  
 Rath, Julius 107  
 Raymond, Julius 140  
 Redwitz, Franz v. 72–73  
 (Reed) stellv. Militärgouverneur in Hessen  
 67  
 Reese, Robert R. 50  
 Reger, Erik 143  
 Rehm, Albert 79, 87  
 Reuter, Ernst 165, 167  
 Reuter, Jacob 102  
 Richter, Willi 165–166  
 Riedmayr, Martin 72  
 Riddleberger, James 135, 140  
 Ringelmann, Hans, 1946 Reg.-Ass. in der  
 bayerischen Staatskanzlei und im Be-  
 freiungsministerium 95  
 Ritter, Gerhard, Historiker in Freiburg  
 105, 148  
 Rivière, Jacques 86  
 Robertson of Oakridge, Brian Hubert, Ge-  
 neral, (zunächst stellv.) Leiter der brit.  
 MG, Kommandeur der brit. Truppen  
 und brit. Hochkommissar in Deutsch-  
 land 135, 137, 149, 163, 168  
 Roemer, Walter, 1946 ORR im bayer. Ju-  
 stizministerium 95  
 Röver, Karl 42  
 (Rohr), Stadtverwaltung Krefeld 34  
 Roosevelt, Franklin D. 11, 21–22, 87, 163  
 Roßberg, Kurt 35–38  
 Roßhaupter, Albert 77  
 Rougemont, Denis de 144  
 Ryan, Cornelius 28
- Sachs, Camille 109  
 Schacht, Karl 30–31  
 Schäffer, Fritz, Mai–Sept. 1945 bayer. Mi-  
 nisterpräsident, CSU-Bezirksvors., ab  
 1949 Bundesminister 18, 49–50, 58, 67,  
 69–74, 83–84  
 (Schellenberger) NKFD Leipzig 38  
 Schellenberger, Hauptmann, Special Branch,  
 Bad Kissingen 106  
 Schelling, Friedrich Wilhelm J. v. 83  
 Schevill, Friedrich 9–10  
 Schilling, Erich, SPD- und ADGB-Funk-  
 tionär in Leipzig 36  
 Schindler, Ernst 108  
 Schloemer, Robert 40

- Schmid, Carlo, Jurist, 1949 Justizminister in Südwürttemberg-Hohenzollern und Vors. des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates 162
- Schmitt, Heinrich 94–95, 97, 101
- Schmoller, Gustav 160
- Schnabel, Franz 62–63, 148
- Schön, Xaver 151–152
- Schöningh, Franz Joseph 81
- Scholl, Geschwister 86
- Schorske, Carl, amerikanischer Historiker, OSS-Mitarbeiter 11
- Schregle, Hans 69–70, 108
- Schreiber, Walter 66
- Schroers, Johannes 40
- Schukow, Grigori, Marschall, Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland 1945–März 1946 66
- Schultz, Friedrich 40
- Schumacher, Kurt 98, 105, 126, 132, 146–147, 156, 161, 163, 165, 167–170
- Schuman, Robert 134–136, 140
- Schumann, Georg 36
- Schwartz, Georg 36
- Schwartz, Jacques F. 63
- Seifried, Josef 77
- Selbmann, Fritz (KPD), 1945 Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung 35
- Semler, Johannes, 1947–48 Direktor der Verw. f. Wirtschaft der Bizone (CSU) 127
- Sevenich, Maria s. Meyer-Sevenich
- Shea, Don T. 142
- Sheehan, Francis E. 140
- Shell, Curtis 142
- Simons, Hans 144, 167
- Snapp, H. L. 43
- Solms, Prinz zu, hess. Großgrundbesitzer 66
- Sotong, George V. 62–63
- Spitta, Theodor 40–42
- Splithoff, Matthias 32–34
- Stalin, Josef W. 22, 105, 129
- Stamminger, Georg 108
- Starr, J. Ward 153
- Stearns, Cuthbert P. 24, 27, 43
- Stegerwald, Adam 56–57
- Stein, Erwin 141
- Steiner, John P. 153
- Steltzer, Theodor (CDU), 1945–47 Oberpräsident von Schleswig-Holstein 153
- Stenzel, Hugo Josef Maria 106, 141, 143
- Stepkes, Johannes 30, 32–34
- Sternberger, Dolf 158
- Stewart, Charles E. 66–67
- Stimson, Henry 89, 139
- Stöhr, Friedrich 108
- Stooß, Heinrich 52–53, 60, 63
- Sweezy, Paul M. 23
- Taylor, John D. 79
- Templeton, Payne 152
- Terhalle, Fritz 96
- Tesdorpf, Jürgen 103–104
- Theil, Emil (SPD), Senator für Aufbau in Bremen 40–42
- Thurn u. Taxis, Fürst, Großgrundbesitzer 142
- (Tipping) MG Franken 74
- Turner, William H., Oberbefehlshaber der US-Luftwaffe in Europa 140
- (Uhland), Leutnant, MG Kassel 102–103
- Ulbricht, Walter 95
- Ulrich, Fritz 52, 63, 98, 154–155
- (Uston) MG Bayern 77
- Vagts, Erich 40–42
- Van Wagoner, Murray D. 142–143
- Varnhagen v. Ense, Karl August 83
- Venedey, Hans 65
- Vierling, Hans 35, 37
- Wagner, Alfons, Hüttendirektor 137
- (Wallace) MG Krefeld 34
- Walter, Felix 113
- Walther, Max 77
- Warburton, Ellen Dorn 10, 17, 20
- Washington, George 27
- Watson, James B. 36, 39
- Weber, Adolf 96
- Weber, Alfred 86, 161, 164
- Weber, Karl 52
- Welker, Bion C. 30, 39, 41–43, 50
- Wells, Roger H., Politologe, Leiter der Abt. für Kommunalverwaltung OMGUS 48
- White, David G. 18, 25, 124, 138
- Whittacker, W. R. 55, 69, 77–78, 108
- Wiemes, Hans, Arbeitsamt Krefeld 34
- Wilhelm II. v. Preußen 105
- Wilson, Minor Keith 93, 102, 119
- Winn, Clifton C. 149
- Winning, Charles D. 62, 142

Wirth, Joseph 82  
Wittelsbach, Albrecht v. 70-72  
Wittelsbach, Heinrich v. 70-72  
Wittelsbach, Rupprecht v. 69-74, 149  
Witten, Paul 34  
Wittwer, Konrad 150  
Wolfesperger, Ellsworth C. 167  
Wolters, Hermann 40-42  
Wood, Cecil 142  
(Woods, Mrs. Sam) 142  
Wright, Frank L. 9  
(Wulf), Leutnant, MG Bad Kissingen 107

Wurm, Theophil, württ. Landesbischof und  
Vors. der Ev. Kirche in Deutschland 122  
  
Zeigner, Erich (SPD), 1923 sächs. Minister-  
präs., seit Aug. 1945 Oberbürgermeister  
von Leipzig 35  
Ziebell, Jürgen 93-94  
Ziebill, Jürgen 109  
Zimmermann, Gustav 64  
Zinn, Georg August (SPD), hess. Justiz-  
minister 160

## Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte\*

- Band 12  
Alan S. Milward  
**Die deutsche Kriegswirtschaft  
1939—1945**  
1966. 183 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 13  
Hans Mommsen  
**Beamtentum im Dritten Reich**  
1967. 246 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 14/15  
Babette Gross  
**Willi Münzenberg**  
Eine politische Biographie.  
1967. 352 S., kart. DM 24,—/14,—\*
- Band 16  
Dieter Petzina  
**Autarkiepolitik im Dritten Reich**  
1968. 204 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 17  
Konrad Kwiet  
**Reichskommissariat Niederlande**  
1968. 172 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 19  
Peter Hüttenberger  
**Die Gauleiter**  
Studie zum Wandel des Macht-  
gefüges in der NSDAP.  
1969. 240 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 20  
Klaus von Schubert  
**Wiederbewaffnung und West-  
Integration**  
2. Auflage 1972. 216 S.,  
kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 21  
**Studien zur Geschichte  
der Konzentrationslager**  
1970. 202 S., kart. DM 12,80/9,80\*
- Band 22/23  
**Politik in Bayern 1919—1933**  
Berichte des württ. Gesandten Carl  
Moser von Filseck  
herausgegeben von Wolfgang Benz.  
1971. 290 S., kart. DM 19,80/14,—\*
- Band 24  
Hildegard Brenner  
**Ende einer bürgerlichen  
Kunst-Institution**  
Die politische Formierung der  
Preußischen Akademie der Künste  
ab 1933.  
1972. 174 S., kart. DM 16,80/9,80\*
- Band 25  
Peter Krüger  
**Deutschland und die Reparationen  
1918/19**  
**Neuerscheinung 1973.**  
224 S., kart. DM 16,80/9,80\*
- Band 26  
Walter L. Dorn  
**Inspektionsreisen in der US-Zone**  
herausgegeben von Lutz Niethammer  
**Neuerscheinung 1973.**  
179 S., kart. DM 16,80/9,80\*
- Band 27  
Norbert Krekeler  
**Revisionsanspruch und geheime  
Ostpolitik der Weimarer Republik**  
**Neuerscheinung 1973.**  
Etwa 200 S., kart. DM 16,80/9,80\*

\* Diese Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte kann zum Vorzugspreis abonniert werden.

Schreiben Sie uns, wir schicken gerne Unterlagen.

**Deutsche Verlags-Anstalt**  
**7 Stuttgart I, Postfach 209, Abt. VB**